



Sächsischer Landtag

132. Sitzung

4. Wahlperiode

Beginn: 10:01 Uhr

Donnerstag, 12. März 2009, Plenarsaal

Schluss: 19:48 Uhr

Inhaltsverzeichnis

Eröffnung	11031	Martin Dulig, SPD	11044
Gedenken der Opfer von Winnenden	11031	Gitta Schüßler, NPD	11045
Änderung der Tagesordnung	11031	Torsten Herbst, FDP	11046
		Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	11047
		Julia Bonk, Linksfraktion	11048
		Lars Rohwer, CDU	11049
		Cornelia Falken, Linksfraktion	11050
1 Aktuelle Stunde	11031	Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister für Kultus	11051
1. Aktuelle Debatte		Cornelia Falken, Linksfraktion	11051
Mit Qualifizierungs- und Kurzarbeitsregelungen dem nachfragebedingten Personalabbau in der sächsischen Wirtschaft wirkungsvoll begegnen		Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister für Kultus	11051
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD	11031	Cornelia Falken, Linksfraktion	11053
Heinz Lehmann, CDU	11031	Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	11054
Mario Pecher, SPD	11032	Cornelia Falken, Linksfraktion	11054
Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion	11033		
Alexander Delle, NPD	11034	2 Situation und Perspektive der Altenpflege in Sachsen Drucksache 4/13254, Große Anfrage der Linksfraktion, und die Antwort der Staatsregierung	11054
Sven Morlok, FDP	11035	Horst Wehner, Linksfraktion	11054
Michael Weichert, GRÜNE	11036	Dr. Rolf Jähnichen, CDU	11057
Heinz Lehmann, CDU	11037	Dr. Gisela Schwarz, SPD	11058
Mario Pecher, SPD	11038	Dr. Johannes Müller, NPD	11060
Caren Lay, Linksfraktion	11038	Kristin Schütz, FDP	11060
Sven Morlok, FDP	11039	Elke Herrmann, GRÜNE	11061
Michael Weichert, GRÜNE	11040	Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion	11062
Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit	11040	Elke Herrmann, GRÜNE	11062
		Kristin Schütz, FDP	11062
		Elke Herrmann, GRÜNE	11063
2. Aktuelle Debatte		Kristin Schütz, FDP	11063
Bessere Bedingungen an sächsischen Schulen – Abwanderung von Lehre- rinnen und Lehrern verhindern		Elke Herrmann, GRÜNE	11063
Antrag der Linksfraktion	11042	Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion	11064
Cornelia Falken, Linksfraktion	11042	Dr. Rolf Jähnichen, CDU	11064
Lars Rohwer, CDU	11043	Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion	11064
		Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	11066

	Entschließungsantrag der Linksfraktion, Drucksache 4/14977	11067			
	Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion	11067			
	Dr. Rolf Jähnichen, CDU	11067			
	Abstimmung und Ablehnung	11068			
3	Tätigkeit des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR Drucksache 4/14107, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD, mit Stellungnahme der Staatsregierung	11068			
	Marko Schiemann, CDU	11068			
	Martin Dulig, SPD	11070			
	Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion	11072			
	Winfried Petzold, NPD	11074			
	Dr. Jürgen Martens, FDP	11075			
	Michael Weichert, GRÜNE	11076			
	Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen	11077			
	Abstimmung und Zustimmung	11078			
4	Kinderarmut bekämpfen – Regelleistungen für Kinder und Jugendliche in Hartz-IV-Haushalten deutlich anheben! Drucksache 4/14586, Antrag der Linksfraktion, mit Stellungnahme der Staatsregierung	11078			
	Falk Neubert, Linksfraktion	11078			
	Alexander Krauß, CDU	11079			
	Falk Neubert, Linksfraktion	11080			
	Alexander Krauß, CDU	11080			
	Falk Neubert, Linksfraktion	11080			
	Alexander Krauß, CDU	11080			
	Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion	11081			
	Alexander Krauß, CDU	11081			
	Stefan Brangs, SPD	11081			
	Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion	11082			
	Stefan Brangs, SPD	11082			
	Holger Apfel, NPD	11083			
	Kristin Schütz, FDP	11084			
	Elke Herrmann, GRÜNE	11084			
	Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	11085			
	Falk Neubert, Linksfraktion	11085			
	Abstimmungen und Ablehnungen	11806			
5	Untätigkeit der Regierung fördert Monopolisten und Preistreiberei im Energiebereich – Staatlichen Einfluss auf dem Energiesektor stärken Drucksache 4/14824, Antrag der Fraktion der NPD	11087			
	Alexander Delle, NPD	11087			
	Dr. Johannes Müller, NPD	11088			
	Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit	11089			
	Dr. Johannes Müller, NPD	11089			
	Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit	11089			
	Abstimmung und Ablehnung	11090			
6	Engagement belohnen – Sächsische Lehrer leistungs- und bedarfsgerecht vergüten Drucksache 4/14825, Antrag der Fraktion der FDP	11090			
	Torsten Herbst, FDP	11090			
	Cornelia Falken, Linksfraktion	11091			
	Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD	11093			
	Gitta Schüßler, NPD	11094			
	Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	11095			
	Rolf Seidel, CDU	11096			
	Torsten Herbst, FDP	11098			
	Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD	11098			
	Torsten Herbst, FDP	11098			
	Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister für Kultus	11099			
	Torsten Herbst, FDP	11100			
	Abstimmung und Ablehnung	11100			
7	Gentechnikfreie Regionen fördern – Verbraucherwillen respektieren Drucksache 4/14829, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	11100			
	Michael Weichert, GRÜNE	11100			
	Andreas Heinz, CDU	11102			
	Kathrin Kagelmann, Linksfraktion	11102			
	Dr. Liane Deicke, SPD	11104			
	René Despang, NPD	11105			
	Tino Günther, FDP	11106			
	Andreas Heinz, CDU	11107			
	Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	11108			
	Michael Weichert, GRÜNE	11109			
	Abstimmung und Ablehnung	11110			

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:01 Uhr)

Präsident Erich Iltgen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 132. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages.

Ich denke, dass ich in Ihrem Sinne handle, wenn ich vor Beginn der Formalitäten auf das schreckliche Verbrechen in Winnenden eingehe. Es hat uns alle tief erschüttert und auch fassungslos gemacht. Durch den Amoklauf eines 17-jährigen Schülers mussten 15 Menschen – Schüler, Lehrer und Passanten – ihr Leben lassen. Eine Tat – sinnlos und nicht zu begreifen. Danach richtete sich der Täter selbst.

Für alle Angehörigen, Freunde und Nachbarn der Opfer hat eine unsagbar schwere Zeit begonnen. Unsere Gedanken sind bei ihnen. Ihnen gilt unser besonderes Mitgefühl.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich zu einer Schweigeminute von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Folgende Abgeordneten haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Herr Prof. Dr. Milbradt, Herr Schön, Frau Clauß, Frau Nicolaus, Herr Schimpff, Herr Thomas Schmidt und Frau Klinger.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Das Präsidium hat für die Tagesordnungspunkte 2 bis 11 folgende Redezeiten festgelegt: CDU 165 Minuten, Linksfraktion 125 Minuten, SPD 75 Minuten, NPD, FDP, GRÜNE je 55 Minuten, fraktionslose MdL je 9 Minuten, Staatsregierung 125 Minuten. Die Redezeiten der Fraktionen und der Staatsregierung können wie immer entsprechend dem Bedarf auf die Tagesordnungspunkte verteilt werden.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, den Tagesordnungspunkt 18, Kleine Anfragen, zu streichen.

Ich frage Sie, ob es zu der Ihnen vorliegenden Tagesordnung weitere Anträge gibt. – Das ist nicht der Fall. Somit gilt die vorliegende Tagesordnung als von Ihnen bestätigt.

Wir kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

1. Aktuelle Debatte: Mit Qualifizierungs- und Kurzarbeitsregelungen dem nachfragebedingten Personalabbau in der sächsischen Wirtschaft wirkungsvoll begegnen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

2. Aktuelle Debatte: Bessere Bedingungen an sächsischen Schulen – Abwanderung von Lehrerinnen und Lehrern verhindern

Antrag der Linksfraktion

Die Verteilung der Gesamtredezeit hat das Präsidium wie folgt vorgenommen: CDU 39 Minuten, Linksfraktion 31 Minuten, SPD 14 Minuten, NPD, FDP, GRÜNE je 12 Minuten und Staatsregierung 20 Minuten.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu

1. Aktuelle Debatte

Mit Qualifizierungs- und Kurzarbeitsregelungen dem nachfragebedingten Personalabbau in der sächsischen Wirtschaft wirkungsvoll begegnen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

Es sprechen zuerst die Antragstellerinnen, die Fraktionen der CDU und der SPD. Die weitere Reihenfolge in der ersten Runde: Linksfraktion, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung.

Die Debatte ist eröffnet. Ich bitte, dass ein Vertreter der Fraktion der CDU das Wort nimmt. Herr Lehmann, bitte.

Heinz Lehmann, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos“ – dieses Zitat haben wir in den vergangenen Wochen mehrfach gehört; es stammt von Konrad Adenauer. Diese Antwort habe ich von der weit überwiegenden Zahl der Firmen gehört, die ich in den vergangenen Wochen in meinem Wahlkreis besucht habe. Die Firmen sind von dem aktuellen Nachfragetief je nach

Branche mehr oder weniger betroffen. Sie sind alle verunsichert, aber auch wild entschlossen, aus dieser Zeit der Herausforderungen am Ende gestärkt hervorgehen zu können.

Dazu sind ihnen staatliche Hilfen höchst willkommen. Die Unternehmen vertrauen auf das entschlossene Handeln der Regierungskoalitionen in Berlin und in Dresden, und nur auf die; denn von links und rechts außen haben sie nichts Hilfreiches zu erwarten.

DIE LINKE hat die aktuellen Schwierigkeiten prompt zum Anlass genommen, um den alten Marx mit dem „faulenden und sterbenden Kapitalismus“ aus der Motenkiste zu holen. Systemkritik pur!

(Zuruf von der Linksfraktion: Lenin!)

– Oder auch Lenin. – Die Bandbreite reicht von der Wiedereinführung einer Art staatlicher Planwirtschaft bis hin zu einem Sozialismusmodell Marke Hugo Chavez. Konstruktivitätsgehalt? Gleich null!

Die Rechten gefallen sich in Schuldzuweisungen. Für sie sind die „amerikanischen Plutokraten“ und die „Spekulationsgier des Weltjudentums“ für die gegenwärtigen Schwierigkeiten verantwortlich. Sie reden von dem „sofortigen Austritt aus der Europäischen Union“ und der Rückkehr zu den „nationalen Wirtschaftsstrukturen“ vergangener Jahrhunderte. Ebenfalls total unbrauchbar!

Die Parteien in der Mitte müssen es richten. So hat das Konjunkturpaket I im Deutschen Bundestag von der Einbringung bis zur Verabschiedung lediglich fünf Tage benötigt. Stabilisierung des Bankensystems, Bereitstellung von Sicherheiten für die mittelständische Wirtschaft, Investitionszuschüsse, Stimulierung der öffentlichen und der privaten Nachfrage und eben Hilfen zur Liquiditätssicherung sind die Eckpfeiler des staatlichen Engagements.

Für die meisten der von mir besuchten drei Dutzend Firmen war 2008 bei Umsatz und auch bei Gewinn das bisher beste Jahr – leider für eine ganze Reihe von ihnen, längst nicht für alle, eben nur bis zum Monat Oktober. Trotzdem, die Unternehmen wissen, was sie können. Sie wissen, dass sie mit ihren Produkten, durch ihr Know-how und durch das Engagement ihrer Belegschaften auf den Weltmärkten absolut konkurrenzfähig sind. Für sie kommt es darauf an, in den Zeiten schwacher Nachfrage ihre Liquidität zu erhalten, ohne die Substanz ihrer Belegschaften zu gefährden. Innerbetrieblich haben Sie dafür die notwendigen Voraussetzungen längst geschaffen.

Die neuen Kurzarbeits- und Qualifizierungsregelungen der Bundesanstalt für Arbeit helfen ihnen dabei ungemain. Der Staat übernimmt nicht nur das Kurzarbeitergeld, im Extremfall bis zu 18 Monaten; er kommt während der Zeit der Qualifizierung der Mitarbeiter auch für die Zuführung zu den Sozialversicherungskassen auf. Die Mitarbeiter bleiben so den Unternehmen verbunden und können im Falle eines Auftragseingangs sofort reaktiviert werden.

Die Reaktionsfähigkeit ist wichtig, um das Vertrauen zwischen Lieferanten, Firmen und Kunden zu erhalten. Unter diesen relativ extremen Marktbedingungen zu überleben verlangt den sächsischen Firmen sehr viel ab. Mit einem abgestimmten Zusammenwirken von Unternehmen, Banken, Gewerkschaften und Staat sollte es aber möglich sein, diese schwierige Zeit zu überstehen.

Die CDU ist auf Bundes- und Landesebene bereit, ihren Part in diesem Existenzkampf mit aller Konsequenz zu spielen. Schade nur, dass sich unser Koalitionspartner hier in Sachsen nicht entschließen kann, voll mitzuziehen. In diesen schwierigen Zeiten vergeudet die SPD einen Teil ihrer ohnehin nur begrenzten Kraft an schwachsinnige Enthüllungsprojekte und Erschwerungstheorien. Das ist höchst bedauerlich.

Vor dem Hintergrund des durchaus vorhandenen rezessiven Potenzials in den Weltmärkten sollte die vornehmste Aufgabe von Volksparteien darin bestehen, Vertrauen zu stiften statt zu spalten und zu verunsichern. Die CDU wird alles tun, um den sächsischen Firmen zur Seite zu stehen. Wir werden uns dabei in keiner Weise beirren lassen. Die Lage ist schwierig, aber nicht aussichtslos. Bleiben wir gemeinsam am Ball mit unserer sächsischen Wirtschaft! Die Sachsen werden es uns danken.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort. Herr Pecher, bitte.

Mario Pecher, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Mit unserer angeblich begrenzten Kraft haben wir in diesen viereinhalb Jahren in Sachsen sehr viel im Interesse der Menschen bewegt, lieber Kollege Heinz Lehmann.

Wir hatten gestern die Diskussion zum Konjunkturpaket. Wir wissen, dass die Finanzmarktkrise in der Wirtschaft angekommen ist. Gerade deshalb ist es unsere Aufgabe, die wirtschaftliche Lage zu stützen und in erster Linie damit Beschäftigung zu sichern. Die Politik, vor allem die Koalitionsregierung im Bund, hat mit den Konjunkturpaketen I und II viel dafür getan. Ich kann auch nicht nachvollziehen, dass teilweise gesagt wird, dass das alles zu lange dauere. Die Geschwindigkeit, in der hier Entscheidungen gefällt wurden, ist für politische Meinungsbildungsprozesse schon bemerkenswert.

Aber neben dem Schutzschirm für Banken und Hilfen für die Unternehmen brauchen wir eben auch einen Schutzschirm für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Verbesserung und Vereinfachung beim Kurzarbeitergeld sind dabei ein zentraler Baustein des gesamten Maßnahmenpaketes. Wie notwendig dies ist, zeigt sich mit Blick auf den Arbeitsmarkt. Mit knapp 296 000 Arbeitslosen verzeichneten wir noch zu Jahresbeginn den niedrigsten Januarwert. Das ist richtig. Den Firmen ging es 2008 sehr gut. Dagegen ist im Februar die Arbeitslosigkeit wieder gestiegen und die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten

gesunken. Aus diesem Grunde setzen wir Sozialdemokraten im Bereich der Arbeitsmarktpolitik vor allem auf Arbeitsplatzhalterhaltung durch eine Verbesserung bei der Qualifizierung.

Mein dringender Appell an die Arbeitgeber: Haltet an euren Mitarbeitern fest; denn spätestens, wenn die Nachfrage wieder anzieht, werden Unternehmen, die sich jetzt bemühen, ihre erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten und weiterzubilden, klar im Vorteil sein. Aus diesem Grund wurde auch auf unseren Druck hin die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf 18 Monate verlängert, das Antragsverfahren vereinfacht und die Möglichkeit für Weiterbildungsmaßnahmen neu aufgenommen. Deswegen übernimmt die Bundesagentur für Arbeit die Beiträge zur Sozialversicherung während der Kurzarbeit zur Hälfte, bei gleichzeitiger Qualifizierung zu 100 %. Deshalb stellen wir zusätzliche Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen während der Kurzarbeit zur Verfügung und weiten bestehende Programme zur Weiterbildung – auch unabhängig von Kurzarbeit – deutlich aus.

Die verbesserte Kurzarbeitsregelung soll kleinen, mittleren, aber auch großen Unternehmen helfen, konjunkturell bedingte Nachfrageumsatzeinbrüche ohne Entlassungen zu überbrücken. Dabei bleibt wertvolles Know-how der Mitarbeiter erhalten und steht gegebenenfalls sofort wieder zur Verfügung.

Das Kurzarbeitergeld bietet für die Unternehmen noch weitere Vorteile gegenüber der Entlassung von Beschäftigten. Die Gehaltskosten werden sofort gesenkt. Später entfällt die Zeit und die kostenintensive Suche nach neuem geeignetem Personal, das dann auch noch eingearbeitet werden müsste.

Wenn man im Vorfeld die Ausbildungsplatzsituation und die Bewerbersituation sieht, und welche Anstrengungen die Unternehmen teilweise eingehen müssen, um qualifiziertes Personal zu finden, dann ist es wert, die Mitarbeiter im Unternehmen zu halten und dort entsprechend zu qualifizieren.

Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter profitieren in dieser aktuellen Situation von einer Phase der Kurzarbeit, denn Kurzarbeit sichert ihre Arbeitsplätze. Darüber hinaus ermöglicht die Neuregelung, die freie Zeit für Weiterbildungsmaßnahmen sinnvoll zu nutzen.

Weiterbildung und Qualifizierung dürfen aber nicht nur ein Thema in der Krise sein, denn nur durch Weiterbildung werden berufliche Qualifikationen erneuert und erweitert. Berufliche Weiterbildung und Qualifizierung müssen deshalb generell gestärkt werden. Deshalb hat meine Fraktion ein eigenes Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz erarbeitet; denn wir als Politik tragen hier Verantwortung, diese Instrumentarien weiterzuentwickeln. Gerade im künftigen Jahrzehnt müssen wir stärker in Bildung investieren. Lebenslanges Lernen darf keine Floskel bleiben. Ein Weiterbildungsgesetz wie fast in allen Bundesländern ist daher auch für Sachsen dringend notwendig.

Lieber Kollege Lehmann, ich würde es begrüßen, wenn Sie als unser Koalitionspartner auch Ihre sicherlich begrenzte Kraft hierfür einsetzen könnten, dies zu unterstützen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Linksfraktion das Wort. Herr Zais, bitte.

Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Verunsichert“ und „wild entschlossen“ scheint das Zitat der CDU in den letzten Tagen und heute wieder zu sein, wie bei Herrn Lehmann festzustellen ist.

Ihre ideologischen Ausfälligkeiten, Herr Lehmann, weise ich natürlich zurück. Ich muss Ihnen auch ehrlich sagen, die Ernsthaftigkeit des Themas – davon bin ich ausgegangen – durch Ihre Koalition erlaubt eigentlich solche Spinnereien und Blödeleien, wie Sie sie hier am Mikrofon vorgebracht haben, nicht.

(Beifall bei der Linksfraktion)

So richtig die Regelung Ihrer Verlängerung der Kurzarbeit auf 18 Monate ist, so wenig kann man sie als Ruhekitz, oder gar als Maßnahme zur Beherrschung der Krise nehmen. Schon gar nicht werden wir dieser Koalition Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik als Feigenblatt gestatten. Deshalb vielleicht ideologisch eine Erinnerung an Sie:

Sie haben seit Schröders Amtsantritt alles getan, um Arbeitslosen das Leben schwerer zu machen. Sie haben die Langzeitarbeitslosen als faul verunglimpft und als Menschen zweiter Klasse in dieser Gesellschaft abgestuft. Hartz IV ist dennoch gescheitert, weil Sie keine regulären Jobs für diejenigen finden, die Sie in diese Kategorie „Hartz IV“ gedrückt haben. Sie haben seit Schröders Amtsantritt die Arbeitslosigkeitszeit verkürzt. Sie haben die Lebensgrundlagen eines Langzeitarbeitslosen auf 345 Euro festgelegt, und was er dazuverdient, wird ihm bar wieder abgezogen. Sie haben ein Geschäft daraus gemacht. Sie bestimmen die Wohnverhältnisse dieser Menschen. Sie haben die Qualifizierung gestrichen, die Sie jetzt wieder groß in den Mittelpunkt stellen. Sie haben ABM abgeschafft. Sie haben die Arbeit für einen Euro pro Stunde gesetzlich eingeführt. Sie haben die Zumutbarkeitsregelung verschärft, Bedarfsgemeinschaften gegründet und damit den individuellen Anspruch vieler Menschen beseitigt. Sie haben die Leiharbeit für Hunderttausende Menschen durchgesetzt. Diese waren die ersten, die im Dezember und Januar entlassen wurden. Auch eine Regelung für Kurzarbeiter in dieser Kategorie der Leiharbeiter kam erst im Februar – und damit zu spät. Über 60 % dieser Leiharbeiter sind schon entlassen.

Nun gibt es einen zu begrüßenden Sinneswandel, dachte ich, aber, Herr Lehmann, Sie haben mich wieder eines Besseren belehrt. Es ist, meine Damen und Herren, doch

nicht wirklich ein Sinneswandel, so wie das Herr Lehmann hier ausführte, bei Fehlern vergangener Politik zu korrigieren. Wir sehen gemeinsam die gestiegene Zahl der Kurzarbeiter mit gemischten Gefühlen. Darin glaube ich, sind wir uns alle hier im Haus einig. 17 000 Kurzarbeiter mehr im Monat Februar, insgesamt 34 000 in 1 200 Betrieben Sachsens, das sind Zahlen, die uns sagen, wie schwer die Krise ist – wo doch gestern so viele CDU-Abgeordnete am Rednerpult sagten, die Krise habe uns ganz unverhofft erreicht.

Sie vergessen immer ganz schnell Ihre Landesbank.

Einerseits wird das Ausmaß der Krise sichtbar, andererseits gibt die Kurzarbeit den Unternehmen die Chance, flexibel auf die Auftragslage zu reagieren. Untersuchen wir einmal die Auftragslage. Sie ist rückläufig in enormen Zahlen von bis zu 50 %. Herr Lehmann, Ihre Besuche in den Firmen haben gezeigt, dass sich eine Firma ohne Aufträge nicht über lange Zeit mit Kurzarbeit retten kann. Sind wir uns darin einig? Das ist die Situation, von der die sächsische Wirtschaft erfasst ist.

Sicher ist, dass die Kurzarbeitsregelung eine Weile vor Arbeitslosigkeit schützen kann, aber nicht lange. Das hängt nicht von den Unternehmern und deren minimierten Lohnkosten bzw. nicht zu leistenden Sozialbeiträgen bei Qualifizierung ab, nein, ein Unternehmen ohne Aufträge kostet mit Kurzarbeit Unterhaltskosten. Eingeschränkte Produktion wird teuer, weil fast die gleichen Fixkosten anfallen. Viele Firmen sind in dieser Situation. Ich möchte nur zwei nennen, wo Herr Wirtschaftsminister unterwegs ist, Enka wird sofort geschlossen – keine Kurzarbeiterregelung. Infineon will Kurzarbeit für 9 000 Arbeiter einführen, und keiner von uns weiß, ob es Infineon nach dieser Regelung noch geben wird. Qimonda ist ein Beispiel, welches wir selbst in Dresden erleben.

Deshalb ist die Lösung nur in einer Stärkung der Binnenwirtschaft zu suchen. Dafür gibt es das Konjunkturpaket, weil es einem Land wie Deutschland und auch Sachsen, das einseitig auf Exporterfolge schielt, jetzt gelingen muss, die öffentliche Nachfrage zu erhöhen und mit staatlichen Investitionen für Aufträge zu sorgen. Die gestrige Veranstaltung hat mir eher gezeigt, dass das Konjunkturpaket II von einigen Ihrer Kollegen, Herr Lehmann, als Wahlprogramm angesehen wird, aber nicht, um wirkliche Änderungen in der Struktur der Auftragslage für diese Unternehmen zu erreichen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Von einem Programm Bahn, dem Infrastrukturausbau, insbesondere mit energetischen Projekten, war gestern nicht die Rede. Das wurde mit Recht von den GRÜNEN angemahnt. Das Konjunkturpaket II scheint für die Mehrheit – –

Präsident Erich Iltgen: Bitte zum Schluss kommen.

Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion: – von Ihnen nur ein vorübergehendes Programm bis zur Wahl zu sein. Das

reicht nicht aus, weder für die Arbeitslosen noch für die Unternehmen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der NPD-Fraktion das Wort. Herr Delle, bitte.

Alexander Delle, NPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Hiobsbotschaften für die deutsche Konjunktur reißen nicht ab. Hier mal ein kleiner Auszug daraus: „Die deutsche Schlüsselbranche Maschinenbau erlitt zum Jahresbeginn den stärksten Einbruch seit über fünf Jahrzehnten. Der Auftragseingang fiel um real 42 %. So einen starken Rückgang haben wir seit Beginn der Zählung im Jahr 1958 noch nicht gesehen.“ Das sagte Ralf Wichers, Chefvolkswirt des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau. Gleichzeitig fiel das Geschäftsklima im deutschen Mittelstand auf einen neuen Tiefpunkt. Das von der KfW-Bankengruppe und dem Münchner Ifo-Institut berechnete Mittelstandsbarometer sank um 1,4 Zähler auf minus 21 Punkte, wie die KfW in Frankfurt mitteilte. Dies ist der niedrigste Wert seit Beginn der gesamtdeutschen Auflistung Anfang 1991. In der deutschen Rohstahlindustrie verschärfte sich die Krise im Januar mit einem Rückgang um 36 % gegenüber dem Vorjahresniveau noch einmal deutlich, und im deutschen Großhandel schrumpften die Erlöse im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal um 10,7 %. Diese Liste ließe sich – leider – beliebig fortführen.

Meine Damen und Herren, das sind alles keine Krisensignale mehr, sondern Katastrophensignale. Angesichts dieses Wirtschaftskollapses, der sich in rasender Schnelligkeit vor unseren Augen vollzieht, klingt der Titel der von der CDU- und der SPD-Fraktion beantragten heutigen Aktuellen Debatte „Mit Qualifizierungs- und Kurzarbeitsregelungen dem nachfragebedingten Personalabbau in der sächsischen Wirtschaft wirkungsvoll begegnen“ geradezu verniedlichend. Das Ganze klingt nach dem Motto: Wir tun so lange nichts, bis es wieder aufwärts geht.

Vorerst geht es freilich in rasender Geschwindigkeit abwärts. Im Februar 2009 gab es in Sachsen erstmals wieder seit einem Jahr mehr als 300 000 Arbeitslose. Auch die Zahl der Kurzarbeiter ist seit Jahresbeginn extrem angestiegen: von Dezember 2008 mit 16 935 auf nunmehr 34 000 Kurzarbeiter im Februar 2009. Nun ist die Kurzarbeit sicherlich ein geeignetes Instrument, um in einer Konjunkturkrise einen zu scharfen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu dämpfen und Unternehmen bei einer vorübergehenden schlechten Auftragslage zu helfen. Deutschland befindet sich momentan allerdings nicht in einem der zyklisch wiederkehrenden Konjunkturtiefs, sondern in einer Depression, wie wir sie wahrscheinlich nur einmal im Jahrhundert erleben.

In dieser Depression werden die Grenzen eines arbeitsmarktpolitischen Instrumentes wie der Kurzarbeit sehr schnell deutlich. Kurzarbeit ist grundsätzlich auf sechs Monate begrenzt. Nur bei Vorliegen außergewöhnlicher

Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt – was sicherlich derzeit leider der Fall ist – kann sie auf 18 Monate ausgedehnt werden. Eine Kurzarbeit auf Ewigkeit kann und darf es aber nicht geben. Sie würde den Staat auch sehr schnell finanziell überfordern. Schon deshalb ist es schlicht und einfach falsch, wenn die die Staatsregierung tragenden Fraktionen von CDU und SPD in dieser Aktuellen Debatte allen Ernstes suggerieren, dass mithilfe der Kurzarbeit die derzeit grassierende Weltwirtschaftskrise überwunden werden könne. Da durch die Kurzarbeit außerdem ein erheblicher Einkommensverlust in Kauf genommen werden muss, wird das Millionenheer der in Kurzarbeit geschickten Arbeitnehmer keinen Beitrag zur Stärkung des Binnenkonsums leisten können, der noch eine der letzten Säulen ist, die die deutsche Wirtschaft im Augenblick stützen.

Für viele Betroffene dürfte sich auch die Kurzarbeit bei der nächsten Steuererklärung als Bumerang erweisen, da das Kurzarbeitergeld dem Progressionsvorbehalt unterliegt. Dabei handelt es sich, vereinfacht ausgedrückt, um den Aufschlag des steuerfreien auf das zu versteuernde Einkommen, womit sich der Steuersatz zunächst einmal erhöht. Zwar wird das zu versteuernde Einkommen dann wieder abgezogen, der höhere Steuersatz aber bleibt und erhöht die Steuerlast auf das zu versteuernde Einkommen. Wir haben diese fragwürdige Praxis schon in unserem Antrag mit dem Titel „Besteuerung des Mindestelterngeldes rückgängig machen“ im vergangenen Oktober thematisiert, da es aus Sicht der NPD-Fraktion schlicht und einfach eine Unverschämtheit ist, dass Elterngeld, Kurzarbeitergeld, Insolvenzgeld und dergleichen weiterhin dem Progressionsvorbehalt unterliegen, während gleichzeitig die Einkünfte offener Immobilienfonds von diesem Progressionsvorbehalt befreit wurden.

(Beifall bei der NPD)

Grundsätzlich, meine Damen und Herren, ist angesichts der Schönfärberei von CDU- und SPD-Fraktion zu sagen, dass Kurzarbeit keine Krisenlösung ist, insbesondere dann nicht, wenn man es mit einer Weltwirtschaftskrise und nicht mit einem Konjunkturtief zu tun hat. Der dramatische Absturz der deutschen Wirtschaft und ihre Krisenanfälligkeit haben sehr tief liegende strukturelle Gründe und beruhen auf der extremen einseitigen Export- und Weltmarktorientierung unserer Wirtschaft, was nun zum Sargnagel der deutschen Wirtschaft werden könnte. Wer hier noch etwas zum Besseren wenden will, der muss radikal umsteuern und dafür sorgen, dass die derzeit nur auf den Export ausgerichtete Monostruktur der deutschen Wirtschaft durch eine eng miteinander verzahnte, breit aufgestellte und verschiedenste Branchen umfassende Volkswirtschaft abgelöst wird, die wir in Deutschland früher auch hatten und die dem Land den wirtschaftlichen Wiederaufstieg nach zwei Weltkriegen ermöglichte.

Wer immer noch wie die Staatsregierung und die Koalitionsfraktionen denkt, dass es reicht, einige Makulaturen vorzunehmen und das eine oder andere arbeitsmarktpoliti-

sche Instrument anzuwenden, der wird Deutschland und Sachsen sicherlich nicht den Weg aus der Krise weisen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der FDP das Wort. Herr Morlok, bitte.

Sven Morlok, FDP: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn deutlich machen, dass wir eine Krise haben. Das ist richtig. Aber es ist auch richtig, dass wir keine Katastrophe haben. Das sollte man auseinanderhalten.

Herr Kollege Delle, ohne den Export, den Sie gerade so gebrandmarkt haben, hätten wir ein Wohlstandsniveau in Deutschland,

(Alexander Delle, NPD: „Einseitigkeit“, habe ich gesagt, Herr Morlok! Sie verstehen es nicht!)

das mit dem nicht zu vergleichen ist, was wir gerade jetzt haben. Wir hätten Heerscharen von Arbeitslosen. Wir hätten eine große soziale Krise in diesem Land. Aber vielleicht sind es gerade die Krisen, die Sie suchen, damit Sie aus den Ängsten der Menschen Ihr politisches Geschäft machen können.

(Beifall bei der FDP –

Alexander Delle, NPD: Sie kapieren es nicht!)

In Krisenzeiten muss man sich zusammenraufen, auch Strukturen überdenken und überlegen, was man vielleicht falsch gemacht hat. Unternehmensstrukturen müssen sich anpassen, aber es gehört in Krisenzeiten auch dazu – das ist nun mal das Geheimnis der Marktwirtschaft –, dass keine wettbewerbsfähigen Unternehmen vom Markt verschwinden werden und neue Unternehmen mit zukunftsfähigen Konzepten entstehen.

Aber – und das ist auch wichtig – die Kurzarbeit bietet eine Chance in der Krise, nämlich Qualifizierungen wahrzunehmen. Allerdings sind die Rahmenbedingungen heute komplex. Wir haben in diesem Hause schon oft über Fachkräftemangel diskutiert. Wenn man diesen beseitigen möchte, muss man richtig in den Bereich Qualifizierung gehen. Das würde am besten bei Kurzarbeit Null funktionieren, weil die Menschen dann voll und ganz für die Qualifizierung zur Verfügung stünden. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Gott sei Dank reden wir in den allermeisten Fällen nicht von Kurzarbeit Null.

Wir reden von einer Einschränkung der Arbeitszeit um 30 oder vielleicht um 50 %. Ich finde, es ist doch positiv, dass wir eben nicht über Kurzarbeit Null sprechen. Aber wir wissen auch, dass die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer Situation, in der sie zu 50 oder 70 % in den Arbeitsprozess eingebunden sind, höchst problematisch ist.

Aber es wird auch deutlich – das ist ebenfalls schon angesprochen worden –, dass der Mittelstand eigentlich

sein Personal halten möchte. Er will es halten, weil er sich auf einen bevorstehenden Aufschwung vorbereitet. Wir haben ganz aktuell die Zahlen des Mittelstandsbarometers von Ernst & Young vom Januar 2009. Es wurde gefragt: Wie wird sich die Zahl der Mitarbeiter Ihres Unternehmens in Deutschland im kommenden Halbjahr voraussichtlich entwickeln? – Dazu sagen 18 % der Unternehmen der Mittelständler in Sachsen „sie steigt“, nur 11 % sagen „sie sinkt“, und 71 % sagen „sie bleibt gleich“. Das heißt, wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass wir hier ganz andere Einschätzungen haben. Vielleicht haben wir in Sachsen auch eine Sondersituation innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Wir sollten daraus erkennen, dass der Mittelstand de facto der stabilisierende Faktor in der Krise ist, weil er an dem Personal, das er in den kleineren Unternehmenseinheiten auch besser kennt, festhalten möchte.

Gestatten Sie mir zum Schluss eine Bemerkung zu den Kurzarbeiterzahlen. Sie wurden hier im Hohen Hause auch schon von Links und von ganz Rechts angesprochen. Im Februar wurde für 35 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Kurzarbeit angezeigt. „Kurzarbeit angezeigt“ heißt nicht, dass sie alle in Kurzarbeit sind. Wer sagt, es habe im Februar in Sachsen 35 000 Kurzarbeitende gegeben, sagt einfach nicht die Wahrheit. Er macht auch sein politisches Geschäft mit der Angst der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir haben keine aktuellen Schätzungen seitens der Agentur, weil die Meldungen der Betriebe immer quartalsweise erfolgen. Wenn man aber den vorsichtigen internen Schätzungen glauben kann, hatten wir im Februar etwas über 10 000 Kurzarbeiter. Das ist ungefähr das Niveau vom Dezember. Wir haben keine deutliche Steigerung. Deswegen gibt es auch keinen Anlass, hier Krisenszenarien zu verbreiten.

Schon wenn man sich diesen Debattentitel anschaut, stellt man fest, dass das Krisenszenario bereits eingebaut ist. Dort heißt es, dass dem nachfragebedingten Personalabbau begegnet werden soll. Ich sehe im Mittelstand in Sachsen zurzeit über alle Unternehmen hinweg noch lange keinen nachfragebedingten Personalabbau. Das sollte man hier auch einmal sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als Politiker sollten in der Krise die Wirtschaft nicht kaputtreden. Wir haben hier auch eine gewisse Verantwortung, bei aller Sorgfalt, die wir an den Tag legen müssen, uns die Zahlen zu vergegenwärtigen und vorbereitet zu sein. Wir dürfen uns aber nicht an dem Wettbewerb um die schlechteste Nachricht beteiligen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion GRÜNE das Wort. Herr Weichert, bitte.

Michael Weichert, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftskrise macht sich

immer stärker auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Deutschlands Unternehmen haben für 1,5 Millionen Beschäftigte vorläufige Anträge auf Kurzarbeit gestellt. Der Grund hierfür ist, dass sie ihre Produktion aus konjunkturellen Gründen zurückfahren müssen. Auch in den kommenden Monaten dürfte sich die Lage kaum entspannen.

Die Medienberichterstattung der vergangenen Tage und Wochen macht deutlich, wie gegenwärtig die Kurzarbeit in den kleinen, mittelständischen und großen Unternehmen ist:

- 2. März, MDR: Die Robert Bosch Elektrowerkzeuge GmbH in Sebnitz hat Kurzarbeit beantragt.
- 3. März, „Sächsische Zeitung“: Die Lange Uhren GmbH in Glashütte hat für ein halbes Jahr Kurzarbeit beantragt.
- 7. März, „Welt am Sonntag“: Siemens bekommt die Wirtschaftskrise immer deutlicher zu spüren und muss deshalb die Kurzarbeit möglicherweise deutlich ausweiten.

Dies ließe sich fortsetzen. Neuerdings kündigen auch Handelskonzerne wie Metro oder die Baumarktkette Praktiker, die zum Teil auch wegen der eigenen Rabattpolitik unter Druck geraten sind, Kurzarbeit an.

Meine Damen und Herren, daran sieht man, dass Kurzarbeit nicht das Wundermittel ist, als das es die Bundesregierung gern verkauft. Die Krise ist zum Beispiel im Handel überhaupt noch nicht angekommen. Was wir hier beobachten, sind Mitnahmeeffekte, die den Steuerzahler belasten.

Damit wären wir bei der Frage angelangt, was Kurzarbeit nun tatsächlich ist und was sie zu leisten vermag. Kurzarbeit ist – erstens – eine Feuerwehrrmaßnahme zum Löschen der am deutlichsten sichtbaren negativen beschäftigungspolitischen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie kann den Arbeitsmarkt zwar kurzfristig von Arbeitslosigkeit entlasten, jedoch wenig zur tatsächlichen und längerfristigen Stabilisierung der Beschäftigung beitragen. Kurzarbeit ist nicht nur eine Auffangmaßnahme für Arbeitnehmer, sondern sie ist vor allem eine Subvention und Stützung von Unternehmen. Arbeitnehmer und Gesellschaft bezahlen hier für eine Krise, die sie eigentlich nicht verursacht haben.

Zweitens. Es ist ja auch viel bequemer, Kurzarbeit zu beantragen, als endlich in den strukturellen und innovativen Wandel der Produkte zu investieren. Ich erinnere nur an die Modellpflege der Automobilbranche im Kontext mit Klimawandel und Ölpreisentwicklung.

Meine Damen und Herren, hier muss endlich ein Umdenken stattfinden, und zwar in den Betrieben, in der Gesellschaft und in der Politik. So reicht es eben nicht, die Abwrackprämie an all jene zu zahlen, die einfach ein neues Auto kaufen möchten. Hier gehört beispielsweise die Kopplung an einen niedrigen CO₂-Ausstoß zwingend dazu. Der Staat vergibt sich die Möglichkeit, Einfluss auf die Wirtschaft zu nehmen, die er mit Steuermilliarden

wiederbeleben will – Milliarden, die von den nachfolgenden Generationen refinanziert werden müssen, meine Damen und Herren.

In den Konjunkturpaketen der Bundesregierung stecken neben etlichen guten Ideen leider jede Menge solcher verpassten Chancen. Der Versuch der Regierung, den komatösen deutschen Michel bis nach den Wahlen mit ein paar Trostpflastern zu sedieren, wird nach hinten losgehen. Die bisherigen Maßnahmen greifen zu kurz. Angesichts der dramatischen Entwicklung in der gesamten deutschen Exportindustrie reicht die Verlängerung des Kurzarbeitsgeldes nicht hinten und nicht vorn, um die Beschäftigten vor den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu schützen.

Von der Entwicklung am Arbeitsmarkt hängt es ab, ob die Verbraucher wieder mehr sparen oder weiter Geld ausgehen werden. Die Arbeitsmarktdaten vom Februar geben bereits einen deutlichen Hinweis. Das wurde hier schon gesagt.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Wann kommt endlich ein umfassendes Maßnahmenpaket für Beschäftigung, ein Schirm für die Mitarbeiter in den Unternehmen? Wer Hunderte Milliarden Euro in die Bankenrettung fließen lässt, aber für den Arbeitsmarkt nur einen Bruchteil dieser Summe übrig hat, erschüttert das Vertrauen in den Sozialstaat, verschlechtert die Lage der Betroffenen und verschärft die Krise.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie der Abg.
Dr. André Hahn und Caren Lay, Linksfraktion)

Einen Vorschlag für ein besseres Krisenmanagement mache ich im zweiten Teil.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort; Herr Lehmann noch einmal.

Heinz Lehmann, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben als Politiker von unseren Wählern eine Verantwortung übertragen bekommen. Unser Auftrag ist es, die vorhandenen Ressourcen möglichst nutzbringend für die Menschen einzusetzen. Daneben müssen wir den Menschen gerade in unübersichtlichen Zeiten Mut machen und bei ihnen Zuversicht stiften. Herr Zais, das würde auch der Linksfraktion gut zu Gesicht stehen. Denn die Tatkraft der Menschen ist die wichtigste aller Ressourcen. Um das leisten zu können, dürfen wir die Situation weder schwarzmalen noch durch die rosarote Brille betrachten.

Natürlich ist auch die sächsische Wirtschaft von der Nachfrageschwäche auf den Weltmärkten betroffen – zum Glück längst nicht alle Firmen, wenigstens bis jetzt nicht. Was uns allen fehlt, ist die lang erprobte, mit Sicherheit wirkende Medizin gegen Störungen dieser Art. Darum ist vieles, was wir heute tun, „trial and error“. Mit dem Bankenschirm, mit der Abwrackprämie, mit den Kurzarbeits- und Qualifizierungsregeln haben wir einen ersten

Versuch gewagt. Die bisherige Nachfrage nach diesen Angeboten zeigt aber, dass wir so falsch nicht liegen können.

Zur Verantwortung der Politik gehört es aber auch, meine Damen und Herren, dass wir diese Hilfen nicht sofort wieder kleinreden. Für uns gilt: Der Staat soll auf keinen Fall Unternehmer werden. Der Staat und die Gemeinschaft der Staaten im globalen Kontext müssen die Rechtsrahmen für die wirtschaftliche Tätigkeit bestimmen und diese überwachen. Der Staat soll sich aber in keinem Falle selbst wirtschaftlich betätigen. Grundsätzlich unterscheiden auch wir zwischen Fürsorge und Aktionismus. Fürsorge überlegt erst und beschließt dann auf der Basis gewonnener Erkenntnisse. Das kann auch schnell gehen. Aktionismus dagegen orientiert sich eher an Wunschdenken als an der Realität.

Die Politik muss immer daran denken, dass finanzielle Unterstützung durch den Staat stets mit der Ausgabe von gegenwärtigen und zukünftigen Steuermitteln verbunden ist.

Wir haben gegen das Phänomen des Vertrauensverlustes anzukämpfen. Nach den Banken ist zwischen den Firmen das Vertrauen in die gegenseitige Leistungsfähigkeit im Schwinden – zum Teil begründet, besonders in der Autobranche. Die weiß, dass Fehler gemacht wurden und ein Ausleseprozess bevorsteht. Bei den oft beträchtlich langen Zulieferketten in diesem Bereich geht die Angst um, dass eventuell ein wichtiger Zulieferer wegbriecht und damit die eigene Lieferfähigkeit gefährdet. Darum holen die Firmen gegenwärtig Parallelangebote ein. Langfristig abgeschlossene Verträge sind nicht mehr ohne Weiteres belastbar. Das Fahren auf Sicht ist angesagt.

Fahren auf Sicht bedeutet aber, die Volatilität zu verstärken. Der Staat soll für die Begrenzung der daraus erwachsenden höheren Risiken zur Verfügung stehen. Verbesserte Kurzarbeiterregelungen wie auch Qualifizierungsangebote für die gegenwärtig nicht benötigten Mitarbeiter sind dafür wirklich geeignete Mittel.

Noch ein Wort an die FDP, eher eine Reaktion auf die Rede des Vorsitzenden von gestern. Herr Morlok hat sich heute gut geschlagen und sehr staatstragend geredet.

(He-he-Rufe von der Linksfraktion)

Mir scheint, Herr Zastrow, Ihre Partei hat sich in den letzten Jahren von der Partei der Besserverdienenden zur Partei der Besserwisser auf Bundes- wie auf Landesebene entwickelt. Das kommt natürlich in Talkshows gelegentlich ganz gut rüber, bringt aber keinen wirklichen praktischen Nutzen.

(Lachen des Abg. Michael Weichert, GRÜNE)

Wenn es brennt, hat es wirklich keinen Sinn, über den pH-Wert des Wassers oder über die Nitratbelastung zu reden. Dann muss gespritzt werden, und zwar schnell.

Die Chefvolkswirte, wenigstens die deutschen, haben nach dem Ausbruch der Finanzkrise zumindest für eine kurze Zeit nachgedacht und die Klappe gehalten. Mögli-

cherweise haben sie erkannt, dass ihre zuvor mit Pathos vorgetragenen Prognosen und Empfehlungen nicht das Papier wert waren, auf dem sie standen. Die FDP ficht das wohl nicht an. Sie ist da etwas anderes.

Nichtsdestotrotz zeigt die heutige Debatte, dass es zu einer abgestimmten Aktion zwischen Wirtschaft, Banken, Arbeitsverwaltung und Politik keine vernünftige Alternative gibt. Die Krise wird die sächsischen Firmen zwar schütteln, aber sie wird sie mit unserer Hilfe nicht umwerfen. Das sollte die Botschaft der heutigen Debatte sein.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort; Herr Pecher.

Mario Pecher, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die aktuellen Arbeitsmarktzahlen zeigen, dass die Unternehmen in diesem Bereich verantwortlich handeln, indem sie Kurzarbeit nutzen, um Entlassungen zu vermeiden.

Gestatten Sie mir, Herr Weichert, dazu ein Wort. Auch wenn die Zahl der Entlassungen aufgrund der aktuellen Finanzkrise spürbar ist, haben wir viele starke und leistungsfähige Firmen in Sachsen. Die haben investiert und investieren weiter in neue Produkte, Innovationen – ich brauche das Stichwort erneuerbare Energien hier gar nicht zu erwähnen –, aber auch in der Automobilbranche. Es ist nicht so, denke ich, dass zurzeit in diesem Bereich nichts investiert wird. Es ist so in der Vergangenheit gewesen, sonst wären wir nicht da, wo wir sind; und es passiert auch in der Zukunft.

Gestatten Sie mir auch noch einen kleinen Exkurs in das Thema Staatsbeteiligung. Ich finde es teilweise wirklich absurd, wenn eine Staatsbeteiligung insbesondere von denen verteufelt wird, die den Marktradikalismus gepredigt haben und die teilweise mit ihren politischen Anschauungen verantwortlich für das sind, was wir heute haben.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion: Richtig –
Beifall bei der Linksfraktion
und vereinzelt bei der NPD)

Wenn Sie Geld in eine Firma geben und sich an einer Firma beteiligen, dann wollen Sie diese Firma doch auch nicht leiten. Es ist doch absurd, immer zu behaupten, der Staat sei nicht der bessere Wirtschaftler. Jede Bank, die sich ein Grundstück sichert und im Grundbuch einträgt, will doch dieses Grundstück nicht bewirtschaften. Das geht doch praktisch an der Diskussion vorbei. Ich halte es für richtig, wenn der Staat Stützungen gibt, dann soll er das auch besichern und sich beteiligen, damit er die Gewähr hat, dass mit dem Geld etwas Vernünftiges passiert, damit er perspektivisch wieder hinausgehen kann, und wenn es geht, mit einer entsprechenden Rendite. Jeder Private denkt doch so.

(Beifall bei der SPD und des
Staatsministers Thomas Jurk)

Ich glaube, unsere Firmen gehen mit diesem Thema Personalabbau in der jetzigen Krise – und das ist kein Herbeireden der Krise; die Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, machen wir doch nicht, weil wir glauben, dass eine Krise kommt, in bestimmten Bereichen ist es sehr deutlich und nicht wegzudiskutieren, dass wir in einer Krise stecken – sehr bewusst um und qualifizieren ihre Fachkräfte. Sie haben natürlich auch die Möglichkeiten, sich mit dem Instrument Kurzarbeit, sagen wir einmal, in ihrer Belegschaft diese Freiräume zu schaffen, damit Qualifizierung möglich ist, weil sie selbst einteilen können, inwieweit noch eine Arbeitsbelastung stattfindet.

Mir ist natürlich bewusst, dass Kurzarbeit kein Allheilmittel ist. Sie ist und bleibt eine Überbrückungsmaßnahme. Deshalb müssen wir – wie bereits erwähnt – gezielt in Qualifizierung und Weiterbildung investieren, damit auch diese Firmen weiter wettbewerbsfähig bleiben.

Auf zwei Neuerungen will ich noch hinweisen. Die Neuregelung der Kurzarbeit setzt vor allem auf Qualifizierung. Deshalb haben wir erreicht, dass die Zeit der Kurzarbeit nicht primär für Freizeit, sondern für berufliche Qualifizierung genutzt werden kann.

Insbesondere die Beschäftigten im gering qualifizierten Bereich können durch die Weiterbildung, durch die Qualifizierung ihren Anspruch, am Arbeitsleben besser teilnehmen zu können, erhöhen. Dabei ist es wichtig, dass versucht wird, mit Weiterbildungsangeboten verwertbare Abschlüsse herzustellen bzw. weitere Abschlüsse sicherzustellen. Warum soll nicht ein Elektromonteur in einer Firma zusätzlich einen Schweißpass ablegen, der ihn am Markt wettbewerbsfähiger macht?

Wir haben erstmals – das möchte ich auch ansprechen – die Leih- und Zeitarbeiter in den Bereich Kurzarbeitergeld hineingebracht. „Das ist ein gutes Signal für die Branche“, sagte der Adecco-Deutschland-Chef Uwe Beyer. „Damit werden unsere Beschäftigten mit der Stammebelegschaft endlich in einem zentralen Punkt gleichgestellt.“ Ich glaube, das ist wichtig.

Damit möchte ich abschließen. Unser Motto heißt ganz klar „Qualifizieren statt entlassen“.

Danke.

(Beifall bei der SPD und des
Staatsministers Thomas Jurk)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile das Wort der Linksfraktion. Frau Lay, bitte.

Caren Lay, Linksfraktion: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe der heutigen Debatte mit Spannung gelauscht. Denn ich war doch sehr gespannt darauf, welchen Trumpf die Koalition heute noch aus dem Ärmel ziehen will und welche politischen Angebote sie machen will, damit wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen vor den Folgen der Wirtschaftskrise schützen können.

Das Ergebnis ist: nichts. Sie haben nichts anzubieten an landespolitischen Forderungen. Das Einzige, was Sie uns hier verkaufen, sind die ollen Kamellen des Bundes.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion)

Außer Nicklichkeiten zwischen der Koalition – das kommt hinzu – haben wir hier nichts gehört. Deutlicher, meine Damen und Herren, konnte die Koalition ihre Regierungsunfähigkeit und wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Unfähigkeit heute wirklich nicht unter Beweis stellen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Herr Lehmann, wer der CDU einmal im Wirtschaftsausschuss zugesehen hat, Ihnen, Herrn Bolick usw., der kann sich doch vor Lachen den Bauch nicht mehr halten, wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und die wirtschaftspolitische Kompetenz der CDU behaupten – ich bitte Sie!

(Lachen der Abg.

Kathrin Kagelmann, Linksfraktion)

Eines muss ich auch noch einmal sagen: Die Krise ist ja nicht vom Himmel gefallen, auch wenn sich jetzt alle hier hinstellen und die Auswirkungen bedauern. Sie kommt nicht von ungefähr. Sie ist auch nicht auf das individuelle Versagen einzelner Manager zurückzuführen, wenngleich es dafür keine Entschuldigung gibt. Aber es gibt Ursachen für diese Krise. Sie liegen in der Deregulierung der Finanzmärkte. Sie liegen in einer falschen Niedriglohnstrategie. Sie liegen in einer falschen Sozialpolitik und im Übrigen auch in einer neoliberalen Markt- und Privatisierungsideologie.

Dafür trägt die CDU – aber ich muss leider sagen: auch die SPD – die politische Verantwortung. Das muss an dieser Stelle einfach noch einmal betont werden.

(Beifall bei der Linksfraktion und des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Wenn Sie Ihren Marx besser gelesen hätten, Herr Lehmann, was wir uns alle sehr wünschen würden, dann wüssten Sie auch, dass Krisen zum Kapitalismus dazugehören, und wir müssten uns jetzt nicht hier hinstellen und sagen: So ein Wunder! Wie konnte das passieren?

(Lachen des Abg.

Klaus Tischendorf, Linksfraktion)

Meine Damen und Herren! DIE LINKE fordert angesichts der Krise nicht nur einen Schutzschirm für die Banken, Herr Lehmann, oder einen Schutzschirm für die Arbeitnehmer, Herr Pecher – der mir gerade nicht zuhört –, DIE LINKE fordert einen Schutzschirm für die Menschen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Die Erhöhung der Hartz-IV-Bezüge und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes sind ohnehin längst überfällig. In der Krise wären sie die richtige Antwort, um die Binnenkaufkraft zu stärken und damit den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Hinzu

käme ein Konjunkturprogramm, das so üppig ausgestattet ist, dass es wenigstens dem europäischen Standard entspricht und diesen Namen auch verdient.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich aber auf den Titel, auf das eigentliche Thema dieser Aktuellen Debatte eingehen. Es geht nämlich um die Frage, Qualifizierung mit Kurzarbeit zu verbinden. Dies ist in der Tat sehr löblich, und wir sollten die sächsischen Unternehmerinnen und Unternehmer dazu ermutigen, bei der Anmeldung von Kurzarbeit auch auf die Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu setzen. Geld ist genügend vorhanden. Wir haben im Doppelhaushalt 250 Millionen Euro an ESF-Geldern zur Verfügung. Die Inanspruchnahme läuft sehr schleppend, und ich denke, dass zum einen über die Möglichkeit von Qualifizierung und Beschäftigung deutlich stärker informiert werden müsste.

Zum anderen stellt sich wie immer die entscheidende Frage: Wer soll das eigentlich bezahlen? Ich sagte bereits, das Geld ist da. Der Bund hat grünes Licht gegeben, auch ESF-Gelder zu 80 % für diese Maßnahmen einzusetzen. Die Frage ist nur: Woher sollen die restlichen 20 % kommen? Die Antwort wäre: von den Unternehmen. Dazu muss ich Sie aber fragen: Wenn die Unternehmen derzeit genügend damit zu tun haben, den Rückgang der Aufträge zu kompensieren, den Rückgang der Kaufkraft auszugleichen und um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen – was wir ja hoffen –, woher soll dann in dieser Krise noch die Bereitschaft der Unternehmen kommen, Gelder für Qualifizierung zur Verfügung zu stellen? Es werden so viele – durchaus auch fragwürdige – Dinge im Rahmen des Konjunkturprogramms finanziert.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, hätte man ruhig etwas großzügiger sein können, wenn man es mit Qualifizierung bei der Kurzarbeiterregelung ernst meint. Wenn es auch nur eine einzige arbeitsmarktpolitische Maßnahme gegeben hätte, die die Koalition heute vielleicht einmal hätte vorschlagen können, dann wäre es doch die gewesen, wenigstens die vollen Kosten für die Qualifizierung von Kurzarbeitern zu übernehmen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Meine Damen und Herren! Insofern bleibt als Fazit dieser Aktuellen Debatte leider nur übrig, dass die Koalition ihre Konzeptionslosigkeit in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik nicht deutlicher hätte zum Ausdruck bringen können als mit dieser Aktuellen Debatte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Präsident Erich Itgen: Ich erteile der Fraktion der NPD das Wort. – Dann die FDP, bitte; Herr Morlok.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:
Will er die Konzeptionslosigkeit auch noch für die FDP dokumentieren?)

Sven Morlok, FDP: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch auf die Gefahr hin, dass ich den

guten Eindruck bei Herrn Lehmann jetzt wieder kaputt mache, möchte ich aufgrund der Debatte noch einige grundsätzliche Bemerkungen machen.

Herr Kollege Pecher, Sie haben vorhin formuliert: Wenn der Staat Stützungen gibt, muss er sich auch beteiligen können oder dürfen. So habe ich Sie verstanden. Das ist der Grundfehler, weil Sie die Frage nach dem Ob schon gar nicht mehr stellen. Die Frage ist doch, ob der Staat Stützungen geben soll. Dort fängt es doch eigentlich an, dass man sich Gedanken machen muss.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:
Wenn es sein muss!)

Ich sage Ihnen ganz klar und deutlich, dass sich der Staat sehr zurückhalten sollte, da ja Marktwirtschaft auch ein Prinzip ist, nämlich ein Ausleseprinzip, das uns zu immer effizienteren Lösungen führt.

(Widerspruch des Abg. Mario Pecher, SPD –
Unruhe bei der Linksfraktion)

Das haben wir an dem Beispiel, welche Autos in der alten Bundesrepublik über die Straßen gefahren sind und welche in der ehemaligen DDR, deutlich erlebt. Das hat schon etwas mit Auslese zu tun; und wenn Sie sich als Staat überall beteiligen und überall versuchen, Managementfehler auszugleichen, um Strukturen am Leben zu erhalten, die nicht überlebensfähig sind, dann werden Sie diesen Ausleseprozess in der Marktwirtschaft kaputt machen, und Sie werden zukünftig volkswirtschaftlich darunter leiden.

(Beifall bei der FDP –
Zuruf des Abg. Dr. Martin Gillo, CDU)

Lassen Sie mich zwei Beispiele nennen, die hier ebenfalls schon angesprochen wurden:

Erstens. Opel hatte in den letzten fünf, sechs Jahren einen Nachfrage-, einen Verkaufsrückgang von über 50 % zu verzeichnen. Das hat doch nichts mit Finanz- und Wirtschaftskrise zu tun, sondern mit falscher Produktpolitik und mit Managementfehlern. Ich kann doch nicht, wenn ich 50 % meines Absatzes verloren habe, die gleiche Anzahl an Fertigungskapazitäten aufrechterhalten. Das ist doch ein Managementfehler.

Zweitens. Bei Qimonda war das Erste, was der Insolvenzverwalter getan hat, das Werk in Richmond zu schließen. Warum ist das vorher nicht geschehen? Da sind doch Managementfehler gemacht worden, und der Staat kann nicht dafür geradestehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion GRÜNE das Wort; Herr Weichert, bitte.

Michael Weichert, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang ist es unverantwortlich, dass kein Euro des Bundes zusätzlich in

Qualifikation fließt. Alle Belastungen werden auf die Bundesagentur für Arbeit und damit auf die Beitragszahler abgewälzt. Statt Milliarden in Steuererleichterungen zu stecken, sollte der Staat seine Mittel für den Ausbau der Aus- und Weiterbildungsangebote nutzen.

(Beifall der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Investitionen in Gebäude und Infrastruktur genügen eben nicht. Gute Kitas, Schulen und andere öffentliche Gebäude brauchen auch genügend gut ausgebildetes Personal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der
Abg. Cornelia Falken, Linksfraktion)

Wir wissen: Auch die Sächsische Staatsregierung investiert lieber in Beton als in Köpfe, dies hat sie in den letzten Jahren immer wieder bewiesen. Damit zündet man allenfalls ein Strohfeuer. Das ist jedoch nicht geeignet, unsere Wirtschaft zukunftsfähig zu machen.

Unsere sächsischen Klein- und Mittelständler brauchen Instrumente, um auf die schwankende Auftragslage kurzfristig reagieren zu können. Diesen Unternehmen hilft es wenig, wenn ihre Mitarbeiter zum Beispiel Weiterbildungsmaßnahmen besuchen, in denen Fremdsprachen- oder Microsoft-Office-Kenntnisse vermittelt werden. Das bringt zwar Kenntnisse, die den Teilnehmern im Fall einer Arbeitslosigkeit nützlich sind, dem Bedarf der Unternehmen entspricht es aber nicht. Das unbefriedigende Ergebnis ist: Weil die Angebote nicht stimmen, werden sie von diesen Unternehmen nicht oder kaum genutzt. Für sie wären spezielle und genau auf die jeweilige Firma zugeschnittene Weiterbildungsmaßnahmen sinnvoller. Außerdem ist seit der Einführung des Mindestlohnes vor allem gut und ausreichend qualifiziertes Personal in den Unternehmen tätig.

Meine Damen und Herren! Für Aus- und Weiterbildung Geld in die Hand zu nehmen lohnt sich immer. Voraussetzung ist, dass die Sächsische Staatsregierung bereit ist, über den Rand der Ministerien hinauszuschauen und einen intensiven Dialog mit kleinen und mittleren Unternehmen sowie mit den Kammern und Verbänden aufzunehmen. Ergebnis muss eine konzertierte Qualifizierungsoffensive sein, die die Krisenzeit sinnvoll nutzt, um die Mitarbeiter – und damit auch die sächsischen Firmen – für die Zukunft fit und sicher zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei der Linksfraktion)

Präsident Erich Iltgen: Wird von den Fraktionen noch das Wort gewünscht? – Dies ist nicht der Fall. Herr Staatsminister Jurk, bitte.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach einer für Sachsen guten Beschäftigungsentwicklung in den letzten beiden Jahren sind die Auswirkungen der globalen Finanzkrise nunmehr auch bei uns deutlich zu spüren. Gab es in Sachsen im

Oktober 2008 nur knapp 3 000 Kurzarbeiter aus wirtschaftlichen Gründen, waren es im Dezember 2008 bereits 11 095 Personen. Um die Zahlen richtig einzuordnen: Wir sprechen natürlich über Kurzarbeit aus wirtschaftlichen Gründen; die Zahlen habe ich genannt. Es gibt aber auch saisonbedingte Kurzarbeit; ich denke dabei insbesondere an die Bauwirtschaft. Dies muss man gesondert betrachten. Ich warne davor, die Zahlen zu sehr pauschal anzuschauen.

Bekannt ist Ihnen sicher, dass die Anzahl der Anzeigen – damit hat Herr Morlok recht; es geht um Anzeigen – über Kurzarbeit im Februar 2009 erneut sprunghaft angestiegen ist. So wurde im Februar für rund 34 761 Personen Kurzarbeit aus wirtschaftlichen Gründen angezeigt. Als Vergleichszahlen: Im Januar waren es 17 499 und im Dezember 12 422 Anzeigen.

Täglich erreichen uns neue Nachrichten über die Auswirkungen der Finanzkrise. Sie machen vielen Bürgern Angst. Nachrichten über Rettungsschirme mit riesigen Geldsummen werden hinterfragt. Dazwischen gibt es aber auch Meldungen, dass Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mich in den letzten Wochen auf Messen wie der intec in Leipzig, der Cebit in Hannover und gerade gestern der ITB in Berlin mit Unternehmerinnen und Unternehmern unterhalten, und es gibt viele, die durchaus optimistisch in die Zukunft blicken. Dies sollten wir auch in Zeiten einer Krise nicht übersehen und uns kein falsches und verzerrtes Bild glauben machen lassen; denn ich habe insbesondere auf der intec in Leipzig mitbekommen, dass nicht nur die Messe anhand der Aussteller und Besucher gewachsen ist, sondern es gab dort Unternehmer, die mehrfach betont haben: Wenn wir nicht täglich Zeitung lesen und fernsehen würden, dann hätten wir auf der Messe nicht das Gefühl gehabt, dass wir eine Krise haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Ich will das jetzt nicht beschönigen, aber auch dieses Bild gehört zur gesamten Wahrheit der Stimmung in der Wirtschaft. Genauso wichtig ist aber, dass die Politik den Menschen im Land genau erklärt, was warum geschehen ist und vor allem warum und wie die Politik handeln will.

Die Realität hat längst alle eingeholt. Deshalb müssen wir das vorhandene Vertrauen in unser Wirtschafts- und Sozialsystem, das heißt auch in unsere Demokratie, stärken. Nur durch Vertrauen lässt sich die Wirtschaftskrise überwinden. Das Zelebrieren von Untergangsszenarien ist eine zeitgemäße Form des Aberglaubens.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und des Abg. Holger Zastrow, FDP)

Im Mittelalter hieß es dann: Tue Buße! Ein Journalist hat das kürzlich übersetzt in: Her mit der Kohle!

Mit dem Konjunkturpaket I sollen die Stabilisierung des Finanzsystems erreicht und die Auswirkungen der Erweiterung der Krise der Finanzmärkte auf die Realwirtschaft

so weit wie möglich verhindert werden. Mit dem Konjunkturpaket II haben wir die Chance, die Wirtschaftskrise nicht zu einer Beschäftigungskrise werden zu lassen. Im Vordergrund stehen dabei nicht nur der Erhalt von Arbeitsplätzen, sondern vor allem die wirtschaftliche Zukunft und die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen.

Mit dem „Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“, wie es amtlich heißt, steht ein handfestes Mittel bereit, um der drohenden Gefahr von Arbeitslosigkeit entgegenzutreten und die Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung zu schaffen. Insbesondere die neuen Qualifizierungs- und Kurzarbeiterregelungen stellen Möglichkeiten dar, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt und für die auf diesem Markt beschäftigten Personen abzufedern. Die Vereinfachung und die Entbürokratisierung der Verfahren bei Kurzarbeit und die finanziellen Entlastungen machen Kurzarbeit sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer attraktiver.

Wesentliche Änderungen bei der Kurzarbeit sind: Die Arbeitsagenturen erstatten die Hälfte der Beiträge zur Sozialversicherung, die auf Kurzarbeit entfallen. Bei Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während der Kurzarbeit können es sogar bis zu 100 % sein. Um für einen oder mehrere Beschäftigte Kurzarbeitergeld zu beantragen, reicht ab sofort der Nachweis eines Entgeltausfalls von mehr als 10 %. Die Bedingung, dass mindestens ein Drittel der Belegschaft von einem Entgeltausfall betroffen sein muss, wird ausgesetzt. Arbeitszeitkonten müssen vor Bezug des Kurzarbeitergeldes nicht ins Minus gebracht werden. Ab dem 1. Januar 2008 durchgeführte vorübergehende Änderungen der Arbeitszeit aufgrund von Beschäftigungssicherungsvereinbarungen wirken sich nicht negativ auf die Höhe des Kurzarbeitergeldes aus. Kurzarbeitergeld kann nun auch uneingeschränkt für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sowie für befristet Beschäftigte beantragt werden. Die Antragstellung und das Verfahren zum Kurzarbeitergeld werden vereinfacht. Weiterbildungsmaßnahmen für Beschäftigte während der Kurzarbeit werden umfangreich gefördert.

Für besonders wichtig halte ich dabei die Regelungen für die Leiharbeiter. So werden sowohl die Regelungen zum Kurzarbeitergeld als auch jene zum Saisonkurzarbeitergeld auf die Leiharbeiter übertragen. Dadurch wird verhindert, dass Leiharbeiter, deren Beschäftigungsverhältnisse ohnehin ein geringes Sicherungsniveau aufweisen, in der Arbeitsförderung benachteiligt werden. Darüber hinaus profitieren Leiharbeiter sowohl von den erweiterten Möglichkeiten der Qualifizierung im Programm „Wegebau“ als auch von der Förderung der beruflichen Weiterbildung, die bei Leiharnehmern auch dann möglich ist, wenn sie von dem Zeitarbeitsunternehmen wieder eingestellt werden, für das sie zuletzt tätig waren.

Die befristete Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers für den Kurzarbeitergeldanteil entlastet

besonders die Arbeitgeber. Von den Qualifizierungsmaßnahmen profitieren jedoch alle. „Kurzarbeiten – lange profitieren“ – dieser Slogan, mit dem die Arbeitsagenturen in Sachsen gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen für die Inanspruchnahme der neuen Regelungen zur Kurzarbeit werben, bringt unser Anliegen in kürzester Form zum Ausdruck.

Die Möglichkeiten der Qualifizierung während der Kurzarbeit wurden allerdings bis jetzt zu wenig genutzt. Nach Angaben des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geschieht die Koppelung der Kurzarbeit im Moment in nur etwa 5 % der Fälle. Wir alle wissen, dass Deutschland im internationalen Vergleich bei der betrieblichen Weiterbildung nur Mittelmaß ist. Umso wichtiger ist es, Kurzarbeit auch als Chance für Bildung zu begreifen. Qualifizierung schützt vor Arbeitslosigkeit und bringt uns Produktionsvorteile. Sie stärkt sowohl die Beschäftigungsfähigkeit unserer Arbeitnehmer als auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.

Die Redlichkeit gebietet es, darauf hinzuweisen, dass die Ausweitung der Kurzarbeit auch Risiken mit sich bringt. So hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kürzlich darauf hingewiesen, dass die neuen Regeln zu verstärktem Missbrauch der Kurzarbeit, vor allem aber zu Mitnahmeeffekten führen können. Es kann in einigen Fällen sogar dazu kommen, dass Kurzarbeit im Endeffekt nicht günstiger ist als Arbeitslosigkeit. Dennoch resümiert das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: „Mit Blick auf die derzeitige Sondersituation wird man solche Mitnahmeeffekte aber in Kauf nehmen müssen, da man sich von den Regelungen ein Abbremsen des Beschäftigungsabbaues versprechen kann.“

Ich halte es zum jetzigen Zeitpunkt jedoch für müßig, darüber zu diskutieren. In wenigen Wochen wissen wir mehr darüber. Entscheidend ist für mich die Ausgewogenheit der Regelungen. Sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber profitieren von den neuen Regelungen. Arbeitnehmer behalten insbesondere ihren Arbeitsplatz. Allerdings reduziert sich das verfügbare Einkommen, das muss man schon in Rede stellen.

Bei Betriebsbesuchen habe ich mich häufig darüber informiert, in welcher Weise Kurzarbeit durchgeführt wird. Ganz im Gegensatz zu der Zeit Anfang der Neunzigerjahre – Sie wissen: Treuhand, Kurzarbeit Null – wird

in vielen Betrieben nur ein geringer Anteil der Arbeitszeit als Kurzarbeit gefahren. Das heißt, die Leute fallen nicht automatisch auf Kurzarbeit Null und damit auf das entsprechende Niveau von Arbeitslosengeld I. Die Unternehmen wiederum können wichtige Fachkräfte und ihr Know-how halten, sparen damit Transaktionskosten, erhalten ihre Beschäftigungsstruktur und sind damit gut für den mit Sicherheit kommenden konjunkturellen Aufschwung gerüstet.

Insofern können wir feststellen, dass die Kurzarbeit von den Unternehmen als ernst zu nehmende Alternative zur betriebsbedingten Kündigung bereits jetzt gut angenommen wird. Damit keine Missverständnisse auftreten: Hohe Werte für Kurzarbeit sind keine Erfolgsmeldung. Aber jede Anzeige von Kurzarbeit bedeutet eben auch, dass eine Kündigung abgewendet werden konnte.

In der Debatte habe ich festgestellt, dass man gegen das Instrument der Kurzarbeit eigentlich nichts einzuwenden hatte. Gemeinsam sollten wir aufklären und informieren. Wir machen das im Ministerium, auch mithilfe der Kammern. Bitte tun Sie als Abgeordnete das auch. Informieren Sie über die Möglichkeiten der Kurzarbeit, damit die Unternehmen nicht wirklich kündigen! Bevor es zu spät ist, sollte informiert werden.

Für die ausführliche Debatte bedanke ich mich. Ich sage zu, dass der Hinweis zur Frage der Beteiligung der Unternehmen an entsprechenden Programmen geprüft wird. Allerdings sollten Sie bedenken, dass die Programme der Europäischen Union immer den beihilferechtlichen Tatbestand zu berücksichtigen haben. Das heißt, wir können keine 100-%-Förderung vornehmen; denn sonst hätten wir ein Beihilfeproblem. Aber ich lasse das noch einmal prüfen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die 1. Aktuelle Debatte, beantragt von den Fraktionen der CDU und der SPD zum Thema „Mit Qualifizierungs- und Kurzarbeitsregelungen dem nachfragebedingten Personalabbau in der sächsischen Wirtschaft wirkungsvoll zu begegnen“, beendet.

Wir kommen zu

2. Aktuelle Debatte

Bessere Bedingungen an sächsischen Schulen – Abwanderung von Lehrerinnen und Lehrern verhindern

Antrag der Linksfraktion

Zunächst spricht die Linksfraktion. Danach folgen CDU, SPD, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung. Die Debatte ist eröffnet. Das Wort hat die Linksfraktion; Frau Falken, bitte.

Cornelia Falken, Linksfraktion: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Stimmung an den sächsischen Schulen unter den Lehrerinnen und Lehrern ist sehr schlecht. Die Forderung der demokratischen Oppositionsfraktionen, der Gewerkschaften und der

Eltern nach einem Gesamtkonzept zur Personalentwicklung im Schulbereich wurde bereits mehrfach gestellt. Bis heute liegt ein solches Konzept nicht vor, auch nicht unter der Mitregierung der SPD.

Ich bin mir sicher, dass auch die Kollegen der SPD – und ich glaube sogar die Kollegen der CDU – in den Fraktionen ein solches Konzept wollen. Demzufolge sollten sie es endlich fordern.

Die hohe Streikbereitschaft der sächsischen Lehrerinnen und Lehrer ist ein Zeichen der hohen Unzufriedenheit mit dieser Situation. Diese bezieht sich auf die Arbeits- und Einkommenssituation und die Benachteiligung der Kolleginnen und Kollegen im Verhältnis zu den anderen Bundesländern.

Ich kann hier und heute nur einige Beispiele der Probleme an sächsischen Schulen, bezogen auf die Lehrerinnen und Lehrer, darstellen. Wenn wir alle aufzeigen wollten, würden wir mehrere Tage brauchen, und dafür habe ich heute leider nicht genügend Zeit.

Das alles sind Probleme, die in Sachsen gelöst werden können und müssen. Es sind Probleme, die an sächsischen Schulen für Lehrerinnen und Lehrer auftreten. Wir müssen sie sofort anpacken. Natürlich geht es dabei auch um das Geld. Ich möchte Ihnen einige Beispiele nennen, wie sächsische Lehrerinnen und Lehrer im Freistaat Sachsen bezahlt werden, und das seit nunmehr 20 Jahren.

Knapp 50 % der Grundschullehrer haben eine Eingruppierung, die nur für Hilfspädagogen zutrifft – übrigens, Herr Herbst, egal, welche Leistungen sie bringen. Sie haben ja dazu hier im Landtag Anträge eingebracht. Für einen Hilfspädagogen, gleich, welche Leistung er bringt, ist eine Höhergruppierung, eine Eingruppierung als Grundschullehrer im Freistaat Sachsen zurzeit überhaupt nicht möglich.

Beim sogenannten Kernstück, den Mittelschulen – nehmen wir es besonders heraus – werden 35 % der Lehrer als Realschullehrer eingruppiert. 65 % – ich wiederhole die Zahl: 65 % – der Mittelschullehrer im Freistaat Sachsen werden wie Grundschul- oder Hauptschullehrer eingruppiert, obwohl es ja die Hauptschullehrer in Sachsen überhaupt nicht gibt.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion: Unglaublich!)

Diese Lehrer sind erfolgreich in ihrer Tätigkeit, und Leistung spielt hierbei überhaupt keine Rolle. Sie arbeiten sowohl in Realschulklassen und -gruppen wie auch in Hauptschulklassen und -gruppen ab Klasse 7. An berufsbildenden Schulen und Förderschulen steht die notwendige Höhergruppierung nach Qualifikation seit Jahren aus. Diese wird nicht vorgenommen.

Ein Highlight, weil es ganz aktuell ist, muss ich Ihnen hier noch erzählen. Fachberater, die seit 20 bis 30 Jahren erfolgreich als Lehrer arbeiten, die ein Bewerbungsverfahren durchlaufen haben, die durch den Freistaat Sachsen ausgewählt worden sind, werden bei der Bestellung nicht mehr höhergruppirt, weil sie sich erst einmal bewähren

müssen. Wer soll denn das im Lehrerbereich heute überhaupt noch verstehen?!

Neu eingestellte Kollegen erhalten im Osten eine Vergütung von netto 1 400 Euro, und dies nach mindestens siebenjährigem Studium, im Westen dagegen von 2200 Euro. Nein, dass Sie mich nicht falsch verstehen, eine Verbeamtung der Lehrer möchte ich nicht, und nicht nur, weil man dann nicht mehr streiken kann, sondern hier muss es in Sachsen Regelungen geben, die in den Bezugsbereichen möglich und auch notwendig sind. Sie glauben doch nicht wirklich, Herr Wöller, dass bei Studienbeginn eine Zusage für Mangelfächer als Einstellungsgarantie ausreicht! Ich würde sogar bezweifeln, ob das geht. Da müssen bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen her. Personalräte kämpfen bei Einstellungen von jungen Kollegen um eine höhere Eingruppierung als die, die der Freistaat vorsieht. Hier kämpfen die Personalräte und nicht der Arbeitgeber.

Was sind denn außerdem Mangelfächer? Mangelfächer kann man doch sehr differenziert betrachten und auch entsprechend darstellen. Was Sie unter Mangelfächern verstehen, werde ich dann in der zweiten Debatte erläutern.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort. Herr Rohwer, bitte.

Lars Rohwer, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wie können gute Lehrer ausgebildet, gewonnen und gehalten werden?

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:
Nicht mit der CDU!)

Bildung und Qualifizierung sind die Voraussetzungen für individuelle Lebenschancen und gesellschaftliche Teilhabe. Was das sächsische Bildungssystem angeht, haben wir gezeigt, wie es gehen kann. Ich erinnere nur an Platz 1 bei PISA 2006 im deutschlandweiten Vergleich und Platz 1 beim Bildungsmonitorranking 2008. Damit hat Sachsen seinen Ruf als Vorzeigebildungsland verteidigt.

Gut ausgebildete Schüler sind der Schlüssel für Wachstum, Wohlstand und Fortschritt der Gesellschaft im Freistaat Sachsen. Wir hatten zwar gerade eine Debatte zur globalen Wirtschaftskrise, aber diese Sätze gelten nach wie vor. Doch was wäre dieses sächsische Qualitätssiegel wert, wenn es nicht jene Menschen in unserem Land gäbe, die die Talente und Fähigkeiten unserer Kinder zur Entfaltung bringen?

Auf den Lehrer kommt es an! – Eine Grundwahrheit, die so banal ist, dass ich mich wundern muss, dass sie bei all den Strukturdebatten verschüttgehen konnte. Ohne den Einsatz und die Begeisterung der sächsischen Lehrer wären die Ergebnisse der letzten Jahre wohl kaum zustande gekommen.

(Beifall bei der CDU)

Lehrer ist ein anspruchsvoller, aber auch ein wunderbarer Beruf. Wenn Sie eine Gruppe von 20 bis 28 Kindern vor sich haben, entwickelt sich nun einmal eine ganz eigene Dynamik. Die Kinder probieren aus, wie weit sie gehen können. Da wird so mancher Lehrer eben auch zum Dompteur. Das andere ist, dass Lehrer sich nicht erlauben können abzuschalten. Sie stehen pausenlos unter Beobachtung. Es ist eben nicht nur das Fachliche. Das Schwierige ist ebenso die Erziehung sowie die Beziehung zu den Kindern herzustellen. Lehrer sein ist eine große Aufgabe, eine der wichtigsten der Gesellschaft verpflichteten Professionen. Lehrer sein ist eine Berufung und alles andere als ein einfacher Beruf. Lehrer sein bedeutet, Kindern Flügel zu verleihen. Diese generellen Worte, meine Damen und Herren, waren vielleicht noch einmal vonnöten, um zu dokumentieren, was es bedeutet, gute Lehrer im Freistaat Sachsen zu haben und auch hier zu beschäftigen.

Worüber wir gern sprechen können und müssen, ist eine weitere Anhebung des bereits guten Qualitätsniveaus der Lehrer an den sächsischen Hochschulen. Dies ist der bildungspolitische Hebel, der zu signifikanten Fortschritten bei den schulischen Leistungen führen wird. Intelligente Prognosen zur Einschätzung des Lehrkräftebedarfs dienen dieser Qualitätssteigerung. Die CDU-Fraktion wird die Staatsregierung nach allen Kräften unterstützen, um eine gezielte Anwerbepolitik auf den Weg zu bringen, die auf Basis einer realistischen Berufswahlgrundlage eine Auswahl von geeigneten Studierenden trifft.

(Beifall des Abg. Heinz Lehmann, CDU)

Wichtig erscheint uns, dass Schluss sein muss mit der Einstellung: Wenn ich nichts anderes bekomme, dann werde ich eben Lehrer. Das ist eine falsche Meinung. Wir müssen mit einer Einstiegshürde ins Lehramtstudium ein Qualitätssiegel setzen, denn langfristige Verantwortung für Qualität führt zu Flexibilität und zu progressiven Lehr- und Lernformen. Leistung und Qualifizierung lohnen sich und erzeugen eine hohe Motivation. Bereits in den Gymnasien sollten wir gezielt auf den Lehrerberuf aufmerksam machen und ihn nicht abwerten. Sachsen braucht schon jetzt junge Grundschullehrer und junge Berufsschullehrer. Und vergessen wir den Bedarf der Förderschulen nicht! Spätestens in fünf Jahren brauchen wir dringend noch mehr junge Lehrer für die Mittelschule und die Gymnasien. Eine eindimensionale Sicht der Dinge, wie ich es gerade von Frau Falken hier in der Aktuellen Debatte gehört habe, brauchen wir nicht. Wir brauchen keine Neid-, sondern eine Qualitätsdebatte.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort. Herr Dulig, bitte.

Martin Dulig, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen von uns sind sicherlich

die Bilder von Winnenden noch im Kopf. Viele werden auch an Meißen und an Erfurt erinnert werden. Man fragt sich, warum ein Mensch einen solchen Hass entwickeln kann, einen Hass gegen sich, gegen Menschen, gegen Schule.

Ich weiß, dass es gefährlich ist, die Diskussionen jetzt miteinander zu verbinden. Ich will deshalb auch klar sagen, dass das für mich lediglich ein Anlass ist, auch über Grundsätze zu reden. Alles andere wäre eine Instrumentalisierung, wäre zynisch und falsch. Aber gerade solche Anlässe, wie wir sie gestern erleben mussten, zeigen auch, dass eine Diskussion über das, was in einer Gesellschaft, in einer Schule passiert, viel komplexer ist, als dass man es auf einzelne Themen reduziert wie auf Bezahlung, auf Stundentafeln, auf Schulstrukturen. Die Frage muss gestellt werden, was eigentlich in dieser Gesellschaft, in dieser Schule los ist.

(Heinz Lehmann, CDU: Richtig!)

Das ist ein Baustein dieser Debatte, und so möchte ich es auch verstanden wissen. Ein Baustein heißt zu fragen: Was passiert in Schulen? Welche Verantwortung haben Menschen, die dort arbeiten? Denn auf der einen Seite werden Lehrer sehr oft als Feuerwehrleute gebraucht, als Reparateteure einer Gesellschaft.

Manchmal wird ihnen alles vor die Füße gekippt, und die Erwartung ist: Schule, mach mal! Auf der anderen Seite können wir aber auch nicht akzeptieren, dass Schule oder Lehrerinnen und Lehrer sagen: Wir haben mit solchen Problemen nichts zu tun; weil die Rahmenbedingungen so schwierig sind, ziehen wir uns auf den Fachunterricht zurück. Beides geht nicht. Aber beides gehört zusammen in die Debatte, weil wir darüber reden, was Motivation und Anerkennung ist. Das heißt, wir reden vor allem auch über das Berufsethos des Lehrers und der Lehrerin.

Es geht also darum, dass wir Schule und Bildung hinterfragen und diejenigen, die dort Verantwortung tragen, auch anerkennen und die Rahmenbedingungen so schaffen, dass Schule möglichst das erfüllen kann, was wir benötigen. Das heißt, wir reden über gute Arbeit, wir reden über Bezahlung, über sichere Perspektiven, wir reden über Tarif, über Vollbeschäftigung, wir reden über die auch in Sachsen notwendige Veränderung bei den Eingruppierungen. Diesbezüglich müssen wir eine Perspektive aufzeigen.

(Zuruf von der Linksfraktion:
Aber dann macht doch!)

Das ist der eine Teil. Deshalb brauchen wir auch starke Gewerkschaften. Es liegt auch im Interesse des Staates, dort einen starken Interessenvertreter zu haben, der auch klar macht, was es für den Staat bedeutet, motivierte Lehrerinnen und Lehrer zu haben, die auch ihre Anerkennung in den Rahmenbedingungen der Bezahlung und in der Eingruppierung erhalten.

(Beifall des Abg. Mario Pecher, SPD)

Natürlich gehört die gesamte Frage des Nachwuchses dazu. Ich bin froh, dass wir in den vergangenen Haushaltsverhandlungen gerade bei den Referendaren nachjustieren konnten. Denn gerade die Referendarzeit gehört mit zur Ausbildung, und es ist sinnvoll, dass sie abgeschlossen wird. Wir brauchen die neuen Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall bei der SPD)

Konsequenterweise muss man natürlich auch die Einstellungskorridore erweitern. Lars Rohwer hat darauf hingewiesen. Das hat er auch vor einigen Jahren in einer von ihm gestellten Kleinen Anfrage nachgewiesen. Wir werden in Kürze ein großes Nachwuchsproblem haben. Zur Nachwuchsfrage gehört die Lehrerausbildung. Ich bin froh, dass jetzt eine Korrektur der Entscheidung getroffen wurde, was die Spezialisierung und Aufteilung der Lehrerausbildung in Dresden, Chemnitz und Leipzig betrifft.

Ich will den Bogen noch einmal zum Anfang spannen. Wir reden nicht nur über die Lehrerstellen oder über die Bezahlung, sondern wir reden natürlich über Bildung als solche, und dementsprechend ist das auch eine Frage von Motivation. Nur eine gute Schule wird auch eine Motivation bei Lehrerinnen und Lehrern erzeugen, sodass sie mit ihrer Arbeit und der Aufgabe zufrieden sein können. Nun brauche ich nicht das von uns bekannte Konzept auf den Tisch zu legen. Sie wissen, dass wir eine andere Schule wollen, dass wir eine verantwortliche Schule wollen, weil wir den Lehrerinnen und Lehrern mit ihren Kompetenzen vertrauen. Also brauchen wir nicht alles zu reglementieren, wir müssen ihnen auch mehr zutrauen. Das meinen wir mit verantwortlicher Schule.

(Beifall des Abg. Mario Pecher, SPD)

Wir brauchen eine andere Schul- und Lernkultur. Wir brauchen auch eine andere Schulstruktur. Darüber müssen wir hier aber jetzt nicht diskutieren.

Präsident Erich Iltgen: Bitte kommen Sie zum Schluss!

Martin Dulig, SPD: Ich sage nur, dass wir jetzt handeln müssen. Es regen sich alle auf, dass jetzt überall Werbeplakate aus Baden-Württemberg hängen, die unsere Lehrerinnen und Lehrer abwerben.

Präsident Erich Iltgen: Herr Dulig, Ihre Redezeit ist zu Ende, bitte zum Schluss kommen!

Martin Dulig, SPD: Alle diejenigen müssen jetzt schweigen, die jetzt nicht handeln, denn ansonsten werden wir in einigen Jahren Millionen Euro in Werbeplakate in anderen Bundesländern investieren, um Lehrerinnen und Lehrer nach Sachsen zu holen.

Präsident Erich Iltgen: Es gibt noch die Möglichkeit, auf eine Anfrage zu antworten.

Martin Dulig, SPD: Wenn man das verhindern will, dann bitte jetzt handeln, Einstellungskorridore eröffnen, eine gute Schule, eine andere Schule schaffen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Erich Iltgen: Herr Dulig, Sie hätten die Möglichkeit, noch weiter zu sprechen, wenn Sie der Abgeordneten eine Frage gestatten.

(Unruhe im Saal)

Ich erteile der Fraktion der NPD das Wort; Frau Schübler, bitte.

Gitta Schübler, NPD: Ich komme zum Debattenthema zurück. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Wahltag rückt näher und jede Fraktion des Hauses rückt die Interessen ihrer jeweiligen Klientel in den Mittelpunkt. DIE LINKE hat sich diesmal für die Lehrer entschieden. Es ist ja kein Geheimnis, dass ein großer Teil der Lehrerschaft in unserem Land der Linken zugeneigt ist. Es ist kein Zufall, dass mit Frau Falken eine langjährige Funktionärin der Lehrgewerkschaft GEW bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist.

Diese Bemerkungen wollte ich vorwegschicken, damit den Zuhörern auf der Tribüne, am Radio und im Internet die Zusammenhänge des bildungspolitischen Engagements der Linken klar werden.

(Zuruf des Abg.)

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion)

– Danke für den Tipp, Herr Porsch.

DIE LINKE will also die Bedingungen an den sächsischen Schulen verbessern. Das ist sehr lobenswert, denn es gibt dort allerhand zu tun. Viele Schulen sind nicht gerade im besten baulichen Zustand. Die Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler sind oft nicht gerade optimal.

Aber der Linken geht es heute nicht um Fragen der Bausubstanz oder Verbesserungen für die Schüler, sondern es geht der Linken um die Lehrer. Die Abwanderung soll verhindert werden. Vermutlich ist die Idee zu dem Thema dieser Debatte vor dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst entstanden. Sie haben, wie die FDP, die uns heute auch noch mit einem Antrag zugunsten der Lehrer beschäftigen wird, mit einem längeren Arbeitskampf gerechnet und wollten ihn mit der heutigen Debatte politisch begleiten. Das hat sich nun erledigt, nachdem der Ministerpräsident angekündigt hat, dass der Tarifabschluss auch in Sachsen übernommen wird. Auch Sachsens Lehrer erhalten also mehr Geld.

Das zunehmende Problem der Lehrerabwanderung ist damit aber noch nicht vom Tisch. Im Gegenteil, die Kultusminister der Länder konnten sich vergangene Woche in Stralsund nicht auf eine gemeinsame Linie einigen, mit der die gegenseitige Abwanderung von Lehrern unterbunden werden sollte. Es blieb bei einer schwachen Absichtserklärung. Der Egoismus der verhältnismäßig reichen Länder hat sich leider durchgesetzt. Sie

locken mit Übernahmeangeboten und Verbeamtungen im Westen.

Andererseits ist es auch kein Wunder, dass man sich in Stralsund nicht einigen konnte, denn nicht nur in Sachsen hat man immer noch keinen genauen Überblick über den zukünftigen Bedarf an Lehrern. Wir haben das Problem ja schon vor einigen Monaten debattiert. Solange nicht alle Bundesländer ihren genauen Bedarf festgestellt haben, wird es auch keine Einigung über den weiteren Umgang mit dem Thema Lehrerabwerbung geben. Kein privates Unternehmen könnte so planen, wie das im Bereich der Kultusbürokratie in der BRD der Fall ist. Zu allem Überfluss wird uns das Abwerben auch noch als eine Form des Wettbewerbsföderalismus verkauft.

Meine Damen und Herren, die Stralsunder Erklärung zur „Einstellung und Ausbildung von Lehrern in den Ländern“ ist nicht einmal das Papier wert, auf dem sie steht. Damit zumindest nicht Sachsen schuld an der Misere ist, fordern wir Nationaldemokraten die Staatsregierung auf, endlich eine realistische Bedarfsplanung im Schulbereich vorzulegen und auf dieser Grundlage in der KMK offensiv für bundesweite Absprachen einzutreten. Ein Länderegoismus ist hier völlig fehl am Platz. Es geht um die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler, die unter den systembedingten Konstruktionsfehlern leiden, die sich seit der Föderalismusreform noch verschärft haben.

Bekanntlich können die Länder seit dem 1. September 2006 laufbahn- und besoldungsrechtliche Regelungen eigenständig treffen. Da nützt es in der Praxis auch wenig, wenn die KMK irgendwelche Informationspflichten beschlossen hat.

Ungeachtet der Bemühungen auf Bundesebene muss die Staatsregierung auch eigene Aktivitäten unternehmen, um junge Lehrer in Sachsen zu halten. Eine Stellungnahme des Kultusministers wäre hier sehr hilfreich, sofern sie nicht noch zum Ende der Debatte erfolgt.

Personalplanung ist eine langfristige Angelegenheit, und die Bildung unserer Kinder darf nicht unter den Folgen der Föderalismusreform leiden.

Danke.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der FDP das Wort; Herr Herbst, bitte.

Torsten Herbst, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben von Martin Dulig gerade eine wunderbar pastorale Rede gehört, die nun wirklich am Thema vorbeiging

(Beifall bei der FDP)

und vergessen machen soll, dass die Sozialdemokraten als Koalitionspartner Mitverantwortung auch in der Bildungspolitik hier in Sachsen tragen.

(Beifall bei der FDP, der Linksfraktion und der NPD)

Sie tragen Mitverantwortung für geschlossene Schulen und lange Schulwege, Sie tragen Mitverantwortung für eine aufgeweichte Bildungsempfehlung, und Sie tragen Mitverantwortung für genau die Bürokratie, unter der sächsische Schulen heute leiden.

(Beifall bei der FDP, der Linksfraktion und der NPD)

Nun kann man den Bogen ja gern zum Thema Lehrer und dem befürchteten Lehrermangel spannen. Ja, es gibt einen Wettbewerb um Lehrer in Deutschland. Das ist nicht neu, das gab es in der Vergangenheit schon. Jetzt trifft es eben auch Sachsen. Die besten Köpfe werden überall gern genommen. Das ist in Unternehmen so, in der Wirtschaft genauso wie im öffentlichen Dienst. Doch was wir jetzt vom Kultusminister in Interviews hören, ist für mich eine erschreckende Reaktion. Es wird gejammert. Wenn sich zum Jammern noch Ungeschick hinzugesellt, wird es irgendwann peinlich. Man kann sich ja mal die Website des Kultusministeriums anschauen. Was findet man dort? Links zu Stellenangeboten für Lehrer in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

(Heiterkeit bei der FDP)

Da kann man sich Fragen stellen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer sich als staatlicher Fluchthelfer für sächsische Lehrer betätigt, darf sich nicht wundern, wenn sie tatsächlich flüchten.

(Beifall bei der FDP und der NPD)

Natürlich stehen wir im Wettbewerb um attraktive Arbeitsbedingungen und höhere Gehälter. Auch die Aussicht auf die Verbeamtung in anderen Ländern lockt. Aber das bloße Jammern wird nicht helfen. Man stelle sich einmal vor, wir sind im Marathonlauf, und der Läufer ganz hinten ruft der Spitze zu: Lauft doch bitte mal langsamer, wir wollen doch faire Bedingungen im Sport! Das wird nicht funktionieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Darum müssen wir uns auch mal Gedanken machen, wie wir besser werden, wie wir interessantere Bedingungen bieten und wie wir die durchaus vorhandenen Vorteile in Sachsen selbstbewusster darstellen. Diese gibt es. Normalerweise wäre das Aufgabe der Regierungsfractionen; wir helfen aber gern auf die Sprünge.

(Zuruf des Abg.

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion)

Im Gegensatz zu Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, kann man bei uns zum Beispiel Beruf und Familie vereinbaren, auch wenn man junger Lehrer ist. Wir haben vergleichsweise weniger migrationsbedingte Probleme und im Durchschnitt deutlich kleinere Klassen.

Natürlich ist auch das gute Abschneiden in PISA ein Punkt, der für Sachsen spricht. Klar ist, dass all das nicht ausreicht, um dem Abwerberdruck standzuhalten. Es muss klar sein, dass es eine Zukunftsperspektive gibt; das heißt

für uns vor allem ein Ende der Zwangsteilzeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der Linksfraktion)

Wir müssen darüber nachdenken, wie wir besondere Leistungen auch besonders würdigen. Ich weiß, das ist bei den Gewerkschaften nicht überall beliebt; aber wenn Sie in einer Firma arbeiten oder auch in einem Verein sind, wissen Sie: Es gibt immer Menschen, die mehr als andere tun. Ich bin der Auffassung, wenn jemand mehr leistet, soll er auch mehr in der Lohntüte haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Thomas Colditz, CDU – Dr. André Hahn, Linksfraktion: Da dürfte die FDP ja gar keine Lohntüte mehr kriegen!)

Zu diesem Thema werden wir heute noch auf Antrag der FDP diskutieren. Sachsen soll die Chancen einer leistungsorientierten Bezahlung nutzen, um Lehrer hier zu halten, um jungen Leuten ein klares Signal zu geben: Sie sind hier erwünscht, wenn sie ihr Lehramtsstudium beendet haben.

Meine Damen und Herren, was in der letzten Tarifrunde passiert ist, nämlich dass man genau die Leistungselemente, die vorher drin waren, wieder herausgenommen hat, ist genau der falsche Weg. Es nivelliert und es fördert nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Thomas Colditz, CDU)

Zu guter Letzt kann man sich einmal in der Staatsregierung anschauen, wie andere Ministerien mit dem Thema Mangel und dem Thema Werbung umgehen. Ich kann hier auf die Wissenschaftsministerin Frau Dr. Stange verweisen: Ihr Ministerium wirbt selbstbewusst in anderen Bundesländern für den Freistaat, um Studenten nach Sachsen zu holen. Warum versuchen wir das nicht einmal bei jungen Lehrern, bei künftigen Lehramtsstudenten? Meine Damen und Herren, es ist Zeit zu handeln, statt zu lamentieren. Das erwarten wir vom Kultusministerium.

(Beifall bei der FDP –

Dr. André Hahn, Linksfraktion: Bei dem Gehalt kommt keiner nach Sachsen. Das ist das Problem!)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion GRÜNE das Wort; Frau Günther-Schmidt, bitte.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Martin Dulig, durch meine Zwischenfrage, die leider nicht mehr zum Zuge gekommen ist, wollte ich hier einen Beitrag leisten, eine gewisse Qualifizierung in den Redebeitrag einzubringen. So muss ich feststellen: Was wir gehört haben, war ja nichts weiter, als dem Prinzip treu zu bleiben: Wie bleibe ich nichtssagend und trotzdem eine Autorität? Es hat mich doch sehr enttäuscht; es war relativ inhaltsleer.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion und der FDP)

In der Debatte um die drohende Abwanderung von Lehrerinnen und Lehrern kommt darüber hinaus natürlich auch bei anderen viel Hilflosigkeit zum Ausdruck. Ich habe mich schon sehr gewundert, als Kultusminister Wöller Mitte Februar eine entsprechende Werbekampagne für Junglehrer als „aggressiven Abwerbeversuch“ kritisierte. Dabei nutzen diese Bundesländer doch nur die Regularien von Angebot und Nachfrage, was grundsätzlich vernünftig ist; und die Lehrer, die darauf eingehen, suchen natürlich nach Möglichkeiten, ihre Arbeitskraft zu angemessenen Preisen zu „verkaufen“. Ich hoffe, dass wir 20 Jahre nach der Wende keine Diskussion mehr darüber führen müssen, wie man dafür sorgt, dass die Leute hierbleiben, sondern Freizügigkeit als Wert an sich muss anerkannt werden. Ich denke, darin sind wir uns alle einig.

Die Herausforderung, die es zu bewältigen gilt, besteht darin, den Lehrerinnen und Lehrern, vor allem auch den künftigen Lehrerinnen und Lehrern entsprechende Bedingungen zu schaffen, die es attraktiv machen, hier in Sachsen zu bleiben. Dabei ist Geld nicht alles, aber natürlich wichtig.

Was wir seit Jahren einfordern, ist eine langfristige Lehrerbedarfsplanung. Ich bin mir ja sicher, in irgendeiner Schublade liegt sie herum, aber man lässt sie einfach nicht heraus, weil dann sofort bestimmte Schwachpunkte ersichtlich würden. Die Betonung liegt hierbei auf langfristig und transparent. Ich bin einmal gespannt, wann wir etwas vorgelegt bekommen. Wenn man sich nämlich für Sachsen als Arbeitsort entscheidet, möchte man natürlich auch ein bisschen Verlässlichkeit und Planungssicherheit haben. Damit verbunden sind zuverlässige Einstellungskorridore – übrigens verknüpft mit entsprechenden Angeboten auch an ältere Lehrerinnen und Lehrer, möglicherweise früher aus dem Beruf auszusteigen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass es sich lohnt, junge Absolventen bereits jetzt einzustellen, auch wenn wir sie im Augenblick scheinbar noch nicht benötigen, weil die große Welle der Lehrer, die in den Ruhestand gehen, erst ein paar Jahre später kommt und dann aber mächtig für Probleme sorgt.

(Beifall der Abg. Cornelia Falken, Linksfraktion)

Das kostet zwar eine ganze Menge Geld; aber wer hier erst einmal seine sozialen Netzwerke geknüpft hat, der ist später eben nicht mehr empfänglich für Abwerbeversuche aus anderen Bundesländern.

Ich halte allerdings wenig davon – das möchte ich betonen, auch schon im Vorgriff auf die Debatte, die heute Nachmittag kommen wird –, Lehrer, die Mangelfächer unterrichten, mit bestimmten Boni auszustatten. Damit kommen wir nämlich ganz schnell in eine Zweiklassengesellschaft im Lehrerzimmer, und es lässt sich meiner Meinung nach überhaupt nicht begründen, warum zum Beispiel ein Mathelehrer mehr Geld bekommen soll als ein Deutschlehrer.

Die ganzen Probleme werden, wie mir scheint, auf dem Rücken der Lehrer ausgetragen. Hier braucht es – und

zwar vorsorgend – nicht nur an sogenannten Brennpunktschulen soziale Unterstützungssysteme. Seit Jahren fordere ich, Schulsozialarbeiter und -psychologen flächendeckend einzustellen. Sie weichen immer beharrlich davor zurück und sagen, das brauchen wir nicht, das bekommen wir schon hin. Ich bin der Meinung, Schule als soziales System braucht mehr als Lehrerinnen und Lehrer; das macht die Schule attraktiv.

Darüber hinaus – über Aus- und Weiterbildung hatten wir schon gesprochen – denke ich, dass es ganz, ganz notwendig ist, die Idee des schulartübergreifenden Ausbildungsansatzes zu verfolgen. Wenn wir nämlich eine Gemeinschaftsschule und solche ausgebildeten Lehrer haben, haben wir die Diskussion über differenzierte Entlohnung gar nicht mehr zu führen. Dann haben wir Lehrer, die alle die gleiche Ausbildung haben und die gleiche Entlohnung bekommen, und Sachsen könnte tatsächlich einmal Vorreiter sein, nämlich mit dem flächendeckenden Angebot von Gemeinschaftsschulen und Lehrern, die dann eben einen Grund haben, gern hier zu unterrichten.

Meine Damen und Herren, die Abwanderung junger, qualifizierter Fachkräfte stellt nämlich immer die Frage nach dem System: Ist das Schulsystem richtig oder nicht? Die Schülerinnen und Schüler müssen auf jeden Fall hierbleiben; sie sind die Leidtragenden. Dauerhaft kann man der Abwerbung nur begegnen, indem das Bildungssystem eben für alle attraktiv gestaltet wird: für Schülerinnen und Schüler, für Lehrerinnen und Lehrer und natürlich auch für Eltern.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Linksfraktion das Wort. Wird es gewünscht? – Bitte schön, Frau Bonk.

Julia Bonk, Linksfraktion: Angesichts der furchtbaren Ereignisse an der Realschule in Winnenden fällt es mir schwer, zum schulpolitischen Alltag zurückzukehren.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eines hat die Landesregierung in Baden-Württemberg mit ihrer Werbekampagne zur Anwerbung von Lehrkräften aber erreicht: Sie hat die hiesige Kultusverwaltung und die Regierungskoalition aus ihrer schulpolitischen „Nach-PISA-Ruhe“ aufgeweckt, und das ist ja schon mal etwas; auch wenn mir die Erfahrung sagt, dass die Halbwertszeit ministerial angekündigter Veränderungen hier in Sachsen nicht immer sehr hoch zu veranschlagen ist.

Aber zunächst verstehe ich – unabhängig von der auch schon angesprochenen Werbekampagne – nicht, warum die Staatsregierung und das Kultusministerium von dieser Entwicklung und dem absehbaren Lehrermangel in den öffentlichen Verlautbarungen inzwischen so überrascht worden sind. Hätte nicht ein Blick in den eigenen ersten Sächsischen Bildungsbericht vom September 2008 genügt, um über die Problemlage informiert zu sein? Darin heißt es nämlich – ich zitiere: „Das durchschnittli-

che Alter der Lehrkräfte aller Schulen in Sachsen lag im Schuljahr 2007/2008 bei 48,2 Jahren.“ Weiter: „Betrachtet man schulartspezifisch die Altersstruktur aller Lehrkräfte der öffentlichen Schulen und der Schulen in freier Trägerschaft, so war in fast allen Schularten ein relativ hoher Anteil von Lehrkräften im Alter zwischen 51 und 60 Jahren zu finden. Er lag zwischen 33 % an den Gymnasien und 40,5 % an den Mittelschulen. An den Grundschulen fiel zusätzlich ein hoher Anteil von über 60-jährigen Lehrkräften auf.“

Entsprechend dieser Altersstruktur verfügt der überwiegende Teil der Lehrkräfte über eine pädagogische oder Hochschulausbildung der DDR. Der Anteil mit Lehramtsbefähigung nach bundesdeutscher Ausbildung fällt dagegen auch 20 Jahre nach der Wende relativ gering aus: an Grundschulen 8,6 %, an Mittelschulen 7,7 %. Es fällt auch auf, wie sich die Studierenden heute entscheiden: an Mittelschulen 7,7 %, an Gymnasien und Förderschulen vergleichsweise hoch mit 18,4 und 15,3 %. Das hat auch mit unterschiedlicher Besoldung in den Schularten zu tun, wofür Sie die Weichen so stellen.

Es war also prognostizierbar, dass in Sachsen ein erheblicher Teil der heute noch praktizierenden Lehrer in absehbarer Zeit in den Ruhestand geht – nach Zeitungsangaben circa 15 000 bis zum Jahr 2020.

Abgesehen von den Schwierigkeiten, die sich rein quantitativ aus diesen Entwicklungen ergeben werden, droht auch ein erheblicher qualitativer Verlust; denn der gut ausgebildete Lehrerstamm, über den Sachsen verfügt, war nicht zuletzt das Pfund, mit dem unser Bundesland auch bei den PISA-Erhebungen wuchern konnte.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion)

Doch was taten die Staatsregierung und die Kultusverwaltung bisher, um auf diesem Feld Vorsorge zu treiben? Es ist, glaube ich, an dieser Stelle nicht übertrieben, von einer Vogel-Strauß-Politik zu sprechen: Kopf in den Sand und nach uns die Sintflut! Dabei hätte es sich gerade hier um eine notwendige Zukunftsinvestition gehandelt, die auch enorme Auswirkungen auf die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes hat.

Stattdessen beklagt sich Herr Wöllner wortreich über angeblich unfaire Abwerbungspraktiken anderer Bundesländer, wobei er übersieht, dass dieses Problem zu guten Teilen hausgemacht ist und im – hypothetisch – umgekehrten Fall er der Erste gewesen wäre, der auf den notwendigen Wettbewerbsföderalismus verwiesen hätte. Gerade unserer Staatsregierung, die sich ja sonst gern in die Musterknabenrolle begibt, hätte hier ein wenig mehr Zurückhaltung gut getan; denn der Erfolg der Werbekampagne beruht auf dem Umstand, dass auch Sachsen, wie gesagt, seine Hausaufgaben nicht gemacht hat.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Herr Rohwer, statt zu betonen, die Einstiegsschwelle zum Lehramtsstudium heben zu wollen, um dort die Motivation zu verändern, sollten Sie die Hochschulen strukturell

und finanziell in die Lage versetzen, eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochstehende Lehrerbildung anzubieten. Ihre Logik verwundert da immer wieder. Sie wollen an einer völlig falschen Stelle ansetzen.

Gespannt dürfen wir auch auf das Ergebnis der Verhandlungen mit Baden-Württemberg über Rückkehroptionen sein. Allerdings ist hier Skepsis angebracht. Denn sind die jungen Lehrkräfte einmal in das Schulsystem, in das schulische und soziale Umfeld ihres neuen Lebensmittelpunktes integriert, werden sie schwerlich zu einem wiederholten Neuanfang in Sachsen – zu schlechteren Bedingungen! – zu überreden sein.

Das führt zu einem anderen Aspekt, den eine junge Lehramtsstudentin in einem Zeitungsinterview sinngemäß wie folgt formuliert hat: Es kommt bei der Bindung von Lehrkräften nicht nur auf die Höhe der Entlohnung bzw. ihre potenzielle Verbeamtung an. Gerade für die besten und engagiertesten Nachwuchslehrer spielt auch das schulische Umfeld eine große Rolle, sind Entscheidungskriterien wie die anzutreffenden Klassengrößen, die Ausstattung der Schulen und die Möglichkeit einer offenen, kreativen und pädagogischen Arbeit von hoher Wichtigkeit. Wollen wir die besten Nachwuchskräfte in Sachsen halten, so sind auch Veränderungen hinsichtlich des Lehreralltags notwendig, der über das Verständnis von Schule als reine Wissensvermittlungsanstalt hinausgehen.

Die Bedingungen für gute Schule – damit fasse ich zusammen – sind in Sachsen in den letzten Jahren diesbezüglich systematisch ausgedünnt worden: mit Schulschließungen, Teilzeit, Haushaltskürzungen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:
Sehr richtig!)

Da nutzt es nichts – ich knüpfe noch einmal an Herrn Rohwer an –, zu postulieren, dass der Lehrerberuf eine Berufung sei, sondern es müssen auch die richtigen Bedingungen für den Beruf geschaffen werden.

(Beifall bei der Linksfraktion sowie der
Abg. Astrid Günther-Schmidt und
Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE)

Sie müssen sich klarmachen: Gute Schulen ziehen gute Lehrer an. Umgekehrt braucht Sachsen gute Lehrer, um auch in Zukunft gute Schulen haben zu können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Präsident Erich Ittgen: Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort; Herr Rohwer, bitte.

Lars Rohwer, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen den Wettbewerb um die Lehrerschaft eben auch annehmen.

Herr Herbst, als Sie vorhin von Wettbewerb gesprochen haben, waren Sie schon auf dem richtigen Trip. Aber Sie waren nicht ganz stringent unterwegs. Wissen Sie, warum? Wenn Sie denn kritisieren, dass man auf der Home-

page des Kultusministeriums eine Verlinkung zu den Stellenangeboten von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg findet, wo Lehrer gesucht werden, dann muss man den Wettbewerb eben auch konsequent annehmen. Man kann dies nicht auf der einen Seite kritisieren und andererseits vom Wettbewerb erzählen. Wenn schon, sollte man konsequent bei einer Linie bleiben.

Das Zweite, das ich Ihnen sagen möchte, Herr Herbst, gehört zum Fachwissen: Es gibt einen KMK-Beschluss, der die Bundesländer gegenseitig verpflichtet, diese Stellenanzeigen zu verlinken. Dieser Beschluss wird umgesetzt, und daran gibt es nichts zu kritisieren. Im Wettbewerb ist das eben ein legitimes Mittel.

Wir müssen also den Wettbewerb um die Lehrerschaft annehmen. Wenn jemand glaubt, Sachsen könne seine Lehrerinnen und Lehrer halten, indem es sich von den Anwerbestrategien anderer Bundesländer abschottet, dann ist er einfach falsch gewickelt. Eine Kritik an Bundesländern wie Baden-Württemberg bringt uns deswegen aus meiner Sicht nicht voran, zumal Sachsen ja selbst um Studierende aus anderen Bundesländern wirbt. Wir dürfen also nicht jammern oder die Schotten dichtmachen. Wir müssen den Wettbewerb bewusst und auch gezielt annehmen. Nur durch ihn erreichen wir die erwünschte Qualität und Innovation im Bildungsbereich. Damit schaffen wir die Voraussetzungen, die Lehrerinnen und Lehrer dafür zu begeistern, ihre Arbeit im Freistaat Sachsen auszuüben.

Angesichts dieser Wettbewerbssituation müssen wir uns einmal fragen, was denn eigentlich den Lehrernachwuchs in Sachsen halten könnte. Ist es nur die Bezahlung oder gar die Aussicht auf den Beamtenstatus? Das sind nach meiner Auffassung nicht die ausschlaggebenden Motive. Der Beamtenstatus vermittelt zwar Sicherheit, eröffnet aber nicht die vielfältigen Entwicklungs- und Veränderungsmöglichkeiten, die Lehrerinnen und Lehrer heute schätzen.

Dazu gehört nun einmal, neue Herausforderungen anzunehmen, vielleicht auch vorübergehend in anderen Berufen mit Freude und Engagement zu arbeiten und dann in die Pädagogik zurückzukehren. Dafür darf man auch eine entsprechende Anerkennung und Wertschätzung genießen.

Diese Faktoren scheinen in vielen Schulen in freier Trägerschaft eher gegeben zu sein als in einigen öffentlichen Schulen. Warum sind denn Lehrer in freien Schulen oft motivierter als Lehrer in staatlichen Schulen, die sich mit Schwierigkeiten des Systems herumschlagen müssen?

(Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE,
meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Präsident Erich Ittgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Lars Rohwer, CDU: Ich habe Ihnen, Frau Günther-Schmidt, auch zugehört und bitte Sie, mir jetzt zuzuhören. Wir können weiter diskutieren, wenn Sie wieder sprechen.

Ist es nicht viel wichtiger, die staatlichen Schulen im Wettbewerb zu stärken? „Gleiche Chancen für staatliche und freie Schulen bei der Lehrerauswahl“ erscheint mir als ein wichtiges Ziel. Das Geld allein kann es nicht sein; denn viele Lehrer in freien Schulen akzeptieren ein geringeres Gehalt und nehmen dafür gern den Vorteil größerer Freiheiten an.

(Cornelia Falken, Linksfraktion,
meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, diesmal von einer anderen Dame?

Lars Rohwer, CDU: Ich habe es gesehen, Herr Präsident, aber ich würde gern den Redebeitrag zu Ende führen. Vielen Dank für die Frage, aber Frau Falken wird noch einmal sprechen können, wenn sie möchte.

Was ich Ihnen damit sagen möchte, meine Damen und Herren: Wir brauchen in Sachsen ausreichend Referendardarle und zudem genügend Möglichkeiten, die Referendare in den Schuldienst zu übernehmen. Kommt dann noch eine Vollzeitstellung hinzu, sodass sich das Lehrpersonal der Zukunft nicht – neben einer Teilzeitstelle in der Schule – an der Kasse eines Supermarktes etwas dazuverdienen muss, dann haben wir schon viel erreicht.

Erreichen müssen wir aber ferner, dass in Sachsen genau das Lehrpersonal in den Fächerkombinationen geschult wird, in denen der Bedarf am größten ist. Herr Staatsminister Wöller hat aus meiner Sicht die richtigen Signale gesetzt. Klassische Fächerkombinationen wie Deutsch und Geschichte haben zum Beispiel geringere Bedarfe an zusätzlichem Lehrpersonal als weniger gängige Schulfächer wie Fremdsprachen oder die sogenannten MINT-Fächer. Wir werden deshalb noch stärker darauf hinarbeiten, Studieninteressierte insbesondere für diese Fächer zu begeistern. Eine entsprechende Bedarfsanalyse wird helfen, Lehrpersonal noch gezielter und optimiert auf die Bedarfsstruktur in Sachsen auszurichten.

Ich glaube, die heutige Debatte sollte dazu dienen, eine neue Strukturdebatte aufs Schild zu heben, indem man diesmal über die Lehrerschaft und ihre Bezahlung diskutiert. Das sächsische Schulsystem hat aber seine eindeutigen Vorteile; das ist längst entschieden. Wir tun eher Gutes, wenn wir am professionellen Image des Lehrerberufes arbeiten und ihn wieder dorthin führen, wo er hingehört. Wir sollten der Lehrerschaft jenen Stand und jene Anerkennung in der Gesellschaft zurückgeben, welche sie verdienen. Das heißt, Motive wie Freude an der Arbeit mit Kindern, Leidenschaft beim Unterrichten und Interesse am Fach werden bei der Wahl des Lehrerberufes wieder Berücksichtigung finden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und des
Staatsministers Prof. Dr. Roland Wöller)

Präsident Erich Iltgen: Ich frage die Fraktion der NPD. – Nicht. Ich frage die Fraktion der FDP. – Nicht. Die GRÜNEN? – Auch nicht.

(Cornelia Falken, Linksfraktion,
meldet Redebedarf an.)

– Ach, die Linksfraktion. Frau Falken bitte noch einmal. Entschuldigung!

(Dr. André Hahn, Linksfraktion: Man
kann doch den Unfug nicht stehen lassen!)

Cornelia Falken, Linksfraktion: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es in einer Debatte um bessere Arbeitsbedingungen im Lehrerbereich geht, sollte und muss man die Zeit ausschöpfen, die man zur Verfügung hat. Sie haben sicherlich nichts anderes von mir erwartet.

Herr Rohwer, wenn Sie zu diesem Thema sprechen, dann erwarte ich von Ihnen – auch und gerade weil Sie Vorsitzender des Schulausschusses sind –, dass Sie sich mit dem Inhalt und der Materie ein wenig intensiver beschäftigen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Es geht bei der Frage der Eingruppierung von Lehrern nicht um eine Neiddebatte, sondern es geht um Grund- und Mindestanforderungen an die Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Ich möchte mich auch noch einmal zur Problematik der Einstellungen von Lehrerinnen und Lehrern äußern. Wir haben in Sachsen einen Einstellungskorridor. Ich weiß nicht, ob Sie sich das genau angeschaut haben. Dieser Einstellungskorridor ist für das laufende Schuljahr nicht einmal an Mittelschulen und Gymnasien ausgeschöpft. Das heißt, wir haben hier ein Potenzial, sogar einen vorgegebenen Rahmen mit den Gewerkschaften beschlossen, der nicht ausgeschöpft worden ist. Was will denn eigentlich das Kultusministerium? Wollen Sie die Einstellungen oder wollen Sie sie nicht?

Zu den Referendaren: Ich habe in den letzten Wochen sehr häufig mit Referendaren und Lehrern von Referendaren gesprochen und festgestellt, dass diese jungen Leute, die noch im Studium stehen und hier in Sachsen aufgewachsen sind und hier studiert haben, auch gern ihr Referendariat machen und auch in Sachsen bleiben wollen – allerdings nicht unter den Bedingungen, die wir hier in Sachsen sowohl in der Arbeit als auch in der Vergütung haben. Dieses Hin und Her, das wir in Sachsen bei der Entscheidung im Bildungsbereich haben, muss endlich ein Ende haben.

Kollege Dulig hat es schon angesprochen: In der Amtszeit von Herrn Rößler sind Entscheidungen getroffen worden, die einfach falsch waren, die dringend korrigiert werden müssen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Die Entscheidung, dass in Dresden keine Grundschullehrerausbildung mehr durchgeführt wird, ist im Zeitraum der Amtszeit von Herrn Rößler getroffen werden.

(Thomas Colditz, CDU: Zu Recht!)

Herr Colditz, ich muss Ihnen gleich noch etwas dazu sagen: Die Entscheidung, dass Sie Astronomie abgeschafft haben, ist auch im Zeitraum der Amtszeit von Herrn Rößler gefallen. Dass es Wahlmöglichkeiten für Geografie und Geschichte gibt, ist auch in der Zeit von Herrn Rößler gefallen. Das sind Entscheidungen, die wieder rückgängig gemacht werden müssen.

(Beifall bei der Linksfraktion –
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion:
Herr Colditz war dabei!)

Ich bin sehr froh, dass die Wissenschaftsministerin Frau Stange jetzt den Weg geht und sagt, wir brauchen statistisch und objektiv mehr Grundschullehrer. Die Lehrerausbildung will sie wieder nach Dresden holen. Allerdings ist die Amtsperiode der SPD in dieser Legislaturperiode auch bald vorbei. Das hätte man viel früher machen können, denn seit 2007 gibt es keine Studenten mehr in Dresden. Ich hoffe nur, Eva, dass Du das in Deiner Amtszeit noch schaffst.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Ein weiteres Problem betrifft die Lehrerinnen und Lehrer, die zurzeit an den sächsischen Schulen tätig sind. 85 % aller sächsischen Lehrerinnen und Lehrer haben eine Ausbildung aus DDR-Zeiten. Das ist übrigens sehr gut so, sonst hätten wir die PISA-Ergebnisse nicht. Aber das heißt auch, dass sächsische Lehrerinnen und Lehrer entsprechend alt sind. Meine Kollegin Frau Bonk hat es bereits dargestellt: Sächsische Lehrerinnen und Lehrer machen sich beruflich und persönlich Sorgen, wie sie einmal in die Rente gehen können und ob und wie überhaupt, denn mit 68 Jahren vor einer Klasse zu stehen, das sollten wir weder den Lehrern noch den Schülern zumuten. Hier ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Das alles ist möglichst in einem Personalentwicklungskonzept zu erfassen.

Viele Punkte, die noch zu benennen wären, kann ich nicht anführen. Dafür habe ich nicht mehr die Zeit. Ich will sie nur anreißen.

Das Thema „Pflichtstunden“ ist ein ganz wichtiges Thema an sächsischen Schulen. 28 Stunden für eine Grundschullehrerin in Vollbeschäftigung sind gar nicht möglich. Die Kontaktstunde steht im notwendigen Stundenbereich nicht zur Verfügung. Der hohe Wechsel von Schülerinnen und Schülern, von Klasse zu Klasse und von Schulart zu Schulart ist keine konstruktive Arbeit im Lehrerbereich. Die hohe Anzahl von Abordnungen muss ich benennen. Die fehlenden Unterstützungssysteme an sächsischen Schulen, die von den Lehrern kompensiert werden sollen, aber wirklich nicht funktionieren, liegen trotzdem auf dem Tisch der Lehrer. Solche Aufgabenfelder wie Sicher-

heitsbeauftragter der Schule sollten keine Aufgabe eines Lehrers sein.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Präsident Erich Iltgen: Ich frage noch einmal die Fraktionen, ob das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Dann bitte Herr Staatsminister Prof. Wöller.

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister für Kultus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lehrer ist ein Beruf mit Zukunft. Dies ist bei aller Unterschiedlichkeit der hier vorgetragenen Positionen die Kernbotschaft der Debatte. Diese Botschaft ist mir außerordentlich wichtig.

Wir wollen, dass sich die Besten, und zwar im Sinne der Geeignetsten, für ein Lehramtsstudium entscheiden. Wir wollen denen, die sich für das Lehramt entscheiden, eine Perspektive in Sachsen und ihrer Heimat geben. Darin sehe ich die akute bildungspolitische Herausforderung. Diese Herausforderung ist deshalb so groß, weil wir uns mitten in einem grundlegenden Paradigmenwechsel befinden.

Seit etwa zwei Jahrzehnten haben wir mehr Lehrer, als für die Unterrichtsversorgung nötig sind. Daher stand und steht die Beschäftigungssicherung der Lehrerinnen und Lehrer im Vordergrund.

(Beifall bei der CDU)

Diese Beschäftigungssicherung war und ist ein Erfolg.

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Staatsminister?

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister für Kultus: Ja, bitte.

Präsident Erich Iltgen: Frau Falken.

Cornelia Falken, Linksfraktion: Herr Wöller, wenn wir seit 20 Jahren mehr Lehrer im Freistaat Sachsen haben, als notwendig sind, warum wurden 1992, 1993 und 1994 die Pflichtstunden angehoben? Können Sie mir das erklären?

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister für Kultus: Es geht um zweierlei. Sie wissen, das große Ziel, das manchmal in Vergessenheit gerät, ist, die Qualität der Lehrer an den Schulen zu verbessern. Diese Qualität ist nachweislich so hervorragend gewesen – deswegen auch die Entscheidungen meiner Vorgänger im Amt –, dass wir heute die Ergebnisse bei PISA und beim Bildungsmonitor ernten können. Die Entscheidungen sind und waren richtig.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister für Kultus: Ich würde jetzt gern einmal fortsetzen. Anschließend können wir noch darüber diskutieren.

Meine Damen und Herren! Das ist der Punkt. Deswegen haben wir mit den Lehrerinnen und Lehrern und mit den Gewerkschaften seit 20 Jahren dieses Ziel der Beschäftigungssicherung erfolgreich in Sachsen umgesetzt. Das Ergebnis ist – das lohnt einmal innerhalb der Debatte festgehalten zu werden –: Wir mussten keinen einzigen Lehrer aus dem Schuldienst entlassen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nach wie vor unser Ziel. Das ist auch Ergebnis der vorbildlichen Solidarität der Lehrer untereinander, für die ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanke.

(Beifall bei der CDU)

Das ist teilweise sehr schmerzhaft gewesen. Wir haben erreicht, dass wir im Grundschulbereich wieder schrittweise auf Vollzeitbeschäftigung gehen können. Ich sage aber auch mit aller Klarheit: Für diese Politik ist ein Preis zu zahlen. Der Preis dafür ist: weniger Neueinstellungen. Das ist die Systematik. Ich darf mich schon auch über die Vorstellungen der FDP wundern, wenn hier der Eindruck erweckt wird, man könnte Steuern senken, gleichzeitig die Gehälter erhöhen, niemanden entlassen, aber dafür die Schleusen öffnen. Das passt nicht zusammen. Das passt nur, wenn man sich in einer postpubertären Phase wie Sie befindet, in der man alles und jedes fordern kann, ohne dafür Verantwortung zu tragen. Eine Debatte auf höherem Niveau sieht einfach ganz anders aus, nicht zuletzt deswegen, weil wir klar sagen, wo die Probleme liegen.

Jetzt geht es darum, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Wir wollen den ansteigenden Bedarf an jungen Lehrerinnen und Lehrern durch Lehramtsabsolventen in sächsischen Schulen abdecken. Wir steuern daher um. Aber das kann nun einmal nur schrittweise und im Rahmen unserer Möglichkeiten geschehen. Wir dürfen nicht vergessen, dass das ohne den Bezirkstarifvertrag für die Lehrer an Mittelschulen und Gymnasien hätte nicht so erfolgen können. Unter diesen Bedingungen der Teilzeitbeschäftigung eines großen Teiles unserer Lehrerinnen und Lehrer ist auch nachvollziehbar, dass nur ein eng begrenzter Einstellungskorridor vereinbart werden konnte. Dass wir überhaupt einen Einstellungskorridor auch in den vom BTV betroffenen Schularten haben, ist Ausdruck der Solidarität und der Verantwortungsbereitschaft seitens unserer Lehrerschaft.

Aber das liegt naturgemäß ganz dramatisch unter den Zahlen, die für eine kontinuierliche Nachwuchsgewinnung und – ich sage es ganz deutlich – für eine gesunde Altersstruktur wünschenswert wären. In einer ähnlich schwierigen Situation befinden wir uns bei den Stellen für den Vorbereitungsdienst. Ich bin dem Hohen Hause dankbar – auch das hat Kollege Rohwer zum Ausdruck gebracht –, dass es im Rahmen der zurückliegenden Haushaltsberatungen die Zahl der Stellen für das Referendariat bzw. den Vorbereitungsdienst nochmals deutlich

erhöht hat. Dennoch werden wir im kommenden Schuljahr nicht allen Absolventen des ersten Ausbildungsabschnittes die unmittelbare Übernahme in das Referendariat bzw. in den Vorbereitungsdienst ermöglichen können. Diese Situation ist nicht befriedigend, und ich versichere Ihnen, dass ich im Rahmen des Haushaltsvollzuges alles unternehmen werde, um mögliche Spielräume im Interesse unseres Lehrernachwuchses zu nutzen.

Nun ist die Situation in den einzelnen Bundesländern durchaus unterschiedlich. Das ist in der vergangenen Woche, ausgehend von der Abwerbekampagne Baden-Württembergs, deutlich ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gerückt worden. Ich bin von dieser Kampagne nicht erfreut. Das habe ich auch deutlich gemacht.

(Beifall des Abg. Thomas Colditz, CDU)

Da werden Bedingungen geboten, bei denen wir als ostdeutsches Land bei rückläufigen Mitteln aus dem Solidarpakt nicht mithalten können. Die Kultusminister haben sich deshalb in der vergangenen Woche in Stralsund auf Eckpunkte verständigt. Kern ist eine stärkere länderübergreifende Abstimmung, die nicht nur am aktuellen Bedarf orientiert ist, sondern auf eine mittel- und langfristige Personalplanung zielt und auf einen fairen Umgang abstellt. Grundsätzlich sollen die Länder bei der Ausbildung zwar ihren eigenen Bedarf decken, aber wir leben nicht in der Kleinstaaterei. Mobilität ist eine Realität in einem freien Land und auch etwas Selbstverständliches. Insofern stehe ich zu diesem Wettbewerb im föderalen System, freilich einem Wettbewerb mit klaren und fairen Regeln. Um im Wettbewerb mithalten zu können, brauchen wir entsprechende Rahmenbedingungen, die Sachsen für Lehrkräfte attraktiv machen.

Seien Sie versichert, dass ich mich dazu bereits in einer intensiven Diskussion mit meinen Kollegen befinde. Mein Bestreben ist es, noch vor der Sommerpause konkrete, weitergehende Vorschläge zu unterbreiten. Bei allem Missfallen über die Abwerbung von jungen Lehrerinnen und Lehrern kommt es mir darauf an, möglichst konstruktiv damit umzugehen. In Baden-Württemberg geht es insbesondere darum, eine für wenige Jahre prognostizierte Bedarfsspitze abzudecken. Umgekehrt können und müssen wir in Sachsen schon in wenigen Jahren deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen als bisher. Deshalb will ich mit Baden-Württemberg zu einer Vereinbarung kommen, die jungen Lehrerinnen und Lehrern aus Sachsen Rückkehrmöglichkeiten eröffnet. Ich bin realistisch genug zu wissen, dass bei Weitem nicht alle, die sich auf den Weg nach Südwesten machen, diese Option auch nutzen werden; aber es wäre töricht, deshalb diese Option gar nicht erst zu eröffnen. Es gibt auch für junge Menschen eine Vielzahl persönlicher Motive für eine langfristige Zukunft in Sachsen.

Kurzum – wir akzeptieren die Mobilität in einem freien Land. Gerade deshalb sehe ich es als meine Aufgabe an, unseren Absolventen eine Perspektive in Sachsen aufzuzeigen. Wir wissen bereits heute, dass wir in fünf Jahren verstärkt gute und motivierte junge Lehrerinnen und

Lehrer brauchen. Daher möchte ich an dieser Stelle nachdrücklich für ein Lehramtsstudium in Sachsen werben. Insbesondere in Naturwissenschaften wird es darum gehen, den Nachwuchs zu sichern, damit wir unsere Spitzenposition in Deutschland qualitativ halten können. Ich möchte deshalb mit Einstellungszusagen bei Aufnahme des Studiums arbeiten. Mir geht es um Einstellungszusagen, die unseren Bedarf in verschiedenen Schularten und Fächern berücksichtigen und an einen entsprechend guten Abschluss gebunden sind.

Den Lehrerberuf attraktiv zu machen heißt auch, die Lehramtsstudiengänge zu stärken. Daher ist es mir ein außerordentliches Anliegen, das intensive Gespräch mit den Hochschulen zu suchen, und die Beschlüsse zur Lehrerbildung müssen konsequent umgesetzt werden. Ich werde nicht länger akzeptieren, dass die Lehrerbildung an Universitäten in Sachsen teilweise ein Schattendasein führt, gleichsam als fünftes Rad am Wagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage auch deutlich, dass Lehrerinnen und Lehrer bei der Qualität, die sie liefern, keine Akademiker zweiter Klasse sind und nicht so behandelt werden dürfen.

(Beifall bei der CDU und der Abg.
Dr. Monika Runge, Linksfraktion)

Das Kultusministerium hat an die Zentren für Lehrerbildung und Schulforschung in Leipzig und Dresden jeweils sieben Lehrer abgeordnet. Nun erwarte ich auch von den Universitäten, dass sie ihren Verpflichtungen nachkommen. Ich mahne an, dass die Universitäten auch in Sachsen endlich die Vereinbarung zur Lehrerbildung umsetzen. Ich beobachte sehr wachsam und sehr kritisch, wie sich die praktischen Ergebnisse der reformierten Lehrerbildung darstellen. Stellt sich heraus, dass wir qualitativ oder hinsichtlich der Kapazitäten nachsteuern müssen, dann werden wir dies auch tun.

Meine Damen und Herren! Wir wollen in Sachsen auch und gerade in der Bildungspolitik weiter Erfolgskurs halten. Dazu brauchen wir unsere besten Köpfe nicht zuletzt als Lehrerinnen und Lehrer. Dieser Herausforderung stellen wir uns. Ich bitte Sie dabei weiter um Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Dr. André Hahn,
Linksfraktion: Nichts Konkretes, keine Lösung!)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die CDU-Fraktion und die Linksfraktion sowie auch die NPD-Fraktion haben noch ein paar Minuten Redezeit. – Die Linksfraktion möchte reagieren. Frau Falken, bitte.

Cornelia Falken, Linksfraktion: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Wöller, ich würde mir auch mal wünschen, dass Sie etwas Konkretes sagen und nicht diese Allgemeinplätze benennen und darauf hoffen, dass es nicht mehr in der Tagesordnung steht und sich alle irgendwie beruhigen.

Ich denke, ich muss noch ein paar Klarstellungen zu Ihren Aussagen treffen, die aus meiner Sicht nicht richtig sind. Die Vollzeit der Grundschullehrer 2012 ist keine Gnade des Kultusministeriums, sondern ein Muss, weil der Bedarf an den Grundschulen inzwischen so hoch ist, dass die Vollzeit zwingend notwendig ist, eigentlich schon heute und vollständig. Es gibt immer noch und zunehmend – gerade jetzt nach dem Halbjahr – Unterrichtsstunden, die nicht gehalten werden können und gestrichen werden. Das sind Anrechnungsstunden von Lehrerinnen, die nicht mehr ausgereicht werden, weil sie für den Unterricht gebraucht werden. Ich könnte Ihnen hier wieder x Beispiele aufzählen. Ich lasse es, weil ich die Zeit für etwas anderes brauche.

Das Nächste ist eine gesunde Altersstruktur. Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion – vielleicht kann das Herr Wöller auch nicht wissen: Wie lange sitzen Sie schon in diesem Landtag? Wie lange sitzen Sie schon in Regierungsverantwortung? Wie lange wissen Sie eigentlich schon, wie die Altersstruktur im Lehrerbereich in Sachsen aussieht? Da kommen Sie jetzt nach 20 Jahren und stellen fest – –

(Thomas Colditz, CDU: Was sollen wir mit den älteren Lehrern machen? Sollen wir sie entlassen, Frau Falken, oder was denn?
Machen Sie doch mal einen Vorschlag!)

– Oh! Aber ganz toll. Da habe ich ganz tolle Vorschläge. Schade, dass Sie mir vorhin nicht zugehört haben. Die Altersstruktur im Lehrerbereich – –

(Zuruf des Abg. Thomas Colditz, CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Colditz, Ihre Fraktion hat noch Redezeit.

Cornelia Falken, Linksfraktion: Herr Colditz, gehen Sie doch ans Mikrofon und stellen Sie eine Frage. Sie klauen mir die Redezeit. Das ist überhaupt nicht gut. Überhaupt nicht.

Herr Wöller, eine Rückkehrmöglichkeit für die jungen Lehrerinnen und Lehrer, die jetzt nach Baden-Württemberg gehen, ist zwar ein schönes Wort, aber formal brauchen sie die nicht. Die können in Baden-Württemberg kündigen und hier wieder anfangen. Formal müssen sie es sowieso so machen. Sie beginnen hier neu mit ihrer Tätigkeit und werden hier in die unteren Gehaltsgruppen eingruppiert. Schauen Sie sich doch einmal an, was konkret da ist. Erzählen Sie doch nicht, dass es noch etwas Besonderes wäre. Das ist nichts Besonderes. Das geht jederzeit und immerzu.

Nun zum Thema Stellen für Referendare. Das von Ihnen Gesagte kann ich hier nicht so stehen lassen. Ich habe mich in der Haushaltsdebatte schon mehrfach darüber aufgeregt. Sie legen als Koalition einen Haushaltsentwurf vor, in dem wesentlich weniger Stellen für Referendare enthalten sind als vorher, und feiern dann in Sachsen, dass Sie mit Änderungsanträgen noch zusätzliche Stellen als Referendare in den Haushalt bekommen haben. Unterm

Strich sind es weniger als in der langfristigen Prognose, die Sie vorher aufgestellt haben. Wir haben heute weniger Lehramtsanwärterstellen als vor diesem Haushalt. Das muss man deutlich sagen, sonst sieht es so aus, als wenn Sie hervorragend neue Stellen geschaffen haben, die nach unserer Ansicht sowieso nicht ausreichen.

Noch ein Satz zum Mangelfach. Herr Wöller, was sind denn Mangelfächer in Sachsen? Nach meinem Kenntnisstand wechseln die Mangelfächer in Sachsen von Jahr zu Jahr. Das geht so schnell, dass Sie bei einer Einstellungs-garantie nach sieben Jahren überhaupt nicht mehr wissen, welches Mangelfach Sie damals als Einstellungs-garantie gegeben haben.

(Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE,
meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Cornelia Falken, Linksfraktion: Was ist ein Mangelfach? Ist es auch ein Mangelfach, wenn Lehrer fachfremd unterrichten? 60 % des Musikunterrichts im Grundschulbereich werden fachfremd unterrichtet. Ist das ein Mangelfach oder ist das kein Mangelfach für Sie? Also, hier muss man, denke ich, auch Begriffe klären, bevor man an die Öffentlichkeit geht.

Ich würde gern meiner Kollegin noch eine Frage gestatten.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ja, das wollte ich gerade fragen. Frau Günther-Schmidt, bitte.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Vielen Dank. – Frau Kollegin Falken, ist Ihnen aufgefallen, dass Kultusminister Wöller vorhin sehr laut und deutlich die Überversorgung mit Lehrpersonal gelobt hat und ebenso laut und deutlich verschwiegen hat, dass seit den Neunzigerjahren planmäßiger Unterrichtsausfall in Größenordnungen an

den berufsbildenden Schulen und an den Förderschulen stattfindet, also gerade dort, wo die Schwächsten unterrichtet werden müssen?

Cornelia Falken, Linksfraktion: Das ist mir sehr aufgefallen. Der planmäßige und der nicht planmäßige Unterrichtsausfall in Sachsen ist schon erheblich, und er wird steigen.

Dazu will ich Ihnen noch etwas sagen, wenn wir beim Unterrichtsausfall sind: Den Unterrichtsausfall, der durch den Streik der Lehrer angefallen ist, dürfen die Lehrer nicht in die Unterrichtsausfallstatistik hineinnehmen. Das finde ich ganz interessant. Wir sollten einmal schauen, was in der Statistik steht, die am Ende des Jahres herauskommt.

(Beifall bei der Linksfraktion)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich frage jetzt noch einmal die CDU-Fraktion, ob sie darauf reagieren möchte.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:
Keine Argumente!)

Das ist jetzt offenbar nicht der Fall.

(Zurufe von der Linksfraktion)

Ich kann auch seitens der Staatsregierung keine Reaktion erkennen.

Damit, meine Damen und Herren, ist diese Aktuelle Debatte beendet. Wir beenden damit auch den Tagesordnungspunkt.

Um einen einigermaßen normalen Tagesrhythmus zu gewährleisten, schlage ich vor, dass wir jetzt die Mittags-pause einlegen. Wir beginnen um 13:10 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 12:13 bis 13:10 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen unsere Beratung fort mit dem

Tagesordnungspunkt 2

Situation und Perspektive der Altenpflege in Sachsen

Drucksache 4/13254, Große Anfrage der Linksfraktion, und die Antwort der Staatsregierung

Als Einbringerin spricht zuerst die Linksfraktion, danach die gewohnte Reihenfolge. Ich erteile Herrn Wehner das Wort.

Horst Wehner, Linksfraktion: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst ein Wort an die Frau Staatsministerin. Sie ist leider krank. Ich wünsche ihr von hier aus gute Besserung, damit sie ganz schnell wieder hierher zurückkommen kann.

(Beifall bei der Linksfraktion sowie der Abg.
Dr. Rolf Jähnichen, CDU, und Martin Dulig, SPD)

Meine Damen und Herren, die Linksfraktion unterstützt die Ansicht der sächsischen Sozialministerin, dass die Pflegedebatte eine Wertedebatte ist. Es geht um die Würde des Menschen. Die Pflegedebatte ist zugleich Zukunftsdebatte. Würdige Pflege zu sichern ist wesentlicher Bestandteil. Die Pflegedebatte ist auch Kostendebatte, aber man darf das Thema Pflege in Würde nicht nur unter dem Gesichtspunkt der volkswirtschaftlichen Kosten betrachten. Die Pflege ist eine ethische und humanitäre Verpflichtung. – Recht hat sie!

(Beifall bei der Linksfraktion)

Meine Damen und Herren, es ist nun an der Zeit, uns alle diesbezüglich beim Wort zu nehmen.

Ich danke zunächst auch namens der Mitglieder der Linksfraktion der sächsischen Staatsministerin und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des sächsischen Sozialministeriums für die Beantwortung der Großen Anfrage der Linksfraktion zur Situation und Perspektive der Altenpflege in Sachsen.

Natürlich ist zu würdigen, dass im Freistaat Sachsen seit 1991 zahlreiche Altenpflegeheime mit modernen Ausstattungen entstanden sind. Ich möchte an dieser Stelle auch allen in der Altenpflege tätigen Beschäftigten sehr herzlich danken. Sie gehen trotz niedriger Einkünfte tagtäglich mit viel Engagement und Hingabe ihrer Pflegearbeit nach.

(Beifall bei der Linksfraktion sowie der Abg.

Martin Dulig, SPD, und Elke Herrmann, GRÜNE)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun auf einige Aspekte aus der Großen Anfrage eingehen. Ich denke, Sie stimmen mit mir überein, wenn ich hier auf die Angabe von Zahlenmaterial weitestgehend verzichte. Ihnen liegt die Beantwortung der Anfrage vor. Ich will nur einige Dinge benennen, die nicht nur mir, sondern auch meiner Fraktion wichtig erscheinen, und habe dazu drei Gliederungspunkte: zuerst kurz zur Bestandsaufnahme und zur personellen Besetzung, dann zur Planung der Pflege in Sachsen selbst und schließlich zu den Qualitätskriterien.

Zunächst zum ersten Bereich, zur Bestandsaufnahme: Hier fällt auf – übrigens sind auf den Seiten 3 und 14 identische Tabellen ausgewiesen –, dass der Betreuungsschlüssel von der Sächsischen Staatsregierung nicht kommentiert wird. In Sachsen muss eine Pflege- und Betreuungsperson mindestens zwei Pflegebedürftige betreuen. Hier steht also eine 2 vor dem Komma, während der Bundesdurchschnitt bei 1,81 liegt. Damit nimmt der Freistaat Sachsen nicht, wie wir immer gedacht haben, einen der vorderen Plätze ein, sondern er liegt im hinteren Bereich. Hier hätten wir von der Staatsregierung eine Wertung zu dieser Frage und auch eine Aussage dazu erwartet, wie man die Situation verbessern kann, wobei auf die personelle Situation ohnehin noch eingegangen werden muss, denn sie ist so einfach nicht.

Wir hatten nach der Anzahl der pflegenden Angehörigen im häuslichen Bereich gefragt. Hierzu haben wir auf Seite 13 erfahren dürfen, dass eine Ermittlung nicht möglich sei. Auch bezüglich der Altersstruktur der pflegenden Angehörigen liegen der Staatsregierung keine Erkenntnisse vor. Unsere Beobachtung ist, dass die pflegenden Angehörigen selbst schon in einem sehr fortgeschrittenen Alter sind.

Meine Damen und Herren, wenn wir den Grundsatz „ambulant vor stationär“ weiter verfolgen wollen, dann gilt es zu fragen: Wie wollen wir das denn in Angriff nehmen? Brauchen wir hier neue Angebote? Brauchen wir hier neue Strukturen? Wenn die – ich darf das jetzt einmal so sagen – älteren pflegenden Angehörigen vielleicht selbst pflegebedürftig werden, wer kümmert sich dann um die weitere Pflege im häuslichen Bereich? Da wäre dann die Frage: Sind die Heime im Freistaat Sach-

sen auf diese Situation eingestellt? Hier sind wir nach wie vor im Unklaren.

Auch im Bereich der Fachkräfte sind wir der Meinung, dass der Freistaat Sachsen im Vergleich der Bundesländer keinen vorderen Platz einnimmt. Wir stellen immer öfter fest, dass kein ausreichendes Fachpersonal mehr vorhanden ist. Wir sind halt in Sorge, dass es eine Verlagerung bezüglich des Betreuungspersonals auf diejenigen gibt, die sich entschlossen haben, das Freiwillige Soziale Jahr zu absolvieren oder ihren Zivildienst leisten, oder leider auch die Menschen eingesetzt werden, die die sogenannten Mehraufwandsentschädigungsleistungen beziehen, also Ein-Euro-Jobber sind.

Ich wage zu behaupten, dass wir in Sachsen auch diesbezüglich ein Beschäftigungsproblem haben, besonders wenn es um den Einsatz der Fachkräfte geht. Hier müssen wir uns anders aufstellen. Wenn ich die Koalitionsvereinbarung richtig gelesen habe, sollte es auch entsprechende Angebote geben. Es darf nicht sein, dass in diesem sensiblen Bereich der Anteil der Hilfskräfte gegenüber dem der Fachkräfte steigt.

Meine Damen und Herren! Auch hier stellen wir fest: Der Freistaat Sachsen hat Pionierleistungen vollzogen, was die Ausbildung von Pflegefachkräften betrifft – aber diese wandern ab. Sie kommen hier gar nicht zum Einsatz. Sie gehen woandershin und leisten dort die Arbeit.

Wir haben es heute schon an mehreren Stellen diskutiert, wir haben es auch gestern diskutiert: Es scheint ein Problem von Sachsen zu sein: Die Angebote, die wir haben, sind nicht attraktiv. Die Entlohnung ist viel zu gering und das soziale Umfeld verpflichtet auch niemanden, hier zu bleiben.

Meine Damen und Herren von der Koalition, ich denke, wir müssen hier umdenken. Wir müssen moderner sein. Wir brauchen viel mehr Angebote, damit die Leute auch tatsächlich hier bleiben.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Auf Seite 23 werden die Ausbildungszahlen ausgewiesen. Hier bleibt eine Stellungnahme der Staatsregierung offen, in welcher Relation diese Zahlen zum Bedarf stehen. Wir sind der Ansicht, dass es einen viel höheren Ausbildungsbedarf gibt, als wir derzeit ausbilden. Allerdings gestehe ich auch, dass das eine sehr vage Behauptung ist. Nur ausreichende Untersuchungen scheitern es nicht zu geben. Hier ist die Staatsregierung gefordert.

Zum Punkt 2 Planung. Es wird richtig ausgewiesen, dass die Qualitätsstandards ausgeweitet werden müssen. Dagegen ist überhaupt nichts zu sagen. Leider gibt es aber keine Hinweise, nach welchen Kriterien dies erfolgen soll und ob es auch Vorstellungen gibt, diese finanziell und materiell zu untersetzen.

Die Staatsregierung hat zu Recht ausgewiesen, dass es eine zukunftsfeste Finanzierungssäule geben muss, dass das mit dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz bundesweit nicht geschaffen wurde. Hierbei hätte mich schon interes-

siert: Was haben wir denn als Sachsen auf Bundesebene tatsächlich getan? Meinetwegen im Sinne einer Pflegebank, wobei es bei der derzeitigen Krise etwas fragwürdig ist, solche Begriffe wie Bank überhaupt in den Mund zu nehmen. Haben wir Rücklagen gebildet, damit die zukünftigen Aufgaben auch tatsächlich weiter geleistet werden können?

Die Auffassung der Staatsregierung, dass es kein Landespflegegesetz zu geben braucht, können wir nicht teilen. Hier möchten wir kritisch ausführen, dass die Einlassungen, die sich aus der Enquete-Kommission zur demografischen Entwicklung ergeben, falsch interpretiert werden. Gerade wenn man richtig zur Kenntnis nimmt, dass man neue Angebote braucht, ist eben in besonderer Weise ein Landespflegegesetz notwendig.

Schließlich ist es auch so, dass derzeit die freien Träger und überhaupt die Träger von Pflegeeinrichtungen nicht ausreichend Sicherheit haben in der Finanzierung ihrer Einrichtungen. So sind zum Beispiel die Regelungen zur sogenannten Investitionspauschale in Sachsen nach meinem Dafürhalten nicht ausreichend oder nicht richtig umgesetzt. Es gibt diesbezüglich mehr vorläufige Bescheide. Das ist für mich ein unhaltbarer Zustand.

Wir dürfen auch nicht vergessen: Wenn die Einrichtungen in den letzten 20 Jahren entstanden sind, dann sind sie eben auch zehn oder 15 Jahre alt und haben demnächst Sanierungs- und Investitionsbedarf. Wir halten es für sehr bedauerlich, dass es hierzu keine Aussagen gibt und auch keine Regelungen vorgenommen werden sollen.

Zum Verwaltungspersonal vermag die Staatsregierung keine Auskünfte zu geben. Über die Sozialverbände ist aber bekannt, dass der Schlüssel bei 1 : 30 liegt und die Planung eben in den Sachkosten erfolgt, aber die Vorgaben auch an den kommunalen Sozialverband, der für die Pflegesatzverhandlungen mit federführend ist, einfach nicht ausreichend sind und den Trägern nicht genügend Sicherheit geben. Also ein solches Landespflegegesetz mit den entsprechenden Regelungen ist erforderlich.

Zur Qualität. Ausweitung des Qualitätsstandards – ja, unbedingt. Das sehen wir auch so. Aber wie soll es angestellt werden?

Dann wird ausgeführt, dass es im Freistaat Sachsen Prüfungen gegeben hat. Die Ergebnisse sind ganz erstaunlich. Hier ist für uns unklar: In wie vielen Einrichtungen wurde überhaupt die Prüfung vorgenommen? Sie scheinen uns nicht lukrativ – lukrativ ist das falsche Wort –, sie scheinen einfach nicht ausreichend zu sein, weil sowohl der Medizinische Dienst der Krankenkassen, der hier mit der Prüfung der Qualitätsparameter betraut ist, und die Heimaufsicht in der Landesdirektion gar nicht ausreichend Personal haben, um die Aufgaben realisieren zu können.

Erst im Februar war in der „Freien Presse“ zu lesen, dass nur ein Fünftel aller Heime geprüft werden konnten, und es würden viermal so viele Mitarbeiter gebraucht, um die erforderlichen Aufgaben realisieren zu können.

Natürlich klingt es ganz gut, wenn es im stationären Bereich nur in 1,6 % der geprüften Einrichtungen Beanstandungen gab und im ambulanten Bereich 6,2 %. Die Dunkelziffer scheint uns aber wesentlich höher zu sein.

Meine Damen und Herren! Noch in der Januardebatte haben Sie hier im Haus gelobt, dass die Pflege durch den Medizinischen Dienst und die Heimaufsicht geprüft wird. Das Problem ist nur: Weder der eine noch der andere ist mit ausreichend Personal besetzt. Ich habe das gesagt. Damit die Leute überhaupt die Arbeit erledigen können, ist es einfach nötig, hier mehr Personal vorzuhalten.

Im Übrigen liegt die Krux weder in der Arbeit der Heime – auch wenn es durchaus ein paar schwarze Schafe geben kann –, sondern das Problem liegt tatsächlich in den Rahmenbedingungen, wie wir sie eben auf Landesebene geschaffen haben.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Die Qualität der Betreuung in Pflegeheimen ist nicht mit mehr Kontrollen zu verbessern; gute Pflege bedarf vor allem mehr Zeit und ausreichend qualifizierten Personals.

So sehen wir es als dringend und schon längst überfällig an, für Sachsen ein neues Landespflegegesetz vorzulegen, das klare Regelungen zur Qualität im stationären und im ambulanten Bereich ausführt: zur Personalausstattung und zum Fachkräfteanteil, zur Einrichtung neutraler Pflegestützpunkte, in besonderer Weise zur staatlichen Heimaufsicht und zur Interessenvertretung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen.

Gleiches gilt natürlich auch für einen Landesbedarfsplan in der Altenpflege. Aus den Antworten auf unsere Große Anfrage, meine Damen und Herren, wurde gerade im ambulanten Bereich deutlich, dass es hier viele Grauzonen gibt, die sich nicht im Geringsten mit dem im Pflegeweiterentwicklungsgesetz formulierten Grundsatz „ambulant vor stationär“ in Einklang bringen lassen.

Wenn, wie in der Koalitionsvereinbarung ausgeführt, der ambulanten Pflege nun schon ein wesentlich höherer Stellenwert eingeräumt werden soll, ist es unumgänglich, zu wissen, was in diesem Bereich wirklich passiert, und vor allem einheitliche Regelungen analog dem stationären Bereich festzulegen.

Meine Damen und Herren! Wir haben also nach der Situation in der Pflege gefragt. Wir haben von der Staatsregierung Zahlen erhalten. Wir haben mitgeteilt bekommen, wie viele Einrichtungen und Betten es gibt, wir haben ansatzweise Berichte und Kriterien genannt bekommen. Das ist ohne jeden Zweifel richtig; aber ich denke, man kann es nicht nur auf diese Strukturfragen reduzieren. Wir müssen die pflegebedürftigen und die alten Menschen viel mehr in den Blickpunkt unserer Gestaltungspolitik stellen;

(Beifall bei der Linksfraktion und der Abg. Elke Herrmann, GRÜNE)

denn es ist ein entscheidender Unterschied, ob ich allein von Strukturen her denke oder vom Menschen her. Im

Freistaat Sachsen sind es immerhin 130 000 Menschen, um die es derzeit geht, und die Zahlen sind steigend, das wissen wir aus den Untersuchungen hier im Sächsischen Landtag, und Sie wissen das auch alle.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass bei Ihnen in der Koalition, meine Damen und Herren, die Reform oftmals nur mit der Geldfrage beginnt und was ich mir leisten will, aber nicht, was ich erreichen will; und das ist, denke ich, auch das Problem der Pflegereform. So haben wir immer noch nicht den Begriff neu definiert, aber wir haben Gesetze über Gesetze geschaffen. Es muss uns doch allen gemeinsam klar sein, dass man erst einmal wissen muss, wohin man will, bevor man einen Weg dazu festlegt. Sie bauen doch schließlich auch kein Haus bis zum Dachgeschoss und beginnen dann zu überlegen, für wen und für wie viele Personen es gedacht ist.

Meine Damen und Herren! Frau Staatsministerin Clauß hatte in der Januar-Debatte ausgeführt, Pflege in Würde sei eine ethische und humanitäre Verpflichtung. In diesem Sinne, meine Damen und Herren: Es gibt noch viel zu tun, packen wir es an! Ich bin bereits jetzt auf die nachfolgende Debatte gespannt und danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der Linksfraktion)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die CDU-Fraktion erhält das Wort; Herr Dr. Jähnichen, bitte.

Dr. Rolf Jähnichen, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Kollege Wehner, dass Sie in unser aller Namen der Staatsministerin gute Besserung gewünscht haben. Wir wünschen alle, dass sie bald an ihren Arbeitsplatz zurückkehren kann.

Die Fraktion DIE LINKE hat in ihrer Großen Anfrage mit 83 Fragen Auskünfte von der Staatsregierung zur Situation und Perspektive der Altenpflege in Sachsen verlangt. Das ist ein guter Anlass, wieder einmal über die demografische Situation in unserem Land zu diskutieren. Sowohl in diesem Hohen Hause als auch in meiner Fraktion ist dies in den vergangenen Jahren oft und ausgiebig geschehen.

Nun weist die Staatsregierung in ihrer Antwort allerdings darauf hin, dass die Mehrzahl der erbetenen Auskünfte längst veröffentlicht und für alle zugängliche Daten sind. Sie verweist auf das Statistische Landesamt, den Heimbericht, die Berichte des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen, die Pflegestatistik, den Landesseniorenbericht und vieles mehr.

Meine Damen und Herren! Wir alle werden älter, und mit zunehmendem Alter stellt sich durchaus die Frage, ob im Falle einer Pflegebedürftigkeit bis hin zur stationären Palliativversorgung eine umfassende, qualitativ wie quantitativ hochwertige Versorgung sichergestellt ist bzw. sichergestellt werden kann.

Nach Ansicht der Linksfraktion liegt dies allerdings nicht so ohne Weiteres vor, zumindest wenn man die Begründung zur Großen Anfrage liest; denn darin heißt es – ich

zitiere –: „Die derzeitige Unterstützungs-, Betreuungs- und Pflegesituation ist qualitativ, aber auch quantitativ überwiegend unbefriedigend.“

Ich denke, gerade für die Antragstellerin sind deshalb die Antworten der Staatsregierung sehr lehrreich. Deshalb zur Erinnerung noch einmal einige Beispiele: Es gab in den letzten 18 Jahren 1,2 Milliarden Euro Fördermittel und 332 geförderte Einrichtungen – und damit so viele wie in Thüringen und Sachsen-Anhalt zusammengenommen. Die Anzahl der Heimplätze ist seit 1999 von 34 500 auf 43 500 gestiegen, ebenso die Anzahl der Pflegekräfte von circa 10 000 auf 16 000. Jährlich beginnen 1 300 bis 1 500 junge Menschen eine Ausbildung – Herr Kollege Wehner hat darauf hingewiesen – an der Berufsfachschule für Altenpflege. Dies ist nach wie vor sicher eine Ausbildung über Bedarf, selbst wenn wir mit steigendem Bedarf rechnen. Aber natürlich ist die Frage berechtigt: Reicht das auch für die Zukunft aus?

Die Statistiker erwarten in den nächsten 15 Jahren einen Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen um etwa 46 %. Das Gebot der Stunde heißt also, die Erfahrungen der letzten Jahre auszuwerten, die Zukunft – insbesondere die demografische Entwicklung – zu berücksichtigen und die Pflegeversicherung als „Teilkasko-Versicherung“ behutsam weiterzuentwickeln. Dies geschieht zurzeit auch, und ich begrüße ausdrücklich, was auf diesem Gebiet sowohl die Große Koalition in Berlin als auch die sächsische Regierungskoalition in dieser Richtung tun.

Nach den Zahlen von 2006 haben wir in Deutschland 2,12 Millionen Pflegebedürftige, die heute Leistungen von der Pflegeversicherung beziehen. Wenn wir unseren alten Grundsatz „ambulant vor stationär“ berücksichtigen, dann heißt das natürlich auch, dass der Bereich der häuslichen Pflege eine bedeutende Rolle spielt. Die Fachleute sagen uns, dass 80 % der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt werden und nur etwa 20 % zurzeit in stationären Einrichtungen.

Die häusliche Pflege durch die eigenen Kinder wird in den kommenden Jahren aufgrund der sinkenden Geburtenzahlen rapide abnehmen. Ich muss bei dieser Gelegenheit immer an ein Wort denken, das der ehemalige Leiter des Statistischen Bundesamtes in einem Interview sagte: „Ich weiß, dass für die Sicherheit im Alter Kinder notwendig sind. Aber Kinder mögen die anderen haben, mir genügen Rechtsansprüche.“ – Das ist eine falsche Illusion, genau wie die Aussage, die Renten seien sicher. Wir müssten eigentlich längst wissen, dass nichts sicher ist, weder der Euro noch die deutschen Sozialsysteme. Das Einzige, was wirklich Sicherheit bietet, sind in meinen Augen stabile Familienstrukturen.

(Beifall bei der CDU und der NPD)

Bei dieser Gelegenheit denke ich an ein kleines Erlebnis, das ich gemeinsam mit Frau Kollegin Simon hatte, als wir vor einiger Zeit an einem EU-Kongress in Berlin teilnahmen. Dort haben die Vertreter der südeuropäischen Länder uns Deutsche und die Nordeuropäer ganz vehem

ment kritisiert. Sie haben gesagt: Alte und Kinder gehören in die Familie und nicht in die Hand des Staates.

Nun kann man natürlich fragen: Warum gibt es überhaupt die traditionelle Familie, eine Familie mit Kindern, in der Vater und Mutter verheiratet sind, zusammenhalten und ein Elternteil keiner Erwerbstätigkeit – wenigstens einige Jahre – nachgeht? Doofe Frage, werden Sie vielleicht sagen. Das finde ich aber nicht. Man könnte auch auf die Idee kommen, dass es dieses traditionelle Familienmodell deshalb gibt, weil es irgendwelchen sentimental Romantikern eingefallen ist oder weil irgendwelche Religionsführer sich in diese reaktionäre Idee vernarrt haben.

Meine Damen und Herren! Vor allem existiert dieses Familienmodell doch wohl, weil es existenziell notwendig ist, um das Fortkommen und Überleben des Nachwuchses sicherzustellen und die daran Beteiligten gegenseitig abzusichern und weil sich dieser Verband als der lebensfähigste, kleinste, solidarische menschliche Zusammenschluss bewährt hat. Natürlich steht im Zentrum die Liebe zwischen den Ehepartnern. Wer wird das vergessen? Wird jedoch die existenzielle Notwendigkeit zur Familiengründung restlos beseitigt, dann ist es folgerichtig, dass die Familie untergeht

(Beifall der Abg. Rita Henke, CDU)

und mit ihr schließlich die Kultur, auf die sie gegründet ist.

Meine Damen und Herren, wir sind uns sicher darin einig: Versicherungen können keine Sicherheit geben. Nichts anderes erleben wir derzeit im Zeichen der demografischen Selbstaufgabe, die für die westlichen Industrienationen ja so kennzeichnend ist. Eines ist dabei frappierend: Je komfortabler das soziale System ist und je umfangreicher Betreuungsangebote ausfallen, umso nachhaltiger sind die Auflösungserscheinungen der jeweiligen Familienstrukturen. Anstelle des solidarischen Schutzverbandes Familie tritt der Staat. Je bereitwilliger er mit immer neuen Lockangeboten, Prämien, Betreuungen segensreich zur Stelle ist, um vermeintlich strauchelnde Familien zu stützen, desto stärker beschleunigt sich gerade deren Auflösungsprozess.

Zurück zur Großen Anfrage. Ich schlage unserer Sozialministerin vor, ein Sorgentelefon einzurichten, bei dem sich sowohl Pflegepersonal als auch Pflegefälle Rat, Trost und Hilfe holen können, so wie wir es schon einmal als Sorgentelefon im ländlichen Raum mit sehr großem Erfolg eingerichtet hatten. Leider musste es aus Kostengründen eingestellt werden. Aber ich weiß, dass einige Bereiche der Diakonie so etwas mit großem Erfolg weiter betreiben. Ich sehe es als eine wesentliche Ergänzung zu unseren Diskussionen zur Frage von Pflegestützpunkten.

Meine Damen und Herren! Wissenschaftler machen immer wieder deutlich, wie wichtig es ist, in der Pflege den ganzen Menschen und nicht nur einzelne Handreichungen zu sehen. Viele aktive Seniorinnen und Senioren sind bereits heute ehrenamtlich, auch außerhalb der eigenen Familie, im Pflegebereich tätig. Deshalb gilt für

uns: Stärken wir die Familien, stärken wir das Ehrenamt, und erst dann stärken wir die Pflegeversicherung!

(Beifall bei der CDU und der NPD)

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine letzte Bemerkung: Die heutige Diskussion ist eine gute Einstimmung auf die bevorstehenden Beratungen des von der Staatsregierung eingebrachten Gesetzes zur Regelung der Betreuungs- und Wohnqualität im Alter, bei Behinderung und bei Pflegebedürftigkeit. Dieses Gesetz zur Umsetzung von Bundes- in Landesrecht wird schon lange von uns erwartet. Ich erinnere daran, dass ich es vor einem Jahr von der Staatsregierung erneut angemahnt hatte.

Herr Kollege Wehner, ich freue mich, dass wir uns im Sozialausschuss darauf verständigen konnten, uns noch in diesem Monat in einer Sondersitzung und Anhörung mit dieser Thematik zu beschäftigen. So hoffe ich, dass wir das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode beschließen und in Kraft setzen können.

So gesehen ist die Antwort der Staatsregierung eine gute Einstimmung auf die Beratung zu diesem Gesetz, und ich danke der Staatsregierung für diese Vorlage.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der NPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die SPD-Fraktion erhält das Wort; Frau Dr. Schwarz, bitte.

Dr. Gisela Schwarz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir uns bereits in den vergangenen Plenarsitzungen ausführlich mit der Situation in der Pflege, deren Qualität, aber auch mit der Pflegeberatung beschäftigt haben, bringt die vorliegende Anfrage relativ geringen Erkenntniszuwinn.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion:
Die Antwort!)

Die abgefragten und vorhandenen Daten der Großen Anfrage kann man ohne Probleme in den verschiedenen statistischen Berichten nachlesen. Sie sind weitgehend bekannt. Inhaltliche Fragen zu neuen Ansätzen in der Pflege und neuen Konzeptionen des Wohnens und die Frage, wo welche Ansätze bereits in der Praxis angewendet und sich bewährt haben, werden in der Großen Anfrage nicht gestellt.

Lieber Kollege Wehner, Sie sind in Ihrer Rede darauf eingegangen. Aber es ist auch gut, dass wir über solche Debatten immer wieder die Pflege und Bedeutung nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gesamtgesellschaft in den Mittelpunkt stellen.

Wir wissen, dass sich gerade im Bereich der Altenpflege in den vergangenen Jahren enorm viel zum Guten verändert hat. Da kann ein Blick auf den Ausgangspunkt nicht schaden. Bekannt ist aber auch, dass sich durch das steigende Alter der Gesamtbevölkerung ein erhöhter Betreuungs- und Pflegebedarf weiterhin abzeichnet,

während parallel dazu die innerfamiliären Hilfspotenziale abnehmen.

Heute ist es so – Kollege Jähnichen ging darauf ein –, dass 70 bis 80 % der Leistungen aus der Pflegeversicherung für Leistungen zu Hause angewendet werden. Zwei Drittel der Leistungen erbringen Angehörige. Aber diese privaten Hilfsnetze werden abnehmen und viel mehr ältere Menschen werden auf die Hilfe von Fachkräften und die Hilfsangebote von Einrichtungen zurückgreifen müssen. Deshalb müssen wir die Platzkapazitäten in den Einrichtungen nach wie vor erhöhen. Und Mann kann sich ein traditionelles Familienmodell wünschen und Frau pflegt dann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –
Heiterkeit des Abg. Horst Wehner, Linksfraktion)

Ich denke, dieser Wunsch – so intensiv er sein mag – geht an der Realität leider vorbei.

In der letzten Pflegedebatte ist kritisiert worden, dass im Bereich der Pflege viel Verantwortung auf die kommunale Ebene delegiert worden sei. Dabei könnte der Eindruck entstehen, dass die kommunale Ebene diesen Bereich vielleicht nicht genügend ernst nehmen und sich nicht verantwortungsbewusst verhalte. Dem möchte ich energisch widersprechen.

Gerade vor Ort werden die Hauptprobleme zu lösen sein. Ich bin mir ziemlich sicher, dass es keinen Bürgermeister oder Landrat geben wird, der sich mit der Situation in der Pflege nicht ernsthaft auseinandersetzt. Für die SPD ist die Pflegebedarfsplanung nicht nur eine geeignete Grundlage für die Organisation von Fördermitteln usw., sondern auch eine gute Hilfe für die Verantwortlichen vor Ort. Das, was bereits begonnen wurde, muss zwischen Land und kommunaler Ebene besser koordiniert werden.

(Beifall bei der SPD und des
Abg. Horst Wehner, Linksfraktion)

Die regionale und fachliche Vernetzung der im Pflegebereich tätigen Institutionen und Initiativen muss weiterentwickelt werden. Lokale Pflegenetze sind hier das Stichwort. Sie brauchen aktive kommunale Strukturen, aber auch die Unterstützung des Landes.

Träger- und einrichtungsübergreifende Beratung und Information der Betroffenen ist für uns als SPD eine unverzichtbare Bedingung. Wir stehen deshalb nach wie vor zu der Forderung nach trägerübergreifenden Pflegestützpunkten und appellieren, dass in die Strukturen, die momentan vor allem durch die Kassen aufgebaut werden, die Beteiligten der freien Träger und der kommunalen Ebene einbezogen werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die ersten Erfahrungen in anderen Bundesländern zeigen eine sehr hohe Zufriedenheit der Menschen, die das Angebot in Anspruch nehmen. Ich denke, das sollte uns Ansporn sein.

Die Pflege verändert sich und muss sich verändern, weil auch die Menschen mit Pflegebedarf sehr individuelle Voraussetzungen haben und damit auch sehr individuelle Anforderungen an Pflege. Sie haben auch einen Anspruch darauf, diese erfüllt zu bekommen. Die Tatsache, dass der Anteil der alten Menschen mit Demenzerkrankungen steigt, dass auch immer mehr Menschen mit Behinderungen alt werden, sind zwei dieser Stichpunkte.

Fragen von Transparenz- und Qualitätssicherung haben wir ja im Januar-Plenum diskutiert. Ich denke, Herr Wehner, wir sind dabei eigentlich mit dem Pflege-TÜV ganz gut vorangekommen, und ich sehe es nicht ganz so schwarz wie Sie.

Der vorliegende Entwurf für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff des Beratungsausschusses der Bundesregierung vollzieht den längst überfälligen Perspektivwechsel, den wir für eine noch bessere Pflege brauchen. Ich denke, dass das jetzt formuliert ist. Statt wie bisher ausschließlich die Defizite und Einschränkungen bedürftiger Menschen als Ausgangspunkt für Pflege zu nehmen, orientiert sich der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff an der sozialen Teilhabe der Menschen. Mit diesem neuen Begriff und dem neuen Begutachtungsverfahren werden die individuellen Bedürfnisse der Menschen besser berücksichtigt. Ich hoffe, dass wir damit auf dem Weg zu einer noch besseren Pflege ein gutes Stück vorankommen.

All dies stellt natürlich auch Anforderungen an das Personal. Das ist uns als SPD besonders wichtig. Wir werden in den nächsten Jahren nicht nur mehr Personal benötigen, wir brauchen auch für das Personal beste Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Wir müssen mit verbesserten Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass die Pflegeberufe attraktiver werden, dass sich junge Menschen für eine Ausbildung in diesem Bereich entscheiden und dass sie vor allem auch in diesem Beruf lange arbeiten können.

Die Pflegeberufe gehören zu den Berufen, die mit einer enormen psychischen und physischen Belastung einhergehen. Wir erwarten hier konkrete Maßnahmen und Angebote zur Verbesserung dieser Situation. Diese menschliche Komponente gehört für uns auch zu einer Landespflegeplanung, die sich verantwortungsvoll nicht nur mit Strukturen, sondern auch mit den Menschen beschäftigt. Dass es für diese Branche jetzt auch den Mindestlohn gibt, begrüßen wir außerordentlich.

(Beifall bei der SPD, der
Linksfraktion und vereinzelt bei der CDU)

Wir haben in der letzten Debatte die Pflegeoffensive der Staatsregierung erläutert bekommen. Ein Baustein dabei ist das Heimgesetz, das wir demnächst im Ausschuss beraten werden. Das Thema bleibt also auch parlamentarisch aktuell.

(Beifall bei der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die NPD-Fraktion erhält das Wort; Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Jähnichen, vielen Dank für diese ausgewogene Rede. Leider ist es ja in der CDU auch nicht mehr so, dass man immer so klare Worte zu konservativen Wertevorstellungen findet. Ich denke, wir werden diese Rückbesinnung noch sehr oft brauchen, denn dem demografischen Zusammenbruch geschuldet, der insbesondere durch die Politik der letzten 20 Jahre verursacht wurde, steht das Thema der Altenpflege nicht zum ersten Mal auf der Tagesordnung und wird uns in Zukunft noch viel öfter begleiten müssen, als es bisher geschah. Dies zeigen alle Prognosen und wird auch aus der Antwort von Frau Staatsministerin Clauß deutlich, wonach im Freistaat Sachsen im Jahr 2020 nicht weniger als 28 % der hier lebenden Menschen älter als 65 Jahre sein werden. Über 145 000 Menschen werden dann auf eine Pflege angewiesen sein, was eine Steigerung von 46 % zur Ausgangszahl bedeuten würde.

Es ist natürlich schön, dass die Menschen älter werden. Als NPD nehmen wir sehr wohl zur Kenntnis, dass es in den vergangenen Jahren durchaus Anstrengungen für einen quantitativen Ausbau der Betreuungsplätze gab. Doch neben der Quantität ist auch die Qualität ein entscheidender Punkt, um das Älterwerden in Würde zu ermöglichen. Dazu gehört meines Erachtens nicht nur die zumeist hohe Qualität der Fremdpflege in den Einrichtungen, sondern möglichst ein Altern zu Hause im Familienverband.

Ein Schritt in die richtige Richtung war dabei die durchaus anererkennungswürdige Reform der Pflegeversicherung mit der nunmehr geschaffenen Möglichkeit der befristeten häuslichen Pflege. Aber, meine Damen und Herren, das war es dann schon, was die Berliner Koalition auf die Beine gestellt hat. Was ich vermisse, sind die entscheidenden Punkte der Qualitätsfortentwicklung und dabei vor allem die ausreichende Würdigung der familiären Ressourcen.

Die Möglichkeit einer sechsmonatigen Freistellung greift meines Erachtens viel zu kurz, da sie sehr oft viel zu sehr an der zeitlichen Pflegerealität vorbeigeht. In der Praxis ist es leider bezeichnend, dass heute der wirtschaftliche Aspekt dem menschlichen untergeordnet wurde und wird. Dies wirft unserer Ansicht nach ein bezeichnendes Licht auf den moralischen Niedergang im Lande.

So ist es für uns Nationaldemokraten völlig inakzeptabel, dass die Gesundheitsministerkonferenz im Juli vergangenen Jahres in Plön die Formulierung beschloss: „Mit Blick auf das zunehmend vom Wettbewerb geprägte Gesundheitssystem hält es die GMK für bedeutsam, die Strukturen der gesundheitlichen Versorgung und Pflege so an den demografischen Wandel anzupassen, dass ein in Qualität und Quantität ausreichendes und an den Bedürfnissen der alternden Bevölkerung orientiertes Versorgungsangebot in zumutbarer Entfernung erhalten bleibt und eine teure Unterauslastung oder Fehlbelastung von Einrichtungen vermieden wird“, also nur das Materielle in den Blickwinkel gestellt wird.

Meine Damen und Herren! Das Versorgungsangebot ist in Sachsen im Bereich der Technik und Struktur auf einem angemessenen Stand. Außen vor bleibt aber wie so oft der Faktor Mensch. Dies trifft auf die Pflegenden wie auf die zu Pflegenden zu. Einerseits wird aus dem überdurchschnittlichen Krankenstand mit 5,8 % für den Bereich der Altenpflege gegenüber 4,9 % des Durchschnitts aller Branchen deutlich, unter welchem Leistungsdruck die Leistungserbringer stehen. Andererseits stellt die reine Ausrichtung auf den wirtschaftlichen Aspekt eine Belastung für den Hilfebedürftigen dar, denn für das so wichtige zwischenmenschliche Gespräch ist in wirtschaftlichen Pflegeablaufberechnungen kein Platz mehr.

Meine Damen und Herren! Hier sehen wir als NPD einen enormen Nachholbedarf. Qualität macht sich eben nicht nur am modernsten Haus oder der neuesten technischen Ausstattung bemerkbar. Qualität, und zwar nicht nur in der Altenpflege, drückt sich vordergründig auch im Umgang mit den Menschen aus. Insbesondere in der Altenpflege zeigt sich bereits deutlich, dass der Verlust tradierter Familienstrukturen durch wirtschaftlich ausgerichtete Einrichtungen der Gesellschaft eben nicht aufgewogen werden kann. Deshalb müssen in den kommenden Jahren das Fördern des gesellschaftlichen Ansehens tradierter Familienstrukturen und Maßnahmen zu einer Trendwende in der demografischen Entwicklung von uns in den Vordergrund gerückt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der NPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die FDP-Fraktion; Frau Abg. Schütz, bitte.

Kristin Schütz, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Dezember 2007 waren im Freistaat Sachsen nach Aussage der Großen Anfrage circa 120 000 Menschen pflegebedürftig. Das bedeutete eine 6-prozentige Steigerung seit 2005. Damals waren es noch etwas mehr als 110 000 Pflegebedürftige hier in Sachsen. Zwei von drei Pflegebedürftigen werden auch noch heute zu Hause versorgt. Das verdient große Anerkennung und Wertschätzung, vor allem aber auch Dank für die Leistungen, die dort erbracht werden. Aber – so ist es eben auch – circa 43 000 Menschen befinden sich in stationären Einrichtungen. Auch deren Zahl steigt seit Jahren, allein 2007 gegenüber 2005 um 8% oder um knapp 4 000 Menschen.

Im Freistaat sind die stationären Pflegeeinrichtungen aber offenbar auf diesen steigenden Bedarf vorbereitet, was zumindest die Anzahl der vorhandenen Pflegeeinrichtungen betrifft. Ich kann es auch keinem verwehren – und das kann auch nur jemand aus persönlicher Betroffenheit sagen, der sich dieser Aufgabe der Pflege zu Hause nicht gewachsen fühlt, sei es aufgrund der beruflichen Tätigkeit, sei es aber auch der großen Arbeit und psychischen Belastung, die dahinter steht – hier ein generelles Ja oder Nein zur Pflege zu Hause oder zum Heim zu treffen. Das halte ich doch für sehr mutig, denn nur, wer es selbst

getan hat, sollte hier auch eine solche grundsätzliche Aussage treffen.

Die meisten unserer zur Verfügung stehenden Einrichtungen in Sachsen sind erst in den letzten 15 Jahren errichtet worden. Sie verfügen damit über einen sehr guten optischen Zustand und ermöglichen eine qualitativ gute Pflege.

(Beifall des Abg. Volker Bandmann, CDU)

Große Probleme sehe ich allerdings bei der Frage des ausreichenden Pflegepersonals. Es ist richtig, dass der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gestärkt werden sollte. Wenn wir jedoch wollen, dass ältere Menschen weiterhin zu Hause betreut werden, müssen wir den Angehörigen auch finanzierbare Pflegekräfte zur Unterstützung anbieten. Ich bin vorhin kurz darauf eingegangen, was das heißt. Hier müssen Lösungen gefunden werden, ohne dass viele Pflegekräfte, gerade auch Frauen aus Osteuropa, in die Schwarzarbeit abwandern. Für viele Pflegekräfte in der stationären Pflege ist es aber schon heute gang und gäbe, dass sie mehr Formulare ausfüllen als Pflegetätigkeiten wahrnehmen. Auch hier müssen dringend Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Ich kann es Ihnen so sagen: Bei der letzten Bildungsmesse, die ich in Görlitz besucht habe, auf der sich verschiedene Ausbildungsträger vorstellten, hatte ich die Gelegenheit, mit zwei Auszubildenden in der Altenpflege zu sprechen. Ich habe sie natürlich auch gefragt – sie waren beide im dritten Lehrjahr –, wie und wo sie vor allem ihre Zukunft sehen. Darauf antwortete mir der junge Mann, er würde in die Schweiz gehen. Die junge Frau hatte Österreich fest im Blick. Ich hatte sie auch nach ihren Gründen gefragt. Es war sicherlich einerseits eine finanzielle Frage, aber das war nicht ihr Hauptgrund; er lag eigentlich in den Arbeitsbedingungen. Sie sagten mir, hier in Sachsen müsse sich eine Pflegekraft um 20 ältere Menschen bemühen, in der Schweiz wäre es doch ein deutlich besserer Schlüssel. Ich meine, das ist bedenkenswert.

Die Zahlen der Großen Anfrage besagen es: In zehn Jahren brauchen wir nach dem heutigen Stand 10 000 Fachkräfte mehr. Wir bilden zwar – vorhin wurden die Zahlen genannt – um die 1 000 Auszubildende in diesem Beruf aus, doch wenn nicht einmal die Hälfte der Auszubildenden hier bleibt, sind wir doch dem Pflegenotstand schon sehr nahe. Ich habe mich in der Praxis informiert: Wir sind ihm nicht nur sehr nahe, sondern haben ihn bereits. Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen.

Wenn es aber um die Pflege geht, müssen wir natürlich auch über die Finanzierung sprechen. Die finanziellen Mittel der Pflegeversicherung reichen selbst nach der Beitragserhöhung zum 1. Juli 2008 um circa 0,25 % wegen der absehbaren demografischen Entwicklung mittelfristig nicht aus, um die ansteigenden Pflegekosten zu decken. Selbst aus Sicht der Staatsregierung hätte bei der Reform der Pflegeversicherung die Finanzierung durch den Aufbau einer zweiten Finanzierungssäule

zukunftsfest gestaltet werden müssen. Das Pflegeweiterentwicklungsgesetz auf Bundesebene hat eben nicht den im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD auf Bundesebene vereinbarten Einstieg in eine kapitalgedeckte Risikoversicherung umgesetzt.

Noch können die Pflegeleistungen aktuell finanziert werden. Doch wie sieht es mittel- und langfristig aus? Ich meine, die Prognose ist wohl nicht zu weit gegriffen, wenn man sagt, dass sie es in 20 Jahren auf alle Fälle zum heutigen Niveau nicht mehr sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, das Thema Pflege wird gern verdrängt, oder man denkt nur ungern daran, da man selbst nicht zum Pflegefall werden möchte. Wir können es uns aber schlichtweg nicht mehr leisten, nicht daran zu denken. Es ist sozusagen bereits fünf nach zwölf, und wir müssen die Stellschrauben, die wir in Sachsen selbst drehen können, auch konsequent angehen.

Erst im Januar haben wir über Transparenz und Qualitätssicherung in der sächsischen Pflege debattiert. Ich habe damals kritisiert, dass in Sachsen 2007 gerade einmal 20 % der Heime tatsächlich kontrolliert wurden, obwohl die Landesdirektionen laut Gesetz verpflichtet sind, einmal im Jahr jede Pflegeeinrichtung hinsichtlich Betreuung und Versorgung der Bewohner, Personalstärke sowie der baulichen und hygienischen Situation zu kontrollieren.

Nun kann ich Frau Clauß an dieser Stelle nicht direkt fragen, was in den letzten zwei Monaten in dieser Richtung passiert ist. Ich hoffe, sie wird uns in naher Zukunft dazu entsprechende Antworten geben können.

Doch beenden möchte ich gern mit der Antwort der Staatsregierung auf die Frage 5 der Großen Anfrage: „Pflege in all ihren Facetten und Herausforderungen muss stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit treten und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden.“

In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die Fraktion GRÜNE; Frau Abg. Herrmann, bitte.

Elke Herrmann, GRÜNE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wehner, Sie sagten am Schluss Ihrer Rede, man könne Pflege nicht auf Strukturfragen reduzieren, sondern müsse vom Menschen ausgehen. Ehrlich gesagt, genau diese Fragestellung habe ich beim Lesen der Großen Anfrage etwas vermisst. Das mag nicht nur an Ihnen liegen, sondern daran, dass die Ausrichtung der Pflege in Sachsen genau anders ist und man auf dieser Folie dann natürlich geneigt ist, die Fragen nach der Struktur zuerst zu stellen. Aber hier reichen mir weder die Fragen noch die Antworten der Großen Anfrage aus.

Gehen wir vom Menschen aus, wird klar, dass es bei immer individuelleren Lebensentwürfen nicht das eine Konzept für alle Menschen bei Pflege- oder Unterstützungsbedarf im Alter geben kann. Jede und jeder wird seine/ihre Vorstellungen, wie sie oder er im Alter leben möchte, anders formulieren, und das mit zunehmendem Nachdruck. Das heißt für Sachsen, dass auch in diesem Bereich der Nachbau einer vergangenen Entwicklung in den alten Ländern endgültig vorbei ist. Ich sage „vergangen“, weil uns diese Länder mittlerweile wieder weit voraus sind, was neue Konzepte, vor allem bei ambulanten Unterstützungsangeboten, betrifft.

Die meisten Menschen – das zeigen Umfragen immer wieder – wünschen sich, auch im hohen Alter in den eigenen vier Wänden zu leben, und das auch, wenn sie bereits Hilfebedarf haben. Dies möglich zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss das Ziel unseres politischen Handelns sein. Deshalb fehlt mir in der Großen Anfrage die gezielte Nachfrage nach innovativen Entwicklungen in der Altenpflege. Sie bewegen sich sozusagen in den Bahnen des bereits Vorhandenen. Dabei hat man schon den Eindruck, dass es gut wäre, wenn es auf etwas höherem Niveau als bisher weiterginge. Ich will das einmal anhand zweier Fragenkomplexe erläutern.

Im ersten Teil fragen Sie nach einer generellen Einschätzung der Situation. Dabei geht es Ihnen um den Bedarf und das Erfordernis einer zentralen Planung für dieses Politikfeld. Sie fragen – das karikiere ich jetzt einmal; Sie haben es nicht so gemeint, aber ich sage es so, damit es deutlich wird –, was notwendig ist, damit in Sachsen auch in Zukunft „satt und sauber“ gepflegt wird. Ich denke, genau das ist die falsche Zielrichtung. Da kann ich der Staatsregierung auch nur zustimmen, wenn sie sagt, dass wir flexible regionale Konzepte unter Wahrung der kommunalen Selbstverantwortung brauchen, um dieser Herausforderung des demografischen Wandels begegnen zu können.

Trotzdem ist der Umkehrschluss, den die Staatsregierung an dieser Stelle vornimmt, genauso falsch. Sie sagt nämlich, sie müsse nichts weiter tun. Die regionalen Konzepte, auf die sie abzielt, entstehen aber nun einmal nicht im Selbstlauf, sie müssen initiiert, begleitet und qualifiziert werden, damit sich vergleichbare Strukturen in allen Landesteilen Sachsens wie ein Netz über das Land ziehen.

Genauso falsch ist eben auch der Schluss der Staatsregierung, dass wir kein Landespflegegesetz brauchen. Das Sächsische Landespflegegesetz war immer sehr eng gefasst und zielt nur auf die finanzielle Förderung und auf Instrumente der Bedarfsplanung für stationäre Einrichtungen.

Das muss aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht zwangsläufig so sein. Weil wir anders planen wollen, so meint die Staatsregierung, brauchen wir kein Landespflegegesetz. Andere Bundesländer machen das ganz anders, zum Beispiel Nordrhein-Westfalen. In deren Gesetzen sind regionale und landesweite Beratungsstrukturen für

Seniorinnen und Senioren sehr wohl in der Bedarfsplanung und im Landespflegegesetz enthalten. Die Folge für Sachsen, welches das nicht hat, ist klar. Ohne Gesetz keine Beratungsstrukturen, und das fällt uns genau jetzt bei den Pflegestützpunkten auf die Füße. Wir haben nämlich keine Strukturen, an die man Pflegestützpunkte anbinden kann, also bekommen wir auch in Zukunft keine Pflegestützpunkte; so einfach ist das.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist natürlich verbunden, dass wir auch die Fördermittel des Bundes für Pflegestützpunkte nicht in Anspruch nehmen können. Wir haben im Gegensatz zu den anderen Bundesländern nicht diese Strukturen, an die wir die Pflegestützpunkte anbinden könnten; weil eben genau diese Strukturen in Sachsen in der Vergangenheit nicht geschaffen wurden.

Uns muss klar sein, dass genau das aber die Strukturen sind, die immer wieder sowohl von Betroffenen gewünscht als auch von Wissenschaftlern erwogen werden.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Elke Herrmann, GRÜNE: Ja, ich gestatte eine Zwischenfrage.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Dr. Pellmann, bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Frau Herrmann, sehr nett, dass Sie diese gestatten.

Sie sprachen über Pflegestützpunkte und darüber, dass wir in Sachsen keine Anbindungsstrukturen hätten. Würden Sie dann dem von mir im Januar schon vorgetragenen Vorschlag zustimmen können, dass Pflegestützpunkte sehr wohl in Sachsen bei den Kommunen angebinden werden sollten, damit sie die notwendige Neutralität haben, und nicht bei Kostenträgern oder Leistungsanbietern?

Elke Herrmann, GRÜNE: Herr Kollege, es gibt verschiedene Möglichkeiten – das machen uns andere Bundesländer vor –, wo man diese Pflegestützpunkte anbinden könnte. Kommunale Strukturen oder Einrichtungen sind eine Möglichkeit. Das Gute daran ist, dass man die Pflegestützpunkte eben auch im Stadtteil verankern könnte. Eine andere Möglichkeit wären aber unter Umständen Verbraucherschutzverbände. Man kann sich Verschiedenes vorstellen. Was man sich aber nicht vorstellen kann, ist das, was wir im Moment haben: dass es in Sachsen keine geben wird. Das ist äußerst bedauerlich.

(Beifall des Abg. Horst Wehner, Linksfraktion)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Elke Herrmann, GRÜNE: Ja, bitte.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Schütz, bitte

Kristin Schütz, FDP: Frau Kollegin Herrmann, ist Ihnen bekannt, dass sich in der Stadt Rochlitz freie Träger und

Leistungserbringer zusammengeschlossen haben – ohne Gesetz, ohne Vorgaben – nach dem Motto: Dort, wo Bedarf ist, findet sich auch eine Zusammenkunft –, und dort ein Pflegestützpunkt eröffnet worden ist?

Elke Herrmann, GRÜNE: Frau Kollegin, das ist mir nicht bekannt; ich begrüße das natürlich. Das Problem bei der Sache ist allerdings: Sie können auf keine Förderung zurückgreifen. Das wiederum heißt: Die Vernetzung, die dazugehört, müssen sie außerhalb ihrer Arbeitszeit erbringen. Wenn wir sehen, dass zum Beispiel Mitarbeiterinnen von Pflegeeinrichtungen, im Übrigen auch von ambulanten Einrichtungen, sowieso schon sehr belastet sind, dann ist das eine zusätzliche Sache, die sie so lange, bis eine solche Struktur tatsächlich so gut funktioniert, dass sie Einsparungen an anderer Stelle hervorbringt, zusätzlich leisten müssen.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Sie möchten noch einmal nachfragen? – Bitte.

Kristin Schütz, FDP: Dann ist Ihnen also auch nicht bekannt, dass diese Leistungserbringer ihre Beratungsleistungen, die sie sonst an ihren einzelnen Orten erbringen, jetzt einfach gebündelt am Pflegestützpunkt erbringen und so keine Parallelstrukturen aufgebaut werden, sondern einfach nur das Vorhandene gebündelt wird?

Elke Herrmann, GRÜNE: Das ist mir nicht bekannt. Ich habe schon gesagt, dass das eine gute Idee ist. Das Problem bleibt aber trotzdem bestehen. Es gibt dafür eine Förderung, die man in Anspruch nehmen kann – unter anderem auch dafür, dass man Weiterbildungsangebote hat, dass man in solchen Einrichtungen unter Umständen Mediation braucht –, und das geht natürlich weit über die ursprünglich an getrennten Orten angebotenen Beratungen hinaus.

Deshalb finde ich, dass Pflegestützpunkte in Sachsen eingerichtet werden sollten, die dann auch gefördert werden. Das müssen überhaupt keine Sonderstrukturen sein. Das kann durchaus an schon vorhandene kommunale Einrichtungen angebunden werden und kann sehr vielfältig sein, nämlich genauso, wie es in anderen Bundesländern auch der Fall ist.

(Beifall des Abg.)

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE)

Jetzt will ich versuchen, wieder anzuknüpfen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im zweiten Teil der Großen Anfrage geht es um die Struktur und die Trägerlandschaft in der Altenpflege. Bei diesen Fragen spielen die Einrichtungsgröße und die Konzeption der Häuser leider keine Rolle. Damit bleiben die von mir anfänglich beschriebenen unterschiedlichen Bedürfnisse und Wünsche von pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen weitgehend unberücksichtigt. Ich sage ganz ausdrücklich: Es ist eine große Leistung, wie in Sachsen nach der Wende die Pflegeinfrastruktur erfolgreich modernisiert wurde. Umfang und geschaffene Standards liegen dabei zumeist höher als in den alten Bundesländern. Nur, jetzt

müssen wir genau an dieser Stelle darüber hinausgehen. Wenn wir nicht fragen, bekommen wir auch keine Antwort und erfahren nicht, dass bis zum Jahr 2000 meist nur Strukturen und Modelle der alten Bundesländer kopiert, aber nicht für Sachsen neu entwickelt und konzipiert wurden.

Genau in der konzeptionellen Ausrichtung liegt eine der künftigen großen Herausforderungen; zum Beispiel: Wie können sich geförderte Pflegeheime überhaupt konzeptionell weiterentwickeln? Konzeptionelle Veränderungen, gerade auch im Bereich der Demenz, bedeuten häufig auch bauliche Veränderungen für in der Vergangenheit öffentlich geförderte Einrichtungen – Frage 2, Seite 2 –, und das sind in Sachsen deutlich mehr als in den alten Bundesländern, einfach aus der Situation, dass nach der Wende eben viel neu aufgebaut werden musste. Für geförderte Einrichtungen gibt es Bindefristen. Diese Einrichtungen brauchen, wenn sie etwas verändern wollen, Rechtssicherheit, damit es dort nicht zur Rückforderung von Fördermitteln kommt. Zum Beispiel wollen Heimträger weitere Hausgemeinschaften gründen, weil sie demenziell erkrankte Personen in ihrer Region betreuen oder versorgen wollen. Die Versorgung von Demenzkranken ist eine große Herausforderung, und wir haben das auch immer wieder hier im Hohen Hause besprochen.

Wir können eben auch nicht hoffen, dass wir neue Heime bauen, die dieses Defizit aufheben wollen. Erstens ist der Bedarf an stationären Plätzen erfüllt – das wären Heime, die außerhalb des Bedarfes gegründet würden –, und außerdem brauchen wir ein grundsätzliches Umdenken. Wir wollen, dass alle Heime die Chance erhalten, sich konzeptionell neu auszurichten und daher auch den Bedürfnissen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner nahezukommen.

Die Träger wünschen sich außerdem, dass sie wie in der Behindertenhilfe kleinteilige, an Pflegeheime angebundene Außenwohngruppen schaffen und betreiben können. Diese Frage wurde in der Großen Anfrage nicht gestellt, und ich finde in den Antworten der Staatsregierung auch nur, dass sie den Modernisierungsbedarf nicht berechnen kann und dass die Kapazitätserweiterung, was die stationären Pflegeheimplätze angeht, frei finanziell erfolgt.

Künftig wird das, wenn ich mir den Entwurf des neuen Sächsischen Heimgesetzes ansehe, auch nicht besser werden; denn dort knüpfen Sie an Ausnahmegenehmigungen zur Erprobung neuer Wohnformen die Bedingung, dass der Träger diese fachlich begleiten und evaluieren lassen muss. Und wo kommt das Geld dafür her? Da kann man doch nicht nur die Träger in die Pflicht nehmen.

Jetzt möchte ich noch kurz auf den Beitrag von Herrn Jähnichen eingehen. Er hat hier ausgeführt, dass die Familie wieder stärker in die Verantwortung genommen werden muss. Nach meiner Ansicht muss man das auch einmal im Zusammenhang denken. Wir hatten heute Morgen die Debatte zum Weggang bzw. zur Nichteinstellung von Lehrerinnen und Lehrern. Wenn die Bedingungen in Sachsen so sind, dass Lehrerinnen und Lehrer

abwandern, dann sind sie nicht mehr hier und können im Alter ihre Angehörigen auch nicht unterstützen. Wenn wir uns anschauen, wer pflegt, dann sind das in 98 % der Fälle die Frauen. Wenn also Pflege wieder vermehrt in die Familie zurück soll, dann heißt das, die Frauen übernehmen die Pflege. Und wo bleibt das berufliche Engagement der Frauen? Das machen sie dann nebenbei oder hinterher, und da brauchen wir gar nicht zu sagen, sie könnten keine Karriere machen. Zu einem erfüllten Leben gehört nun einmal auch Erfüllung im Beruf.

(Zuruf des Abg. Thomas Colditz, CDU)

Die Familienmodelle, die sich Herr Jähnichen vorstellt, sehen einfach einen Verzicht der Frauen auf ihre Erfüllung im Beruf vor. Wenn wir Pflege überhaupt wieder an Familie anbinden wollen, dann brauchen wir solche Unterstützungsmodelle, die beides möglich machen: die sowohl die Möglichkeit offen lassen, dass zu Pflegenden nicht stationär aufgenommen werden müssen, sondern in Familie – so sie da ist – bleiben können, oder eben auch in der alleinigen Häuslichkeit unterstützt werden können. Genau das finde ich eben nicht, auch nicht im neuen Heimgesetz.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die Linksfraktion hatte noch Redebedarf angemeldet. Herr Dr. Pellmann, bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich es am Ende vergesse, mich bereits an dieser Stelle für die Debatte bedanken, weil ich denke, wir können in diesem Haus nicht genug über eines der wichtigsten Themen sprechen, das uns – sicher mit zeitlicher Verzögerung – dereinst vielleicht alle direkt betreffen könnte.

Lassen Sie mich, bevor ich noch einige zusammenfassende Bemerkungen mache, auf die Debatte selbst eingehen. „Debatte“ heißt, man soll sich auseinandersetzen; ansonsten liest man ja nur sein Manuskript vor.

Herr Jähnichen, gestatten Sie mir als Historiker einen kurzen historischen Exkurs. Das, was Sie hier zum Familienbild vorgetragen haben, kann man so sehen. Aber es ist das Familienbild des Feudalismus!

(Beifall bei der Linksfraktion –
Thomas Colditz, CDU: So ein Quatsch!)

Ich sage Ihnen, warum.

(Unruhe bei der CDU)

– Ich weiß, dass Sie – das machen Sie in anderen Debatten auch – völlig ahistorisch an die Dinge herangehen. Deswegen will ich Ihnen Nachhilfe erteilen. Das ist auch bitter nötig.

(Lachen bei der CDU)

Ich sagen Ihnen Folgendes: Im Feudalismus war es im Interesse des Überlebens nötig, die Dorfgemeinschaft und die Gemeinschaft der Familie zusammenzuhalten; es ging gar nicht anders. Jetzt zu der Gesellschaft, in der wir leben – die Sie ja vielleicht eher wollten als ich; das gebe ich gern zu.

(Dr. Rolf Jähnichen, CDU,
meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Dr. Pellmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Ich bringe erst den Gedanken zu Ende. Dann gestatte ich auch eine Zwischenfrage.

Diese Gesellschaft zerstört Familien im traditionellen Sinne, wie sie Herr Jähnichen will. Denn diese Gesellschaft lebt von der Mobilität des Arbeitsmarktes, von der Abwanderung dorthin, wo Arbeitskräfte gebraucht werden. Das wissen Sie doch. Dann können Sie sich doch nicht hier hinstellen und ein derartiges Familienbild, das zu Zeiten von August vielleicht noch Gültigkeit hatte, aber heute lange überlebt ist, dartun.

(Beifall bei der Linksfraktion)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Dr. Jähnichen möchte eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Gern.

Dr. Rolf Jähnichen, CDU: Ich habe eine Frage an den Historiker: War nicht die Familie auch schon die Grundlage und das Leitbild in der Urgesellschaft, Herr Historiker?

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Herr Agrarexperte, das eint uns ja: Wir haben beide landwirtschaftliche Wurzeln. Insofern haben wir natürlich auch dazu Beziehungen. – Zu Ihrer Frage so viel: Selbstverständlich entwickelte sich in der Urgesellschaft ebenfalls schrittweise eine Familie. Wir unterscheiden zunächst das Matriarchat – das können Sie bei Engels nachlesen; das haben Sie sicherlich schon getan – und dann das Patriarchat. Es ist also ein längerer Familienentwicklungsprozess bis hin zum Feudalismus gewesen. Dann kam die sogenannte Akkumulation, die notwendig wurde, um den Kapitalismus aufzubauen.

(Dr. Volker Külow, Linksfraktion:
Die ursprüngliche Akkumulation!)

Logischerweise kam es schon damals zu einem Auseinanderdriften traditioneller Familienbeziehungen.

(Rita Henke, CDU: Wie war es in der DDR?)

So viel zum Exkurs.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Jetzt möchte ich doch auf die Große Anfrage zurückkommen und einige kurze Bemerkungen dazu machen, wo wir in der Tat Handlungsbedarf sehen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Sie sehen, wie interessant historische Debatten sind.

(Dr. Fritz Hähle, CDU,
meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Dr. Pellmann, Herr Dr. Hähle wünscht eine Zwischenfrage zu stellen.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Jetzt gibt es keine Zwischenfragen mehr; ich muss jetzt mal zu meinem Konzept kommen.

(Oh! bei der CDU und der SPD)

Im Unterschied zu dem, was Herr Jähnichen und auch andere angemerkt haben, halten wir die Datenbasis in der Antwort auf die Große Anfrage nicht nur für lückenhaft, sondern auch für nicht aktuell. Das will ich Ihnen an einer Reihe von Positionen nachweisen.

So fragt man sich: Wie will die Staatsregierung überhaupt einschätzen, wie die Qualität der Pflege insgesamt ist, wenn sie nicht über eine aktuelle Datenbasis verfügt oder wenn eine solche in wichtigen Positionen gar nicht vorhanden ist?

Als Erstes zur Situation der zu Hause zu Pflegenden. Der Hinweis auf das, was dort geleistet wird, ist richtig. Auch wir bedanken uns für das Engagement gerade dort. Aber die Staatsregierung weiß offenbar gar nicht so richtig, was dort vorgeht. Wir haben zu vielen weiteren Aspekten gefragt: Situation der Demenzkranken, Situation im ambulanten Pflegebereich, Kosten für die Verwaltung in den Pflegeeinrichtungen. Schließlich ging es uns um Probleme, die das Personal betreffen: Überstunden und ihre Ursachen, Fluktuation des Personals in den Pflegeheimen, Krankheiten. Das alles sind Dinge, die wir gern gewusst hätten, die uns aber die Staatsregierung nicht beantworten kann.

Zum Zweiten! Mit der Ablehnung des Landespflegegesetzes flieht die Staatsregierung aus der Verantwortung.

Frau Schwarz, Sie haben mich beim letzten Mal offenbar falsch verstanden oder falsch interpretiert: Wir haben mit der Forderung nach mehr Verantwortung der Staatsregierung nicht deutlich machen wollen, dass wir den Kommunen nichts zutrauen. Nein, wir wollen nicht, dass die Staatsregierung sich hier aus der Verantwortung nimmt und die Kommunen im Regen stehen lässt. Das ist der Punkt.

Das Dritte. Ja, wir brauchen endlich eine Landesbedarfsplanung. Das fordern wir seit Langem. Auch dazu: Fehlanzeige!

Viertens. Mangelhafte Aufsicht und Kontrolle – wir haben da sogar untertrieben. Wir bräuchten nicht zwölf aktuell besetzte Planstellen in den drei Aufsichtsbehörden, sondern wir bräuchten mindestens 60 – wo sind die? –,

damit man überhaupt den gesetzlichen Anforderungen gerecht werden kann.

Fünftens. Ich stimme Ihnen zu, Frau Herrmann, wir hätten möglicherweise intensiver danach fragen können. Aber man lässt sich manchmal in einer Abwehrreaktion zu etwas verleiten. Es ist eine Abwehrreaktion gegen das Problem, dass die Betonung zu sehr auf einem „Pflegemarkt“ liegt. Schauen Sie sich das an; die Zahlen sind interessant. Wir haben soeben über kommunale Verantwortung gesprochen. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass die Kommunen in diesem Lande kaum noch Pflegeheime in eigener Trägerschaft haben. Wie sollen sie dann aber ihrem Auftrag gerecht werden? Sie sind auf Gedeih und Verderb einem sogenannten Wettbewerb ausgeliefert, der sich sehr rasch in steigenden Ausgaben der Sozialhaushalte widerspiegeln wird. Das kann ich Ihnen voraus-sagen.

(Zuruf von der CDU: So ein Unsinn!)

– Sie verstehen das nicht. Dafür habe ich auch wieder Verständnis. Aber wenn man keine Ahnung hat, sollte man wenigstens den Mund halten.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Sechstens. Sie als Staatsregierung können natürlich sagen: Wir haben keine Verantwortung für Pflegesätze und Tarife. – Aber Sie haben eine Aufsichtspflicht; diese ist gesetzlich geregelt. Wenn es eben so ist, dass in diesem Lande viele Pflegekräfte weit unter einem angemessenen Tarif bezahlt werden, dann kann man das bedauern. Aber dann hat die Staatsregierung zumindest eine moderierende, ja, eine weiterführende Pflicht.

Das Gleiche gilt für Pflegesätze. Wenn diese nicht kostendeckend sind, dann muss die Staatsregierung eingreifen; anders geht es nicht.

Frau Schwarz, Sie haben recht: Es ist ein Fortschritt, dass es künftig einen Mindestlohn im Pflegebereich geben soll. Aber erstens muss er endlich eingeführt werden, und zwar in einer solchen Höhe, dass er armutsfest ist. Zweitens müssen wir auch kontrollieren, dass er eingehalten wird.

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir gerade im Altenpflegebereich – da sind wir uns, denke ich, alle wieder einig – in den nächsten Jahren noch sehr viel zu tun. Die Herausforderungen werden zunehmen. Wir sind heute noch nicht ausreichend darauf eingestellt. Ich hoffe nur, dass eine künftige Staatsregierung als eine ihrer ersten Aufgaben ein tragfähiges Konzept entwickelt, wie wir uns diesen Herausforderungen angemessen und auf die Zukunft ausgerichtet stellen können.

(Beifall bei der Linksfraktion)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gibt es weiteren Diskussionsbedarf? – Ich kann momentan keinen erkennen.

Dann frage ich, ob es eine Vertretung für die Staatsministerin gibt. – Ja, Herr Kupfer, bitte.

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst herzlichen Dank für die alles in allem sehr sachlich geführte Debatte. Ich klammere jetzt einmal die historischen Betrachtungen aus.

(Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion:
Die habe ich nicht provoziert!)

Ich möchte mit einer Zahl beginnen: Knapp 1,5 Milliarden Euro sind in den vergangenen 15 Jahren in die sächsischen Pflegeeinrichtungen geflossen – knapp 1,5 Milliarden Euro! Finanziert wurde das vom Bund, von den Kommunen, den Trägern und auch von uns, dem Freistaat Sachsen.

Dieses Konjunkturprogramm für die sächsische Pflege hat Wirkung gezeigt. Fast 20 000 vollstationäre Pflegeplätze sind für alte und behinderte pflegebedürftige Menschen neu geschaffen worden, Pflegeplätze in einer Qualität, die vor gerade einmal 20 Jahren in Sachsen noch völlig undenkbar waren.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren! Auch ich weiß, wovon ich spreche, denn die Lebensbedingungen in den Alten- und Behinderteneinrichtungen der DDR gehören zu dem schlimmsten, was ich kennengelernt habe. Dazu haben wir in den historischen Betrachtungen leider nichts gehört.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren! Diese fast 20 000 Plätze entsprechen 0,25 Einrichtungen pro 1 000 Einwohnern oder praktischer ausgedrückt: Jede Kleinstadt in Sachsen verfügt zumindest statistisch gesehen über ein Angebot der stationären Pflege. Wenn Sie sich in Ihrem Landkreis umschauen, können Sie das sicherlich bestätigen. Im Vergleich dazu: Baden-Württemberg verfügt lediglich über einen Anteil von 0,11 Einrichtungen pro 1 000 Einwohner.

Auch heute ruhen wir uns nicht aus, auch nicht auf dieser positiven Bilanz. Wir wissen ganz genau, dass wir in der Altenpflege vor gewaltigen Herausforderungen stehen, und zwar aus zweierlei Gründen: zum einen, weil die Anzahl und der Hilfebedarf der Pflegebedürftigen steigen wird, und zum anderen, weil das Unterstützungspotenzial in den Familien sinkt und sich die Fachkräfteproblematik im Pflegebereich verschärfen wird. Die Sächsische Staatsregierung hat darauf reagiert und wichtige Weichenstellungen vorgenommen.

Ich darf Sie – erstens – an unser seniorenpolitisches Konzept erinnern. Unser Altenhilferahmenplan greift alle seniorenpolitischen und altersgerecht wichtigen Handlungsfelder, vornehmlich auch die Perspektive der Altenpflege, auf.

Wir haben – zweitens – eine Seniorenbeauftragte eingesetzt, die als Ansprechpartnerin für die Anliegen unserer

älteren und auch unserer pflegebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürger da ist.

(Unruhe bei der SPD)

– Ich weiß nicht, was in der SPD Wichtigeres zu besprechen ist. Ich warte gern.

(Zuruf von der CDU: Nolle-Enthüllungen!)

Meine Damen und Herren! Wir haben – drittens – die zweite Konzeption zur Hospiz- und Palliativarbeit im Freistaat Sachsen vorgelegt und fördern ambulante Hospizdienste.

Wir haben uns – viertens – gegenüber dem Bund ganz vehement für eine Pflegezeit eingesetzt. Heute ist die Pflegezeit bundesgesetzlich geregelt und wir werben zum Beispiel auch bei den sächsischen Unternehmen dafür, dass sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch hinsichtlich der Pflege von Angehörigen berücksichtigen.

Wir führen – fünftens – seit 2006 regelmäßig Altenhilfekonferenzen durch, um den fachlichen Austausch auf dem Gebiet der Pflege zu intensivieren.

Wir haben – sechstens – das Gesetz zur Regelung der Betreuung und Wohnqualität im Alter bei Behinderung und Pflegebedürftigkeit im Freistaat Sachsen, kurz BEWOG, auf den Weg gebracht. Der Entwurf befindet sich derzeit in diesem Hohen Hause zur Beratung. Wir stärken mit diesem Gesetz die Arbeit der Heimaufsicht und wir sichern einen modernen Verbraucherschutz für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Nicht nur die Qualität der Pflege, sondern auch die Qualität der Versorgung und Betreuung der pflegebedürftigen Menschen wird in den Mittelpunkt gerückt.

Wir gehen – siebentens – in unserer Arbeit grundsätzlich von dem Gedanken aus, unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Teilhabe zu ermöglichen und ihre Mitbestimmung zu sichern. Deshalb eröffnet uns das BEWOG die Möglichkeit, über die klassische Bewohnervertretung hinaus einen zusätzlichen Angehörigen- und Betreuungsbeirat einzurichten.

Schließlich wollen wir – achtens – mit diesem Gesetzentwurf die Fachkräftequote, die bestimmt, dass 50 % des Personals Fachkräfte sein müssen, gesetzlich festschreiben; denn der entscheidende Faktor für die Qualität der Pflege ist und bleibt ausreichend qualifiziertes Personal.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ich sage das, meine Damen und Herren, obwohl ich weiß, dass der Fachkräftemangel auch im Bereich der pflegerischen Berufe seine Spuren hinterlassen wird. Aber diesen Mangel werden wir nicht einfach so hinnehmen. Deshalb investieren wir über den ESF und über Landesmittel in Weiterbildung, damit sich pflegende Personen beispielsweise auf den Gebieten Gerontopsychiatrie, Qualitätssicherung oder in Palliativmedizin auf den neuesten Stand bringen können. Außerdem setzen wir auf eine neue Form der Berufsorientierung, um die bisher typische Orientierung der Geschlechter aufzuheben. Beim Boys' Day

werden die pflegerischen Berufe gezielt für Jungen vorgestellt und es wird ihnen vermittelt: Altenpfleger ist ein Beruf mit Zukunft und auch eine Chance hier in Sachsen, Ausbildung und Arbeit zu finden.

Ich bin überzeugt, dass all diese Maßnahmen für eine Verbesserung der Pflegequalität sorgen werden. Es wird verbindliche Standards für die Pflegequalität geben und die Qualitätsprüfungen vor Ort werden deutlich strenger und häufiger.

Der Medizinische Dienst in Sachsen und die Heimaufsichten haben mir im Übrigen bestätigt, dass die überwiegende Mehrheit der Einrichtungen verantwortungsvoll und mit den erforderlichen Fachkräften geführt wird.

Bei all den negativen Schlagzeilen über Missstände in der Pflege sollten wir nicht das Kind mit dem Bad ausschütten. Die meisten Heime arbeiten gut und den Pflegekräften gehört in erster Linie unser Dank und nicht unser Misstrauen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich weiß uns in dem Bemühen einig, dass pflegebedürftige Menschen in Würde in unserer Mitte leben sollen. Ich werbe aber auch für Verständnis. Veränderungen brauchen nicht nur Geld, Veränderungen brauchen auch Ausdauer und Geduld. Beides, meine Damen und Herren, werden wir aufbringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren! Ihnen liegt ein Entschließungsantrag zur Großen Anfrage in der Drucksache 4/14977 vor. Die Linksfraktion möchte ihn jetzt einbringen; bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Frau Präsidentin! Ja, auch wir – das stelle ich ausdrücklich voran – haben kein Misstrauen gegen die vielen engagierten Pflegekräfte, vornehmlich eben auch wieder Frauen, in unseren sächsischen Pflegeheimen. Man kann sich nicht oft genug für das Engagement und die Hingabe im humanistischen Sinne bedanken.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Misstrauen, wenn überhaupt, haben wir gegen den Kurs der Staatsregierung. Das will ich dann schon klarstellen. Deswegen gibt es unseren Entschließungsantrag, der im zweiten Teil auf eine Reihe von notwendigen Handlungsfeldern orientiert.

Ich will aber noch einmal auf eines aufmerksam machen, weil das hier nicht so stehen bleiben kann. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe das von diesem Pult aus schon sehr oft getan. Die Pflegesituation in der DDR war wahrlich kein Ruhmesblatt. Das gebe ich zu. Wir werden uns auch zu keiner Zeit in irgendeiner Weise hinstellen und das etwas schönreden. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich mahne auch Differen-

ziertheit an. Wir dürfen auch mit dem Blick 20 Jahre zurück nicht zulassen, dass das etwa das große Engagement der damals in den Pflegeheimen Tätigen einschließt. Das darf nie in Vergessenheit geraten. Manchmal wurden zum Teil katastrophale Zustände in den Heimen, für die man sich schämen muss, durch stärkeres Engagement und durch Hingabe der Pflegekräfte auszugleichen versucht. Man konnte es nicht, aber zumindest wurde versucht, die Situation etwas abzumildern. Das soll hier deutlich gesagt werden.

Zum Punkt 4 unter I eine Bemerkung, weil das vorhin nicht verstanden wurde, denn ich will ja, dass Sie zustimmen. Deshalb will ich es Ihnen erklären.

Wenn Sie die Frage stellen, weshalb die Kommunen künftig in Größenordnungen zusätzlich beim Sozialhaushalt belastet werden, kann ich Ihnen antworten. Das hängt damit zusammen, dass sie künftig aufgrund dessen, dass die Privatisierungsquote erheblich zugenommen hat, kaum noch Anteil am sogenannten Pflegemarkt haben. Es ist völlig klar, dass wegen des Wegfalls der Fördermittel, was wir bedauern, Pflegesätze und Mieten in den Heimen entstehen, die in Zukunft schon deshalb von den Kommunen übernommen werden müssen, weil die Altersarmut in Deutschland in hohem Maße zunehmen wird. Das wissen wir doch alle. So versteht sich Punkt I Nr. 4 unseres Entschließungsantrages.

Auf eines möchte ich noch aufmerksam machen, weil auch das bisher keine ausreichende Rolle gespielt hat. Wir brauchen nicht nur im stationären Bereich eine stärkere Kontrolle durch die staatliche Heimaufsicht. Es kann doch nicht angehen, dass im ambulanten Pflegebereich überhaupt keine Kontrollen stattfinden. Das geht nicht. Auch das müssen wir ändern.

Insofern kann ich Sie nur bitten, unserem Antrag heute zuzustimmen. Ich appelliere insbesondere an die SPD-Fraktion, weil ich aus dem Vortrag von Frau Dr. Schwarz herausgehört habe, dass Sie uns mit ihrer Programmatik in der Altenpflege näher steht als die CDU-Fraktion. Befreien Sie sich heute und stimmen auch Sie unserem Antrag zu, verehrte Freunde von der SPD-Fraktion!

(Beifall bei der Linksfraktion)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Es gibt dazu Aussprachebedarf; Herr Dr. Jähnichen, bitte.

Dr. Rolf Jähnichen, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich eine Vorbemerkung machen. Die Reaktion von Herrn Pellmann zum Zwischenruf meines Kollegen Rolf Seidel war vollkommen unangemessen. Ich bedauere, dass Herr Pellmann sich zunehmend eines rüpelhaften Tones in diesem Hause bedient.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Zunächst einmal zu den zwei Teilen des Entschließungsantrages, wie sie jetzt auch noch einmal vorgestellt worden sind. Zu Teil 1. Wir haben alle gemeinsam unsere

Anerkennung und unseren Dank an das Pflegepersonal ausgesprochen. Herr Staatsminister Kupfer hat es namens der Staatsregierung ebenfalls getan. Wir halten es nicht für notwendig, deswegen einen Entschließungsantrag zur Debatte zu stellen. Zu Teil 2. Herr Pellmann sagt zu Recht, dass es darum geht, ein Stück Misstrauen gegen die Regierung abzubauen: „Es wird mittel- und langfristig eine zusätzliche Belastung kommunaler Sozialhaushalte beträchtlichen Ausmaßes erwartet.“ Meine Damen und Herren, das sehen wir überhaupt nicht so. Wir sehen die Sache mit einer Mischung von gemeinnützigen, kommunalen und freien Trägern in der Altenpflege gut aufgestellt, sodass diese Aussage geradewegs falsch ist.

Wir lehnen aus diesen Gründen den Entschließungsantrag ab.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gibt es weiteren Aussprachebedarf? – Das kann ich nicht erkennen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Aufgerufen ist die Drucksache 4/14977, Entschließungsantrag der Linksfraktion. Ich bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Ich frage nach Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmen dafür und Stimmenthaltungen ist der Entschließungsantrag nicht beschlossen worden.

Meine Damen und Herren! Die Behandlung der Großen Anfrage ist beendet und damit auch der Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen nun zum

Tagesordnungspunkt 3

Tätigkeit des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR

Drucksache 4/14107, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Die Reihenfolge lautet: CDU, SPD, Linksfraktion, NPD, FDP, GRÜNE und, falls gewünscht, die Staatsregierung. Ich erteile der CDU-Fraktion das Wort; Herr Schiemann, bitte.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Jahr erinnern wir mit dem 20. Jahrestag an die friedliche Revolution des Herbstes 1989. Getragen aus der Mitte des Volkes hat diese Revolution ihren besonderen Platz in der Geschichte der Deutschen verdient.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung – Vereinzelt Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Sie stellt die wichtigste Veränderung der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Die Bürger in Sachsen haben sich mit dem Ruf nach Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Bewahrung der Schöpfung für eine Abkehr vom verordneten Sozialismus der SED entschieden. Sie haben damit die Einheit des Vaterlandes vorbereitet, die mit der Wiedervereinigung erreicht wurde. Wir stehen in der Pflicht, dieser mutigen Leistung vieler Frauen und Männer Respekt und Dank zu zollen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung – Vereinzelt Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Gerade im 20. Jahr nach der friedlichen Revolution gibt es Anlass, Danke zu sagen. Viele bemühen sich um eine faire Darstellung der erlebten Zeit. Im Herbst 2005 haben wir den sächsischen Landesbeauftragten Michael Beleites in sein Amt wiedergewählt. Ich danke Herrn Michael

Beleites, allen Mitarbeitern und all seinen Mitstreitern für die bisher geleistete Arbeit ganz herzlich.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung – Vereinzelt Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Herzlichen Dank für das persönliche Engagement, das Sie in jedes einzelne Projekt investieren. Sie sind bekanntlich ein Mann der leisen Töne, der zuhört und hilft, Lösungen zu finden. Der 16. Tätigkeitsbericht ist ein Beleg für diese engagierte Arbeit. Er gibt Einblicke in die Aufgabenvielfalt und die Belastung der kleinen Behörde. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Schwerpunkte in der Erweiterung und im qualitativen Ausbau der Bildungsangebote gesetzt werden. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit sind die Unterrichtung der Öffentlichkeit, das Gespräch mit Lehrern und Schülern und andere Aufgaben im Rahmen der politischen Bildung. Dabei halten wir es für wichtig, dass die Kooperation der Landeszentrale für politische Bildung mit der sächsischen Gedenkstättenstiftung und den Opferverbänden weitergeführt wird.

Wir wollen mit diesem Antrag die Tätigkeit des sächsischen Landesbeauftragten besonders bei der Recherche sowie Bildungs- und Beratungsarbeit im Freistaat Sachsen stärken. Dabei sollen noch mehr Impulse für die Schulen gesetzt werden. Die junge Generation hat einen Anspruch zu erfahren, wie Diktaturen wirken, wie sich das Leben tatsächlich gestaltet hat. Die Erlebnisgeneration weiß, dass es kein Schwarz-Weiß-Klischee gab. Neben Vorträgen, Diskussionen und Ausstellungen sind neue Impulse und Ideen auch künftig gefragt.

Im vorigen Monat war ich mit dem Bundestagspräsidenten, Prof. Lammert, in der ehemaligen Stasi-Haftanstalt in Bautzen II. Die Leiterin, Frau Silke Klewin, hat uns

einige Biografien von Opfern vorgestellt. Unter anderem hat sie das Schicksal des ersten Außenministers der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Georg Dertinger (CDU), erläutert.

Es war erschreckend, festzustellen, wie perfide das System der DDR mit Menschen umgegangen ist. Bis kurz vor seinem Tod war Georg Dertinger in Haft. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion sind Polizisten in sein Haus eingedrungen und haben ihn und seine Frau festgenommen. Die beiden älteren minderjährigen Kinder sind festgenommen worden, und der kleine Sohn ist später zu Pflegeeltern verbracht worden, die nichts mit der Familie zu tun hatten. Die Kinder kamen später, ohne zu wissen, was mit den Eltern geschehen ist, in einen Jugendwerkhof bzw. später in Haft. Sie wurden der Mitwisserschaft angeklagt, ohne dass sie sich jemals gegen diesen Vorwurf wehren konnten, der dem Vater angelastet wurde. Die Frau von Georg Dertinger musste ebenfalls Haft verbüßen, ohne dass es von der Staatsführung oder von der SED irgendwelche Begründungen dafür gab.

Ich glaube, das ist moderne Sippenhaft nach der Zeit des Nationalsozialismus gewesen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Das Ziel war, das Ansehen einer ganzen Familie, ja die gesamten Biografien dieser Familie völlig zu streichen und aus dem Erleben vieler anderer Menschen zu löschen. Es sollten Biografien vernichtet werden.

Die DDR-Justiz hat mit der Stasi zusammengearbeitet, und die Urteile wurden von der SED vorgeschrieben. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren hier im Hohen Haus, gilt uns als Mahnung: Justiz und Recht müssen unabhängig bleiben.

Deshalb sage ich auch selbstkritisch zu mir: Weder ein Staatssekretär noch ein Beamter hat das Recht, bei laufenden Verfahren nachzufragen.

Die Schikanen in der DDR gingen bis zum Berufsverbot. Viele Menschen wurden von der Schulbildung ausgeschlossen, weil sie nicht den politischen Grundsätzen der DDR entsprachen. Teilweise wurden Studiengänge auch solchen Menschen verbaut, die die Qualifikation und die nötigen Schulabschlüsse, teilweise mit Note 1,0, hatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Landesbeauftragte hat die Aufgabe, einen großen Teil dieser Geschichte wieder zu aktivieren und an die nächste Generation weiterzugeben. Ich kann Ihnen nur empfehlen, auch selbst einmal in die Runde Ecke nach Leipzig oder in eine der Gedenkstätten zu gehen, die es gibt und in denen engagierte Menschen versuchen, uns Geschichte zugänglich zu machen.

Herr Dertinger war Mitglied der CDU. Auf Mitglieder der CDU wird stets pauschal eingepöbeln, besonders exemplarisch von einer Person. Ich mache einen Sprung in das Jahr 1989. Im September 1989 gab es den Brief aus Weimar, geschrieben von Mitgliedern der CDU in Sorge

darum, dass dieser Sozialismus die Menschen in den Abgrund führen wird.

In meinem Kreisverband der CDU in Bautzen gab es Herrn Fritz Gerber, der diesen und andere Briefe mit technischen Möglichkeiten vervielfältigt hat, die viele, die im Westen geboren sind, überhaupt nicht verstehen würden. Wir kennen diese Möglichkeiten auch schon nicht mehr. Das Hektografieren ist sehr kompliziert, und ich glaube, es wird heute nur noch in einem Museum zu finden sein.

Fritz Gerber war einer derjenigen, die sehr lange in der CDU waren. Er ist 1947 aus christlichen Motiven in diese Partei eingetreten, um mit zu verhindern, dass der Nationalsozialismus jemals wieder Raum findet. Fritz Gerber hat mir ein Schreiben vom 27. November 1989 gegeben: „Er eröffnet die Beratung, erklärt im Namen der CDU, dass diese mit dem heutigen Tage und ab sofort den Block im Kreis Bautzen nicht mehr als bestehend betrachtet. Dies gilt unabhängig von der gegenwärtigen Haltung der CDU-Parteileitung in Berlin. In gleicher Weise sind heute die Ortsgruppen der CDU verständigt und aufgefordert worden, sich der Haltung der CDU im Landkreis Bautzen und in ihren Gemeinden anzuschließen. Die gleiche Haltung gilt für die Mitarbeit in den Ausschüssen der Nationalen Front. Im Kreistag wird die CDU künftig als eigene Fraktion auftreten.“

Ich sage Ihnen: Das ist auch ein kleiner Baustein, mit dem Menschen Mut und Courage bewiesen haben, auch wenn sie damals Mitglied der CDU gewesen sind.

(Beifall bei der CDU und
des Abg. Enrico Bräunig, SPD)

Die LDPD ist im Übrigen zur gleichen Zeit auch aus diesem Demokratischen Block ausgetreten.

Ich finde, diese Menschen verdienen es nicht, pauschal beschimpft zu werden, nur weil sie in eine Partei eingetreten sind, die sich, fremdgeleitet in ihrer Parteileitung, natürlich politisch an die SED angegliedert hat. Letzteres gilt aber nicht für die einzelnen Mitglieder.

(Beifall bei der CDU und
des Abg. Gunther Hatzsch, SPD)

Ich würde – zur politischen Kultur kann es nur einen Beitrag geben, Herr Kollege – diese Differenzierung von jemandem erwarten, der das Glück und die besondere Chance hatte, in einer Demokratie seine Schulbildung zu erfahren, seine Ausbildung zu machen und in der Demokratie aufzuwachsen. Wer den Stab über die Entwicklung in der DDR und die Menschen, die sich hier engagiert haben, bricht, sollte sich detaillierter mit diesen Biografien befassen.

(Beifall bei der CDU und
des Abg. Gunther Hatzsch, SPD)

Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nur ein ganz kleiner Abschnitt der Geschichte. Aber mir ist es wichtig, das in diesem Zusammenhang auch anzuspre-

chen. Wir haben hier viel von Menschen gesprochen, die sich in diesen Jahren engagiert haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gilt deshalb, die Arbeit des Landesbeauftragten weiterzuführen, in Schwerpunkten zu stärken sowie auf neue Erkenntnisse hinzuweisen. Das muss das gemeinsame Ziel des hier zu behandelnden Antrags sein. Damit soll – neben vielen weiteren Initiativen – der Geschichtsverzerrung, der Verklärung und der Umdeutung begegnet werden.

Immer wieder gab es in den letzten 20 Jahren den Versuch der kollektiven Verdrängung, der Verdrängung zum Teil von Schuld, aber überwiegend von Verantwortung. Allen, die immer wieder nach einem Schlussstrich unter diese kollektive Verdrängung rufen, möchte ich im Namen der CDU-Fraktion klar und deutlich sagen: Nutzen Sie Ihre Energie zur Aufarbeitung der Geschichte und nicht zur Führung einer Schlussstrichdebatte, die es mit der CDU-Landtagsfraktion nicht geben wird!

(Beifall bei der CDU – Karl Nolle, SPD: Aha! –
Rufe von der Linksfraktion)

Geschichte, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann niemand wegwischen. Es ist aberwitzig, etwas wegwischen zu wollen, was stattgefunden hat,

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

auch wenn es manchmal unbequem ist.

(Karl Nolle, SPD: Ganz sicher, ganz sicher!)

Im Übrigen haben wir im Sächsischen Landtag über Schuld weder zu richten noch zu entscheiden. Aber die Verantwortung für 40 Jahre DDR-Diktatur können wir weiter einfordern, damit die Geschichte nicht umgedeutet wird.

Auf dem alljährlich stattfindenden Bautzen-Forum, organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung in meiner Heimatstadt Bautzen, haben die Opfer des Kommunismus, unter anderem Benno von Heynitz, Hans Corbath, Harald Möller, der jetzige Vorsitzende des Bautzen-Komitees, und der leider verstorbene Görlitzer Günter Mühle, immer wieder stellvertretend für die vielen Opfer die Erinnerung an deren Schicksal eingefordert.

Hass habe ich dabei niemals vernommen oder feststellen können. Welch menschlich große Leistung von ehemaligen Haftinsassen, die viele Jahre in Bautzen in Haft gesessen haben, dass sie nicht Hass verspritzt oder versprüht haben gegenüber den Peinigern, sondern nur Gerechtigkeit und Erinnerung für dieses Leiden eingefordert haben!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU
und der SPD – Beifall des Abg.
Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE)

Deshalb hat die Generation der Nachgeborenen keine Verantwortung für die Fehler und Verfehlungen der DDR-Diktatur. Die junge Generation hat aber die entscheidende Verantwortung, dass die Demokratie stark bleibt und

Diktaturen egal welcher Couleur niemals mehr zugelassen werden.

Ich danke noch einmal dem Landesbeauftragten Michael Beleites, der Sächsischen Gedenkstättenstiftung und natürlich auch der Runden Ecke zu Leipzig stellvertretend für die harte Arbeit mit unserer Geschichte, die im Übrigen nicht allein unsere Aufgabe bleibt. Dieser Teil der Geschichte ist eine Aufgabe von gesamtdeutscher Verantwortung und muss auch als solche betrachtet werden.

Die CDU wird die Arbeit des Sächsischen Landesbeauftragten auch nach dem Jahr 2010 weiterhin unterstützen, weil wir der Auffassung sind: Es ist nicht mit einem Schlussstrich getan. Wir müssen für die Opfer die Sachwalter sein, dass sich diese Diktaturen niemals wiederholen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD sowie
der Abg. Sven Morlok, FDP,
und Michael Weichert, GRÜNE)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Abg. Dulig, bitte.

Martin Dulig, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem Interview mit der „SUPERillu“ hatte Wolfgang Schäuble im Januar dieses Jahres zugegeben, wenn er und Helmut Kohl entschieden hätten, dann würde es heute keine einzige Stasi-Akte mehr geben,

(Zuruf von der CDU: Das wissen wir!)

damit – und jetzt Zitat – „Streitigkeiten der Vergangenheit nicht zu sehr den Wiederaufbau der neuen Länder und damit die Zukunft belasten“.

Ohne Akten wäre kein Spitzel der Stasi je enttarnt worden. Kein Opfer der Stasi hätte seine Akten je einsehen können. Die Vergangenheit würde die Zukunft nicht belasten, und ein Schlussstrich unter das MfS-Kapitel hätte auch bedeutet, dass wir hier im Landtag keine anstrengenden Debatten über Volker KÜLOW hätten führen müssen. Es ist zum Glück anders gekommen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN
und des Abg. Dr. Jürgen Martens, FDP)

Das verdanken wir politisch der ersten demokratisch gewählten Volkskammer und vor allem den Bürgerrechtlern, die damals die Stasi mit besetzt und die Akten gesichert haben. Schäuble und Helmut Kohl haben sich deren Willen nach Aufarbeitung gebeugt. Wir haben den schwereren, aber richtigen Weg gewählt.

Die Ostdeutschen haben selbst entschieden, keinen Schlussstrich zu ziehen. Wir haben selbst gesagt: Die Akten dürfen nicht einfach verschwinden. Daraus ist das Gesetz entstanden. Es regelt den Umgang mit den Akten der Staatssicherheit. Wir sind damit auch international zu einem Vorbild geworden, wie man mit den Hinterlassenschaften einer Diktatur umgeht.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Es ist keine Siegerjustiz. Wir wollen unsere Akten sehen, wir wollen sie aufarbeiten, wir wollen damit einen Umgang finden. Die von Schäuble angedachte Lösung hätte diesen Ansatz aber ad absurdum geführt.

Nun, 20 Jahre nach der friedlichen Revolution, ist die Aufarbeitung längst nicht abgeschlossen und sie wird auch nicht abzuschließen sein. Deshalb ist auch die Arbeit des Landesbeauftragten unverzichtbar. Selbstverständlich gilt auch von unserer Seite Ihnen und Ihrer Arbeit unser Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Denn der Einsatz dafür, die DDR und ihr unheilvolles Erbe aufzuarbeiten, ist weiterhin notwendig. Er ist auch deshalb notwendig, um immer wieder in Erinnerung zu rufen, was und wie die DDR tatsächlich war. Die DDR war eine Diktatur. Sie war ein Unrechtsstaat,

(Beifall bei der SPD, der CDU und des Abg. Michael Weichert, GRÜNE)

der auf ganzer Linie – politisch, ökonomisch und moralisch – gescheitert ist. Diese Wahrheit, diese historische Wahrheit wird aber inzwischen auch durch Mythen und Legenden ersetzt. Die DDR verblasst zunehmend und erscheint in einem milderen Licht: Jeder hatte seine Arbeit. Jeder hatte seine Sicherheit. Jeder hatte seine Perspektive. Die fehlende Freiheit und der Preis dafür werden komplett ausgeblendet.

(Volker Bandmann, CDU:
Jeder hatte seine Staatssicherheit!)

Das Phänomen dieses Ausblendens gibt es eben auch bei denjenigen, die die DDR selbst erlebt haben. Noch viel drastischer ist es natürlich bei der nachwachsenden Generation, bei den jungen Leuten. Sie wissen erschreckend wenig über die DDR. Deshalb ist die Aufklärung darüber notwendig, was und wie die DDR war.

Da helfen keine DDR-Museen, die jetzt in manchen Orten aus dem Boden sprießen. Da hilft auch keine Ostalgie-Show, sondern da helfen nur eine differenzierte Aufarbeitung und die Vergleiche zwischen den Zeiten. Es geht nämlich auch darum, die Jahre von 1949 bis zum Zusammenbruch 1989 zu bewerten. Da gehört der Stalinismus der Fünfzigerjahre genau so dazu wie die Entstehung der Bürgerbewegungen.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:
Auch der Kalte Krieg!)

– Ja, natürlich, gehört auch dazu.

Markus Meckel hat uns anlässlich unserer Ausstellungseröffnung zum 20. Jahrestag der friedlichen Revolution darauf hingewiesen, dass es in jedem Jahrzehnt eine eigene Bürgerrechtsbewegung und Widerstandsbewegung gegeben hat, die aber voneinander nichts gewusst haben, die sich nicht kannten. Es ist jetzt auch für sie interessant, im Nachhinein festzustellen, dass es eigentlich keine

durchgängige Widerstandsgeschichte gab, sondern immer eine eigene für die jeweilige Zeit. Auch das gehört dazu, wenn wir die einzelnen zeitlichen Epochen bewerten.

Wenn ich die junge Generation anspreche – und das ist ja Teil unseres Antrages –, dann geht es auch darum zu fragen: Wo sind die Orte, in denen man eine solche historische Auseinandersetzung führen muss?

Natürlich geht es da auch um unsere Schulen. Dort muss das weiterhin ein Thema sein. Dabei kann der Beauftragte für die Unterlagen wertvolle Beiträge leisten. Denn die Möglichkeiten, die Palette der Angebote sind jetzt schon groß: außerschulische Bildungsangebote, Gestaltung von Unterrichtsstunden, Schülerprojekte usw. Diese Angebote müssen genutzt, aber auch ausgebaut werden. Da darf es kein Nachlassen vonseiten der Regierung und des Landtages bei der Unterstützung dieser Arbeit geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es jetzt auch wieder gehört, gerade läuft öffentlich wieder eine aktuelle Debatte über das Leben in der DDR und den heutigen Umgang damit. Das ist sicherlich keine einfache Debatte, weil auf der einen Seite eine rationale Herangehensweise an bestimmte historische Momente durch Emotionen überdeckt wird. Aber sie erfordert gerade eine differenzierte Sicht. Sie erfordert auch eine kritische Haltung zu sich selbst.

Das ist auch der Unterschied, wenn wir darüber reden, ob es um Verantwortung oder Schuld geht. Schuld ist etwas Individuelles. Verantwortung hat auch etwas damit zu tun, sich systematisch auseinanderzusetzen und die richtigen Lehren daraus zu ziehen.

Ja, diese differenzierte Sicht und auch die kritische Haltung für sich selbst, das schafft nicht jeder. Aber bei der Staatssicherheit ist dieses leichter zu beantworten. Wer für die Stasi spioniert und Berichte geliefert hat, der hat Menschen geschadet.

(Beifall bei der SPD, der CDU,
der FDP und den GRÜNEN)

Wer Stasi-Akten kennt, weiß, wozu das MfS fähig war: Zersetzungsmaßnahmen, inoffizielle Mitarbeiter, Gefängnisse bis hin zur Zerstörung von Existenzen. Das MfS existierte aber nicht autonom, es war Bestandteil dieser DDR. Auftraggeber war die SED, das MfS war vom Politbüro an in die Befehlsstruktur eingebunden. Ja, und das „Schild und Schwert der Partei“ hatte Einfluss auf das Leben, auf Biografien. Aber die Staatssicherheit war nicht die DDR. Die Stasi war nicht und darf auch jetzt nicht der einzige Maßstab zur Bewertung der DDR sein – jedoch ein wichtiger Maßstab. Man darf die Auseinandersetzung mit der Geschichte nicht darauf reduzieren; denn eines ist auch klar: Die ostdeutsche Biografie gibt es nicht.

(Beifall bei der SPD, der CDU,
der FDP und den GRÜNEN)

Der Berliner Schriftsteller Thomas Brussig, der sehr viele gute Werke geschrieben hat, auch in der Auseinandersetzung um die Neunundachtziger-Zeit, zum Beispiel „Wie

es leuchtet“ oder „Am kürzeren Ende der Sonnenallee“, hat gerade in seinem Buch zur Sonnenallee geschrieben: „Das war das Land, in dem haben wir gelebt und geliebt.“ Das ist eine andere Kategorie. Dabei geht es nicht um Stasi und Partei, sondern es geht um das Leben. Das meine ich mit der „ostdeutschen Biografie“. Das ist das Leben, und das ist nicht einheitlich und eindeutig gewesen, sondern individuell. Das bedeutet aber auch, dass wir, wenn wir uns mit unserer Geschichte auseinandersetzen, individuelle ostdeutsche Biografien nicht vereinheitlichen oder gar für kollektive Vergebungen instrumentalisieren dürfen.

(Beifall bei der SPD, der CDU,
der FDP und den GRÜNEN)

Die Lebenswege waren so unterschiedlich, wie die Menschen überall auf der Welt unterschiedlich sind. Damals haben wir alle unter gleichen Bedingungen gelebt; aber das Verhalten war durchaus unterschiedlich.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Was bleibt, ist die Aufforderung, dass die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit auf der Tagesordnung bleibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU,
der FDP und den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Linksfraktion hat das Wort; Herr Dr. Friedrich.

Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Rolf Seidel, CDU: Frau Präsidentin! –
Teilweise Heiterkeit bei der CDU)

Die Linksfraktion begleitet die Arbeit des Landesbeauftragten Herrn Beleites mit dem notwendigen Interesse und dem erforderlichen Respekt. Deshalb haben wir überhaupt nichts dagegen, dass der Bericht des Landesbeauftragten entgegen dem sonst üblichen Ritual, über Jahre hinweg erst in den späten Abendstunden ohne die notwendige mediale Aufmerksamkeit behandelt zu werden, nicht mittels eines zulässigen Geschäftsordnungstricks, sondern mittels dieses Antrages in eine bessere Öffentlichkeitszeit gezogen wird. Wir sind bei diesem wichtigen und sensiblen Thema ausdrücklich für Öffentlichkeit und mediale Aufmerksamkeit.

Kollege Schiemann, in einem haben Sie ganz unzweifelhaft recht: Es geht auch uns um die ehrliche Darstellung des Erlebten in den Jahren 1989/90, aber auch in den vielen Jahren davor. Ich denke, das muss sein, unabhängig von den vielen Gedenktagen, die uns in diesem und im nächsten Jahr ereilen. Dieser Erinnerungs- und Aufbereitungsarbeit stellt sich meine Fraktion, auch meine Partei ganz ausdrücklich, auch wenn das zuweilen ein nach wie vor sehr schmerzhafter Prozess ist, den wir noch lange

nicht durchschritten haben. Das unterscheidet uns ganz offensichtlich von der CDU.

Ich denke, in diesem Sinne, dass dieser Prozess der Aufarbeitung natürlich nicht abgeschlossen ist, können wir uns ganz ausdrücklich gegen jegliche Schlussstrichdebatten aussprechen. Im Übrigen darf ich, nicht um das kleinlich aufzurechnen, aber trotzdem hier sagen – da Kollege Schiemann von seinem Besuch in der Bautzener Gedenkstätte sprach –, dass auch meine Landesvorsitzende, Frau Dr. Ernst, und mein Fraktionsvorsitzender, Herr Dr. Hahn, vor einiger Zeit in der Gedenkstätte Bautzen waren und dort sehr deutliche und an Klarheit nicht zu übertreffende Worte hinsichtlich der Verurteilung der dort begangenen Verbrechen gefunden haben. Aber, wie gesagt, wir wollen das nicht gegeneinander aufrechnen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Ich werde hier keine Top-down-Rede halten, wie das meine Vorredner Herr Dulig und Herr Schiemann getan haben, sondern ich werde wirklich zum Antrag sprechen. Er besteht aus zwei Punkten.

Zunächst Punkt 1, die Forderung nach verstärkter Förderung der Recherche-, Beratungs- und Bildungsarbeit des Landesbeauftragten. Ich denke, das hat die Staatsregierung erschöpfend beantwortet. Spätestens mit dem Haushalt ist klar, dass der Landesbeauftragte etwa über den dreifachen Umfang der Mittel verfügt. Im Übrigen hätte die Koalition, falls sie der Meinung ist, dass die gegenwärtigen Kompetenzen des Landesbeauftragten nicht ausreichend sind, die Mehrheit gehabt, das Landesbeauftragtengesetz zu verändern. Da dies nicht geschieht, scheint hier alles in Ordnung zu sein. – Ich denke, Punkt 1 ist erledigt.

Ich konzentriere mich deshalb auf den doch interessanteren Punkt 2 des Antrages. Darin wird von der Staatsregierung verlangt, verstärkt Projekte zur Information der Jugend über die Wirkung und Folgen der SED-Diktatur gemeinsam mit dem Landesbeauftragten aufzugreifen. Auf diesen Punkt möchte ich kurz eingehen.

Erstens fragt man sich natürlich, warum der Koalition beim Thema DDR immer nur die Schule einfällt. Gibt es denn überhaupt keine politische Erwachsenenbildung mehr?

Zweitens ist die Aufforderung, Schulprojekte zu initiieren, zumindest wenig glaubwürdig angesichts der Tatsache, dass die Koalition vor einiger Zeit den Geschichtsunterricht in den Mittelschulen gekürzt hat, indem sie den Schülerinnen und Schülern in Klasse 10 die Wahl zwischen Geschichte und Geografie ermöglicht. Was durch die Kürzung des regulären Geschichtsunterrichts ausfällt, kann auch Herr Beleites bei größter Anstrengung nicht auffüllen. Das könnten auch fünf Landesbeauftragte nicht kompensieren.

(Beifall bei der Linksfraktion –
Caren Lay, Linksfraktion: So ist es! –
Dr. André Hahn, Linksfraktion: Ja!)

Die Linksfraktion hat sich seinerzeit – ich denke, aus guten Gründen – gegen die Abwahlmöglichkeit von Geschichte ausgesprochen. Wir fordern nach wie vor einen durchgängigen Geschichtsunterricht bis Klasse 12. Schulprojekte können sinnvolle Ergänzungen des Geschichtsunterrichts darstellen. Wenn im Rahmen dieser Schulprojekte der Landesbeauftragte mitwirken will und sinnvoll mitwirken kann und dies im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages liegt, dann soll er das tun. Dagegen hat meine Fraktion ausdrücklich nichts.

Drittens ist in der Antwort auf den Antrag, unterschrieben vom Justizminister, in wirklich bester DDR-Manier die Rede von einer „Grundhaltung“, die den Schülern zu vermitteln sei. Die kritische Urteilsfähigkeit, die Demokraten auszeichnen sollte, reicht der Staatsregierung offenbar nicht aus. Nein, es muss gleich wieder eine Grundhaltung sein. Das erinnert mich mehr an eine Staatsbürgerkunde neuen Typs als an politische Bildung. Ob die Schule mit der Vermittlung einer solchen Grundhaltung – sollte es sie überhaupt geben – nicht systematisch überfordert wäre, lasse ich hier einmal dahingestellt sein.

Mein Kollege Prof. Cornelius Weiss hat einmal aus einem ähnlichen Anlass darauf aufmerksam gemacht, dass es bei der Beschäftigung mit der DDR-Geschichte zu Loyalitätskonflikten bei den Jugendlichen kommen könne, und zwar zwischen dem offiziellen Lehrstoff in der Schule und den Berichten der Eltern. Dort gebe es oft Widersprüche; denn die extremen Pole des Umganges mit dem historischen Subjekt DDR werden dem Leben in der DDR eben nicht gerecht. Die extremen Pole sind einerseits die Reduzierung der DDR auf Diktaturerfahrung und MfS und andererseits die verstärkt festzustellende Neigung zu nostalgischer Verklärung und Schönrederei in Teilen der Bevölkerung, die es angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise gerade im Jahr 20 nach der Wende gibt.

Wenn es, viertens, nach der Staatsregierung geht, dann braucht es jedoch zur Stabilisierung der geforderten Grundhaltung auch wieder ein Feindbild. Zwar steht nicht „Feindbild“ in der Antwort, aber wenn ich lese, dass sich doch mit der totalitären Herrschafts- und Gesellschaftsform der DDR auseinandergesetzt werden solle, so ist offenbar genau diese Gesellschaftsform als eine Art Feindbild hochzustilisieren.

Auch hier will ich von dem Unsinn, der in der Formulierung steckt, absehen. Die Spezifik totalitärer Herrschaft besteht doch wohl insbesondere darin, dass sie die Gesellschaft zerstört, um ihren totalitären Herrschaftsanspruch realisieren zu können. Solche Feinheiten muss der Justizminister, dem ich gute Genesung wünsche, nicht kennen. Man sollte ihm das nachsehen, denn er ist schließlich nicht vom Fach.

Ankreiden muss ich dem Justizminister – oder besser gesagt der Staatsregierung – den unkritischen Gebrauch der Totalitarismus-Doktrin. Ich erinnere daran, dass wegen der darin enthaltenen Gleichsetzung von DDR und Nationalsozialismus die NS-Opferverbände ihre Mitarbeit

in der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten aufgekündigt haben, und das schon seit Jahren. Allen voran der Zentralrat der Juden in Deutschland.

(Caren Lay, Linksfraktion: So ist es!)

Das ist ein geschichtspolitischer Skandal ersten Ranges, der bis heute andauert.

(Beifall bei der Linksfraktion und des Abg. Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE)

Zu seiner Beseitigung trägt das dauernde Gerede von der totalitären DDR nicht bei, ganz im Gegenteil.

(Martin Dulig, SPD: War sie nicht totalitär?)

Mit der ausschließlichen Fixierung der DDR als totalitäre Herrschaft steht für die Staatsregierung die Legitimationsfunktion des Geschichtsunterrichtes für die Politik im Vordergrund. Auch das hatten wir schon einmal, wenn gleich unter einem entgegengesetzten Vorzeichen. Ich kann den Lehrerinnen und Lehrern hierzulande nur raten, sich nicht von Parteipolitikern, gleich welcher Couleur, vorschreiben zu lassen, wie sie Geschichte zu unterrichten haben.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Auch der Landesbeauftragte wird so klug sein, dies den Lehrern nicht vorschreiben zu wollen. Ich werde das auch nicht tun; Herr Staatsminister Wöller, da haben Sie völlig recht.

Lehrer haben – das macht die Besonderheit dieses Berufes aus – eine doppelte Qualifikation: eine pädagogische und eine fachliche. Als Fachlehrerinnen und Fachlehrer wissen sie besser als jeder Parteipolitiker, wie Fachwissen zu vermitteln ist. Sie orientieren sich dabei an den einschlägigen Fachwissenschaften, in diesem Fall an der zeitgeschichtlichen Forschung über die DDR. Deren Forschungsergebnisse zeichnen ein weitaus differenzierteres Bild von der DDR als die plumpe Schwarz-Weiß-Malerei sächsischer Koalitionspolitiker. Als Literatur empfehle ich den Autoren des vorliegenden Antrages manch lesenswerten Artikel aus dem „Deutschland Archiv“. Diese Zeitschrift für das vereinigte Deutschland liegt dankenswerterweise in unseren Postfächern.

Ich denke, die notwendige Kritik wegen der auf der Hand liegenden Gefahr einer parteipolitischen Instrumentalisierung des Geschichtsunterrichtes gerade im Superwahljahr muss die im Antrag geforderten Projekte überhaupt nicht ausschließen. Sie bettet sie lediglich in einen umfassenden Rahmen ein; denn nachweislich beziehen ostdeutsche Schülerinnen und Schüler ihr Geschichtsbild auch aus einem Familien- und Milieugedächtnis –

(Caren Lay, Linksfraktion: Das stimmt!)

wie es in der zeitgeschichtlichen Forschung heißt –, das weniger auf die großen Zusammenhänge wie Demokratie und Diktatur abstellt, sondern stärker auf das richtige, echte Leben im falschen. Hinzu kommen historische Spielfilme, Doku-Dramen, Computerspiele und eine

kaum noch zu überschauende Fülle von Web-Angeboten, die alle historisches Wissen vermitteln.

Der Geschichtsunterricht hat die verschiedenen DDR-Bilder zu berücksichtigen und in die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit einzubeziehen. Es gibt also kein kanonisiertes Geschichtsbild von der DDR und schon gar kein staatlich verordnetes. Deshalb können keine Landtagsbeschlüsse – und im Übrigen auch keine Parteitagebeschlüsse, weder von der CDU noch den Linken – ein solches erzeugen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Notwendig ist vielmehr die kritische Auseinandersetzung mit Geschichte, insbesondere mit der eigenen Geschichte. Davon sind wir als Landespolitiker und Parteipolitiker nicht ausgenommen. Hier möge jede Partei vor der eigenen Haustüre kehren.

Anders als die CDU behauptet DIE LINKE jedenfalls nicht, dass sie mit dieser Auseinandersetzung bereits am Ende sei, ganz im Gegenteil. Schon aus Gründen der Selbstachtung vor unserem eigenen programmatischen Anspruch, eben nicht für irgendeinen Sozialismus, sondern für einen demokratischen Sozialismus eintreten zu wollen,

(Volker Bandmann, CDU: Demokratischer
Sozialismus ist eine Diktatur! –
Widerspruch von der Linksfraktion)

müssen wir uns sehr ernsthaft mit unserer eigenen Geschichte, mit den Gründen des Scheiterns der DDR und des gesamten sozialistischen Weltsystems auseinandersetzen. Diese Arbeit ist, anders als bei Kollegen Bandmann, noch lange nicht vollendet.

(Beifall bei der Linksfraktion)

DIE LINKE wird sich aus den genannten Gründen bei diesem Antrag der Stimme enthalten. Gleichfalls werden wir uns heute Abend beim 16. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten der Stimme enthalten. Das tun wir nicht, weil wir den Landesbeauftragten missachten. Wir haben seinen Bericht sehr wohl mit Interesse zur Kenntnis genommen. Aber gerade aus Respekt vor dem Landesbeauftragten sind wir nicht bereit, jeden Satz, den der Landesbeauftragte aufgeschrieben hat, mit einer unkritischen, pauschalen, zustimmenden Kenntnisnahme zu bedenken.

Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit recht herzlich bedanken.

(Beifall bei der Linksfraktion)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die NPD-Fraktion; Herr Petzold, bitte.

Winfried Petzold, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Alle Jahre wieder ersuchen die beiden Koalitionsfraktionen mit ihrer Stimmenmehrheit den Landtag, „die Recherche-, Beratungs- und Bildungsarbeit des sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des

Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik verstärkt zu fördern und zu unterstützen“.

Die Begründung allerdings ist treffend: „Gerade im 20. Jahr nach der friedlichen Revolution besteht besonderer Bedarf an der wertvollen Beratungs- und Bildungsarbeit des Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit. Insbesondere die Aufklärung jüngerer Generationen über die SED-Diktatur und ihren Repressionsapparat soll verstärkt Aufgabe des Landesbeauftragten sein.“

(Zuruf des Abg. Michael Weichert, GRÜNE)

Wenn es Ihnen bis jetzt nicht gelungen ist, die jungen Menschen in Sachsen vom Unrechtscharakter der kommunistischen Diktatur zu überzeugen, dann hilft Ihnen in den nächsten 20 Jahren auch nicht der verstärkte Einsatz des Landesbeauftragten, auch wenn er noch so rege ist. Das hat wahrscheinlich mehrere Gründe.

Die meisten Schüler leben hier und jetzt. Sie interessieren sich nicht für frühere Epochen, die durch noch so viele Beispiele langweiliger demokratischer Erinnerungskultur von ihnen nicht nachgelebt und nachempfunden werden können. Die wirtschaftliche, kulturelle und bildungspolitische Landschaft hat sich so dramatisch zum Negativen verändert, dass viele Eltern zu Hause eine ganz andere, verklärte Gedächtniskultur pflegen. Es sind Eltern, die 1989/1990 einem Zusammenschluss mit der BRD positiv gegenüberstanden, bis sie begreifen mussten, dass mit dem Beitritt der DDR zur BRD der Sozialstaat spürbar Schritt für Schritt zu Grabe getragen wird.

Die eigenen wirtschaftlichen Probleme haben so viele Menschen betroffen und treffen jeden Tag Tausende mehr, sodass diese nicht mit Rührung in den Augen nach hinten blicken, sondern mit Angst in ihre Zukunft. Viele Menschen im Freistaat Sachsen würden viel lieber etwas über die aktuellen Repressionsapparate und die heute manipulierten Medien in Erfahrung bringen, als sich mit vergangenen und begrabenen Systemen historisch zu belasten.

(Unruhe im Saal)

Damit ich nicht missverstanden werde: Ich will damit in keiner Weise die Verbrechen des Kommunismus, seine wirtschaftliche Erbärmlichkeit und seine graue Eintönigkeit infrage stellen, leugnen, verharmlosen oder relativieren. Doch kann man von einem scheinbar siegreichen System etwas mehr Gelassenheit und Entkrampfung im Umgang mit der historischen Behandlung des Geschlagenen erwarten.

Ich spreche nicht vom Vergessen oder Verdrängen als Mittel der Geschichtsbewältigung, sondern von der verkrampten Heldenpose, die hier von einigen Blockflöten eingenommen wird. Aber von Ihnen erwartet sowieso keiner mehr, dass Sie die Probleme von heute lösen, wenn sie mit der eigenen Vergangenheit Probleme haben.

In diesem Sinne wünschen wir der Arbeit des Landesbeauftragten den Mut zum historischen, aktuellen Vergleich und viel Erfolg bei seiner wichtigen Aufgabe.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die FDP-Fraktion; Herr Dr. Martens, bitte.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Jahresbericht und die Tätigkeit des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR sind jedes Jahr wieder Anlass für umfangreiche Diskussionen über die Vergangenheitsbewältigung und den Umgang mit der Geschichte der DDR an und für sich und der Rolle des MfS.

Wir haben gerade wieder erlebt, wie umfangreich die Diskussion ist, wie diejenigen, die die DDR erlebt haben, um die Bewertung des Erlebten ringen. Gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es Jahrgänge gibt, inzwischen viele, die keine bewusste eigene Erinnerung an die DDR haben. Das ist inzwischen fast ein Viertel der Bevölkerung in diesem Freistaat, meine Damen und Herren. Hier wie im anderen Fall stellen wir wieder fest, dass die Aufklärung über das, was die DDR und was das MfS in der DDR waren, weiter bitter notwendig ist. In diesem Zusammenhang vorweg auch für die FDP im Sächsischen Landtag unser herzlicher Dank für die Arbeit des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des MfS.

(Beifall bei der FDP)

Aufklärung, meine Damen und Herren, ist leider bitter notwendig. In einer Studie „DDR-Geschichte im Unterricht“ von Ulrich Arnswald wurden 2005 5 600 Schüler aus ganz Deutschland zu ihren Kenntnissen über die DDR befragt. 8,4 % der Schüler waren der Meinung, Walter Ulbricht war der zweite Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und mit ihm sei das Wirtschaftswunder verbunden. 5 % der Befragten hielten Ludwig Erhard dagegen für den langjährigen Generalsekretär des ZK der SED. Wieder ein erheblicher Anteil von Schülern war der Auffassung, dass die Westalliierten in Berlin 1945 die Mauer gebaut hätten und dass die DDR keine Diktatur war. Solche Antworten erhielten übrigens Forscher der Freien Universität Berlin bei einer Studie 2007. Das ist erschütternd.

Meine Damen und Herren! Das zeigt, wie bitter notwendig es ist, die Jugend über die DDR und die Wirkungen und Folgen der SED-Diktatur zu informieren

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

und auch über die Rolle der Staatssicherheit in dieser Diktatur, eine tragende Rolle, und vor allem auch aufzuklären über die bis heute andauernden Folgen dieser Tätigkeit sowohl in der Gesellschaft insgesamt wie auch

für einzelne Biografien. Es ist immer wieder erschütternd, wenn man hört, wie das bis heute noch nachwirkt.

Die Aufklärung ist notwendig; denn im Schatten von Unwissenheit ist es leicht wieder möglich, über Land zu ziehen und zu verharmlosen oder gar zu leugnen, um Menschen anschließend zu verführen und ihnen zu erklären, dass das alles gar nicht so schlimm war.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Am Ende steht dann vielleicht die Formulierung, es gebe Wichtigeres als Freiheit oder ein gewisses Maß an Unsicherheit. Nein, es ist notwendig, dass weiterhin daran gearbeitet wird, das Bewusstsein für die Wirkungsorganismen der Diktatur und für das in der DDR begangene Unrecht wachzuhalten. Das gelingt vor allem zunehmend über die Fortbildung von Lehrern, denn diese Lehrer transportieren das Wissen weiter auf die nächsten Generationen. Es ist gesagt worden, auf die subjektive Erinnerungskultur in den Familien ist nur begrenzt Verlass.

Da wundert es einen schon, wenn man aus dem Tätigkeitsbericht des Beauftragten zur Kenntnis nimmt, dass Lehrerfortbildungen nur schwach in Anspruch genommen wurden, dass es zum Beispiel Lehrer an Schulen gab, die nicht zur Fortbildung konnten, weil sie die Schule früher hätten verlassen müssen, wofür es aber keine Genehmigung vom Direktor gab. Das ist meines Erachtens nicht hinnehmbar.

Wichtig sind auch Zeitzeugengespräche. Auch hier nehme ich erstaunt zur Kenntnis, dass entsprechende Angebote vonseiten der Schulen nur zögerlich in Anspruch genommen wurden. Meine Damen und Herren von der Koalition, auch hier werden wir uns sicherlich schnell einig. Es reicht nicht allein, die Bildungsarbeit des Landesbeauftragten verstärkt zu unterstützen, sondern es ist auch dafür zu sorgen, dass diese Bildungsarbeit tatsächlich wahrgenommen und aufgenommen wird.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

Was die Unterstützung der Tätigkeit des Landesbeauftragten angeht, muss man sich auch dazu bekennen, dass diese Tätigkeit einem Wandel unterliegt, einem fortlaufenden Wandel. Ich habe gesagt, dass ein Viertel der Bevölkerung keinerlei eigene Erkenntnisse aus dem Leben in der DDR hat. Während am Anfang der Tätigkeit die Sichtung des Materials sowie die Auswertung der Unterlagen des MfS standen, kam zunächst die Phase einer Analyse und einer Bewertung der Arbeit des MfS und dann eine Analyse der systemischen Stellung des MfS und seiner Einbindung in das DDR-System und seine Wirkung in diesem System als tragende Stütze der SED-Diktatur. Zugleich bestand die Aufgabe darin, politische Entscheidungen vorzubereiten, wie die Hilfe und Unterstützung der Opfer. Inzwischen hat sich das geändert. Jetzt kommen Aufklärung und Wissensvermittlung in den Vordergrund. Das bedeutet Kampf gegen die Verharmlosung, gegen die Trivialisierung, gegen die Banalisierung des Bösen. Das muss man so sagen.

(Beifall bei der FDP)

Im 20. Jahr des Mauerfalls müssen wir uns auch damit beschäftigen, wie künftig die Arbeit des Landesbeauftragten aussehen und in welchen Organisationsstrukturen sie stattfinden soll. Das heißt, neben der Informationsaufgabe und der weiteren Forschung müssen wir uns – das ist eine Aufgabe für die kommende Legislatur – damit beschäftigen, wie die Arbeit des Landesbeauftragten in ein Netz von Institutionen eingebunden werden kann, sei es der Bundesbeauftragte, das Bundesarchiv, die Staatsarchive, die Arbeit von Opferverbänden oder die Landeszentrale für politische Bildung, das Verhältnis zu Ministerien, zu Stiftungen und anderes. Das ist diffizil; das ist wiederum ein neuer Schritt, der in den nächsten Jahren gegangen werden muss. Auch hier setzen wir darauf, dass dies weiter vom Freistaat unterstützt wird.

In Zukunft tritt zunehmend neben die Aufarbeitung der Vergangenheit in der SED-Diktatur die Auseinandersetzung mit den Bedrohungen der Bürgerrechte durch totalitäre Vorstellungen überhaupt. Das Erste schulden wir den Opfern der Diktatur der SED und des MfS. Das Zweite brauchen wir für unser Gemeinwesen jetzt und für das Wissen unserer Kinder um den Wert von Freiheit und Demokratie.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU,
der SPD und den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Fraktion GRÜNE; Herr Abg. Weichert, bitte.

Michael Weichert, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für die Unterlagen des DDR-Staatssicherheitsdienstes ist ein eindrucksvoller Beleg für die Leistungen der sächsischen Stasi-Unterlagen-Behörde. Um es gleich vorwegzusagen: Wir alle sind dem Landesbeauftragten und seinen Mitarbeitern zu großem Dank verpflichtet. Herr Beileites, nehmen Sie das bitte auch an Ihre Mitarbeiter mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Der Bericht ist aber auch ein Beleg für die Notwendigkeit dieser Arbeit. Die Anzahl der geleisteten Beratungsgespräche mit Bürgern dokumentiert das Bedürfnis vieler Betroffener, sich auch heute noch, 20 Jahre nach der friedlichen Revolution, mit den sie betreffenden Akten der Stasi auseinanderzusetzen.

Meine Damen und Herren! 20 Jahre nach der friedlichen Revolution droht andererseits bei vielen Menschen die Erinnerung an das Repressionssystem der DDR zu verblassen. Der Landesbeauftragte benennt Trivialisierung und Verharmlosung der DDR-Vergangenheit als Problem. Insbesondere fehlt das Wissen um die Unterdrückungsmaschinerie der SED gerade den Generationen, die die DDR nicht mehr bewusst miterlebt haben. Der Bericht verweist ausdrücklich auf Defizite in der schulischen

Bildung, nicht zuletzt in den Schulbüchern. Dies ist ein Befund, der uns in diesem Hause, in dem so oft leidenschaftlich über Schule und Bildung gestritten wird, durchaus zu denken geben sollte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Die Aussage des Berichtes, dass das Problem nicht Desinteresse, sondern die Vermittlung der DDR-Geschichte ist, muss hier noch einmal betont werden.

Meine Damen und Herren! Der Landesbeauftragte bemüht sich im schulischen Bereich um neue, erfolgversprechende Ansätze. Mich beeindruckt die Projektarbeit mit Schülern, durch die es offenbar wieder gelingt, Interesse und Verständnis für die Geschichte der DDR und ihre Repressionsmechanismen zu erreichen. Dazu sollten wir uns, die wir die Zeit miterlebt haben, auch immer und jederzeit als Zeitzeugen zur Verfügung stellen. Bei dieser Arbeit erfordert und ermöglicht vielleicht gerade die zeitliche Distanz neue Ansätze. Um das Verständnis für Unrecht und Unterdrückung in der DDR zu wecken, muss der Blick auf die Normalität – das Alltägliche – in der DDR zugelassen werden.

Meine Damen und Herren! Der Landesbeauftragte stellt sehr klug fest, dass Geschichtsaufarbeitung an die Erinnerung der Mehrheit anknüpfen muss. Die Fokussierung auf die Stasi führt dazu, dass die Stasi gerade von jüngeren Menschen als ein groteskes historisches Detail angesehen wird und das Verständnis dafür fehlt, dass die Unterdrückung der Opposition und die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien zum Wesen der DDR gehörten.

Meine Damen und Herren, bei dem zeitlichen Abstand, mit dem wir heute auf die DDR blicken – das heißt bei den meisten von uns, auf unser Leben in der DDR –, könnte man meinen, dass das schwierige Verhältnis von Opfern der Bespitzelung und der Repression und denen, die für Bespitzelung und Repression mitverantwortlich waren, allmählich eine gewisse Normalisierung erfahren hat. Ich denke, das muss man bezweifeln. Meines Erachtens ist die plötzlich hochgekochte Debatte um die Vergangenheit der CDU-Blockpartei ein Indiz dafür, wie schwer wir uns immer noch mit Differenzierungen tun. Wenn heute allen Ernstes über Begriffe wie Kollektivschuld diskutiert wird, dann frage ich mich, ob es in 20 Jahren wirklich gelungen ist, eine Geschichtsaufarbeitung ohne Klischees zu ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren! Es ist vor diesem Hintergrund eine schmerzhaft Wahrheit, dass es vielen Menschen auch nach 20 Jahren noch schwer fällt, sich mit ihrer persönlichen Geschichte in der DDR auseinanderzusetzen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die im Bericht erwähnte Ausstellung „Christliches Handeln in der DDR“ verweisen, die Aufmerksamkeit erregte, weil ein IM Schubert gegen sie juristisch vorging. In einer damit verbundenen Podiumsdiskussion unter dem Titel „Den Opfern eine Stimme geben“, die am 7. Mai 2008

stattfand, berichteten Teilnehmer, die von IM Schubert bespitzelt worden waren, über ihre Geschichten. Einer sagte im Anschluss: Diese Diskussion hatte für mich etwas Befreiendes.

Meine Damen und Herren, die Debatte machte vor Ort die Schwierigkeiten der Opfer deutlich, zum Gespräch mit denjenigen zu finden, die sie im Auftrag der Stasi bespitzelt haben. Volkmar Zschocke, einer derjenigen, die in Reichenbach auf dem Podium sprachen, wurde in der „Freien Presse“ anschließend zitiert: „Versöhnung oder Entschuldigung ist hier zu hoch gegriffen. Es geht eigentlich nur darum, zu verstehen.“

Diese Stichworte machen deutlich, worum es knapp 20 Jahre nach der friedlichen Revolution immer noch gehen muss: Verstehen und den Opfern eine Stimme geben. Es geht nicht um Beschuldigungen; es geht darum, dass Menschen, die in der DDR Vertrauensbruch und tiefe Verletzungen erfahren mussten, die Möglichkeit gegeben wird, ihre eigene Geschichte aufzuarbeiten. Damit diese Menschen nicht allein gelassen sind, ist es eben notwendig, auch in Zukunft einer breiten Öffentlichkeit das Verständnis der Unterdrückungsstruktur in der DDR zu vermitteln.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU und der SPD)

Dieser menschliche Aspekt der Bewältigung von Geschichte unterstreicht die hohe Bedeutung, die die Arbeit des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen hat. Denn die Hoffnung, dass die unbewältigte Geschichte uns in Ruhe ließe, wenn man auf Aufarbeitung verzichtet, ist eine ganz gefährliche Illusion.

Deshalb Dank für die Arbeit, Dank für den Bericht. Machen Sie weiter so! Auch deshalb stimmen wir dem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN,
der CDU, der SPD und der FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es vonseiten der Fraktionen noch Redebedarf? – Das ist nicht der Fall. Ich frage die Staatsregierung. Herr Minister Prof. Unland, bitte.

Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich vertrete heute den Justizminister, er ist erkrankt. Wir sollten ihm von dieser Stelle aus herzliche Genesungswünsche übermitteln.

(Beifall bei der CDU, der Linksfraktion, der SPD,
der FDP, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Die Selbstbefreiung der Menschen in der DDR und die deutsche Einheit 1989/90 sind nach 20 Jahren ein wichtiger Anlass, sich die Ursachen dieser historischen Ereignisse zu vergegenwärtigen.

Die Sächsische Staatsregierung begrüßt und unterstützt die Förderung der Aufklärungsarbeit des Landesbeauftragten. Die DDR-Diktatur scheiterte an der Unterdrückung

der eigenen Bürger, an Glasnost und Perestroika, aber auch am wirtschaftlichen Verfall und an beträchtlichen Umweltschäden. Der ganz alltägliche, über Jahrzehnte betriebene Terror der Stasi droht jedoch, wie eine Studie des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin ergab – es wurde bereits vorhin daraus zitiert –, in Vergessenheit zu geraten. Dieser Studie zufolge weiß die gesamtdeutsche Bevölkerung heute nur noch wenig über die Entwicklung der DDR. Lediglich Großereignisse, wie beispielsweise der Mauerbau, sind allgemein bekannt. Durch die Aufklärungsarbeit des Landesbeauftragten kann den nachwachsenden Generationen für diesen Teil der deutschen Geschichte ein solider Grundstein historischer Bildung vermittelt werden.

Zur Förderung dieses Anliegens hat der Sächsische Landtag im Doppelhaushalt 2009/2010 eine Ausweitung der dem Landesbeauftragten zur Verfügung stehenden Mittel beschlossen. Im Kapitel „Kosten für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit“ sind insgesamt 210 000 Euro vorgesehen. Das ist – es wurde vorhin auch schon gesagt – nahezu eine Verdreifachung der Mittel gegenüber den Vorjahren. Sie sichert die historisch und gesellschaftlich wichtige Recherche-, Beratungs- und Bildungsarbeit des Landesbeauftragten im 20. Jahr nach der friedlichen Revolution.

Um der Tendenz einer Verklärung der DDR mit wachsendem zeitlichem Abstand entgegenzuwirken, ist die Staatsregierung gemeinsam mit dem Landesbeauftragten auf diversen Gebieten aktiv. So ist der Landesbeauftragte in die bei der Sächsischen Staatskanzlei gebildete Expertenkommission zur friedlichen Revolution eingebunden, die die Staatsregierung bei der Auswahl von Projekten zum Doppeljubiläum 20 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit berät.

Gerade am 20. Jahrestag der friedlichen Revolution sieht sich die Staatsregierung besonders verpflichtet, Wissen über die grundlegenden Unterschiede zwischen der SED-Diktatur und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung auch und gerade der nachwachsenden Generation weiterzugeben, damit die historische Zeit des Herbstes 1989 – die ich persönlich nur am Fernsehapparat erleben durfte – mit Friedensgebeten, Montagsdemonstrationen sowie der Gründung oppositioneller Gruppen in Erinnerung bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Sowohl im Bereich der Jugendarbeit, der außerschulischen Bildung und der Unterrichtsgestaltung an den Schulen gilt es, dieses Bewusstsein für die historische Zeit der DDR-Opposition und den Weg zur deutschen Einheit zu schärfen.

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag des Freistaates Sachsen gebietet es, die Erinnerung an das geschehene Unrecht und die Opfer der SED-Diktatur aufrechtzuerhalten sowie die Grundwerte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung an unsere Schüler zu vermitteln. Wir können sie anleiten, sich für die Sicherung und Entwick-

lung unserer Gesellschaft heute zu engagieren. Grundlage hierfür ist, die Jugend mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland vertraut zu machen und sich mit dem Leben in der totalitären Herrschafts- und Gesellschaftsform der DDR auseinanderzusetzen.

Die Lehrpläne aller Schularten des Freistaates Sachsen enthalten die einschlägigen Bezüge, denn nur durch diese Wissensvermittlung kann die Geschichte der DDR korrekt eingeordnet werden. Die Schulen haben ihre Kontakte zum Landesbeauftragten intensiviert; Herr Beleites fungiert als Bindeglied zwischen Sozialarbeitern und Zeitzeugen. Wir vermitteln den jungen Menschen, die keine persönliche Berührung mit der SED-Diktatur mehr hatten, auch Themen wie die Öffnung des Eisernen Vorhangs durch Ungarn, die Montagsdemonstrationen oder das Ausharren der auf ihre Ausreise wartenden DDR-Bürger in der Prager Botschaft Ende September 1989.

Das Sächsische Staatsministerium der Justiz beabsichtigt, gemeinsam mit dem Landesbeauftragten unter dem Titel „Justiz in der Diktatur und im Rechtsstaat – Schüler erforschen Geschichte und begegnen Zeitzeugen“ ein Schulprojekt anzubieten. Es soll Schülern die Gelegenheit bieten, Opfer der DDR-Justiz sowie deren Schicksal kennenzulernen, und ihnen beispielsweise erläutern, dass den Gerichten der DDR die auch für einen Rechtsstaat unabdingbare Unabhängigkeit fehlte.

Typische politische Delikte waren „Sabotage“, „staatsfeindliche Hetze“ oder „Rowdytum“. Hier gilt es anhand von Auszügen aus den Gerichtsakten Schülern die unterschiedliche Funktion der Justiz im Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland und in der Diktatur der DDR nahezubringen. Ab dem ersten Halbjahr 2009 wird darüber hinaus die Aufklärung über die Instrumentalisierung des Rechts und der Justiz in der DDR in die Ausbildung der Rechtsreferendare aufgenommen. Hier wird Herr

Beleites den Referendaren unter anderem aufzeigen, dass Rechtsanwälte kein Recht auf Akteneinsicht hatten und die Justiz flächendeckend durch die Hauptabteilung XX des Ministeriums für Staatssicherheit überwacht wurde.

Auch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten arbeitet mit der Behörde des Landesbeauftragten im Rahmen von Recherchen mit Auskunfts-, Beratungs- und Bildungsstätten eng zusammen, um ebenso wie die Staatsregierung Projekte zu entwickeln, die die Leistung und den Mut der Bürger würdigen, die trotz der Repressionen die SED-Diktatur gestürzt und die Mauer zu Fall gebracht haben.

(Beifall bei der CDU und der Abg.
Martin Dulig und Mario Pecher, SPD)

Alle diese Projekte werden die Erinnerungskultur stärken und dadurch der teilweise festzustellenden Unkenntnis über die Fakten der SED-Diktatur weiter entgegenwirken.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt
bei der SPD und der Staatsregierung)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Das Schlusswort hat die Koalition; wird das gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, somit können wir jetzt zur Abstimmung kommen. Ich stelle die Drucksache 4/14107 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einer ganzen Anzahl von Stimmenthaltungen und keinen Neinstimmen ist der Antrag so mit großer Mehrheit angenommen worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit geschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 4

Kinderarmut bekämpfen – Regelleistungen für Kinder und Jugendliche in Hartz-IV-Haushalten deutlich anheben!

Drucksache 4/14586, Antrag der Linksfraktion, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Es beginnt die Linksfraktion, danach folgen CDU, SPD, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung. Ich erteile Herrn Abg. Neubert das Wort.

Falk Neubert, Linksfraktion: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor wenigen Wochen hat das Bundessozialgericht Kassel festgestellt, dass es verfassungswidrig sei, Kindern in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften nur 60 % des Regelsatzes für Erwachsene zuzubilligen – eine Position, die von Anfang an ein entscheidender Kritikpunkt an der gesamten Hartz-IV-Gesetzgebung war; eine Position, die insbesondere von der Linken ebenfalls von Anfang an vertreten wurde, damals noch von den Vorgängerparteien PDS und WASG.

Aber auch die Sozialverbände haben darauf hingewiesen, dass es ein Unding sei, Kindern einfach nur 60 % des Existenzminimums eines Erwachsenen zuzubilligen. Nun haben wir es auch höchstrichterlich bestätigt: Es geht so nicht.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn Sie das Urteil gelesen haben, wird auch Ihnen sofort klar, dass die inzwischen beschlossene geringfügige Erhöhung auf 70 % des Regelsatzes daran nichts ändert; denn was die Richter einfordern, ist eine eigenständige Bedarfsermittlung für Kinder, die deren elementaren Lebensbedürfnissen gerecht wird. Die Richter verlangen ausdrücklich, dass der für Kinder notwendige Bedarf ermittelt und definiert werden möge – ein Bedarf, der nach unserer festen Überzeugung alle notwendigen Ausgaben einschließen

muss, die sichern, dass ein Kind in seiner Entwicklungsphase Zugang zu einer ausreichenden, ausgewogenen und gesunden Ernährung hat. Er muss auch alles einschließen, was für einen gleichberechtigten Zugang zur Bildung nötig ist, wie beispielsweise notwendiges Material für die Schule. Davon, dass Kinder in der Wachstumsphase viel häufiger Kleidungsstücke brauchen, gar nicht zu sprechen.

Es gibt übrigens, sehr geehrte Damen und Herren, Experten, die vermuten, dass der Regelsatz für Kinder oder Jugendliche sogar höher sein muss als der für Erwachsene. Aber das ist zugegebenermaßen im Moment noch spekulativ. Die sachgerechte Bedarfsermittlung steht noch aus.

Damit bin ich bei unserem Antrag, den wir heute diskutieren. Wir verlangen darin nicht mehr und nicht weniger, als dass dieser kindgerechte Regelsatz unverzüglich ermittelt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Kaum war das Urteil des Bundessozialgerichtes in der Welt, verlautete es aus dem Bundesfinanzministerium, man habe keinen unmittelbaren Handlungsbedarf und im Jahre 2009 käme es mit Sicherheit nicht mehr zu einer entsprechenden Neuregelung des Regelsatzes für Kinder. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, halte ich für den eigentlichen Skandal. Während Rettungsschirme für Banken und Industrieunternehmen und Konjunkturprogramme zweifelhaften Inhalts in Milliardenhöhe und innerhalb von wenigen Tagen und Wochen durch die Parlamente aller Ebenen durchgepeitscht werden – wir haben es gestern hier selbst erlebt –, löst die gerichtsnotorische Feststellung, dass zwei Millionen Kinder in Deutschland nicht das Notwendige für ihre gedeihliche Entwicklung erhalten, offensichtlich keinerlei Handlungsdruck bei CDU und SPD aus. Während in die Pleitebanken sofort Geld gepumpt wird, scheinen diese Kinder warten zu können. Welch zynische Prioritätensetzung! Damit können und wollen wir uns nicht abfinden.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Unser Antrag hat zwei Punkte zum Ziel: Erstens, der kindgerechte Regelsatz soll unverzüglich ermittelt werden. Zweitens, bis zu seiner Feststellung erhalten Kinder und Jugendliche den vollen Regelsatz wie Erwachsene. Aus unserer Sicht kann dies die einzig mögliche Konsequenz aus dem vorliegenden Urteil sein.

Darüber hinaus können wir uns selbstverständlich auch dem Vorschlag des Bundesrates vom vergangenen Mai anschließen, dass neben dem Regelsatz für Kinder auch noch Sachleistungen gewährt werden können. Da wir, wie Sie wissen, ebenso Verfechter der Lernmittelfreiheit wie auch Befürworter eines kostenlosen Mittagessens in den Kitas und Schulen sind, halten wir einen Rechtsanspruch auf diese konkreten Leistungen für Kinder in Bedarfsgemeinschaften für ausgesprochen sinnvoll.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind es leid, dass jede konkrete Verbesserung der Lebenssituation von

Kindern und Jugendlichen immer wieder mit den Argumenten ausgebremst wird, man müsse erstens sparsam sein und zweitens müssten diese Leistungen den Kindern und Jugendlichen dann sowieso vom Regelsatz abgezogen werden. Gerade das zweite Argument – es wurde in der letzten Debatte fast unendlich vertieft – ist ein Argument gewissenloser Bürokraten. Zum Teil sind es dieselben, die Kindern und Jugendlichen jetzt die angemessene Erhöhung des Regelsatzes vorenthalten.

Ich fordere Sie auf, dieser verqueren Logik nicht länger zu folgen. Sie können jetzt nachweisen, dass Ihnen die Gesundheit, die Bildung und das Wohlbefinden mindestens genauso viel wert sind wie die Erneuerung des privaten Autoparks durch Abwrackprämien.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der Linksfraktion)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombos: Für die CDU-Fraktion Herr Abg. Krauß, bitte.

Alexander Krauß, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mit der Schilderung des Eindrucks beginnen, den ich hatte, als wir den Antrag der Linksfraktion lesen konnten. Mein Eindruck war, dass Sie nicht mehr fordern, der Freistaat Sachsen solle das Schulessen bezahlen und die Fahrtkosten für Schüler übernehmen, sondern dass das Schulessen und die Fahrtkosten Teil des Hartz-IV-Satzes für Kinder sein sollen.

Allerdings bleibt Ihre Forderung ein bisschen schwammig. Es wird nicht ganz klar, wie Sie das erreichen wollen. Unter Punkt 1 Ihres Antrags schreiben Sie, das Schulessen solle auf den Regelsatz oben draufkommen; unter Punkt 2 fordern Sie, es solle Teil des Regelsatzes werden. Ihr Antrag ist also leider unlogisch und in sich widersprüchlich.

Sie haben es geschafft, auf dieser halben Seite Papier, widersprüchliche Forderungen zu formulieren. Ich bin auch gespannt, was in Ihrem Wahlprogramm stehen wird, für welchen Weg Sie sich also entscheiden. Sie wechseln da ja ständig hin und her.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion:
Haben Sie auch ein Beispiel?)

– Das Beispiel habe ich gerade genannt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will jetzt unseren Weg darstellen, das, was wir für richtig halten. Wir haben immer gesagt, dass wir für kindgerechte Hartz-IV-Sätze sind. Man muss auf die gleiche Art und Weise wie bei einem Erwachsenen schauen – da denken wir an die Einkommen- und Verbrauchsstichprobe, mit der 60 000 Haushalte in Deutschland untersucht werden –, wie viel eine Familie für die Bekleidung und das Essen ihres Kindes ausgibt und wie viel für Schulmittel ausgegeben wird. Dann sagt man – ähnlich wie beim Hartz-IV-Satz für Eltern –: Das, was eine Normalfamilie bekommt, sollen auch die Kinder von Hartz-IV-Familien bekommen. Das ist ja die Logik. Zur Festlegung des Hartz-IV-Satzes

für die Eltern untersucht man 60 000 Haushalte in ganz Deutschland und schaut sich die unteren 20 % an – die unteren 20 %, die jeden Morgen früh aufstehen, auf Arbeit gehen und Steuern zahlen – und sagt: Das Gleiche, was diese bekommen, soll auch jemand bekommen, der Hartz IV bezieht.

Insofern ist der Ansatz richtig – den haben wir schon mehrfach hier im Landtag vertreten und auch schon darüber abgestimmt –, dass wir kindgerechte Hartz-IV-Sätze wollen. Wir sagen nicht, ein Kind sei automatisch ein 60-Prozent- oder 80-Prozent-Erwachsener, sondern wir sagen: Man muss genau schauen, was für Bekleidung, für Essen, für den Schulranzen ausgegeben wird; das sollen sie bekommen. Insofern haben wir das Urteil des Bundessozialgerichts begrüßt.

Jetzt ist Olaf Scholz, der Bundessozialminister, am Zuge. Er muss dafür sorgen, dass endlich die Berechnungsgrundlagen vorliegen.

(Zuruf von der Linksfraktion)

– Deswegen kritisieren wir – wir haben es schon die ganze Zeit kritisiert –, dass das zu langsam geht.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion:
Sie können nur reden! Wir wollen handeln!)

Die Verbesserungen beim Konjunkturpaket II gehen in die richtige Richtung – in dem Sinne, dass für Kinder zwischen sechs und 13 Jahren der Hartz-IV-Satz erst einmal auf 70 % angehoben wird. Vorher lag er bei 60 % eines Erwachsenen. Ab dem 1. Juli sind es 36 Euro mehr. Ich denke auch an die 100 Euro für den Schulbedarf für Schüler bis zum 18. Lebensjahr, wenn sie Eltern haben, die arbeitslos sind bzw. ein geringes Einkommen beziehen.

Die Beschlusslage, dass wir kindgerechte Hartz-IV-Sätze wollen, ist nicht neu. Wir haben Sie hier im Landtag einstimmig herbeigeführt. Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat sie ebenso vertreten wie der Bundesrat und der Bildungsgipfel, der im Oktober vorigen Jahres hier bei uns in Dresden stattfand. Alle Bundesländer inklusive Bundesregierung haben den Ansatz, der auf kindgerechte Hartz-IV-Sätze zielt, vertreten. Deswegen sehen wir jetzt wirklich den Bundessozialminister in der Pflicht, aus dem Startloch herauszukommen, loszulegen und endlich diese Berechnung vorzulegen. Wir stimmen insofern überein, dass uns das viel zu langsam geht. Es ist klar, dass in diesen kindgerechten Hartz-IV-Sätzen ein Mittagessen in der Schule inbegriffen ist.

Kurz zum Thema Fahrtkosten! Hier sehe ich die Problemstellung nicht so. Wir wissen, dass die Landkreise – schauen Sie sich die Satzungen an! – Schüler von den Fahrtkosteneigenanteilen ausgenommen haben, wenn die Eltern keiner Arbeit nachgehen.

Ich komme auf Ihren Antrag zurück. Unter Punkt 1 fordern Sie, Kinder sollten so viel Hartz IV bekommen wie die Erwachsenen. Sie haben vielleicht gelesen, dass auch Ihre Bundestagsfraktion Ende Januar ein entspre-

chendes Papier vorgelegt hat, aber mit einer ganz anderen, gegensätzlichen Forderung. Ihre Forderung zielt jedenfalls auf den gleichen Regelsatz für Kinder. Unter Punkt 2 Ihres Antrags fordern Sie dann bedarfsgerechte Hartz-IV-Sätze, obwohl Sie gesagt haben, es sei Spekulation, wie hoch die sind.

Ich denke, man muss sich für einen Weg entscheiden. Entweder plädiert man für den gleichen Regelsatz wie für Erwachsene, oder man sagt, der Regelsatz für Kinder und Jugendliche solle bedarfsgerecht sein. Beides miteinander zu verbinden geht leider nicht.

(Falk Neubert, Linksfraktion,
meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte, Herr Neubert, stellen Sie Ihre Zwischenfrage.

Falk Neubert, Linksfraktion: Nur um unseren Antrag richtig einzuordnen: Könnten Sie sich vielleicht damit anfreunden, dass Punkt 1 unseres Antrags für das sofortige Handeln und Punkt 2 für das zukünftige Handeln formuliert ist?

Alexander Krauß, CDU: Damit kann ich mich, ehrlich gesagt, nicht anfreunden. Ich frage mich – aber darauf können Sie vielleicht in Ihrem zweiten Redebeitrag eingehen –, wieso Sie hier nicht die Zahlen Ihrer Bundestagsfraktion bringen; denn sie sieht – vorübergehend, bis die Berechnungsgrundlage da ist – andere Zahlen als kindgerecht an. Wieso haben Sie nicht diese Zahlen in Ihren Antrag geschrieben, sondern hier einfach formuliert, die Regelleistung solle so hoch wie bei Erwachsenen sein? Ihr Antrag ist also unlogisch und sehr widersprüchlich formuliert. Es tut mir leid!

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Alexander Krauß, CDU: Wenn es die letzte ist, ja.

Falk Neubert, Linksfraktion: Stimmen Sie mir zu, dass es – entgegen der Forderung unserer Bundestagsfraktion – hier darum geht, den Regelsatz entsprechend umzusetzen, bevor es zu einer Neufestsetzung kommt?

Alexander Krauß, CDU: Ihre Bundestagsfraktion setzt sich mit dem gleichen Problem auseinander. Sie wollen kurzfristig X Euro – die Summen sind ja dort festgelegt – haben. Gleichzeitig fordern Sie – wie wir – die bedarfsgerechte Ermittlung der Hartz-IV-Sätze für Kinder. Insofern widersprechen Sie eben Ihrer eigenen Bundestagsfraktion.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir den Antrag ablehnen. Wir halten ihn für unnötig, unlogisch und widersprüchlich.

Ich füge hinzu: Wir würden mit der Annahme Ihres Antrages ein bürokratisches Monster aufbauen. Das zeigt sich, wenn man in die Tiefe geht. Wieso ist das so? Ein großer Gewinn von Hartz IV ist der Ansatz, alle Leistungen zu bündeln. Es soll vermieden werden, dass man

wegen jedes Kühlschranks und wegen jeder Hose auf das Amt gehen und ein zehenseitiges Antragsformular ausfüllen muss, um dann abzuwarten, was rauskommt. Wir wollten – das ist umgesetzt worden – mehr Selbstbestimmung für die Betroffenen haben. Das hat natürlich auch zu einer Einsparung von Bürokratie und von Steuergeldern geführt, was den Betroffenen zugute kommt. Wenn Sie das wieder auflösen wollen und fordern, wegen jeder Fahrkarte und jeder Essensmarke solle man wieder auf das Amt gehen und einen Antrag stellen, dann halten wir das für irrsinnig und werden das ablehnen.

Die pauschalen Sätze, die wir beim Arbeitslosengeld II haben, sind gut und richtig. Die Eltern sind natürlich aufgefordert, das Geld einzuteilen. Aber das setzt man voraus bei einem Menschen, der selbstständig handeln kann. Wir wollen aber nicht den Eltern vorschreiben, welche Hose sie ihrem Kind kaufen sollen. Das soll nicht der Staat vorschreiben, sondern das sollen die Eltern selbst entscheiden.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Alexander Krauß, CDU: Jetzt Herr Pellmann.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Pellmann, bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Herr Krauß, Sie sprachen in Ihrem vorherigen Gedanken davon, dass aufgrund der Vereinfachung und des bürokratischen Zurückfahrens in erheblichem Maße Steuergelder eingespart worden seien. Würden Sie mir dann beantworten können, weshalb wir es regelrecht mit einer Explosion von Widersprüchen und Klagen vor den sächsischen und den übrigen bundesdeutschen Sozialgerichten zu tun haben, was ja nicht sein könnte, wenn Ihre These, die Sie soeben vorgetragen haben, zuträfe?

Alexander Krauß, CDU: Herr Kollege Pellmann, ich haben von den Bürokratiekosten gesprochen, also den Kosten, die auf dem Amt anfallen. Es ist doch logisch, wenn jeder Antrag einzeln gestellt werden muss, dass das mehr Bürokratie verursacht, als wenn ich dem Betroffenen pro Monat eine feste Summe gebe und ihm sage: Du musst mit diesem Geld selbst auskommen! Du musst dir das einteilen und selbst entscheiden! – Ich brauche mir nur die Antragsformulare anzusehen, die dann immer auszufüllen sind. Ich brauche mir nur anzusehen, was es kostet, das Geld auszuführen und zu überprüfen, ob das Geld richtig eingesetzt ist. Das sind die Bürokratiekosten, die anfallen.

Sie haben angesprochen, dass es auf einigen Gebieten nach der Neueinführung eine Rechtsunsicherheit gibt; da gebe ich Ihnen zweifelsohne recht. Aber das hat wenig mit der Entbürokratisierung, die eingetreten ist und von der ich gesprochen habe, zu tun.

(Beifall bei der CDU und
des Staatsministers Frank Kupfer)

Herr Kollege Pellmann, ich will noch einmal auf Ihren Antrag eingehen. Die pauschalen Sätze sind gut. Wir haben dort auch Ausnahmen. Es ist ja nicht so, dass das System hundertprozentig funktioniert. So kann man bei der Erstausrüstung der Wohnung die Haushaltsgeräte extra beantragen. Auch eine Erstausrüstung mit Bekleidung ist möglich.

Was für Schüler interessant ist: Bei mehrtägigen Klassenfahrten kann man einen Antrag auf Übernahme der entsprechenden Kosten stellen, und man bekommt alles bezahlt.

Das ist der Sozialstaat, wie wir ihn uns wünschen und wie er auch funktioniert. Das ist richtig. Was wir aber nicht wollen, ist, dass man jetzt noch mit der Regelung anfängt, wegen jeder Fahrkarte und jeder Essensmarke auf das Amt gehen und dort einen zehenseitigen Antrag ausfüllen zu müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen: Der Antrag ist recht widersprüchlich und bringt uns nicht weiter. Deswegen werden wir ihn ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und
des Staatsministers Frank Kupfer)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die SPD, bitte.

Stefan Brangs, SPD: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat ist es so, dass wir uns schon häufiger mit diesem Thema beschäftigt haben. Man kann eigentlich fast davon ausgehen, dass es zu jeder Landtagsdebatte auch zu dem Thema „Hartz IV-Regelsätze und Kinderarmut“ kommt. Wir haben auch in der letzten Debatte gemeinsam darüber gesprochen, dass wir durchaus die Auffassung vertreten, dass wir etwas bei den Regelsätzen tun müssen. Damals konnten wir darüber noch keine Angaben machen, wie sich die Regelsätze entwickeln werden. Mittlerweile wissen wir, dass es eine Erhöhung gegeben hat. Ich habe auch beim letzten Mal für eine solche Erhöhung gesprochen.

Nun ist es DIE LINKE, die sagt, dass diese Erhöhung nicht ausreicht. Das ist die klassische Politik der Linken. Immer gerade das, was gemacht wird, ist nicht ausreichend. Sprechen die einen vom Betreuungssatz in Kitas von 1 : 10, sagen andere 1 : 7, dann wird DIE LINKE wahrscheinlich demnächst 1 : 5 fordern. Reden die einen von 7,50 Euro Mindestlohn, redet DIE LINKE von 8,90 Euro Mindestlohn usw. usf. Das ist die klassische Sahnehäubchenpolitik der Linken, die stattfindet, und so ist es auch heute mit diesem Antrag. Es wird jetzt krampfhaft versucht zu konstruieren, warum wir uns heute erneut damit beschäftigen müssen. Es wird vollkommen ausgeklammert, dass es eine Reihe von Veränderungen im positiven Sinne für Kinder gegeben hat.

Das Einzige, was am Ende übrig bleibt, ist, dass es dann ein Bundessozialgerichtsurteil vom Januar gibt, auf dessen Basis man der Bundesregierung vorwerfen kann, sie hätte willkürlich irgendeine Begründung für die

Anhebung des Regelsatzes gesucht. Genau das ist nicht der Fall, denn dieser neu festgelegte Regelsatz ist nicht willkürlich, sondern er basiert auf einer Sonderauswertung der letzten Einkommensentwicklung nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes von 2003. Genau diese Erhebung hat ergeben, wie der Mittelwert für eine solche Familie mit Kindern auszusehen hat. Um in der Systematik des Gesetzes zu bleiben, hat man dann von einem Eckregelsatz gesprochen. Genau deshalb ist man in der Systematik geblieben und hat gesagt, wir heben diesen Eckregelsatz auf 70 % an. Zu sagen, es ist willkürlich oder es ist gegriffen und niemand weiß genau, wie es entstanden ist, das habe ich gerade zu widerlegen versucht.

Dann gibt es eine Reihe von Punkten, die mein Kollege Krauß schon ausgeführt hat. Es ist so, dass für alle Kinder ab 2009 ein Kinderbonus von 100 Euro eingeführt wird, der nicht auf das ALG II angerechnet wird. Das war eine Forderung der SPD und von weiten Teilen von Verbänden. Es ist auch so, dass zukünftig nicht mehr 207 Euro als Regelsatzbemessung, sondern 256 Euro – das sind die 70 % – ausbezahlt werden. Auch das ist eine positive Entwicklung. Darauf sollte man durchaus noch einmal hinweisen.

Es ist auch richtig, dass man gesagt hat, wir wollen diese Regelung bis 2011 befristen, weil man natürlich die Basis der Einkommen immer wieder neu bewerten will. Insofern ist es nicht so, dass das in Stein gemeißelt ist. Man hat sich darauf verständigt, dass man die Überprüfung der Regelsätze stichprobenartig durchführen wird.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Stefan Brangs, SPD: Natürlich, bitte.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte, Herr Abg. Pellmann.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Sie hatten von der Einkommensstichprobe und von der Erhebung von 2003 gesprochen und dann begründet, dass das, was die 60 % bzw. 80 % des Regelsatzes für Kinder betrifft, sich aus den entsprechenden Stichproben ergeben habe. Da ich keine Erklärung abgeben darf, sondern Ihnen nur eine Frage stellen kann, muss ich das so formulieren:

Herr Kollege, woraus entnehmen Sie diese von Ihnen dargestellte These, wenn doch für jeden klar ist, dass genau diese Prozente willkürlich gegriffen sind und eben nicht einer wissenschaftlichen Prüfung standhalten, auch nicht wissenschaftlich geprüft sind, es dann heute darauf ankommt – das hat die Bundesregierung zugesagt –, dass man nunmehr endlich eine kindergerechte Prüfung des Bedarfs vornehmen will?

Stefan Brangs, SPD: Das waren ja mehrere Fragen. Das war eine Einschätzung, dann eine Darstellung eines Sachverhaltes und dann war am Ende eine Frage enthalten, woher ich das nehme. Das nehme ich aus der Debatte

des Bundestages. Auf der Grundlage der Debatte des Bundestages hat es eine Einschätzung gegeben, dass man, wenn man eine Erhöhung der Regelsätze will, eine Datenbasis braucht. Diese Datenbasis hat man beim Statistischen Bundesamt gefunden und hat sich dort angeschaut, wie sich auf der Basis von 2003 der Verbrauch entwickelt hat. Daraufhin hat man diesen Regelsatz auf 70 % erhöht.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Stefan Brangs, SPD: Weil es keine Zwischenfragen werden, sondern Statements, gestatte ich keine mehr.

Insgesamt ist es auf jeden Fall so, dass es entgegen dem, was DIE LINKE immer wieder darstellen möchte, eine Reihe von Verbesserungen gegeben hat. Wir haben eine Kindergelderhöhung zu verzeichnen. Das Wohngeld ist erhöht worden. Wir haben darüber hinaus eine Erhöhung des Kindergeldzuschlages und wir haben auch ein Schulbedarfspaket eingeführt; das heißt, in diesem Falle die Bundesregierung. Sie ist ja auch bekanntlich schwarz-rot zusammengesetzt. Es gibt da eine Reihe von Einflüssen und Querverweisen, die auf die sächsische Politik Anwendung finden können.

Auch in Sachsen haben wir etwas getan. Das möchte ich auch noch einmal ansprechen, weil es wichtig ist, dass man das in diesem Zusammenhang nennt. Wir haben zum Beispiel in der Koalition gemeinsam das Thema „Lernmittelfreiheit“ erörtert. Wir haben jeweils 5 Millionen Euro jährlich als Einstieg in die Lernmittelfreiheit bereitgestellt. Da kann man exakt wieder diese Sahnehäubchenpolitik betreiben und sagen: Es ist alles nichts, 5 Millionen Euro sind zu wenig, wir fordern 50 Millionen Euro. Das ist immer leicht zu sagen, wenn man das als Opposition bewertet. Wir haben gesagt, wir sehen ein Problem auf uns zukommen. Wir wollen zumindest etwas bereitstellen und abwarten, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt.

Wir haben ein kostenfreies Vorschuljahr ins Leben gerufen und entlasten Familien von diesem Beitrag. Wir stellen dafür 38 Millionen Euro aus Landesgeldern zur Verfügung. Wenn Sie jetzt genau diese Geschichte wiedererzählen, dass damit Hartz-IV-Familien nicht entlastet werden, dann sage ich Ihnen, dass die Systematik der Übernahme dieser Kosten durch die Kita natürlich dazu führt, dass wir im Landtag dieses Problem erkannt und gesagt haben, wir beschließen hier einen Antrag, in dem wir die Kommunen aufgefordert haben, dass dieses Geld von den Kommunen an die Kitas weitergereicht wird, damit Mittel in den Bildungsplan fließen können und somit von den Kitas auch Spielsachen etc. angeschafft werden können. Das wird natürlich auch allen zugute kommen.

Wir haben des Weiteren – auch das ist wichtig – gesagt, wir wollen, dass jedes Kind in einen Sportverein eintreten kann. Darüber werden wir morgen noch einmal in einer Regierungserklärung etwas hören. Wir haben gesagt, wir

übernehmen die Mitgliedsbeiträge dieser Kinder unter dem Titel: „Jedes Kind in einen Sportverein“.

Das ist natürlich alles nichts, wenn ich mir DIE LNKE anhöre. Ich denke, das ist ganz schön viel, was wir auf die Beine gestellt haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wenn wir nicht wollen, dass alles nur an Regelsätzen und an der Frage festgemacht werden kann, was der Staat alles finanziert, hat das etwas damit zu tun, dass wir dazu beitragen müssen, dass die Eltern dieser Kinder in die Lage versetzt werden, ein vernünftiges Einkommen zu haben, um ihren Kindern ein vernünftiges Umfeld bieten zu können. Da sind wir natürlich ganz schnell dabei, dass wir eine Brücke zum Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung schlagen können, sodass wir feststellen müssen, dass das Armutsrisiko von Familien drastisch sinkt, wenn diese Familien ein höheres Einkommen haben. Dann kann ich also eins und eins zusammenzählen, Kollege Lehmann: Wir sind beim gesetzlichen Mindestlohn.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die NPD-Fraktion; Herr Abg. Apfel.

Holger Apfel, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Hartz IV ist verordnete Armut per Gesetz“, so plakatierte es DIE LINKE noch vor der letzten Landtagswahl. Nach dem 19. September war es die gleiche Linke, die sich aus den Protesten zurückzog und den Bürgern zeigte, dass sie ebenso wie die CDU und die SPD die Spielregeln dieser Demokratie auf Wahllügen aufbaut.

Meine Damen und Herren! Als Familienvater macht man sich natürlich seine Gedanken und erst recht vor diesem Hintergrund des aktuellen Urteils des Bundessozialgerichts vom 27. Januar 2009. Aber was das Gericht anmahnt, ist weniger eine Verfassungsfeindlichkeit der Hartz IV-Leistungen für Kinder und Jugendliche, wie wir es für notwendig erachten, vielmehr eine detaillierte normative Wertung des Kinder- und Jugendbedarfs.

Wenn DIE LINKE nun glaubt, die Leidtragenden mit dieser sozialen Kahlschlagpolitik mit ihrem Antrag vom eigentlichen Wesen ablenken zu können, hat sie sich geirrt.

Was Sie hier erneut eindrucksvoll unter Beweis stellen, ist nichts anderes als die Entzauberung Ihrer selbst. In Ihrer grenzenlosen Anbiederung gegenüber Union und SPD, im System angekommen zu sein, rückten Sie selbst von Ihrer damaligen Kernforderung – Hartz IV ist Armut per Gesetz – ab und fordern nun lediglich einen eigenständigen Hartz-IV-Regelsatz für Kinder.

Hartz IV, meine Damen und Herren, egal ob für Erwachsene oder Kinder und Jugendliche, ist und bleibt der Einstieg in ein soziales und gesellschaftliches Abseits, das die Familien teilt und gerade unter Kindern für Neid

sorgt. Insofern liegt hier eine entscheidende Ursache für eine zunehmende, definitiv aber nicht zu pauschalisierende Kriminalität und Brutalität. Es ist die familien- und kinderfeindliche Politik des herrschenden Systems. Dieses wird aber nicht, wie es DIE LINKE anmahnt, von einer sogenannten Expertenkommission zu lösen sein. Denn wem, glauben Sie, werden die bestellten Experten dienen? Wenn es danach geht, wie es hier im Landtag Monat für Monat abläuft, dienen diese Runden lediglich als Schaulaufen einer demokratiefeindlichen Parteiendiktatur. Nicht umsonst sind Ihre Experten vielfach über Umwege bezahlte Systemfunktionäre oder im System eingebundene Angestellte. Man denke nur an den CDU-dominierten Landkreistag.

Nein, was das Land, die Familien und vor allem unsere Kinder brauchen, ist eine verlässliche Sozialpolitik und kein Almosenstaat, der zur Beute einer kleinen Kaste alimentierter Berufspolitiker wurde, die zudem Handlanger der globalen Bankwirtschaft sind, wie es die Realität in der Finanz- und Wirtschaftskrise offenbart. Dass ausgerechnet nun DIE LINKE wieder einmal auf unseren Weg einschwenkt, aber nicht das gleiche Ziel verfolgt, das in der Abschaffung von Hartz IV liegt, was meine Fraktion schon am 3. Dezember 2007 unter anderem mit der Drucksache 4/10573 anmahnte, verwundert durch den anstehenden Wahlkampf kaum.

Wenn das Bundessozialgericht im aktuellen Urteil weite Teile unseres Antrages bestätigte, so zum Beispiel die Verfassungsfeindlichkeit durch Aushebelung des Sozialstaatsprinzips nach Artikel 20 Abs. 1 Grundgesetz, und auch die Pauschalierung aufgriff, muss an dieser Stelle an die 38. Sitzung des Sozialausschusses vom 26. Mai 2008 erinnert werden. Kein anderer als Herr Pellmann führte damals aus, dass es nicht um unsere Formulierung auf Abschaffung von Hartz IV gehe, sondern „um das generelle Herangehen, die eigentliche Zielorientierung der NPD“. Daher lehnte DIE LINKE unsere Initiative auf Abschaffung von Hartz IV ab und manifestierte stattdessen dies als gesellschaftlichen Bestandteil, was sich auch im vorliegenden Antrag widerspiegelt.

Bevor sich aber SPD-Fraktion und GRÜNE die Hände reiben, sei das Abstimmungsergebnis den betroffenen Familien dieser verfassungsfeindlichen Politik, die hoffentlich diese Debatte verfolgen, mitgeteilt. Bei einer einzigen Jastimme, nämlich der NPD-Abgeordneten Gitta Schübler, gab es 17 Gegenstimmen. Wer sich von Ihnen noch mit dem Prädikat, sozial, christlich oder familienfreundlich zu sein, schmücken möchte, ist nichts anderes als ein Wahllügner, ein Heuchler.

(Beifall bei der NPD)

Die NPD-Fraktion ist die einzige, die nicht nach Parteibuch in diesem Haus abstimmt. Vielmehr ist die Sachbezogenheit oberstes Gebot – dies erst recht, wenn es um die Zukunft unserer Kinder geht.

Da der Antrag zwar nicht die Abschaffung von Hartz IV bedeutet, aber zumindest ein wenig mehr Geld für unsere Kinder, werden wir ihm trotzdem zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die FDP-Fraktion erhält das Wort; Frau Abg. Schütz, bitte.

Kristin Schütz, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt im Sächsischen Landtag den eindeutigen Beschluss, den Regelsatz für Kinder endlich auf eine sachgerechte Grundlage zu stellen. Soweit ich mich erinnern kann, haben diesem Antrag fast alle in diesem Haus zugestimmt.

Ich halte es daher für wichtig und notwendig, und das bitte so schnell wie möglich, die vorgesehene Überprüfung der Regelsätze nach Vorliegen der Ergebnisse der Einkommens- und Verbraucherstichprobe – kurz EVS – von 2008 auf diese sachgerechte Grundlage für Hartz-IV-Sätze für Kinder zu stellen.

(Beifall des Abg.
Prof. Dr. Andreas Schmalfuß, FDP)

Das ist die Meinung der FDP-Fraktion, und gerade für mich als Görlitzerin ist Kinderarmut wirklich ein wichtiges und sehr naheliegendes Thema. Sie wissen, in Görlitz ist jedes zweite Kind von Armut betroffen. Ich weiß daher, was es bedeutet.

Doch, meine sehr geehrten Damen und Herren der Linken, nicht die Anzahl der gestellten Anträge im Plenum ist entscheidend, sondern die Qualität der Lösungen und der diskussionswürdigen Lösungsansätze. Da klafft bei Ihnen ein großes Loch. Es gibt viele Anträge mit immer der gleichen Forderung. Das hilft uns weder hier in der Diskussion noch den betroffenen Kindern vor Ort.

(Caren Lay, Linksfraktion:
Wir bleiben dran am Thema!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Meinung der FDP-Fraktion ist klar. Wir wollen allen Kindern, vor allem Kindern in Hartz IV, eine Zukunft bieten.

(Angelika Pfeiffer, CDU: Allen Kindern war gut!)

Wir sind der festen Überzeugung, dass ein sachgerecht untergesetzter Regelsatz einfach dazugehört. Investitionen in Bildung und Betreuung sind weitaus wichtiger als manche Schaufensterdiskussion, die wir hier führen. Unser Schwerpunkt ist, allen Kindern den Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Herr Brangs, Sie haben gerade einen bunten Blumenstrauß an Errungenschaften aufgezählt, die Sie sich als Erfolge anrechnen, aber was Sie vergessen haben, ist der verbesserte Betreuungsschlüssel in den Kindereinrichtungen, für den auch Sie angetreten sind. Der käme tatsächlich allen Kindern zugute.

(Vereinzelt Beifall bei der
FDP und der Linksfraktion)

Sie mögen einwenden, dass dies alles nicht ohne die Eltern gehen wird. Da verfolgen wir als FDP-Fraktion einen völlig anderen Ansatz als die Damen und Herren von der Linksfraktion. Wir wollen, dass die Eltern immer weniger auf Hartz IV angewiesen sind und ihren Lebensunterhalt immer mehr allein verdienen können. Wir wollen, dass diese Eltern, die manchmal einfach überfordert sind, wieder in ein normales Leben kommen, und ihnen Arbeitsmöglichkeiten bieten. Das in die Tat umzusetzen ist gewiss nicht einfach. Es ist der schwierigere und politisch nicht so attraktive Weg wie der, einfach mehr Geld zu fordern. Doch wer einfach nur mehr Geld verlangt, kommt in den Verdacht, den Ärmsten einfach nur ein Schweigegehalt zahlen zu wollen.

(Lachen bei der Linksfraktion
und des Abg. Alexander Delle, NPD)

Der Missstand liegt nicht darin, dass der Hartz-IV-Satz zu niedrig ist, sondern dass diese Menschen überhaupt darauf angewiesen sind.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Dieses Grundproblem lösen wir nicht mit mehr Geld für Hartz-IV-Bezieher. Darüber kann auch manche gut gemeinte Absicht nicht hinwegtäuschen. Die vorgestellte Lösung der Linken ist aus unserer Sicht untauglich. Wir werden daher diesen Antrag ablehnen und verweisen einfach noch einmal auf die Beschlusslage im Sächsischen Landtag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der
Abg. Angelika Pfeiffer, CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Fraktion GRÜNE erhält das Wort; Frau Herrmann, bitte.

Elke Herrmann, GRÜNE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Schütz, das eine schließt das andere nicht aus.

(Beifall der Abg. Caren Lay, Linksfraktion)

Wir haben immer wieder über die Anhebung der Eckregelsätze, insbesondere über die Regelsätze für Kinder, gesprochen. Das heißt noch lange nicht, dass wir uns davon verabschiedet haben, Menschen zu helfen, wieder in Arbeit zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN,
der Linksfraktion und der SPD)

Die Vorredner haben bereits gesagt, dass wir Punkt 2 Ihres Antrages inhaltlich schon beschlossen haben. Die Staatsregierung hat den Auftrag, dafür einzutreten, dass ein bedarfsgerechter Regelsatz für Kinder festgestellt und auch gezahlt wird. Was die Misere ist und Ihren Antrag auch heute provoziert hat, ist zum einen, dass alles viel zu lange dauert und dass es ein Urteil des Bundessozialge-

richtes aufgrund der Höhe des Regelsatzes für Kinder von 60 oder 80 % vom Erwachsenenregelsatz gibt. Nun hat das Bundessozialgericht geurteilt, dass diese 60 oder 80 % nicht einfach ohne Bedarfsprüfung als bedarfsgerecht für Kinder angenommen werden können. Das Gericht hat nichts dazu gesagt, wie hoch der eigentliche Bedarf liegen wird.

Dass wir Ihrem Antrag trotzdem zustimmen, hängt damit zusammen, dass wir der Meinung sind, dass genug Zeit ins Land gegangen ist und der Erwachsenenregelsatz, den Sie jetzt auch für Kinder vorschlagen, für diese durchaus etwas zu hoch sein kann als immer nur zu niedrig. Man muss den Regelsatz in jedem Fall mit einer bedarfsgerechten Prüfung korrigieren. Es kann auf alle Fälle nicht schaden, ein bisschen Druck zu machen, indem man den Regelsatz jetzt anhebt.

Herr Brangs, Sie haben verschiedene Sachen in einen Topf geworfen. Dieser Antrag bezieht sich auf eine Gruppe von Menschen, und zwar auf Kinder und Erwachsene, die ALG II beziehen. Die Kindergelderhöhung kommt diesen Menschen nicht zugute und verschiedene andere Dinge, die Sie hier angeführt haben, auch nicht, so wünschenswert das ist und so sehr sich alle Leute, die Arbeit haben, darüber freuen – vom Hartz-IV-Regelsatz wird es einfach mal abgezogen.

Ansonsten möchte ich Folgendes anregen: Sobald das Protokoll vorliegt, bitte ich das Präsidium zu prüfen, ob für den Debattenbeitrag, den Herr Apfel hier gehalten hat, nicht ein Ordnungsruf zu erteilen wäre.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird von den Fraktionen weiter das Wort gewünscht? – Dann frage ich die Staatsregierung. – Herr Minister Kupfer spricht für Frau Staatsministerin Clauß.

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie verlangen in Ihrem Antrag eine Anhebung der Regelleistung für Kinder und Jugendliche nach SGB II. Die Regelleistung soll sofort und auf die Höhe des Regelsatzes für alleinstehende oder alleinerziehende Personen angehoben werden. Im Einzelfall soll auch auf weiteren Bedarf individuell reagiert werden. Diese Forderung ist pauschal und undifferenziert. Sie ignoriert, dass die Bundesländer und damit auch Sachsen in dieser Sache bereits aktiv geworden sind, und sie verkennt, dass Hartz-IV-Leistungen einer bestimmten Systematik folgen.

Wie Sie sehr gut wissen oder zumindest wissen sollten, hat die Arbeits- und Sozialministerkonferenz die Bundesregierung bereits aufgefordert zu überprüfen, ob die Leistungen für Kinder und Jugendliche nach den SGB II und SGB XII tatsächlich bedarfsgerecht sind. Damit sollen die besonderen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen geprüft werden, die sich aus ihrer Entwicklung ergeben, also daraus, dass sie wachsen, dass sie zur

Schule gehen und vieles mehr. Parallel dazu gab es Vorstöße im Bundesrat. Leider gibt es bis jetzt keine Antwort von Herrn Bundesminister Scholz. Herr Krauß ist schon darauf eingegangen.

Aber unabhängig von diesen Vorstößen: Die Leistungen des SGB XII und des SGB II sind pauschalierte Leistungen. Ein zusätzlicher Bedarf kann nur in ganz wenigen und definierten Ausnahmefällen geltend gemacht werden. Die von Ihnen geforderte breite Ausweitung für tägliche Bedarfe würde die gesetzliche Leistung absolut unkalkulierbar machen.

Was Ihre zweite Forderung betrifft: Die Bundesländer haben ganz nachdrücklich dafür gekämpft, dass die Kinderregelsätze neu abgestuft werden. Außerdem haben wir erreicht, dass der einmalige Kinderbonus und das Schulbedarfspaket eingeführt wurden. Damit ist ein Teil Ihrer Forderungen bereits erfüllt.

Aber ich möchte doch noch etwas zu bedenken geben: Wir sprechen hier von Kindern und Jugendlichen, die in Familien leben. Sie verlangen, dass diesen Kindern und Jugendlichen erhebliche Mittel regelmäßig zufließen und in Einzelfällen auch weitere Bedarfe geltend gemacht werden können. So eingängig diese Forderung nach mehr Geld für Kinder in Hartz-IV-Haushalten sein mag – Sie übersehen dabei etwas. Sie übersehen, dass es in Sachsen mehr als eine halbe Million Kinder gibt, die in den allermeisten Fällen von ihren Eltern ernährt, erhalten und finanziert werden, von Eltern, denen es oft auch nicht ganz leicht fällt, diese Mittel aufzubringen, von Eltern, die einer Arbeit nachgehen und Steuern zahlen, oder von Alleinerziehenden, deren Einkommen gerade so ausreicht, um sich und die Kinder zu versorgen. Ich halte es deshalb für unseriös, meine Damen und Herren, diese Menschen noch stärker zu belasten, denn das würde über die Steuergelder geschehen, und ich halte es für nicht gerechtfertigt, wenn zusätzliche Leistungen außerhalb der Regelleistungen im Einzelfall dazu führen würden, dass die Begünstigten im Ergebnis besser dastehen würden als Erwerbstätige knapp oberhalb der Bedürftigkeitsschwelle.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Das Schlusswort hat die Linksfraktion; Herr Neubert, bitte. – Es handelt sich noch um einen Redebeitrag.

Falk Neubert, Linksfraktion: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe in meinem Eingangsredebeitrag schon gesagt, dass das Argument, dass kein Geld da sei, im Moment ein schwaches Argument ist. Wir reden über Milliarden, die zur Verfügung gestellt werden, wobei wir an bestimmten Stellen Fragezeichen setzen, wir aber auch in vielen Fällen dabei sind. Das Problem ist, dass dieses steuerfinanzierte Geld eben nicht für die Ärmsten der Armen eingesetzt wird. Das ist der Kritikpunkt.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Warum setzen wir das Geld denn nicht dort ein und können uns ganz sicher sein, dass es auch in den Kreislauf des Konsums hineinkommt?

Herr Krauß – wo sitzt er denn? –,

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion:
Er sitzt in Ihrem Nacken! – Heiterkeit)

zu Ihrer Bemerkung, dass es widersprüchliche Forderungen sind: Dieser Antrag besteht aus zwei Punkten, die – ich habe das in einer Zwischenfrage im Grunde schon angedeutet – eine unterschiedliche Zeitperspektive bedienen. Der erste Punkt besagt, dass wir ein Gerichtsurteil haben. Das ist auch das Neue, Herr Brangs, was diese Diskussion von der zuletzt geführten unterscheidet. Wir haben ein Gerichtsurteil, das besagt: Diese Unterteilung seitens der Bundesregierung ist rechtswidrig. Wir sagen, dass wir das beheben möchten. Wir unterbreiten den Vorschlag, es dem Regelsatz der Erwachsenen anzugleichen. Man kann auch andere Vorschläge unterbreiten, wie man sozusagen diesem Richterspruch entgeht, und zwar bis zu dem Punkt, wo eine Expertenkommission einen Bedarf ermittelt.

Wenn der Bedarf jetzt schon vorliegen würde, wenn die in Berlin ihren Job gemacht und den Bedarf ermittelt hätten, dann hätte man den Satz auch jetzt schon genau auf diesen Bedarf heben können. Aber das ist nicht der Fall. Das heißt für uns, die Übergangsforderung zu stellen, die da lautet: Wir gehen auf den Regelsatz der Erwachsenen, und wenn dann der Bedarf ermittelt wird, nehmen wir diesen Bedarf.

Ich habe es angedeutet: Wir haben hier natürlich einen Beschluss gehabt, wir haben schon vielfältige Diskussionen geführt. Ich finde es schwierig, Frau Schütz, das als Schaufensterdiskussion zu diskreditieren. Der Punkt ist doch einfach folgender: Wenn sich etwas geändert hätte, seitdem wir die Beschlüsse hier gefasst und die Diskussion hier geführt haben, wäre das gut. Es hat sich aber nichts geändert.

Im Jahr 2007 bereits hat die Sozialministerkonferenz einstimmig erklärt, dass dieser Regelsatz neu entwickelt werden soll. Im Mai letzten Jahres hat der Bundesrat auf der Basis eines Landesantrages von Nordrhein-Westfalen den Beschluss gefasst, dass es eine neue Festsetzung geben soll. Das ist genau das, was wir in Punkt 2 noch einmal formuliert haben, nämlich eine eigene Festschreibung vorzunehmen. Das haben wir im Landtag zwar auch schon einmal in Gänze beschlossen, aber es tut sich ja nichts.

Ganz nebenbei gesagt: Der Antrag, der im Bundesrat beschlossen wurde – ich erspare es mir, ihn im Detail hier

vorzulesen, obwohl das sehr interessant wäre –, liest sich im Grunde wie ein Antrag der Linken. Dieser Antrag wurde im Bundesrat angenommen, aber es passiert einfach nichts. Nach dem Bundesgerichtsurteil sagt Herr Scholz, 2009 finde das nicht statt. Das halten wir für unerhört. Genau das ist der Grund, warum der Antrag heute auf der Tagesordnung steht.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Wenn Sie sich den Beschluss des Bundesrates anschauen, werden Sie auch sehen, dass dort auch Optionen beispielsweise hinsichtlich zusätzlicher Leistungen oder Optionen von Sachleistungen, die kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, etwa ein kostenloses Mittagessen, integriert sind. Das sind nicht irgendwelche Hirngespinnste, die wir als Fraktion DIE LINKE hier einbringen, sondern das sind Dinge, die im Bundesrat diskutiert und beschlossen wurden.

Ein abschließendes Wort vielleicht noch zu Herrn Brangs – Sie brauchen nicht die Augen zu verdrehen, Entschuldigung, ich halte das für ein wichtiges Thema, Herr Brangs –: In dem Gerichtsurteil steht auch ganz klar, dass diese 60 und 80 % willkürlich festgelegt und nicht auf der Basis eines Warenkorbes, einer Expertenkommission etc. ermittelt wurden. Das ist doch der Punkt und die Wahrheit.

(Beifall bei der Linksfraktion)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Neubert, ich muss noch einmal fragen: Wollten Sie das Schlusswort noch halten?

Falk Neubert, Linksfraktion: Nein, aber ich möchte um getrennte Abstimmung bitten.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Dann lasse ich jetzt über den Antrag der Linksfraktion in der Drucksache 4/14586 abstimmen.

Ich beginne mit Punkt 1. Wer möchte seine Zustimmung geben? – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einer Reihe von Stimmen dafür ist Punkt 1 dennoch abgelehnt worden.

Ich rufe den Punkt 2 des Antrags auf. Wer gibt die Zustimmung? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Gleiches Abstimmungsverhalten.

Beide Punkte wurden abgelehnt. Damit ist eine GesamtAbstimmung nicht mehr erforderlich.

Meine Damen und Herren! Ich schließe den Tagesordnungspunkt 4 und rufe auf

Tagesordnungspunkt 5**Untätigkeit der Regierung fördert Monopolisten und Preistreiberei im Energiebereich – Staatlichen Einfluss auf dem Energiesektor stärken****Drucksache 4/14824, Antrag der Fraktion der NPD**

Die einreichende Fraktion beginnt. Danach folgen CDU, Linksfraktion, SPD, FDP und die Fraktion GRÜNE sowie die Staatsregierung. Herr Abg. Delle, bitte.

Alexander Delle, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unser vorliegender Antrag, der sich mit dem inzwischen besiegelten Verkauf der Mitteldeutschen Braunkohle AG an den tschechischen Konzern CEZ befasst, verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele.

Zum einen fordert unsere Fraktion Aufklärung über das Engagement und den Einfluss der Staatsregierung in der Verkaufsphase und eine Folgenabschätzung des Verkaufs der MIBRAG an CEZ hinsichtlich seiner wirtschaftspolitischen Auswirkungen auf das Land und die Verbraucher.

Zum Zweiten wollen wir die grundsätzliche Bereitschaft und die Möglichkeit des Freistaates Sachsen hinsichtlich eines staatlichen Engagements in Schlüsselindustrien wie etwa der Energieversorgung näher beleuchten.

Die Kernfrage dabei ist natürlich, warum andere Staaten in der Lage sind, mit Staatsunternehmen erfolgreich zu wirtschaften und Milliardengewinne zu erzielen, was in Deutschland wie auch im Freistaat Sachsen offensichtlich aber nicht möglich sein soll.

Meine Damen und Herren! Der heutige Antrag ist eine logische Folge unseres vorangegangenen Antrages vom September letzten Jahres, in dem wir beantragt hatten, den Erwerb der MIBRAG durch den Staat bzw. die öffentliche Hand prüfen zu lassen, um zumindest mithilfe eines staatlichen Energieunternehmens wieder etwas Einfluss auf den Energiesektor zurückzugewinnen. Der Antrag, der lediglich zuerst einmal den Vorschlag einer Prüfung beinhaltete, wurde wie üblich von Ihnen abgelehnt.

Inzwischen ist der Vertrag mit der CEZ unter Dach und Fach und meine Fraktion muss davon ausgehen, dass weder ein Eingreifen des Staates in Erwägung gezogen wurde, noch dass es bei der Staatsregierung überhaupt Überlegungen zu den möglichen Folgen der Investitionstätigkeit der Tschechen auf dem deutschen Energiemarkt gegeben hat.

Aus unserer Sicht ist deshalb zu klären, ob es am fehlenden Willen oder am fehlenden Können der Staatsregierung gelegen hat.

Ich möchte für meine Fraktion betonen, dass wir die vorherigen Eigentümer der MIBRAG, zwei amerikanische Investoren, auch nicht für das Gelbe vom Ei gehalten haben. Denn schließlich war für die Verkaufsentscheidung der MIBRAG nach deren Lesart einzig und allein die zu geringe Kapitalrendite ausschlaggebend.

Für die Amerikaner war das für Sachsen durchaus bedeutsame Unternehmen MIBRAG also ohnehin kein Wirtschaftsfaktor, sondern nur ein Instrument zur Gewinnmaximierung ihrer Aktionäre. Meine Fraktion weint deshalb den Amerikanern keine Träne nach. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass bereits die vollständige Privatisierung, also der Ausverkauf der früher volkseigenen Braunkohlenindustrie der DDR, ein Fehler war. Der Staat hat sich damals selbst der letzten Einflussnahme auf dem Energiesektor beraubt und alles in die Hand der Großkonzerne gegeben, die nun schalten und walten können, wie sie wollen.

Die Chance, die sich mit dem anstehenden Verkauf der MIBRAG im letzten Herbst geboten hatte, war also eine einmalige Gelegenheit, nach langen Jahren des Ausverkaufs der energiepolitischen Daseinsvorsorge endlich eine Wende einzuleiten und mit dem Erwerb der MIBRAG einen Teil der staatlichen Kontrolle im Energiesektor zurückzugewinnen.

Die Chance zum Handeln wurde vertan. Schlimmer noch: Die Regierung hat diesbezüglich nicht einmal ansatzweise über eine staatliche Einflussnahme nachgedacht.

Beides, meine Damen und Herren, ist verwerflich und Ausdruck einer volksfernen Politik. Denn aus unserer Sicht ist es ureigenste Aufgabe der Politik, in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie etwa im Energiesektor oder in Schlüsselindustrien einzugreifen, wenn der Markt versagt oder weil er durch Kartelle gekennzeichnet und faktisch – wie eben im Energiesektor – gar nicht vorhanden ist.

Die NPD-Fraktion steht damit im absoluten Gegensatz zur vorherrschenden Marktgläubigkeit der etablierten Parteien, die einen staatlichen Eingriff in die Wirtschaft mehr scheuen als der Teufel das Weihwasser.

Für uns ist aber klar, dass es angesichts der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise zwingend notwendig ist, sich endlich vom Manchesterkapitalismus und dem neoliberalen Zeitgeist zu verabschieden und dem massiven Vermögenszug der Nationalstaaten durch internationale Großkonzerne mit der Etablierung starker Staatsunternehmen zu begegnen, so wie es uns einige andere europäische und außereuropäische Nachbarn vorgemacht haben, Nachbarn wie die Tschechen, die eben mit dem Konzern CEZ ein Staatsunternehmen aufgebaut haben, das für den tschechischen Staat beachtliche Gewinne erzielt und sich inzwischen europaweit ausbreitet. Meine Fraktion sieht im Kauf der MIBRAG durch CEZ und den damit beginnenden Einfluss dieses Konzerns auf den deutschen Energiemarkt erhebliche Risiken für unsere Energiewirtschaft, Risiken, die mit einer staatlichen

Übernahme der MIBRAG oder einer Beteiligung hätten verhindert werden können.

Zu den Risiken selbst und der Frage, warum Staatsunternehmen in anderen Staaten – offensichtlich aber nicht in Deutschland oder in Sachsen – möglich sind, wird mein Fraktionskollege Dr. Müller in einem zweiten Beitrag noch einmal Stellung nehmen.

Danke schön.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombos: Die CDU-Fraktion, bitte.

(Heinz Lehmann, CDU: Kein Koalitionsredner!)

– Ein Koalitionsredner, oder?

Gut, ich frage jetzt einmal: Wer möchte gern sprechen? Gibt es von den weiteren Fraktionen noch Redner? – Das ist nicht der Fall. Dann können Sie, Herr Dr. Müller, gleich fortsetzen.

(Antje Hermenau, GRÜNE:

Wir wollen keine Zeit verschwenden!)

Dr. Johannes Müller, NPD: Eine rege Debatte im Haus, das ist ja klasse!

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Verkauf der MIBRAG ist vollzogen. Wie es der Titel unseres Antrags bereits sagt, ist das Ergebnis die Stärkung eines Monopolisten, der sich nun auch in Deutschland an der Preistreiberei im Energiebereich beteiligen wird.

Das SPD-geführte Wirtschaftsministerium hat dabei – wie so oft – tatenlos zugeschaut. Mein Fraktionskollege Delle hatte es bereits im vorangegangenen Beitrag angedeutet: Meine Fraktion sieht in der Übernahme der MIBRAG durch das von CEZ beherrschte tschechisch-slowakische Konsortium erhebliche Gefahren für den deutschen Energiemarkt und langfristig nicht zuletzt die Gefahr erheblicher Preissteigerungen beim Strom.

Als bekannt wurde, dass die beiden amerikanischen Eigentümer der MIBRAG einen Verkauf beabsichtigten, hatte sich meine Fraktion deshalb dafür eingesetzt, dass der Freistaat Sachsen gemeinsam mit den beiden anderen mitteldeutschen Ländern, dem Freistaat Thüringen und Sachsen-Anhalt, die MIBRAG erwerben und als Staatsunternehmen weiterführen sollte. Nur ein Unternehmen in Staatshand hätte mittelfristig die Strompreise aller Anbieter wieder auf ein Normalmaß bringen können. Unser Ruf blieb leider erwartungsgemäß ungehört.

Die einzige Stimme zum anstehenden Verkauf der MIBRAG kam seitens der Staatsregierung von Sachsens Wirtschaftsminister Thomas Jurk, der sich zwar medienwirksam um die 2 500 Arbeitsplätze bei der MIBRAG sorgte und auf zahlreiche Arbeitsplätze im Umfeld hinwies, aber außer der Sorge um die Arbeitsplätze konnte man eben nichts vernehmen.

Diese alleinige Sorge um die Arbeitsplätze war und ist aus unserer Sicht in diesem konkreten Fall eher unbegründet. Denn die MIBRAG selbst ist ein solide wirtschaftendes Unternehmen, das lediglich aufgrund der anstehenden Kosten für die Emissionszertifikate für die Amerikaner nicht mehr lukrativ genug war. Es war eben keine schwindelerregende Rendite zu erwarten. Die Gewinne des Unternehmens sind aber seit Langem stabil. Ein Indiz dafür ist nicht zuletzt die große Zahl von Kaufinteressenten.

Was Wirtschaftsminister Jurk aber völlig ausgeblendet hat, ist die Tatsache, dass mit einem anderen Eigentümer der MIBRAG auch negative Folgen für die sächsische Energiewirtschaft verbunden sein können. Man kann sich freilich auf den Standpunkt stellen, dass es doch kein Problem ist, wenn sich ein neues Unternehmen am deutschen Energiemarkt beteiligen will, weil das die Konkurrenz beleben könnte.

Wer aber heute angesichts ständig steigender Strompreise immer noch an einen echten Energiemarkt glaubt, der leidet sicherlich an Realitätsverlust. Meine Fraktion sieht in der Übernahme der MIBRAG durch CEZ eine ganze Reihe von Risiken.

Die tschechische CEZ gehört inzwischen zu den zehn größten Energiekonzernen Europas. Der Konzern hat damit bereits eine Monopolstellung erreicht und erwirtschaftet wie andere Staatsunternehmen Jahr für Jahr Gewinne in schwindelerregender Höhe. Ob ein solcher Konzern den ohnehin nicht vorhandenen deutschen Energiemarkt als Konkurrent bereichern kann, möchte ich deshalb hier stark bezweifeln.

Aufgrund der Monopolstellung, die CEZ bereits heute im europäischen Energiegeschäft einnimmt und stetig weiter ausbaut, wird sich der Käufer der MIBRAG früher oder später als neuer Zombie auf dem Energiemarkt erweisen, der seine marktbeherrschende Stellung gnadenlos auskosten wird.

Fakt ist, dass bereits jetzt ein erheblicher Teil des tschechischen Stroms nach Deutschland importiert wird. Zwar hat Deutschland derzeit insgesamt noch einen jährlichen Exportüberschuss bei Strom. Die Tschechische Republik und damit mehrheitlich der CEZ-Konzern liefert aber pro Jahr etwa 13 000 Gigawattstunden Strom nach Deutschland und ist dabei neben Frankreich der Hauptlieferant für Strom in die Bundesrepublik.

Wenn CEZ als Hauptlieferant auch noch Teile der inländischen Stromerzeugung unterhält, dürfte jedem Kind klar werden, dass der Konzern bereits jetzt mehr als eine marktrelevante Stellung eingenommen hat, zumal die Tschechen bereits angekündigt haben, ihren Strom zukünftig auch nach Osten zu exportieren. Dann ist Schluss mit billigem Strom aus Tschechien, und der Rubel rollt für das tschechische Staatsunternehmen auf deutschem Boden, weil das Unternehmen dazu in der Lage ist, das Angebot in Deutschland selbst zu verknappen. Ein weiterer Anstieg der Energiepreise und eine weitere Belastung der Verbraucher werden die Folge sein, und der viel

gepriesene Stromhandel in Deutschland gerät weiter zur Farce.

Die Frage, die sich stellt, ist also nicht nur eine Frage der Sicherung der Arbeitsplätze bei der MIBRAG, sondern vielmehr eine energiepolitische Frage, auf die unsere Regierung bisher keine Antwort gegeben hat. Die Tatsache, dass mit Vattenfall und CEZ inzwischen zwei ausländische Staatsunternehmen auf sächsischem Boden Kohle abbauen und damit Millionengewinne erzielen, ist für Sachsen und ganz Deutschland beschämend und lässt Jahr für Jahr Millionen Euro aus Deutschland abfließen.

Die Frage, warum die erfolgreiche Etablierung von Staatsunternehmen in anderen Staaten möglich ist, Deutschland und Sachsen dazu jedoch offensichtlich nicht in der Lage sind und obendrein noch die Kohlevorräte von ausländischen Unternehmen auf deren Rechnung verstromen lassen, konnte uns im Laufe der Debatte, die es ja nicht gegeben hat, aber auch im Laufe der Vordebatten bisher noch niemand erklären. Auch die Frage, warum die Staatsregierung nicht eingreift, um die Gewinne für Sachsen und Deutschland zu erwirtschaften, konnte uns keiner erklären. Ich muss gestehen, dass wir eine Erklärung jedoch auch nicht erwartet haben. Ich kann aber versichern, dass wir die Menschen im Land über die Folgen Ihrer verfehlten Politik und Ihre Verantwortung für die ständig steigenden Strompreise informieren werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Staatsminister Jurk, möchten Sie sprechen? – Bitte.

(Gitta Schübler, NPD: Jetzt kommt die Erklärung!)

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Grundprinzip einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung ist, dass private Unternehmen aus eigenem Gewinnstreben heraus auf dem Markt möglichst effizient konkurrieren. Diese unternehmerische Motivation, in neue Felder zu investieren, um Gewinne zu realisieren, kann nicht durch staatliche Planungsprozesse ersetzt werden. Ich denke, dies hat unsere eigene Vergangenheit eindrucksvoll gelehrt.

Die derzeitigen Bemühungen des Bundes und der Länder zur Unterstützung von strategisch wichtigen Unternehmen sind auf Unternehmen gerichtet, die sich im weitesten Sinne in Schwierigkeiten befinden. Hieraus eine mehr als populistische Forderung abzuleiten, dass man dann doch auch gleich noch mehr, also auch die gesunden Unternehmen wie die MIBRAG, verstaatlichen könnte, zeigt, dass der Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen wirklich nicht funktioniert.

Die öffentliche Verantwortung für die hier in Rede stehende Daseinsvorsorge beschränkt sich nach Ansicht der Staatsregierung auf die Gewährleistung einer sicheren und

bezahlbaren Energieversorgung für Haushalte und Unternehmen. Die Staatsregierung sieht die Energieversorgung in Sachsen nicht als gefährdet an. Daher besteht kein Anlass für eine staatliche Intervention, schon gar nicht mit solch schweren Markteingriffen wie der Verstaatlichung von Unternehmen.

Es ist gerade umgekehrt: Hier in Sachsen haben wir Rahmenbedingungen geschaffen, die geeignet sind, unseren heimischen Rohstoff Braunkohle für die Energieversorgung auch weiterhin zu nutzen. Wenn diese Rahmenbedingungen Anreiz für Investoren und Investitionen in Sachsen sind, so freut uns das natürlich. Wir wären sehr froh, wenn es gelingen würde, auch für die Unternehmen in Schwierigkeiten Investoren zu finden, um so staatliche Interventionen zu vermeiden.

Auch bei den Unternehmen in Schwierigkeiten bemühen wir uns zunächst, die Rahmenbedingungen entsprechend anzupassen. Wir bemühen uns mit Sicherheit nicht, diese Unternehmen mit öffentlichen Mitteln zu kaufen.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Ich habe schon darauf gewartet.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Herr Staatsminister Jurk, für mich stellt sich wirklich die Frage: Wieso können andere Staaten – wie Schweden oder die Tschechische Republik – staatliche Unternehmen so führen, dass sie Gewinne erwirtschaften und damit die Staatskasse bereichern, dies jedoch in Sachsen und Deutschland nicht möglich erscheint? Diese Frage haben Sie bis jetzt nicht beantwortet.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Dann hören Sie mal noch ein wenig zu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es ist durchaus nicht so, dass die Staatsregierung im konkreten Falle der Veräußerung der MIBRAG untätig die Entwicklung abgewartet hat. Die MIBRAG hat die betroffenen Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt zeitnah im notwendigen Umfang über die Verkaufsverhandlungen informiert. Noch vor dem Vertragsabschluss hat sich der neue Eigentümer in meinem Hause vorgestellt und seine Ziele erläutert. Wir freuen uns, dass es gelungen ist, einen finanzstarken neuen Eigentümer für die MIBRAG zu finden. Das war der Anlass, der auch die amerikanischen Eigentümer dazu bewegt hat, sich auf den Märkten umzuschauen, wer die Anteile erwerben kann.

Für uns jedoch lag das Ganze im eigenen Interesse; denn wir haben eher ein gutes Gefühl, sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MIBRAG als auch für die Zukunft des mitteldeutschen Energiewirtschaftsstandortes, und ich möchte deutlich sagen: Sie haben die Probleme mit dem Zertifikathandel angesprochen. Ich denke, dass sie manchmal etwas überbetont werden, allerdings

steht eines fest: Geld verdienen Sie im Moment mit der Erzeugung von Strom nicht im Tagebau; das muss man wissen. Insofern ist der Einstieg in einen Tagebau etwas anderes als direkt in die Energieversorgung, und wir sind deshalb froh, dass der Abbauprozess in Sachsen durch ein namhaftes Unternehmen gewährleistet wird, allerdings mit dem Know-how und der Kompetenz der Beschäftigten in der MIBRAG.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sehen für Ihren Antrag kein Erfordernis.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Das Schlusswort, bitte, Herr Dr. Müller. – Kein Bedarf mehr? – Gut. Somit lasse ich nun über die Drucksache 4/14824 abstimmen. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei wenigen Stimmen dafür wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt und rufe auf

Tagesordnungspunkt 6

Engagement belohnen – Sächsische Lehrer leistungs- und bedarfsgerecht vergüten

Drucksache 4/14825, Antrag der Fraktion der FDP

Es beginnt die einreichende Fraktion, die FDP; danach folgen CDU, Linksfraktion, SPD, NPD, GRÜNE und die Staatsregierung, wenn gewünscht. Herr Abg. Herbst, bitte.

(Präsidentenwechsel)

Torsten Herbst, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies ist eigentlich eine wunderschöne Fortsetzung der Debatte, die wir heute Morgen begonnen haben, nämlich über Lehrer und Anreize für Lehrer, in Sachsen zu arbeiten. Einige von Ihnen haben es ja mitbekommen: Seit einigen Wochen hängen in Deutschland schwarz-beige-farbige Plakate, auf denen steht: „Sehr guten Morgen, Herr Lehrer!“ und „Jetzt bewerben!“ – Das ist die Kampagne von Baden-Württemberg, und sie zeigt uns ganz klar, dass es einen bundesweiten Wettbewerb um gute Lehrkräfte gibt; und ob uns dieser Wettbewerb gefällt oder nicht – stellen müssen wir uns ihm.

Unsere Antwort heißt dabei nicht Verbeamtung oder bundesweiter Lehrereinkommen. Wir sind für einen Ansatz, der Einsatz, Fleiß und Kreativität belohnt.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wollen wir eine leistungsbezogene Bezahlung für Lehrkräfte, und deshalb wollen wir eine Möglichkeit, Gehaltszuschläge für besonders umworbene Lehrer zu zahlen. Das Ziel Sachsens muss es sein, die besten Lehrer hier im Freistaat zu halten und die besten Schüler für den Lehrerberuf zu begeistern.

(Beifall bei der FDP)

Bei den Gehaltszuschlägen für besonders umworbene Lehrer existieren bereits heute tarifvertragliche Grundlagen. Unterbreiten wir den Lehrern, die uns besonders wichtig sind, doch ein gutes Angebot und halten wir sie hier in Sachsen! Natürlich werden einige einwenden: Dann gibt es Unterschiede. – Das ist so; aber ich halte es allemal für besser, Unterschiede zu machen, als dass guter Berufsnachwuchs Sachsen den Rücken kehrt, und Gleichmacherei hilft nicht, Lehrermangel zu bekämpfen.

(Beifall bei der FDP)

Leistungsorientierte Bezahlung ist keine ausschließliche Idee der FDP-Fraktion. Am 1. November 2006 trat ein Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst in Kraft, der ein völlig neues Element vorsah. Erstmals war darin ein Einstieg in die Leistungsbezahlung vorgesehen. Wir loben ja nicht immer die Gewerkschaften oder öffentlichen Arbeitgeber, aber zumindest war das ein positiver Ansatz. Der Haken daran: Leider wurde diese Klausel bundesweit nie umgesetzt; und am Ende kam es noch schlimmer: Im neuen Tarifvertrag vom 1. März 2009 wurde selbst dieser zarte Ansatz einer leistungsorientierten Bezahlung wieder gestrichen. Die Tarifpartner haben den Lehrern in Sachsen damit einen Bärendienst erwiesen. Wir bedauern das ausdrücklich.

(Beifall bei der FDP)

Immerhin haben selbst CDU und SPD das Problem schon einmal erkannt; denn sie waren es, die am 19. Juli 2004 einen Antrag mit der Drucksachenummer 4/9449 stellten. Der Titel lautete: „Einführung der leistungsbezogenen Bezahlung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Freistaat Sachsen“. Dieser Antrag hat es sogar auf die Tagesordnung des September-Plenums 2007 geschafft. Können Sie sich noch erinnern, was damit passierte? Herr Brangs stellte sich ans Mikrofon und sagte: Wir ziehen den Antrag zurück. Seine Begründung war: Als Politiker dürfen wir uns nicht in die Tarifautonomie einmischen.

Nun frage ich mich, warum bei dieser Diskussion gerade SPD-Stimmen bei Arbeitskämpfen immer besonders laut sind und man sich auch gern feiern lässt, und ich frage mich auch, wer eigentlich Arbeitgeber und Tarifpartner für die Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen ist. Das ist doch wohl der Freistaat! Der Freistaat sollte daran interessiert sein, dass wir eine vernünftige Lösung für die Lehrerinnen und Lehrer finden.

(Beifall bei der FDP)

Es mag ja sein, dass die SPD tiefes Vertrauen in das Wirken des sächsischen Kultusministers hat. Ich muss

ganz ehrlich sagen, dass wir dieses Vertrauen nicht haben. Aber Sie haben in der Koalition vielleicht andere Erfahrungen gesammelt.

Meine Damen und Herren! Leistungsprämien sind angedacht, um besondere Leistungen zu fördern. Das spiegelt sich im Wort Leistungsprämie wider. Mangels Umsetzungsvereinbarung wurde das Geld bisher im Freistaat pauschal an die Beschäftigten ausgezahlt. Gleichmacherei statt gezielte Belohnung – das ist eigentlich der falsche Ansatz.

(Beifall bei der FDP)

Weil wir nicht nur kritisieren wollen, sondern auch loben, möchte ich ausdrücklich sagen, dass wir sehen, dass es im Haushalt einen Topf für Leistungsprämien gibt und dass diesen der Freistaat eingeführt hat. Aber wir sehen auch, dass es weniger als 1 % der gesamten Lohnsumme umfasst. Damit wirkliche Anreize zu schaffen ist schwierig.

Meine Damen und Herren! Wir wissen auch nicht, was in diesem Jahr noch passieren wird. Dass die Steuereinnahmen zurückgehen, ist klar. Heißt das aber auch, dass die Leistungsprämie gestrichen wird? Dazu darf es aus unserer Sicht nicht kommen.

(Beifall bei der FDP)

In der Begründung ihres Antrages von 2007 haben CDU und SPD festgestellt: Die leistungsbezogene Bezahlung enthält die Chance zur Erhöhung der Motivation der Beschäftigten. Damit haben Sie ganz recht. Genauso ist es und darum geht es. Wer sich im Unterricht besonders kreativ engagiert, außerunterrichtliche Aufgaben in Größenordnungen wahrnimmt und sich in besonderem Maße weiterbildet, der soll auch finanziell etwas davon haben. Meine Damen und Herren, wer mehr leistet als der Durchschnitt, der sollte auch mehr verdienen dürfen als der Durchschnitt. Dieser Auffassung sind wir jedenfalls.

(Beifall bei der FDP)

Nun werden einige einwenden: Leistungsorientierte Bezahlung kostet auch Geld. Herr Dr. Rößler als finanzpolitischer Sprecher weiß das. Doch schauen wir uns einmal an: Allein die jüngste Tarifierhöhung kostet Sachsen etwa 200 Millionen Euro. Ich denke, dass man darin einen leistungsorientierten Bestandteil aufnehmen könnte. Das wäre machbar.

Dabei reden wir noch gar nicht über Ausbildungskosten. Jeder Lehrer, den wir hier in Sachsen an unseren Universitäten ausbilden, kostet mehrere 10 000 Euro. Nun ist es zwar eine schöne Aufbauleistung; dass wir dann vielleicht unsere Lehramtsstudenten nach Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen schicken, ist unsinnig. Auf diesen Soli-Beitrag können wir in Sachsen verzichten.

(Beifall bei der FDP)

Leistungsorientierte Bezahlung ist nicht nur Theorie, sondern sie funktioniert in der Praxis. Es gibt viele Vorschläge, wie man gerade an Schulen nach objektiven Leistungskriterien eine leistungsorientierte Bezahlung

umsetzen kann. Es gibt andere Bereiche, die das vormachen. Es gelingt den freien Trägern. Es gelingt privaten Unternehmen. Es gelingt dem Bund und es gelingt deutschen Kommunen als Arbeitgeber.

Wichtig ist uns, dass die individuelle Leistungsbewertung nicht durch die Kultusbürokratie vorgenommen wird. Hier ist vor allem die Schulleitung gefragt, aber auch Eltern und Schüler sollen mitreden können. Leistungsbewertung setzt voraus, dass Ziele gesetzt werden und dass die Einhaltung von Zielen überprüft wird.

Heute früh hatte Martin Dulig in der Debatte so schön gesagt: Haben wir den Mut, den Schulen mehr zuzutrauen. Wir trauen ihnen wirklich mehr zu. An solchen Punkten zeigt sich, ob man in der Lage ist, ein Stück weit Verantwortung einer zentralen Bürokratie abzugeben und Verantwortung vor Ort zu delegieren, damit die Motivation steigt.

Bei der leistungsbezogenen Bezahlung geht es nicht allein um Gehaltsfragen. Wir wissen auch, dass ein Lehrer, wenn er 200 Euro im Jahr mehr bekommt, seine Arbeitsleistung nicht komplett ändert. Es geht um eine Anerkennung von Leistung. Es geht um Motivation. Das Ziel des Ganzen ist eine bessere Unterrichtsqualität. Die höhere Unterrichtsqualität ist es, um die wir uns als Freistaat bemühen müssen. Dazu kann eine leistungsbezogene Bezahlung beitragen.

Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Das war die einreichende Fraktion. Es folgt die CDU-Fraktion. Sie hat Herrn Seidel gemeldet. Ich kann ihn jetzt gar nicht entdecken.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE –
Thomas Colditz, CDU: Ich bin beurlaubt! –
Heiterkeit im Saal)

Das ist ein Novum; die CDU fällt heute aus. Dann kommt jetzt DIE LINKE an die Reihe. Frau Falken, Sie haben das Wort.

Cornelia Falken, Linksfraktion: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist jetzt wirklich ein wenig schade, denn ich hatte mich schon auf den Redebeitrag der CDU gefreut.

(Heiterkeit bei der Linksfraktion,
der FDP und den GRÜNEN)

Das wäre eine sehr interessante Geschichte geworden, auf die man noch einmal hätte einsteigen können. Aber gut, dann konzentrieren wir uns eben auf den Redebeitrag von Herrn Herbst und auf den Antrag.

Um es gleich vorwegzusagen – und darüber werden Sie sich nicht sehr wundern –: Meine Fraktion wird diesen Antrag ablehnen.

Herr Herbst, Sie werden sich hoffentlich daran erinnern: Bereits im September haben wir nach einem Antrag Ihrer

Fraktion über dieses Thema hier im Hohen Haus diskutiert und gesprochen. Dabei haben wir deutlich festgestellt, dass wir in diesem Punkt nicht auf einen Nenner kommen. Soweit ich mich erinnere, gab es auch andere Fraktionen, die das nicht unterstützt haben.

Schule, Unterricht, Lehrer und Schüler zu betrachten wie ein Unternehmen oder einen Betrieb ist etwas, was uns extrem widerstrebt. Ich hoffe, dass das in Sachsen und hoffentlich auch in Deutschland niemals passieren wird.

(Beifall des Abg.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion)

Herr Herbst, ich denke, sicher wird das ein wesentlicher Punkt sein, weshalb Sie nicht in die Regierung kommen werden. Aber falls doch, hoffe ich sehr, dass Sie genau die Punkte, die Sie in Ihrem Antrag gestellt haben, nicht umsetzen werden. Denn genau diese Punkte, die in dem Antrag stehen, wirken nicht motivierend, sondern eher demotivierend in den Schulen. Ich werde Ihnen das nachher an Beispielen darstellen.

Zunächst möchte ich wissen – ich hoffe, Sie gehen noch ein zweites Mal zum Pult oder beantworten das im Schlusswort –, was Sie eigentlich unter leistungs- und bedarfsgerechter Vergütung verstehen. Was sind denn für Sie Leistungen? Sie haben versucht, es kurz zu formulieren. Für die Feststellung der entsprechenden Leistungsgelder sind Leistungen für Sie Einsatz, Fleiß und Kreativität. Haben Sie sich einmal überlegt, wie man einen Lehrer im Schulbetrieb nach diesen drei Kriterien einschätzen kann und vor allem wer das tun soll?

Spitzenleistungen – was ist denn das? Wie schätzen Sie denn eine Spitzenleistung eines Lehrers an sächsischen Schulen ein?

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Neulich las ich in der Zeitung von Herrn Wöller, was Leistungen eines Lehrers sind. Ich hoffe, dass die Journalisten das nicht richtig interpretiert haben. Man will die Leistungen eines Lehrers in Sachsen daran messen, welche Prüfungsergebnisse die Lehrer mit den Schülern erreicht haben oder welche tollen Bildungsempfehlungen fürs Gymnasium geschrieben worden sind. Das ist doch keine Ermittlung der Leistungen eines Lehrers!

(Beifall bei der Linksfraktion)

Ich gehe davon aus, dass Sie das nicht wirklich wollen. Denn einen Schüler von der Note 4 auf eine 3 zu bringen ist keine Leistung eines einzelnen Lehrers, sondern immer eine Teamarbeit innerhalb der Schule. Eine einzelne Leistung ist überhaupt nicht messbar und gar nicht möglich.

Kommen wir zu einigen Fragen, die ich habe und die in dem Antrag überhaupt nicht beantwortet werden. Was verstehen Sie denn unter Bedarf an sächsischen Schulen? Wir haben vorhin schon einmal darüber gesprochen. Ich habe erklärt, wie Lehrer bezahlt werden. Ist der Bedarf für Sie der reine Unterricht oder gehört zum Bedarf im

Lehrerbereich wesentlich mehr? Der Lehrer hat extrem viele unteilbare Aufgaben. Diese unteilbaren Aufgaben werden ihm im Freistaat Sachsen nicht wirklich vergütet. Gehört das zur Prämie, zur Leistungsbezahlung, oder nicht? Das halten wir für nicht wirklich zu benennen und nicht wirklich zu erfassen.

Wie soll in den Schulen bewertet werden? Sie haben es schon dargestellt; das Kultusministerium soll nicht bewerten. Wer soll das tun? Soll das der Schulleiter machen?

(Zuruf des Abg. Martin Dulig, SPD)

– Herr Dulig, vielleicht fährt die FDP herum. Das kann ja sein.

Soll das der Schulleiter machen? Sollen das die Schüler machen? Sollen das die Eltern machen? Sollen es alle gemeinsam machen? Welches Kriterium ist es dann? Die Beliebtheit des Lehrers beim Schulleiter oder die Beliebtheit des Lehrers bei den Schülern? Welche Form der Beliebtheit beim Schüler ist denn ein Lehrer wirklich wert? Welche Kriterien wollen Sie dafür ansetzen?

(Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD:

Viele Witze erzählen! – Heiterkeit)

– Zum Glück gibt es Schüler, die auch ein wenig gefordert werden wollen. Aber, genau – der eine Schüler ist so und der andere so. Ich denke, mit diesem Verfahren, das Sie sich überlegt haben, ist das in der Praxis nicht umzusetzen.

Ich möchte Ihnen erklären, was Bewertungsverfahren in der Praxis an sächsischen Schulen bedeuten.

Wir hatten an den sächsischen Schulen die Höhergruppierungsverfahren – im Grundschulbereich dreimal, im Mittelschulbereich einmal –, weil nicht genügend Haushaltsstellen zur Verfügung standen, um die Lehrer in die entsprechende Eingruppierung zu bringen. Diese Verfahren an den Schulen haben an vielen Stellen zur absoluten Demotivierung geführt. Was ist passiert? Das Kultusministerium hat vorgeschrieben, wie viel Höhergruppierungen möglich sind – das ist klar, das kann man aus dem Haushalt ausrechnen, kein Thema –, und den Schulen zugeordnet. Das heißt, es gab Schulleiter, die sich sehr intensiv damit beschäftigt haben, ihre Lehrer so objektiv, wie es geht, zu beurteilen. Danach haben sie ein Computerprogramm bekommen, in dem sie eingeben mussten, wie viele Lehrer übrig bleiben, und danach wurde mit dem Computerprogramm die entsprechende Bewertung durchgeführt. Das hat natürlich extrem zur Demotivierung geführt.

Wenn Sie von den Prämien sprechen, die derzeit oder wieder einmal nach Haushaltslage – insofern haben Sie schon recht; immer so, wie die Haushaltslage ist – ausgeteilt werden oder auch nicht, dann haben Sie einen Schlüssel, logisch, kein Thema. Aber wenn ich eine Schule habe, die weniger als 20 Lehrer hat, dann bekommen die gar keine Prämie, egal, wie gut diese sind oder auch nicht. Das sind doch alles Kriterien, die für eine Bewertung überhaupt nicht relevant sind.

Jetzt habe ich gezeigt, wie es wirklich nicht geht. Vielleicht erklären Sie uns, wenn Sie das vorhaben und machen möchten, wie es gehen könnte. Aber de facto ist es doch so, dass wir eine leistungsbezogene Bezahlung im Lehrerbereich nicht einführen sollen und nicht einführen dürfen. Nicht umsonst haben die Gewerkschaften, Herr Herbst, sich genau diesen Passus der leistungsbezogenen Prämie teuer, sehr teuer in diesem Tarifvertrag abkaufen lassen, weil genau diese Regelung nicht funktioniert.

Wir fordern deshalb, dass die Bedingungen an sächsischen Schulen, so wie wir es bereits heute früh in der 1. Debatte gemeinsam besprochen haben, verändert werden, sodass Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen für Lehrer in Sachsen wieder erträglich und für die Arbeit mit den Schülern erfolgreich sein können. Motivierend ist das nicht.

(Beifall bei der Linksfraktion)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Es folgt die SPD-Fraktion, Herr Prof. Weiss.

Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der FDP-Fraktion hat zwar, wie so oft, eine blumige Überschrift und dann doch nur wieder einen Inhalt, der weder zielführend noch umsetzbar ist.

(Beifall der Abg. Cornelia Falken, Linksfraktion)

Im Grunde genommen handelt es sich um die Aufkündigung des gerade geschlossenen Tarifvertrages. Sie, meine Damen und Herren der FDP, wollen einen Teil der zur Verfügung stehenden Gehaltsmittel leistungsbezogen verteilen. Sie wollen damit den Wettbewerb unter den Lehrern fördern und gute Arbeit honorieren. Das Letztere, also Ihre Absicht, gute Arbeit zu belohnen, will ich gern würdigen. Diese gute Absicht erkenne ich. Das Erstherr aber, der Wettbewerb, führt im Zusammenhang mit Bildung immer in die Irre.

Nun ist die FDP ja bekannt für ihr Faible für Wettbewerb und freie Märkte. Wir können uns gerade davon überzeugen, wohin das im Extrem führen kann und wie schnell dann die Allgemeinheit teuer retten soll, was manchmal kaum noch zu retten ist. Das wollen Sie jetzt auch noch unseren Schulen bescheren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich unterstelle Ihnen nicht, dass Sie diese Folgen wollen, die unregulierte Märkte und Wettbewerb eben so mit sich bringen. Aber ich konstatiere, dass Sie in der Frage des Wettbewerbs an Schulen beratungsresistent sind, denn wir reden nicht zum ersten Mal über das Problem.

(Beifall bei der SPD und der Linksfraktion)

Was wollen Sie eigentlich mit Ihrem Wettbewerb der Lehrer und Leistungszuschlägen erreichen? Natürlich mehr Leistung im Durchschnitt. Aber haben Sie bedacht, dass es bei Wettbewerben nicht nur Gewinner, sondern immer auch Verlierer gibt? Können wir uns die an unseren Schulen wirklich leisten, und wollen Sie wirklich an

unseren Schulen statt Teamgeist und Teamverantwortung gute und schlechte Einzelkämpfer, wer immer das auch bewerten soll?

Damit bin ich schon beim nächsten Problem Ihres nur scheinbar verführerischen Ansatzes. Wer soll denn – diese Frage wurde schon von Ihnen, Frau Falken, gestellt – überhaupt beurteilen, wer mehr leistet als der andere? Die Tätigkeit eines Lehrers ist so komplex und die Bedingungen an den Schulen und in den Klassen sind so verschieden, wie es Schülerinnen und Schüler gibt. Wohlgedemert, wir sprechen hier nicht von Funktionszulagen, die gibt es bereits. Ich lese nirgendwo in Ihrem Antrag, dass Sie diese ausweiten wollen. Wie schnell aber kann das Instrument des Leistungszuschlages zu einem Instrument der Gefügigkeit, der Anpassbarkeit oder der Kumpanei werden!

(Beifall bei der SPD, der Linksfraktion und den GRÜNEN)

Sie wissen wie ich, dass dies nicht aus der Luft gegriffene Vermutungen sind, sondern dass wir an den Grundschulen einschlägige negative Erfahrungen bei der Verteilung der Aufstockungsstunden zur Teilzeit beobachten konnten. Im Übrigen gab es ähnliche Erfahrungen schon in der DDR. Die können Sie nicht kennen, Herr Herbst, das konzidiere ich. Ich erwähne die Begriffe LAZ und LOZ. Das eine war der leistungsabhängige Zuschlag und das andere war der leistungsorientierte Zuschlag, der Letztere also für Versprechungen oder Wechsel auf die Zukunft und das andere für irgendwelche Berichte, die man sich aus der Schublade holte.

Herr Herbst, das hat man in den Schulen versucht, das hat man in den Hochschulen versucht, und das führte zu dem oben beschriebenen Desaster.

Sie schlagen in der Begründung einen Bewertungskatalog vor, aber nicht im Detail, sondern einfach als billige Forderung. Sie haben aber wahrscheinlich keine Ahnung von den üblichen Beurteilungen, die es bereits gibt und die doch hoch problematisch sind. Warum? Weil ein Teil einer solchen Einschätzung rein subjektiv durch den Schulleiter erfolgen muss, weil Voraussetzung für manches Engagement auch die Wahrnehmung einer entsprechenden Funktion ist, die man jedoch erst einmal bekommen muss, weil der Bildungserfolg der Schüler nicht berücksichtigt wird und wohl auch kaum eins zu eins an einem einzigen Lehrer festgemacht werden kann, kurz: weil eine solche Beurteilung zwar dienstrechtlich erforderlich ist, in der Sache aber höchst problematisch und den komplizierten Prozessen an der Schule überhaupt nicht angemessen und weil sie auch für eine gute Schule überhaupt nicht nötig ist.

Zurück zu Ihrem Antrag. Sollten wir schließlich, bevor wir über Leistungszuschläge sprechen, erst einmal dafür sorgen, dass entsprechend der erbrachten Leistung Lehrer auch gleich eingestuft werden? Wir hätten zurzeit noch nicht einmal die Basis für einen fairen Wettbewerb.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun weist der Antrag in der Begründung erstaunlicherweise noch auf einen ganz anderen Aspekt hin, den des bundesweiten Wettbewerbs um Lehrer. Zu diesem Wettbewerb hatten wir ja heute Vormittag schon eine Debatte. Im Kontext Ihres Antrages aber konterkariert diese Begründung nun gänzlich den Leistungsgedanken, den Sie im Titel monsterranzartig vor sich hertragen. Es geht gar nicht um Leistung, es geht hier um die Bewältigung von Mangel. Ist es wirklich eine Leistung, ein Mangelfach studiert zu haben und nun auf dem Markt nachgefragt zu werden? Nein, natürlich nicht. Wenn Sie vielleicht am Anfang meines Beitrages noch irritiert waren, weil ich hier vom freien Markt rede, der doch im Antrag gar nicht vorkommt – hier haben wir ihn, den freien Markt, und zwar nichts weiter als diesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Antwort auf das Problem haben wir heute Vormittag gegeben. Wir brauchen – mein Fraktionschef Martin Dulig hat das gesagt – mehr Verantwortung in den Schulen, damit attraktive Arbeitsbedingungen für Lehrer geschaffen werden, und zwar so, dass sie als Team arbeiten und sich gegenseitig ergänzen, dass die Schwäche des einen auf irgendeinem Gebiet durch die Stärke eines anderen Kollegen ausgeglichen wird, dass an den Schulen genügend Spielraum vorhanden ist, sich fehlende Kompetenzen anzueignen, dazuzukaufen oder im Austausch dazu zu erhalten, dass die Lehrer sich weiterentwickeln, ihre spezifischen Stärken ausprägen und einbringen können, ohne gegebenenfalls von irgendwelchen Schwächen behindert zu werden, und dass sie nicht nur über Unterrichtsstunden definiert und damit zu Stundenhaltern degradiert werden. Ja, all dies kann auf einer gesicherten und gleichen Gehaltsbasis auch durch besondere Vergütung besonderer Leistungen aus den den Schulen zur Verfügung stehenden Finanzmitteln durchaus ergänzt werden, aber nicht auf der Grundlage staatlichen oder Verwaltungshandelns, sondern allein durch transparente und in der Schule selbst gefällte Entscheidungen. Dafür brauchen wir aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine ganz andere Ressourcenverteilung an den Schulen, über die zu sprechen jetzt zu weit führen würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch aus eigener Erfahrung etwas hinzufügen: Die Motivation für einen Lehrenden – egal, ob an einer allgemeinbildenden Schule oder einer Hochschule, ganz egal wo – ist nicht plus/minus hundert Euro im Gehaltszettel. Es sind die dankbaren Augen der Schüler, es ist der Erfolg der Schülerinnen und Schüler im späteren Beruf und in der Weiterbildung, es ist der Stolz auf diese Schüler, die eine Lehrerin oder einen Lehrer motivieren.

(Beifall bei der SPD, der CDU,
der Linksfraktion und den GRÜNEN)

Der Leistungsgedanke, der vielleicht für die Wirtschaft taugt, ist für die Bildung absolut kontraproduktiv.

(Beifall bei der Linksfraktion und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der FDP, Sie werden folglich nach dem Gesagten nicht überrascht sein, dass wir Ihrem Antrag nicht zustimmen werden.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Als Nächstes folgt die NPD. Frau Schübler, jetzt haben Sie das Wort.

Gitta Schübler, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch die FDP will sich also der sächsischen Lehrer annehmen. Ich habe einige grundsätzliche Ausführungen zu dem Thema bereits heute früh in der Aktuellen Debatte gemacht und möchte mich jetzt kurz fassen.

(Zuruf von der Linksfraktion:
Wir haben es in bester Erinnerung!)

Wem die FDP mit ihrem Antrag wirklich einen Gefallen tun will, weiß ich bis jetzt allerdings nicht. Allein der Titel „Engagement belohnen – Sächsische Lehrer leistungs- und bedarfsgerecht vergüten“ verrät schon, dass wir es hier mit einem ideologisch geprägten Antrag der Liberalen zu tun haben. Folgt man der Logik der FDP, muss man annehmen, dass es in Sachsen allzu viele Lehrer gibt, die sich in ihrem schwierigen Beruf nicht engagieren, weshalb dringend eine Leistungsvergütung her muss. Abgesehen davon, dass es das ohnehin schon gibt und die Schulleiter ständig ihre Lehrer bewerten müssen, ärgert einen einfach schon die Unterstellung, dass alles gut wird, wenn nur endlich Leistungsvergütung eingeführt wird. Was haben Sie nur für eine schlechte Meinung von Sachsens Lehrern, Herr Herbst und die FDP? Ihr Problem scheint zu sein, dass Sie gar nicht wissen, was Lehrer heute ohnehin schon leisten müssen. Frau Falken ist ja vorhin ausführlich darauf eingegangen. Stattdessen sehen Sie allen Ernstes gleich eine Bedrohung des sächsischen Bildungssystems und fordern in Punkt III Ihres Antrages den Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder.

Darum, denke ich, geht es Ihnen nämlich in Wahrheit. Sie wollen aus der Tarifgemeinschaft aussteigen und damit den Versuch unternehmen, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst künftig finanziell schlechter zu stellen. Ich hoffe, dass sich Ihr Ansinnen unter den Lehrerinnen und Lehrern herumspricht und Sie am 30. August möglichst wenig Stimmen von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst erhalten. Hinter Ihrem Verständnis des Begriffs Leistung steht doch nur die Absicht, die Arbeitnehmer, egal ob im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft, noch mehr zu hetzen oder gegeneinander auszuspielen, letzten Endes also noch mehr auszubeuten. Wir werden Ihren Antrag deshalb ablehnen.

Danke.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Und die erste Runde für Frau Günther-Schmidt von den GRÜNEN; bitte.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nun führen wir also die Aktuelle Debatte von heute Morgen weiter. Allerdings ist der Antrag insofern nicht aktuell, als der Tarifvertrag der Länder inzwischen abgeschlossen wurde. Wir wissen, dass der Abschluss nicht nach dem Geschmack der FDP ist. Aber das macht nichts, dafür gibt es ja Tarifautonomie.

(Beifall der Abg. Cornelia Falken, Linksfraktion)

Dieselbe FDP, die sich mit diesem Antrag in populistischer Manier für die Interessen der Lehrer einzusetzen vorgibt und eine bessere Bezahlung für diese Berufsgruppe einfordert, hat noch am 2. Februar in einer Pressemitteilung vor dem Hintergrund der Tarifaufeinandersetzung an sächsischen Schulen diese als „Schlachtfelder für Gewerkschaftsinteressen“ bezeichnet und geklagt, dass Schüler in „Geiselschaft von Gewerkschaftsbossen“ genommen werden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Zurufe von der FDP)

Ich glaube, es ist deutlich geworden, Herr Günther hat es noch einmal bestätigt. Halten wir also fest: Die FDP ist einerseits wohl dagegen, dass Lehrer, obwohl nicht verbeamtet, ihr Streikrecht in Sachsen nutzen, eine bemerkenswerte ordnungspolitische Ansicht. Konsequenz wäre es dann wohl, wenn wir in der Folge ein faktisches Streikverbot für Lehrer aussprechen würden. Ich stelle hier für meine Fraktion klar, dass wir das natürlich nicht wollen. Wir stehen ohne Wenn und Aber an der Seite der Lehrerinnen und Lehrer.

(Tino Günther, FDP: Aber die Lehrer hauen ab!)

– Herr Günther, Sie können sich ja gern zu einer Zwischenfrage melden. Ich wäre an Ihrer Stelle auch peinlich berührt, wenn ich solch einen Antrag abgeliefert hätte.

(Beifall bei der Linksfraktion –
Zuruf des Abg. Tino Günther, FDP)

GRÜNE stehen natürlich an der Seite von Lehrerinnen und Lehrern, wenn diese Tarifaufeinandersetzungen führen. Andererseits weiß die FDP angeblich selbst am besten, was das Beste für Lehrerinnen und Lehrer ist. Leistungsgerechte Entlohnung heißt das Zauberwort. Immerhin hat auch die FDP schon gemerkt, dass im aktuellen Doppelhaushalt 14 Millionen Euro für Leistungsprämien vorgesehen sind. Nun kann man ja gern über den Ausbau dieses Gehaltselements philosophieren, aber dann muss man das auch verantwortlich und jenseits des üblichen FDP-Populismus tun.

Was aber schlägt die FDP-Fraktion hier vor? Sie beauftragt die Staatsregierung, geeignete Kriterien für eine Leistungsbewertung von Lehrern zu erarbeiten, welche auch Bewertungen von Eltern und Schülern einbezieht. Leider haben sich die Kollegen nicht ansatzweise die Mühe gemacht, das einmal zu Ende zu denken. Vielleicht soll nach Ihrer Ansicht ja auch das Internetportal „Spickmich.de“, bei dem Schülerinnen und Schüler schon heute

ihren Lehrern Noten geben, herangezogen werden. Oder vielleicht meinen Sie eher eine erfolgsbezogene Entlohnung von Lehrern? Vielleicht sollen ja die Lehrer, deren Schüler die meisten guten Noten nach Hause bringen, ein besseres Gehalt bekommen als diejenigen, die etwas strenger urteilen. Welche Rolle spielen dann aber die individuellen Voraussetzungen von Schülerinnen und Schülern?

Haben Sie sich einmal mit dem britischen Merit-Pay-System auseinandergesetzt, in dem die Testergebnisse der Schüler Hauptkriterien für die Höhe des Gehalts der Lehrer sind, was im Übrigen zu einem Verhalten des Teach-to-the-test führt und eben nicht zu einer besseren Bildung. Lehrer würden dann erst recht nur noch Fakten pauken, die demnächst abgefragt werden. Aber Bildung ist nun einmal mehr als kurzfristig abrufbares Wissen.

Ich hätte keine Schwierigkeiten, wenn Lehrer, die an Ganztagschulen zusätzliche Aufgaben übernehmen, diese auch anständig honoriert bekämen. Ich hätte auch keine Schwierigkeiten, wenn der regelmäßige erfolgreiche Besuch von Weiterbildungen ein Kriterium bei dieser Entlohnung wäre. Ich könnte mir auch gut vorstellen, dass eine gewisse Eigenständigkeit von Schulen in finanzieller Hinsicht hier Berücksichtigung finden sollte. Aber so geht es eben nicht.

Ungelöst bleibt für mich weiterhin das Problem, ob die Schule dann insgesamt nach den Regeln des Marktes funktionieren soll. Wird der Schüler, wenn er mit der Lehrerbewertung auf den Preis des Angebots des Lehrenden direkten Einfluss nehmen kann, dann zum Kunden? Oder soll ein Modell geschaffen werden, in dem Preise und Konkurrenz nur simuliert werden?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Aber der FDP-Fraktion war es wohl zu viel Arbeit, ihren Antrag in dieser Richtung zu qualifizieren. Es ist wohlfeil, eine leistungsgerechte Vergütung zu fordern. Etwas anderes ist es, die dafür erforderlichen objektiven Kriterien selbst zu entwickeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer regieren will, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, sollte sich zumindest ansatzweise auch schon einmal in der Opposition Lösungsmöglichkeiten überlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Das betrifft auch – wir haben uns heute Morgen schon Gedanken dazu gemacht – Lehrer, die Mangelfächer unterrichten. Eine Vergütung dafür? Warum?

Da wir in den Punkten I und II Ihres Antrags in jedem Fall über Vergangenes reden – wir wollen ihn an dieser Stelle nicht mehr beeinflussen –, bleibt nur noch Punkt III zur Diskussion. Sie fordern nun die Staatsregierung allen Ernstes auf, aus der Tarifgemeinschaft der Länder auszutreten. Hier schließt sich nun wieder der Kreis zur Lehrerschelte von Anfang Februar, als Sie völlig unangemessen

und bar jeder politischen Vernunft von „Geiselnhaft für Schüler“ sprachen. Im Grunde genommen machen Sie mit Punkt III Ihres Antrages auch nur deutlich, dass Sie Tarifverträge sowieso für schlecht halten und dass nicht nur Gewerkschaften das Übel sind, sondern auch deren Tarifpartner, in diesem Falle wohl die Länder.

(Stefan Brangs, SPD: Tarifautonomie!)

– Ja, nach deren Sicht schon. Sie wollen ein freies Spiel der Kräfte. An Interessenausgleich sind Sie aber überhaupt nicht interessiert, und ich kaufe Ihnen auch die Sorge um die Zukunft der sächsischen Bildung nicht mehr ab. Sie tun nur das, was Ihnen im Augenblick politisch opportun erscheint.

(Tino Günther, FDP: Das ist so was von gemein! – Zuruf des Abg. Thomas Colditz, CDU)

– Herr Colditz, ich würde mich so freuen, wenn Sie heute einmal zur Bildungspolitik sprechen würden, anstatt immer von der dritten Reihe „zu spucken“.

Sie bleiben, liebe Kollegin und Kollegen von der FDP, wie immer und gern an der Oberfläche und unfähig, die Folgen Ihrer Forderung differenziert zu behandeln. Auf die Zustimmung unserer Fraktion müssen Sie deshalb verzichten.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der Linksfraktion und der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren, das war die erste Runde. Ich eröffne die zweite Runde mit dem Vertreter der CDU-Fraktion. Herr Seidel, Sie haben das Wort.

Rolf Seidel, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin und Kollegen von der FDP, Ihren Antrag möchte ich ein bisschen nach dem klassischen Aufsatzschema – erstens Einleitung, zweitens Hauptteil und drittens Schluss – beantworten; wobei erstens und drittens nicht ganz so ernst zu nehmen sind.

Zu erstens, Einleitung: Im Deutschen Fernsehfunk der DDR gab es einige sehr beliebte Sendungen. Neben dem Sandmännchen und Willi Schwabes „Rumpelkammer“ war da auch ein Angebot,

(Uta Windisch, CDU: „Der Schwarze Kanal“!)

bei dem man sich zu Omas 70. Geburtstag ein Liedchen von Karel Gott oder bei der Silberhochzeit der Eltern vielleicht einen Sketch von Herricht und Preil bestellen konnte. Oder die FDJ-Jugendbrigade „Fleißiges Lieschen“ aus dem Leipziger Buntgarnwerk bestellte sich anlässlich ihrer Auszeichnung zum „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ den Puhdys-Hit „Alt wie ein Baum“ usw. usf. Das Ganze wurde moderiert von der charmanten Irmgard Düren und die Sendung hieß „Wünsch Dir was“. Und so verstehe ich auch Ihren Antrag, verehrte Kollegin und Kollegen.

Doch wir sind hier nicht bei „Wünsch Dir was“, sondern bei „Sind Sie sicher?“ im Sächsischen Landtag, und deswegen komme ich zum Punkt zwei, dem Hauptteil meiner Ausführungen.

Wir, das heißt die Staatsregierung und meine Fraktion, hatten vor acht Jahren beschlossen, auf die um die Hälfte sinkende Schülerzahl nicht mit dem Abbau von 50 % der Lehrerstellen zu reagieren, sondern mit 70 % der Lehrerstellen künftig ein pädagogisches Plus herauszuarbeiten und so die Bedingungen an unseren Schulen zu verbessern. Die seitdem durchgeführten entsprechenden nationalen und internationalen Untersuchungen haben uns die Richtigkeit dieses Weges eindrucksvoll bestätigt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Staatsministers Prof. Dr. Roland Wöllner)

Nun sind aber trotz des goldenen Handschlags und trotz Altersteilzeit besonders im Mittelschulbereich und in den Gymnasien noch weit mehr Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen, als Stellen vorhanden sind. So verhandelte also die Staatsregierung vor drei Jahren mit den Gewerkschaften einen Teilzeitvertrag, auch um auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten zu können. Wir sind ja heute Morgen schon darauf eingegangen. Wir in der Fraktion der CDU hatten unseren damaligen Minister Steffen Flath darum gebeten, neben einem Sockelbetrag für alle eine leistungsabhängige Entlohnung bis hin zu 100 % besonders für die Leistungsträger an unseren Schulen in diesem sogenannten Bezirkstarifvertrag zu verhandeln.

(Thomas Colditz, CDU: Ein weiser Ansatz!)

– Genau, Thomas! – Denn Leistungsorientierung liegt nicht nur im Interesse der Arbeitgeber; sie unterstützt auch die Motivation und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer und stellt einen wichtigen Beitrag zur Gerechtigkeit im öffentlichen Dienst dar. Leistungsorientierung als Instrument der Personalführung initiiert zusätzliche Kommunikationsprozesse zwischen Führungskräften und Mitarbeitern. Sie führt damit zur Verbesserung des Verständnisses zwischen den Belangen der Arbeitgeber und den Erfordernissen für eine gute Personalführung und gerechte und leistungsorientierte Entlohnung.

Meine Damen und Herren – das sage ich jetzt als einer, der 20 Jahre vor der Klasse stand –: Glauben Sie doch bitte nicht, dass alle Lehrerinnen und Lehrer den hier von Frau Falken geäußerten hehren Zielen nachstreben und sich ausschließlich um ihre Aufgabe kümmern. Mit bestem Wissen und Gewissen: Es gibt unter unseren Lehrerinnen und Lehrern auch einfach Stundenhalter, die ihren Job in der Schule abdiene, und Feierabend. Insofern ist eine solche Motivation auch über den wichtigsten Körperteil des Menschen, wie Georg Milbradt sagte, das Portemonnaie, durchaus wichtig.

(Beifall des Abg. Thomas Colditz, CDU, und bei der FDP – Zuruf der Abg. Cornelia Falken, Linksfraktion)

Aber schon hier zeigte das Ergebnis, dass sich die mitgliederstärkste Lehrgewerkschaft Sachsens – eine Vertreterin davon haben Sie gerade gehört – nicht damit anfreunden konnte und „gleicher Lohn für alle“ festgeschrieben wurde; und das, meine Damen und Herren von der FDP, ist so, denn ein Vertrag hat immer zwei Unterschriften darunter.

(Cornelia Falken, Linksfraktion:
Es wäre schön, wenn es so wäre!)

Mit dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst durch die Tarifgemeinschaft der Länder und den Tarifpartner ver.di im Jahre 2007 wurde erstmals verpflichtend der Einstieg in die Leistungsorientierung durch die Tarifpartner vereinbart. Dieser Schritt wurde auch in unserer Fraktion ausdrücklich begrüßt. Mit der Vereinbarung „neue Instrumente zur Leistungsorientierung“ haben die Tarifparteien die Reformfähigkeit des öffentlichen Tarifrechts nachgewiesen.

(Thomas Colditz, CDU: Richtig! –
Beifall des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Im Rahmen entsprechender Zielvereinbarungen oder Leistungsbewertungen wurde es möglich, individuelle Leistungen nach objektiven Gesichtspunkten einzuschätzen und diese Wertung zur Grundlage eines individuellen finanziellen Leistungsentgeltes zu machen – ob in Form von Einmalzahlung, befristeten Leistungszahlungen, leistungsabhängigen Aufstiegen in den Entgeltstufen oder ertragsorientierten Zahlungen. Damit war es nun möglich, in Anlehnung an die dynamische Entlohnung in der freien Wirtschaft auch den öffentlichen Dienst leistungsorientierter zu gestalten. Anfangs von 1 % der Lohnsumme ausgehend, sollte eine kontinuierliche Steigerung auf 8 % erfolgen. So weit zum Tarifvertrag von 2007.

Der Freistaat Sachsen hat diese Möglichkeiten besonders auch bei unseren Lehrerinnen und Lehrern konsequent und umfassend angewendet. Wir in der Fraktion hatten uns gemeinsam mit einigen Lehrgewerkschaften, nämlich dem Philologenverband und dem Sächsischen Lehrerverband, ernsthaft Gedanken darüber gemacht, wie die Kriterien zur Ausgestaltung dieser künftigen 8 % aussehen könnten. Schon das war nicht gerade vergnügungsteuerpflichtig, weil auch da die Interessen auseinandergehen.

Darüber hinaus – das hat mein Vorredner schon dargestellt – hat der Freistaat bereits im Jahr 2001 mit der Bereitstellung von entsprechenden Leistungsprämien außerhalb des Tarifvertrages für besonders engagierte Pädagoginnen und Pädagogen begonnen und nach zweijähriger Pause ab dem Jahr 2005 fortgesetzt. Die Motivation, die durch solche Leistungsprämien individuell honoriert wurde, hat nachweislich auch andere Kollegen positiv beeinflusst.

(Cornelia Falken, Linksfraktion: Beispiel!)

Immerhin konnten je nach Jahr 6 bis 10 Millionen Euro hierfür an die Leistungsträger vor Ort ausgezahlt werden.

Nun, meine Damen und Herren, haben wir seit einigen Tagen einen erneuten Tarifabschluss für alle Bediensteten der 16 Bundesländer, den wir einerseits begrüßen, weil ein schneller Abschluss folgte und uns weiterer Unterrichtsausfall an unseren Schulen erspart geblieben ist; andererseits ist aber die Leistungsorientierung in Form des Leistungsentgeltes nun leider nicht mehr Bestandteil des bestehenden Tarifvertrages zwischen den Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Offensichtlich haben sich hier die Gewerkschaftsbosse mit ihrer leistungsfeindlichen Auffassung durchgesetzt – leider.

(Stefan Brangs, SPD: Falsch!)

– Du kannst mich dann aufklären.

Nun wird aber – wir bedauern das ausdrücklich – ein erst vor zwei Jahren eingeschlagener Weg zu mehr Leistung im öffentlichen Dienst wieder verlassen. Wir betrachten das nicht nur vor dem Hintergrund wegfallender Anreize für die Arbeitnehmer als bedauerlich; auch das Image des öffentlichen Dienstes in der Wahrnehmung unserer Bevölkerung wird darunter leiden.

(Beifall des Abg. Thomas Colditz, CDU)

Wir sind darüber nicht glücklich, aber wir akzeptieren gleichzeitig das Ergebnis der Verhandlungen. Tarifautonomie ist ein grundgesetzliches Recht der Partner – also Arbeitgeber auf der einen und Gewerkschaften und Arbeitnehmer auf der anderen Seite. Dieses Recht wollen wir gewahrt wissen und mischen uns daher nicht ein, trotz unterschiedlicher Auffassungen. Wir haben nicht das Recht dazu, und das ist auch gut so.

Insofern, meine Damen und Herren von der FDP, werden wir Ihren Antrag ablehnen. Auch einen Austritt aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder sehen wir keinesfalls als notwendig und gut an. Der Freistaat Sachsen ist dort gut vertreten und sieht aus unserer Sicht sein Recht dort gewahrt. Was ein Austritt aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder bedeutet, sehen wir jetzt an der Entwicklung der Lehrerzahlen in Berlin, die dann auch gern Richtung Süden wandern.

Damit komme ich zum dritten Teil, dem Schluss.

Friedrich Christoph Oetinger, der von 1702 bis 1782 lebte, hat eine sehr kluge Lebensweisheit hinterlassen, die da lautet: „Herr, gib mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann. Gib mir den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann. Und gib mir die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.“

Diese Weisheit wünsche ich auch Ihnen von der Halbtagsprofilpolitikerfraktion.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD und des
Staatsministers Prof. Dr. Roland Wöllner)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Das war die Eröffnung der zweiten Runde. Welche Fraktion möchte darauf noch einmal reagieren?

(Torsten Herbst, FDP, meldet Redebedarf an.)

– Im Rahmen Ihrer Redezeit, Herr Herbst? Das Schlusswort haben Sie eh noch.

(Torsten Herbst, FDP, nickt.)

Der Minister spricht auch noch? – Okay.

Ich wollte Sie nur noch einmal auf unsere Gepflogenheiten hinweisen. Alles klar.

Torsten Herbst, FDP: Eigentlich wollte ich nicht in der zweiten Runde reden. Aber es kamen so viele Argumente; darauf kann man gern noch einmal eingehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Weltbild der Linken ist ein sehr interessantes. Mit „links“ meine ich, wenn ich meine Fraktion anschau, alles, was in diesem Plenarsaal links davon sitzt. Sie von den Linken sind der Auffassung: Alle müssen gleich sein. Es gibt niemanden, der ein bisschen besser sein darf; es gibt niemanden, der schlechter sein darf.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wie Sie dieses Prinzip beispielsweise im Sport umsetzen wollen, ist für mich fraglich. Jedes Fußballspiel würde 0 : 0 ausgehen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie Produkte einkaufen, werden Sie sich vielleicht auch für ein besseres entscheiden oder für ein schlechteres nicht entscheiden. Das ist die Praxis.

Es ist ganz klar: Für uns sind Lehrer keine Vollbeschäftigteneinheiten, wie vielleicht für manchen Gewerkschaftsfunktionär. Es sind Menschen, und Menschen sind unterschiedlich.

(Beifall bei der FDP und des
Abg. Thomas Colditz, CDU)

Wenn es Menschen gibt – da würde ich uns Abgeordnete alle einschließen –, die vielleicht ein bisschen talentierter sind, die sich vielleicht ein bisschen mehr anstrengen, warum soll es dann nicht die Möglichkeit geben, dass genau diese Menschen auch etwas mehr belohnt werden?

(Caren Lay, Linksfraktion: Danach hätten
Sie heute eine Gehaltskürzung bekommen!)

– Getroffene Hunde bellen offenbar.

Zum Thema! Es wurde behauptet, wenn Leistungsprämien gezahlt oder Leistungskomponenten im Gehalt verankert würden, gäbe es keine Teams mehr. Lieber geschätzter Kollege Weiss, es gibt in unserem Land wohl kaum einen gesellschaftlichen Bereich, in dem man als Egoist alles allein reißen kann. Es kommt immer auf das Team an. Ihre These hieße ja, dass Leistungsbezahlung überhaupt nicht funktionieren würde, dass die ganze Wirtschaft nicht mehr funktionieren würde, weil dort alle

nur noch Egoisten wären. Aber selbst in einem Verein funktioniert es nur im Team. In einer Mannschaft funktioniert es nur im Team. Die Teamfähigkeit und die Kompetenz, Teams zu organisieren, kann auch ein Leistungskriterium sein. Warum denn nicht?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Als nächste These kam auf, die Leistungen von Lehrern könne man gar nicht einschätzen. Wer solle das denn tun? Nun frage ich: Wer schätzt denn die Leistung von Schülern ein? Wer bewertet denn, ob ein Schüler fleißig ist oder nicht? Das trauen wir den Lehrern zu. Wir trauen einem Schulleiter aber nicht zu, dass er eine Meinung dazu hat, wie sich jemand einsetzt. Das halte ich, ehrlich gesagt, für ziemlich schräg.

(Beifall bei der FDP)

Über Modelle der Umsetzung kann man reden. Wer sich noch nicht informiert hat, dem empfehle ich im Internet nachzulesen. So hat das IW Köln 2008 ein entsprechendes Modell vorgeschlagen. Ich darf auch Herrn Meidinger zitieren, Gymnasialdirektor im bayerischen Deggendorf und Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Herbst, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Torsten Herbst, FDP: Ja, selbstverständlich.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Prof. Weiss, bitte.

Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD: Lieber Herr Kollege, Sie erwähnten soeben, dass man die Leistungen von Schülern wunderbar bewerten könne, und stellten die Frage, warum nicht die von Lehrern. Wollen Sie einführen, dass die Lehrer Jahresarbeiten schreiben und Prüfungen absolvieren, damit sie korrekt, leistungsgerecht entlohnt werden?

(Heiterkeit bei der Linksfraktion
und den GRÜNEN)

Torsten Herbst, FDP: Lieber Kollege Weiss, in Ihrem Bereich, dem der Hochschulen, gibt es ja wohl Bewertungssysteme. Wenn man im Ausland studiert – ich habe das getan –, erlebt man natürlich, dass auch an einer Universität Lehrkräfte bewertet werden und dass das monetäre Auswirkungen hat. Selbstverständlich! Das funktioniert überall in der Welt, und Sie glauben, dass es in Deutschland nicht funktioniert?

(Beifall bei der FDP –

Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD: Ja, glaube ich!)

Wenn ich mit dem fortsetzen darf, was Herr Meidinger, Gymnasialdirektor im bayerischen Deggendorf, sagt: „Ich habe 5 000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Das ist nicht viel; die Pädagogen freuen sich aber trotzdem. Die derzeit noch kleinen Prämien überweist der Schulleiter den Pädagogen, die besondere Unterrichtserfolge erzielen, die mit innovativen Methoden arbeiten oder die bereit sind,

durch Zusatzstunden Unterrichtsausfall zu vermeiden. Den Bonus kann auch ein Lehrer erhalten, der geschickt die Starken und die Schwachen in einer Klasse nach ihren Bedürfnissen fördert.“ Ist das so weltfremd, ist das so praxisfremd, wenn ein Gymnasialdirektor das sagt? Ich glaube, nicht. Wenn man es richtig macht, steigert es die Motivation.

(Beifall bei der FDP)

Frau Falken, Sie haben unheimlich viele Ausreden vorgebracht. Die könnte man in einem Buch zusammenfassen. Aber die Wahrheit haben Sie im letzten Satz gesagt. Das war vielleicht ein bisschen die Gewerkschaftssicht – gut, das ist Ihre Sicht. Sie haben gesagt: „Eigentlich geht es darum: Wir wollen das nicht.“ Das war genau der Satz, der den Unterschied zwischen Ihnen und uns aufzeigt. Wir wollen leistungsorientierte Bezahlung zur Motivation von Lehrern, Sie wollen das nicht. Der Wähler soll entscheiden, was er besser findet.

(Beifall bei der FDP – Cornelia Falken,
Linksfraktion: Ja, richtig!)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Wir sind in der zweiten Runde. Gibt es weiteren Aussprachebedarf? – Das ist nicht der Fall.

Dann haben Sie, Herr Staatsminister Prof. Wöllner, das Wort.

Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister für Kultus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Engagement unserer sächsischen Lehrer habe ich in diesem Hohen Hause schon mehrmals gewürdigt. Ich halte es für wichtig, über die Anerkennung und Wertschätzung dieses Berufes in der Öffentlichkeit zu sprechen.

Im derzeitigen Wettbewerb um Lehrer müssen Anreize geschaffen werden. Da sind Überlegungen zur leistungsgerechten Vergütung von Lehrern richtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im Übrigen ist es durchaus so, dass die Signale aus der Lehrerschaft selbst gegenüber dieser Überlegung äußerst positiv sind.

(Beifall bei der FDP und des
Abg. Thomas Colditz, CDU)

Der Umsetzung dieser Überlegung sind jedoch enge Grenzen gesetzt. Der Freistaat Sachsen ist Mitglied in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Als solches ist Sachsen an den Tarifvertrag im öffentlichen Dienst der Länder gebunden. Der Tarifvertrag verpflichtet dazu, bei der Entlohnung der Lehrer die einschlägigen tarifvertraglichen Bestimmungen und Eingruppierungsgrundsätze zu beachten. Länderspezifische Ausnahmeregelungen, die einzelne Beschäftigungsgruppen privilegieren oder benachteiligen, sind nicht möglich, unabhängig von ihrer Zielsetzung und der Redlichkeit der Motive.

Aufgrund der aktuellen Tarifrechtslage kann bei der individuellen Bemessung der Arbeitgeberleistungen für tarifbeschäftigte Lehrkräfte lediglich eine Differenzierung nach dem Ausbildungsprofil und der Schulform erfolgen, in der der Lehreinsatz erfolgt. Eine Eingruppierung neuer Lehrkräfte nach Kriterien wie zum Beispiel der Ausbildung in einem Mangelfach oder dem geplanten Einsatz in einer unterbesetzten Region ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Es sind allenfalls Unterscheidungen bei der Festlegung der Eingangsstufe der Entgeltgruppe nach § 16 Abs. 5 des Tarifvertrages der Länder möglich. Gleiches gilt für einseitige Kürzungen der laufenden Bezüge der Lehrkräfte, deren Lehrerfolge und erzieherische Leistungen nur durchschnittlich oder gar unterdurchschnittlich sind.

Laut der Vereinbarung der Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes der Länder vom 1. März dieses Jahres ist die Einführung einer Leistungsbezahlung nach § 18 TV-L im tariflichen Bereich nicht zu erwarten. Auf Verlangen einer der Gewerkschaften – das wurde vom Kollegen Seidel dargestellt – wurde das erst im Jahre 2006 tarifvertraglich verankerte Leistungsentgelt wieder aus dem Bemessungskatalog der Vergütung von Lehrkräften gestrichen.

Meine Damen und Herren! Das ist ein Rückschritt, und das bedauere ich ausdrücklich.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU
und Beifall bei der FDP)

Solange die vorstehend beschriebenen Regelungen Bestand haben, bleibt es bei einer tarifgebundenen Vergütung der Lehrkräfte. Um Lehrern dennoch positive Anreize zu geben, honoriert das Kultusministerium herausragende pädagogische Leistungen mit außertariflichen Leistungsprämien.

Herr Kollege Herbst, Sie müssen, um genau zu sein, schon unterscheiden zwischen Leistungsentgelten und Leistungsprämien.

(Torsten Herbst, FDP, nickt.)

Sachsen – das möchte ich betonen – ist eines der wenigen Länder, die von dieser Form der individualisierten Leistungsbezahlung Gebrauch machen. Das ist wenigstens ein Element, das in die richtige Richtung geht und das es auszuformen und weiterzuentwickeln gilt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen, meine Damen und Herren, bin ich offen, dies unabhängig von der jetzt getroffenen tarifvertraglichen Regelung gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern in die notwendige und damit in die richtige Richtung weiter fortzuentwickeln.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Gibt es daraufhin noch einmal Aussprachebedarf?

– Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zum Schlusswort, Herr Herbst.

Torsten Herbst, FDP: Ich kann es sehr kurz machen. Die unterschiedlichen Auffassungen der Fraktionen sind sehr deutlich geworden. Ich nehme wohlwollend zur Kenntnis, dass der Kultusminister durchaus unser Anliegen im Grundsatz unterstützt. Das trifft offenbar auch für die CDU-Fraktion zu, nur die anderen Fraktionen sind anderer Auffassung. Da müssen wir eben bis nach dem Wahltag warten und schauen, was danach kommt.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Wir stimmen jetzt über die Drucksache 4/14825 ab. Ich bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Die Stimmenthaltungen? – Bei einer Reihe von Zustimmungen und keinen Stimmenthaltungen ist dieser Antrag mit sehr großer Mehrheit abgelehnt worden. Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 7

Gentechnikfreie Regionen fördern – Verbraucherwillen respektieren

Drucksache 4/14829, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die einreichende Fraktion beginnt. Danach gibt es die gewohnte Reihenfolge nach der Größe der Fraktionen. Herr Weichert für die Fraktion GRÜNE eröffnet die Debatte.

Michael Weichert, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Gentechnisch veränderte Organismen sind bereits in den meisten Lebensmitteln enthalten, sich dagegen zu wehren, ist Kraftverschwendung.“ Diesen Unfug höre ich immer wieder von Befürwortern der Agrogentechnik, allen voran natürlich die großen Saatgutkonzerne, die damit ein Milliardengeschäft machen.

Dieses Argument zu unterstützen kommt aber einem Verrat an den sächsischen Verbrauchern gleich. Der überwiegende Teil der Konsumenten lehnt nämlich gentechnisch veränderte Lebensmittel ab und sieht in den Gentec-Pflanzen keinen Nutzen, der es rechtfertigt, die menschliche Gesundheit und die Vielfalt in der Natur damit aufs Spiel zu setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vier von fünf Bürgerinnen und Bürgern lehnen den Einsatz der Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion ab. Da gleichzeitig kein Verbraucher gentechnisch veränderte Nahrungsmittel will, wollen auch die meisten Lebensmittelverarbeiter und Lebensmittelhändler gentechnisch freie Rohstoffe oder Produkte haben.

Meine Damen und Herren! Es kommt noch besser. Wie ich Ihnen gleich zeigen werde, ist die Behauptung, Gentechnik sei nicht aufzuhalten, auch noch schlicht falsch. Das heißt, wer das behauptet, ignoriert nicht nur die Interessen unserer sächsischen Bürger, sondern verkauft sie auch noch für dumm. Ich finde, das ist ziemlich dreist.

Sachsenweit wurde im Jahr 2007 auf 76 170 Hektar Mais angebaut. Der Anbau von GT-Mais entsprach im Jahr 2008 mit 952,6 Hektar nur einem Anteil an dieser Fläche von 1,15 %. Nur zehn der insgesamt rund 7 000 sächsischen Landwirtschaftsbetriebe setzen auf Gentechnik. Das sind gerade einmal 0,14 % aller Unternehmen in diesem Bereich. Sie werden zugeben, dass von großer Verbreitung und Akzeptanz bei den Landwirten

derzeit keine Rede sein kann. Das ist auch gut so, denn ohne Gentechnik ist inzwischen ein Qualitätsmerkmal, das von Käufern beachtet und nachgefragt wird. Nicht von ungefähr hat der ökologische Landbau in den vergangenen Jahren zweistellige Zuwachsraten erzielen können.

Auch die Mehrzahl der konventionellen Landwirte hat mit Gentechnik nichts am Hut. Das muss an dieser Stelle noch einmal deutlich gesagt werden. Deren Arbeit und den Verbraucherwillen wollen wir mit diesem Antrag schützen. Warum das notwendig ist, meine Damen und Herren, zeigt ein Blick in die Presse der vergangenen Tage.

In der „LVZ“ vom 19. März 2009 wird Staatsminister Kupfer mit den Sätzen zitiert: „Genveränderter Mais unterliegt strengen Kontrollen. Wenn eine Gefährdung bestünde, wäre es nicht erlaubt worden, ihn anzubauen.“ Jetzt kommt es: „Wenn wir gentechnikfreie Zonen umsetzen müssten, müssten wir auch Apotheken verbieten.“

Sehr geehrter Herr Minister Kupfer, Kritiker unseres Berufsstandes halten Unwissenheit und Selbstvertrauen für die Grundvoraussetzung, als Politiker erfolgreich zu sein. In einigen Fällen befürchte ich, sie haben recht.

Da, wie ich eben vorgetragen habe, aus den Reihen der Staatsregierung nicht viel zu erwarten ist, haben sich Landwirte in verschiedenen Teilen Sachsens bereits selbst zu gentechnikfreien Zonen und Initiativen auf der Basis von Selbstverpflichtungserklärungen zusammengeschlossen. Den Bäuerinnen und Bauern steht es frei, sich mit ihren Nachbarn auf die Einrichtung gentechnisch freier Zonen zu verständigen. Landwirte können sich freiwillig gegenseitig dazu verpflichten, auf den von ihnen bewirtschafteten Flächen kein gentechnisch verändertes Saatgut auszubringen. Bereits im September 2005 gründeten auf dieser Basis 20 Landwirte eine gentechnisch freie Region Oberlausitzer Heide und Teichland mit einer Größe von immerhin 30 100 Hektar,

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

und dies mit einer Nutzfläche von 10 500 Hektar.

2007 folgte das östliche Muldental mit elf Landwirtschaftsbetrieben und 4 400 Hektar Nutzfläche. Seit 2008

gibt es die gentechnikfreie Initiative Oberlausitz. Hinzu kommen die Stadtgebiete von Chemnitz und Leipzig, die für ihre städtischen Flächen eine Gentechnikfreiheitsklausel in die Verträge zur Verpachtung ihrer Fläche einfügten. Dasselbe gilt für die landeskirchlichen Flächen in Sachsen. Weitere Initiativen sind in Vorbereitung und ich gebe Ihnen mein Wort, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden alles tun, um Vorhaben dieser Art zu unterstützen und dafür zu kämpfen, den Status „Gentechnikfreie Regionen“ rechtlich zu verankern. Unser Antrag ist dafür ein wichtiger Schritt.

Meine Damen und Herren! Mit diesen Bemühungen stehen wir nicht allein auf weiter Flur. Allein in Europa gibt es inzwischen mehr als 45 Regierungsbezirke, 230 Regionen und über 4 000 Gemeinden, die sich als gentechnikfrei erklärt haben.

Länder wie die Schweiz verzichten generell auf Agrogentechnik und fahren damit nicht schlecht. Es gibt keine Probleme mit Koexistenz und Kontamination. Zwei Drittel der Schweizer Produkte werben mit dem Siegel „Swissgarantie“ für ihre Gentechnikfreiheit. Die Landwirtschaft hat heute schon erklärt, auch in Zukunft gentechnikfrei bleiben zu wollen.

Doch zurück zu Sachsen: Hier wird derzeit transgener Mais der Sorte MON 810 des Saatgutmultis Monsanto angebaut.

Da Mais zu fast 100 % Fremdbefruchter ist und so weitflächig vom Wind verteilt werden kann, ist die großflächige Pollenkontamination wohl der bedeutendste Risikofaktor bei Mais. Die Reichweite für erfolgreiche Befruchtungen liegt bei circa einem Kilometer, kann jedoch bei entsprechendem Wind und räumlichen Strukturverhältnissen noch weit darüber hinausgehen.

Meine Damen und Herren! Vor diesem Hintergrund gilt es zu überlegen, wie gentechnikfreie Landwirtschaft wirkungsvoll geschützt werden kann. Eine diskutierte Möglichkeit ist das eigenständige Anbaumanagement der Landwirte einer Region. Das funktioniert so: Bauer A baut auf seinen Flächen Genmais an. Bauer B, der gentechnikfrei arbeiten will, verzichtet auf den Maisanbau und wählt eine andere Feldfrucht. Das klingt gut, funktioniert aber in der Praxis nicht. So wird nur das Problem der Fremdbefruchtung durch transgene Sorten gelöst, Kontamination von landwirtschaftlichen Nutzflächen mit transgenen Pollen findet nach wie vor statt. Bioprodukte, die mit transgenen Maispollen kontaminiert wurden, bekommen Probleme, vom Großhandel oder dem Einzelhandel als Bioware anerkannt zu werden. Umsatzeinbußen sind die Folge.

Deshalb ist sinnvoller die Definition von Gebieten, in denen garantiert gentechnikfrei gewirtschaftet werden kann. Nur so ist die Koexistenz von Gentechnik und ökologischem Landbau zu sichern.

Unser Antrag beschäftigt sich nicht mit Details und Voraussetzungen, die für gentechnikfreie Regionen gelten müssen. Derzeit wird die gentechnikfreie Landwirtschaft

in Sachsen nicht speziell geschützt. Sie ist von der Kooperationsbereitschaft der Genbauern abhängig. Die Mehrheit von circa 7 000 Betrieben ist von einer Minderheit von zehn Betrieben abhängig.

Das widerspricht auch meinem Verständnis von Demokratie. Bleibt das so, kommt es zu starken ökonomischen Einbußen des Ökolandbaus, der in Sachsen über kurz oder lang ganz unmöglich wird, wenn wir die Weichen nicht anders stellen. Bitte bedenken Sie, dass eine 2 Hektar große Fläche mit GVO-Mais bei einer Pollenreichweite von 800 Metern circa 200 Hektar Ackerland verunreinigt. Übrigens zeigen Untersuchungsergebnisse aus England einen dramatischen Rückgang von Insekten- und Vogelpopulationen durch den Einsatz von Totalherbiziden in Gentec-Kulturen. Es liegt deshalb nicht nur im Interesse der Bauern, sondern der Öffentlichkeit insgesamt, solche Technologien zu vermeiden. Darum brauchen wir GVO-freie Zonen und entsprechende Pufferzonen zum Schutz einer ökologischen und konventionell gentechnikfreien Produktion sowie zum Erhalt der Biodiversität. Diese Gebiete sind langfristig zu sichern. Nur so kann die Wahlfreiheit für Landwirte und Verbraucher erhalten werden.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Der Anbau von gentechnikveränderten Organismen, die sich mit der Wildflora Sachsens kreuzen und/oder eigenständige Populationen abseits landwirtschaftlicher Nutzflächen bilden können, muss ausgeschlossen werden.

Drittens. Wir fordern die Staatsregierung auf, endlich Verantwortung zu übernehmen und Schutzzonen anhand künftiger Kriterien auszuweisen sowie einen Überwachungsplan auszuarbeiten und zu implementieren. Am plausibelsten sind der Schutz der bestehenden gentechnikfreien Regionen und Initiativen sowie die Ausweisung zusätzlicher Entwicklungsgebiete gentechnikfreier Landwirtschaft.

Viertens. Flankierend sind förderungspolitische Maßnahmen durchzuführen, die an eine gentechnikfreie Landbewirtschaftung gekoppelt sind.

Fünftens. Gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel müssen in der Europäischen Union seit dem 18.04.2004 gekennzeichnet werden. Das gilt jedoch nicht für tierische Produkte, wie Fleisch, Milch oder Eier, die mithilfe von Gentechnik-Futtermitteln für die Tiere hergestellt wurden. Dabei gehen weltweit etwa 80 % aller gentechnisch veränderten Pflanzen als Futtermittel in die Mägen von landwirtschaftlichen Nutztieren. Darum fordern wir die Staatsregierung auf, eine Änderung des europäischen Rechts mit dem Ziel anzustreben, die Kennzeichnungspflicht auf Produkte auszuweiten, die mit gentechnisch veränderten Organismen hergestellt (gefüttert) wurden.

Meine Damen und Herren! Was wir mit unserem Antrag fordern, ist nicht mehr und nicht weniger als ein vernünftiger Kompromiss, der Landwirten eine tatsächliche

Chance einräumt, sich für oder gegen den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen einzusetzen. Die derzeitigen Bedingungen ermöglichen diese Wahlfreiheit über kurz oder lang nicht mehr. Das widerspricht aber den Worten der Staatsregierung, die ja bekanntlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit von der Koexistenz der Anbauformen spricht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Das war die einreichende Fraktion. Es folgt die CDU-Fraktion. Herr Abg. Heinz, Sie haben das Wort.

Andreas Heinz, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn denn Unwissenheit und Selbstvertrauen die Grundvoraussetzungen für einen erfolgreichen Politiker sind, Herr Weichert, dann müssen die beiden Eigenschaften wenigstens indirekt proportional zueinander vorhanden sein, ansonsten funktioniert das Ganze nicht.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Zu Ihrem Antrag: Seit der letzten Diskussion im November-Plenum gibt es eigentlich keine neuen Erkenntnisse. Es haben sich weder wissenschaftlich neue Erkenntnisse gebildet noch gesetzliche Grundlagen verändert. Es ist ein sehr emotional diskutiertes Thema. Das hatten wir schon öfter, wenn neue Technologien eingeführt worden sind.

Ich möchte ein bisschen in die Geschichte gehen und Ihnen etwas am Beispiel des Telefons vortragen. Vor 125 Jahren reagierte die Welt, insbesondere Amerika, auf Mr. Bells tonerzeugendes Ungeheuer ausgesprochen böse. In Boston, Philadelphia, New York und Dallas kam es zu Massendemonstrationen gegen die Nutzenanwendung einer Erfindung, die als völlig sinnlos, unbrauchbar und lächerlich bezeichnet wurde. In Chicago streikten nicht nur die Botengänger, sondern auch Teile der Postbediensteten, da sie fürchteten, das Telefon könnte sie arbeitslos machen. Zum allgemeinen Unbehagen gesellte sich ein weiterer Faktor. Man fürchtete um Sitte und Moral, um Gesundheit und Beamtenbequemlichkeit. In Berlin beschwerte sich eine erboste Dame beim Generalpostmeister unter Berufung auf ihre drei im Dachgeschoss schlafenden Töchter: „Mit Sicherheit“, hieß es in dem Beschwerdeschreiben, „würden meine drei Töchter Zeugen sittenloser Gespräche werden und großen seelischen Schaden erleiden. Ich verlange von Ihnen, Herr Generalpostmeister, dass Sie die Telefondrähte, die über mein Dach hinwegführen, sofort entfernen lassen.“

Das war seinerzeit kein Einzelfall und von Unwissenheit geprägt, da die Leute damals dachten, die Töne kämen direkt aus den Drähten. Weiterhin haben sich sogar Ärzte dafür hergegeben zu bescheinigen, dass das gefährliche Vergnügen des Telefonierens vermutlich zu einer erhöhten Sterblichkeit bei Telefonabonnenten führen würde usw., usf. Ähnliche Geschichten ließen sich bei Rinderwahn, Elektrosmog, Impfschäden, Waldsterben, beim Eisen-

bahnbau oder bei der Erfolgsgeschichte des Automobils finden.

Ich will die Sache etwas abkürzen, meine Damen und Herren, und gar nicht auf die unbewiesenen Behauptungen in verbreiteten Geschichten eingehen, wonach gentechnisch veränderte Pflanzen Schäden bei den Bienen hervorrufen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, in Hohen Neuendorf beim Institut für Bienenkunde anzurufen. Die Leute dort konnten mir keine einzige Studie benennen, wonach Bienen, die ihre Nahrung in genveränderten Maisbeständen gefunden haben, Schaden erlitten hätten.

(Michael Weichert, GRÜNE: Fragen Sie beim Imkerverband mal nach!)

– Die sagen mir genau dasselbe. Ich habe Herrn Wicht angerufen. Seit über einem halben Jahr bemüht er sich, mir eine belastbare Studie zukommen zu lassen, in der derartige Ergebnisse nachgewiesen werden.

(Zuruf der Abg. Andrea Roth, Linksfraktion)

Belastbar bedeutet, dass sich das unter bestimmten definierten Bedingungen wiederholen lässt und dass man es nachvollziehen kann, und nicht, dass einer, der irgendwann einmal eine tote Biene gesehen hat, sagt, dort drüben ist ein Maisfeld, das gentechnisch verseucht ist, und dann war's das halt.

(Zuruf der Abg. Kathrin Kagelmann, Linksfraktion)

Also, meine Damen und Herren, die Gentechnologie steht am Anfang einer Entwicklung, und wir werden keinen Beitrag dazu leisten, diese Technologie zu ächten, bevor man überhaupt weiß, wozu sie nützlich sein kann. Ich möchte Sie also bitten aufzuhören, mit der Angst Politik zu machen. Angst, das wissen Sie alle, ist ein schlechter Ratgeber; sie taugt zwar gelegentlich als Mittel zur Massenerziehung, aber in diesem Falle geht das Ganze am Thema vorbei.

Ich höre jetzt erst einmal auf und denke, dass es in der zweiten Runde noch etwas zu sagen gibt.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Es folgt Frau Kagelmann von der Linksfraktion.

Kathrin Kagelmann, Linksfraktion: Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Regelmäßig mit der Vorbereitung der Frühjahrsbestellung und der damit verbundenen Meldung von geplanten Anbauflächen für gentechnisch veränderte Kulturen an das Standortregister beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit nimmt die gesellschaftliche Diskussion um die grüne Gentechnik an Schärfe zu. Bauern, Imker und Naturschützer streiten in unterschiedlichen Veranstaltungen um das Für und Wider der grünen Gentechnik. Das Kräfteverhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern der kommerziellen Anwendung der grünen Gentechnik

scheint dabei seit Jahren relativ konstant. Wenigen Anwendern steht eine übergroße Ablehnung durch Verbraucher allgemein und speziell von Ökolandwirten und Imkern gegenüber.

Daran gibt es nichts zu rütteln, Herr Heinz, auch wenn Ihnen die belastbaren Studien fehlen: Die Imker bleiben skeptisch. Offensichtlich entfaltet die Diskussion ganz langsam praktische Wirkung. Nach den bisherigen Anmeldungen im Standortregister nimmt der Anbau von gentechnisch veränderten Kulturen in Deutschland, aber auch in Sachsen in diesem Jahr erstmals im Vergleich zu 2008 wieder ab. Herr Weichert hat darauf schon hingewiesen. Dieses Kräfteverhältnis in der Gesellschaft erfährt allerdings bisher keine Berücksichtigung in der großen Politik der Bundesrepublik und schon gar nicht im Land Sachsen.

Allenfalls übt man sich auf Bundesebene insbesondere vor Wahlen in politischen Abwehrschaukämpfen gegen den angeblichen Druck der EU, indem beispielsweise das Inverkehrbringen von Mais der Linie MON 810 zeitweilig ausgesetzt wurde. Auch unsere derzeitige Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin, Frau Aigner, prüft gegenwärtig das Zulassungsverfahren und droht unter anderem schon einmal mit Erlaubnisentzug.

In Sachsen war man von vornherein nicht bereit, Handlungsspielräume zur Sicherung der Koexistenz von Gentechnik anwendender und gentechnikfreier landwirtschaftlicher Produktion auszuloten oder Naturschutzgebiete vor der grünen Gentechnik zu schützen. Das ist nicht nötig, denn die offizielle Staatsdoktrin heißt in Sachsen: Die grüne Gentechnik ist eine Zukunftstechnologie – wir haben es von Herrn Heinz gehört –, und Kritiker sind Angstmacher und Technologiefeinde. Zu letzterer Kategorie gehört selbstverständlich auch die Linksfraktion, die sich bekanntermaßen seit Jahren konsequent gegen die Freisetzung sowie gegen den kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Organismen ausspricht. Die Gründe dafür haben meine Kollegin Altmann und ich in diesem Haus mehrfach hinreichend erläutert.

Ich gebe zu, angesichts dieser politischen Konstellation und der Rückbesinnung auf vergangene Debatten hier im Plenum sowie angesichts dessen, was ich heute bereits wieder von Herrn Heinz gehört habe, grenzt es wirklich schon an Masochismus, sich wieder ernsthaft mindestens um Nachdenken bei den Gentechnikbefürwortern unter den Abgeordneten zu bemühen, zumal ich aus ganz praktischem Erleben zu der Überzeugung gelangt bin, dass regionale Verbraucher- oder Naturschutzinitiativen künftig eine wesentlich größere Durchsetzungskraft gegenüber der Politik erlangen werden, egal, was eine Mehrheit im Sächsischen Landtag beschließt oder eben nicht.

Aber seit dem 2. März ist ein erneuter Versuch durchaus legitim, und wir werden ihn natürlich unterstützen. An diesem Tag nämlich wurden die nationalen Anbauverbote von gentechnisch verändertem Mais der Sorte MON 810 in Österreich und Ungarn vom EU-Umweltministerrat

bestätigt. Ein entsprechender Antrag der EU-Kommission, die Anbauverbote zu kippen, wurde mit qualifizierter Zweidrittelmehrheit zu Fall gebracht. Die ein paar Wochen später angesetzte Abstimmung über das französische und das griechische Anbauverbot scheint danach reine Formsache zu sein. Das heißt, dass es seit dem 2. März deutlich schwieriger geworden ist, eigene Untätigkeit mit dem Fingerzeig auf europäischen Regelungsdruck zu kaschieren.

(Beifall der Abg. Regina Schulz, Linksfraktion,
und bei den GRÜNEN)

Und das heißt weiter: Es gibt sehr wohl Handlungsspielräume innerhalb der EU, und es gibt vor allen Dingen Handlungsspielräume für nationale Politik, die nach wie vor überwiegende Meinung der Bevölkerung, die gentechnisch veränderte Produkte nicht auf ihren Tellern haben will, endlich ernst zu nehmen.

Diese Handlungsspielräume werden uns von mündigen Bürgern eröffnet. Bundesweit gibt es inzwischen 188 gentechnikfreie Regionen bzw. Initiativen und 176 Kommunen, die sich zur gentechnikfreien Bewirtschaftung ihrer Ländereien bekannt haben. Zugegeben, in Sachsen sind es noch nicht ganz so viele – Herr Weichert hat sie alle genannt –, aber es gibt Bewegung in vielen Kreisen, und es gibt ein umtriebige Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Sachsen.

Vor fast genau einem Jahr habe ich Ihnen hier im Rahmen einer durch die GRÜNEN beantragten Aktuellen Debatte über einen Antrag meiner Kreistagsfraktion im damaligen Landkreis NOL berichtet, der die Landwirte und Grundstückseigentümer ermutigen sollte, auch weiterhin auf den Anbau von Gentec-Pflanzen zu verzichten. Ich bin Ihnen noch das Ende der Geschichte schuldig: Der Antrag wurde im Juni 2008 im Kreistag mit CDU-Mehrheit abgelehnt. Aber die fast einjährige Diskussion, die dieser Antrag ausgelöst hat, ist der eigentliche Erfolg. Deshalb werde ich es meinem alten und neuen Landrat selbstverständlich nicht ersparen, erneut einen ähnlichen Antrag in den Kreistag Görlitz einzubringen und sich der Abwägung von wirtschaftlichen, naturschutzfachlichen und Verbraucherschutzinteressen zu stellen.

Ich möchte, dass sich gerade auch die Christdemokraten im Kreis mit der ethisch-moralischen Dimension der Einführung der grünen Gentechnik stärker auseinandersetzen, selbst wenn wir als Linke sie dazu tragen müssen.

(Beifall des Abg. Horst Wehner, Linksfraktion)

Die selbstorganisierte und freiwillige Ausweisung von gentechnikfreien Regionen durch Landwirte und Bürger ist eine Reaktion der Verbraucher auf fehlende politisch-rechtliche Rahmensetzungen in Bund und Land. Damit ist es geradezu eine Aufforderung an sächsische Politik, sich endlich dezidiert dem Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft und von ökologisch sensiblen Gebieten zuzuwenden. Das kann sie, wenn sie die bestehenden gentechnikfreien Regionen oder gleichgelagerte Initiativen endlich unterstützt.

Die Formen einer möglichen Unterstützung beschreibt der Antrag der GRÜNEN. Ich könnte ergänzen, dass dazu auch eine erneute Anpassung des Sächsischen Naturschutzgesetzes hinsichtlich des Anbaus von GVO in Schutzgebieten und der Festlegung wirkungsvoller Abstandsregelungen zu solchen Flächen geboten wäre.

Es ist für mich unverständlich, dass man sich einerseits um einzelne Lobbygruppen sehr stark bemüht – ganz heftig reißt man sich ja gegenwärtig von konservativer und liberaler Seite beispielsweise um die Imker, die mehrheitlich ausgesprochene Gentechnikskeptiker sind –, aber den überaus deutlichen, seit Jahren unveränderten Willen der Verbraucher konsequent ignoriert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, stärken Sie Ihrer schwesterlich verbundenen Ministerin in Berlin auch gegenüber parteiinternen Kritikern den Rücken, die nach eigenen medialen Bekundungen der Schaffung von gentechnikfreien Zonen sehr offen gegenübersteht. In diesem speziellen Fall kann man wirklich mal von Bayern siegen lernen. DIE LINKE stimmt dem vorliegenden Antrag zu.

Danke schön.

(Beifall bei der Linksfraktion und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die SPD-Fraktion spricht Frau Dr. Deicke.

Dr. Liane Deicke, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erst kürzlich haben wir einen ähnlichen Antrag der GRÜNEN hier verhandelt. In ihm ging es darum, dass der Freistaat den Anbau auf eigenen Flächen verbieten soll. Ich habe in der Debatte damals schon darauf hingewiesen, dass der richtige Weg darin besteht, EU-Recht zu verändern.

Erklärtes Ziel der Gesetzgebung im Umgang mit grüner Gentechnik ist es, ein Nebeneinander von Landwirtschaft mit gentechnisch veränderten Organismen und gentechnikfreier Landwirtschaft zu ermöglichen, damit die Wahlfreiheit für die Menschen erhalten bleibt. Gentechnikfreie Regionen sind ein geeignetes Instrument dafür.

Doch damit die Länder und Regionen künftig selbst über den gewerblichen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen oder die Forschung entscheiden können, brauchen wir die Weiterentwicklung des europäischen Gentechnikrechts. Die EU-Mitgliedsstaaten haben kürzlich in Brüssel bekräftigt, dass sie selbst die Möglichkeit haben müssen zu entscheiden. Im Ergebnis werden Österreich und Ungarn nicht gezwungen, den Anbau von Genmais auf ihren Äckern zu erlauben. Dies ist ein Meilenstein, um den die EU-Kommission und alle, die auf den ungehinderten Vormarsch der grünen Gentechnik gesetzt haben, nicht mehr herumkommen.

In der EU ist nun klar: Es gibt keine Mehrheit dafür, mit einem intransparenten Zulassungsverfahren gentechnisch veränderte Pflanzen für den Anbau zuzulassen und damit den Mitgliedsstaaten zu diktieren. Die EU-Kommission wäre gut beraten, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Wir als SPD haben konkrete Vorstellungen, wie das europäische Gentechnikrecht geändert werden soll. Einige der Forderungen der GRÜNEN, zum Beispiel die Zulassung und den Anbau betreffend, decken sich mit unseren Forderungen. Im Juni vergangenen Jahres hat die SPD-Fraktion im Bundestag dem Koalitionspartner einen entsprechenden Antragsentwurf mit dem Titel „Für eine nachhaltige Weiterentwicklung des europäischen Gentechnikrechts“ vorgelegt. Damit sollte erreicht werden, dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für die Verbindlichkeit von gentechnikfreien Regionen einsetzt.

Leider konnte sich die CDU/CSU auf Bundesebene nicht dazu durchringen, beim Gentechnikrecht endlich Farbe zu bekennen, und das, obwohl die CSU in Bayern ganz anders spricht.

(Beifall des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Meine Damen und Herren! Neben den im Antrag benannten Punkten muss das europäische Gentechnikrecht auch noch in weiteren Punkten angegangen werden. So brauchen wir nicht nur die Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf Produkte, die aus oder mit gentechnisch veränderten Organismen hergestellt werden, sondern wir brauchen auch eine Kennzeichnungspflicht für Saatgut ab der Nachweisgrenze, das heißt ab null. Denn die Reinheit des Saatgutes entscheidet, ob Lebensmittel auch in Zukunft gentechnikfrei erzeugt werden können.

Meine Damen und Herren! Die aktuellen Debatten und die vielen Bürgerinitiativen zeigen: Die grüne Gentechnik hat ein Akzeptanzproblem bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Wir müssen uns jedoch eines bewusst machen: Die Einführung der grünen Gentechnik ist durch das EU-Recht längst geschehen.

Mit der Bundesgesetzgebung, also mit dem Gentechnikgesetz des Bundes, haben wir Regelungen zum Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft festgeschrieben. Wir haben zum Beispiel Mindestabstände vergrößert, um so die Koexistenz von gentechnikfreier Landwirtschaft und Landwirtschaft mit gentechnisch veränderten Organismen zu verbessern.

Um die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken, sieht das novellierte Gentechnikgesetz des Bundes die freiwillige Kennzeichnung tierischer Erzeugnisse aus gentechnikfreier Produktion vor. Das ist ein enormer Fortschritt für Verbraucherinnen und Verbraucher. Hier hat sich übrigens die SPD im Gesetzgebungsverfahren voll durchgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt reichen die gesetzlichen Regelungen auf Bundesebene aber noch nicht aus, um zu einer tatsächlichen Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher zu kommen und die Koexistenz von gentechnikfreier Landwirtschaft und Landwirtschaft mit gentechnisch veränderten Organismen zu gewährleisten. Hier muss, wie gesagt, das EU-Recht geändert werden.

Mit dem GRÜNEN-Antrag gibt es zwar einige Schnittmengen. Aber da es auf Bundesebene von den einzelnen Fraktionen abweichende Forderungen zur Änderung des europäischen Gentechnikrechts gibt, unterstützen wir hier nicht den Antrag der GRÜNEN, sondern unsere Bundestagsfraktion in den Bemühungen, mehr Transparenz und Demokratie auf diesem Gebiet herzustellen und umzusetzen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und
der Abg. Rita Henke, CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Es folgt die NPD-Fraktion mit dem Abg. Despang.

René Despang, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Verbraucherwillen respektieren“ ist ein Teil der Überschrift des vorliegenden Antrages, den meine Fraktion vollumfänglich unterstützt.

Bei einer realistischen Betrachtung der Politik in Bezug auf die Gentechnik in Deutschland muss man leider immer noch zu dem Schluss kommen, dass der Verbraucherwillen nicht respektiert, sondern mit Füßen getreten wird. Der Freistaat Sachsen gehört dabei leider bis heute zu den traurigen Spitzenreitern in Sachen Gentechnik. Denn ein nicht unerheblicher Teil des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen findet in Sachsen statt.

Wie bereits in den vergangenen Jahren wird auch in diesem Jahr wieder eine gefährliche Saat auf Sachsens Feldern aufgehen. An 65 Standorten in Sachsen sollen wieder auf fast 1 000 Hektar gentechnisch veränderte Pflanzen im kommerziellen Anbau wachsen. Hinzu kommen sicherlich wieder eine Reihe Freisetzungversuche, die im Standortregister bisher noch gar nicht erscheinen.

Der schleichende Siegeszug der weltweit agierenden Agrokonzerne wird sich also gegen den Willen der Menschen in Deutschland auch in diesem Jahr fortsetzen. Um die Entmündigung der Bürger, die sich mit übergroßer Mehrheit gegen die Gentechnik aussprechen, aber nicht sofort offenbar werden zu lassen, finden von Zeit zu Zeit Ablenkungsmanöver in der Politik statt. Gerade in Wahljahren stehen dann selbst die Gentechnikfanatiker der CDU und der CSU der Gentechnik ganz plötzlich skeptisch gegenüber. Ähnlich wie Herr Seehofer vor der bayerischen Landtagswahl, nimmt nun auch Frau Aigner vor den anstehenden Wahlen medienwirksam einen gentechnisch kritischen Kurs ein. Allerdings fehlt hier wie so oft die Konsequenz.

Die in der vergangenen Woche von Deutschland mitgetragene Entscheidung des EU-Ministerrates, die Mitgliedsstaaten nicht zum Anbau genmanipulierter Pflanzen zu zwingen, ist dabei ein erster Hoffnungsschimmer. Allerdings stellt sich die berechnete Frage, warum ein Verbot von Genmais, wie in Österreich und Ungarn, nicht auch in Deutschland erfolgen kann und soll.

Entlarvend für die Verantwortungslosigkeit der regierenden Politiker ist dabei schon die Begründung für die scheinheilige Ablehnung des Gentechnikzwangs auf EU-Ebene. Es stößt schon übel auf, dass die deutschen Vertreter ihre Ablehnung nicht mit den Gefahren für Mensch und Umwelt begründet haben, sondern vielmehr damit, dass im Falle der EU-weiten Zwangslegalisierung von Genmais die EU-Skepsis der Bürger steigen könnte und die oppositionellen Kräfte Zulauf bekämen. – So viel zur Ernsthaftigkeit der derzeitigen Politik.

Die Tatsache, dass Frau Aigner nun für die Entscheidung über den diesjährigen Anbau des Genmais in Deutschland einen Herstellerbericht von Monsanto abwarten will, ist ein handfester Skandal. Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht, und es wird offensichtlich, wie sehr Konzerninteressen in der Politik bereits an Einfluss gewonnen haben. Möglich ist aber auch, dass damit die Entscheidung über die Zulassung von MON 810, wie schon im letzten Jahr, so lange bewusst verzögert werden soll, bis der Genmais ausgesät ist und der Bürger vor vollendeten Tatsachen steht. Dem, meine Damen und Herren, wird sich meine Fraktion entschieden entgegenstellen.

Wir von der NPD beziehen zur Frage der grünen Gentechnik eine ganz klare Position. Wir Nationaldemokraten lehnen die grüne Gentechnik ausnahmslos ab. Wir wollen nirgendwo in Deutschland transgene Pflanzen auf unseren Äckern. Wir setzen uns für ein komplettes Einfuhr- und Anbauverbot für alle gentechnisch veränderten Lebewesen ein. Eine Koexistenz von Gentechnik und konventioneller Landwirtschaft kann es in der Natur nicht geben. Deshalb wollen wir keine Koexistenz. Wir wollen dauerhaft keine Gentechnik auf unseren Äckern. Für uns ist die Agrogentechnik nichts anderes als der Missbrauch der Natur durch einen wild gewordenen, profitorientierten Kapitalismus und die Folge einer verfehlten, von nationalen Interessen und Werten weit entfernten Landwirtschaftspolitik.

Der wirkliche Schlüssel, um zu einer gentechnikfreien Bewirtschaftung und einer ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft zu kommen, liegt aus Sicht der NPD-Fraktion in der Neuausrichtung der Agrarpolitik: weg von einer reinen Profitorientierung und vom Konkurrenzkampf am Weltmarkt. Was wir brauchen, ist eine Agrarpolitik, die eine Landwirtschaft fördert, die mit den Regionen verbunden ist und nahe am Verbraucher liegt, also eine an nationalen Interessen orientierte Politik.

Da der vorliegende Antrag insgesamt als Zeichen gegen die Ausbreitung der Gentechnik zu sehen ist und die Etablierung gentechnikfreier Zonen angesichts unfähiger und unwilliger Politik in Berlin und Brüssel derzeit das einzige Mittel zu sein scheint, um die Menschen zu schützen und den schleichenden Siegeszug der Agrokonzerne aufzuhalten, werden wir diesem Antrag selbstverständlich zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Die erste Runde beschließt Herr Günther von der FDP.

Tino Günther, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe GRÜNEN-Fraktion, ich frage mich, wie Sie es anstellen. Sie haben so drei Themenblöcke im Landtagsgeschehen: erst einmal den Feinstaub, dann Klimawandel und Gentechnik.

(Zuruf des Abg. Torsten Herbst, FDP)

Ziehen Sie ab und zu die Karten oder würfeln Sie aus, was bei jedem Plenartag hier für Horrorszenarien verbreitet werden? Das würde mich einmal interessieren. Das können wir später bei einem kleinen Bier klären.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nach wie vor entstehen jährlich erhebliche Ernteeinbußen durch Pflanzenparasiten, Schädlinge, Wildkrautwuchs sowie durch unerwünschte klimatische Einwirkungen und andere Faktoren. Um überhaupt wirtschaftlich sinnvoll Nutzpflanzen anbauen zu können, sind bei den üblichen Monokulturen bislang erhebliche Mengen an Pflanzenschutzmitteln notwendig, die zum Teil zu Umweltschäden geführt haben.

Genetische Veränderungen an Pflanzen mithilfe der Gentechnik ermöglichen den Landwirten, weitaus weniger und vor allem umweltverträglichere Pflanzenschutzmittel zu verwenden oder ganz darauf zu verzichten.

(Beifall bei der FDP)

Diese Methoden gibt es schon seit den Siebzigerjahren. Die Gentechnik ist eine der modernsten Methoden, um Mikroorganismen, Pflanzen und Tieren neue Eigenschaften zu verleihen.

(Zuruf des Abg. Mario Pecher, SPD)

Mit der klassischen Züchtung erhält man eine neue Sorte, mit der gentechnischen Züchtung erhält man eine verbesserte Sorte.

(Stefan Brangs, SPD: Geht das auch bei den Menschen?)

– Das klappt bei euch nie.

Im Unterschied zu anderen Verfahren der genetischen Melioration ist die Anwendung dieser Technik streng geregelt. Gentechnisch veränderte Organismen oder aus GVO gewonnene Lebens- und Futtermittel dürfen in der Europäischen Union nur auf den Markt gebracht werden, wenn sie ein sehr aufwendiges Zulassungsverfahren durchlaufen haben. Dieses Verfahren stützt sich auf wissenschaftliche Bewertungen der Risiken für Gesundheit und Umwelt.

(Zuruf des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Mit welcher Gewissheit Schäden für Mensch, Tier und Umwelt von den Gegnern der grünen Gentechnik proklamiert werden, haben wir heute wieder gehört. Unbere-

chenbare Probleme würden uns erwarten. Nur: Es gibt nicht erst seit gestern GVO-Pflanzen. Zig Sorten werden seit Langem weltweit angebaut, und dort, wo Hungersnöte und schwierige klimatische Bedingungen herrschen, sind GVO-Pflanzen der rettende Strohalm gegen Hungersnot. Fragen Sie sich einmal, warum die Debatten um gentechnisch veränderte Pflanzen nur in unseren Wohlstandsländern geführt werden!

(Zuruf des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Die Probleme, die Sie sehen, sehe ich beim besten Willen nicht. Was fehlt, ist die sachliche Debatte, die inhaltliche Klärung, welcher Nutzen und welche Risiken mit der Gentechnik verbunden sind. Das Ziel des vorliegenden Antrages, in Sachsen eine flächendeckend gentechnikfreie Zone zu schaffen, ist purer Populismus und reines Wahlkampfgetöse.

(Beifall bei der FDP– Stefan Brangs, SPD:
Damit kennt ihr euch ja aus!)

Eine flächendeckend gentechnikfreie Zone in Sachsen bedeutet nämlich nichts anderes, als dass Sie morgen mindestens 80 % der angebotenen Produkte aus den Regalen der Supermärkte entfernen müssten; denn sowohl Zusatzstoffe, wie beispielsweise Glutamat, technische Hilfsstoffe oder Enzyme, bestehen aus GVO.

(Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE,
meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Günther?

Tino Günther, FDP: Nein. – Fast jeder Käse – damit komme ich auf Ihre Frage zurück – wird über das GVO-Labferment Chymosin gebildet.

(Stefan Brangs, SPD: Was? – Angelika Pfeiffer,
CDU: Können Sie das mal erklären?)

– Ja, Käse! – Viele Produkte sind derzeit überhaupt nicht deklarationspflichtig und deshalb dem Verbraucher auch nicht bekannt.

(Zuruf von der SPD: So ein Käse!)

Weitere Beispiele für GVO sind: gentechnisch veränderte Hefe im Weizenbier – ohne GVO-veränderte Hefe könnten wir kein Weizenbier trinken –

(Angelika Pfeiffer, CDU: Oh!)

oder gentechnisch veränderte Bakterien im Joghurt. Geredet wird aber immer nur über den bösen Monsanto-Mais. Das letzte Beispiel: Selbst die Produktion von Milch wäre ohne gentechnisch veränderte Soja nicht möglich.

(Zuruf der Abg. Andrea Roth, Linksfraktion)

Auch auf die Gefahr hin, Sie damit zu langweilen, will ich die europäischen Rechtsvorschriften zu GVO einmal aufzeigen. Sie dienen vor allem zwei Zielen, und speziell für Sie, Frau Dr. Deicke, möchte ich das einmal als eine Lehrstunde bringen, weil Sie davon sprachen, dass die

Einführung von genveränderten Organismen intransparent wäre. Das Ziel ist der Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt sowie echte Binnenmarktbedingungen für sichere gentechnisch veränderte Produkte in der Europäischen Union zu schaffen. Sämtliche GVO-Vorschriften wurden immer wieder angepasst, um einen neuen Rechtsrahmen zu schaffen.

Wesentliche Bestandteile dieses Rechtsrahmens sind folgende Vorschriften: Die Richtlinie 2001/18/EG über die absichtliche Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in der Umwelt gilt für zwei Verfahren: die Freisetzung in die Umwelt zu Versuchszwecken sowie für das Inverkehrbringen von GVO, beispielsweise durch Anbau, Einfuhr oder Umwandlung von GVO in industrielle Produkte. – So geht das Stück für Stück weiter. Nichts ist intransparent und nicht öffentlich, es ist alles transparent und im Moment wunderbar geregelt.

Zudem wurde in den letzten Jahren eine beträchtliche Zahl von Umsetzungsmaßnahmen verabschiedet, die die praktische Anwendung dieser Rechtsvorschriften erleichtern. Hierzu gehören auch die Leitlinien für die Risikoabschätzung, und das ist nur ein Bruchteil der Verordnungen und Rechtsvorschriften. Ich kenne keinen Bereich in der Wirtschaft, auf dem Markt, der solch ein extremes Prozedere durchlaufen muss. Derzeit liegen für Dutzende Pflanzen – sei es für die Pharmaindustrie, als Biomasse oder als Nahrungs- und Futterpflanzen – Anbaugenehmigungen vor, angefangen bei Baumwolle über Mais, Raps, Blumen und Kartoffeln bis hin zu Soja, Zuckerrüben usw. usf. Wenn Sie die Wahlfreiheit nehmen, diese Pflanzen anzubauen, dann ist das grüner Ökosozialismus, eine Planwirtschaft durch die Hintertür, die wir nicht wollen.

(Beifall bei der FDP – Stefan Brangs, SPD: Ja!)

Wir sind für die Wahlfreiheit in der Landwirtschaft und für Kennzeichnungspflicht aller direkt oder mithilfe von GVO produzierten Nahrungsmittel auf der Verpackung, selbstverständlich! GVO stünde dann auf fast allen Verpackungen, und die Geisterdebatte um eine Technik, die nicht mehr umkehrbar ist, sowie die derzeit herrschende Verbraucherverunsicherung, die Sie hier schaffen, wäre hoffentlich endlich bald vorbei.

(Beifall bei der FDP –
Stefan Brangs, SPD: Das wäre gut!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die intensiv genutzten Flächen, die wir mit GVO naturnah bewirtschaften könnten, wären in Zukunft auch für die Renaturierung wieder möglich und machbar. Das sieht auch Bundesforschungsministerin Schavan so, und die ablehnende Haltung unserer Super-Dirndl-Agrarministerin Aigner ist uns unverständlich,

(Heiterkeit der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

doch durch ihren weiß-blauen Welpenschutzstatus kommt man da im Moment nicht weiter. Geradezu dreist ist das Verhalten von Umweltminister Gabriel.

(Stefan Brangs, SPD: Nein!)

Sein Abstimmungsverhalten in der EU und die Unterstützung des Genmaisverbotes in Ungarn gegen die Haltung der CDU und der Kanzlerin zeigen im Grunde nur die Verfassung der Großen Koalition im Bund,

(Stefan Brangs, SPD: Sehr gut!
Der hat Charakter!)

und die Debattenbeiträge von CDU und SPD zeigen auch hier in Sachsen, wie verquer die Diskussion bei Ihnen läuft. Äußerungen von CDU und SPD zu diesem Thema gehen konträr auseinander. Minister Gabriel schießt sich gerade auf Monsanto ein – wie alle möglichen grünen Verbände. Doch wenn die grüne Gentechnik nur noch Konzernen vorbehalten ist, dann fragen Sie sich mal, warum! Bei völlig überzogenen, jahrelangen Genehmigungsverfahren, die mit geduldeten Feldzerstörungen bei Landwirten und Forschern einhergehen, haben kleine und mittelständische Unternehmen keine Chance mehr. Wir wollen das ändern. Wir sind für Wahlfreiheit in der Landwirtschaft, in der Forschung und im Unternehmertum. Moderne GRÜNEN-Maschinenstürmerei, wie hier bei diesem Antrag, lehnen wir genauso ab wie diesen Antrag.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Das war die erste Runde. Es war angedeutet worden – Herr Heinz, möchten Sie noch eine zweite Runde? – Ich eröffne eine zweite Runde; Herr Heinz, CDU-Fraktion; bitte.

Andreas Heinz, CDU: Vielleicht noch einige klarstellende Bemerkungen. Auch wir gehören nicht zu denjenigen, die sagen, in der Gentechnik liege das Heil aller Dinge. Das, was im Moment an gentechnisch veränderten Produkten bzw. Früchten im Feldbau in Europa zugelassen und möglich ist, ist im Moment verzichtbar. Man kann den Mais auch mit anderen Mitteln produzieren. Das würde bedeuten: weitergestellte Fruchtfolgen, Pflügenbau – pflügen wollen wir aber auch wieder nicht so richtig, weil es nicht sehr erosionsmindernd ist.

Wie gesagt, auf das, was im Moment mit gentechnisch verändertem Saatgut gemacht wird, kann man zur Not verzichten. Wir wissen aber nicht, wie sich so manches weiterentwickeln wird. Wenn ich daran denke, ob sich die Prognosen der Klimaerwärmung, der Trockenheit im ostsächsischen Raum so wie vorausgesagt einstellen werden, dann gehe ich davon aus, dass bereits heute Wissenschaftler an Pflanzen mit Trocken- und Stresstoleranzen arbeiten; und ich möchte den Landwirten dann nicht erklären, warum solche Pflanzen aus ideologischen Gründen nicht angebaut werden dürfen. Deswegen möchten wir das Thema ein wenig offen halten.

Zum Thema Kennzeichnungspflicht: Wenn es wirklich solch ein großes Thema ist, wie Sie immer befürchten, dann wundert es mich, warum der hoch konzentrierte Lebensmitteleinzelhandel dies noch nicht als Vermarktungsinstrument entdeckt hat. Genauso wie man auf

manchen Fußbällen lesen kann: „Garantiert ohne Kinderarbeit hergestellt“, könnte doch auch ein Vermarktungsinstrument sein: „Ohne Zutat aus gentechnisch veränderten Produkten hergestellt“, und wenn Aldi das von seinen Lieferanten verlangt, dann ist übermorgen die Gentechnik in Europa tot. Das tun sie aber nicht, weil es der Verbraucher nicht fordert; aber Sie reden dem Verbraucher ein, dass er es fordern soll, und der weiß überhaupt nicht so richtig, warum.

Also, meine Damen, meine Herren: etwas weniger Panik! Die Wahrheit liegt, wie überall, in der Mitte.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Wie ich sehe, gibt es keinen Widerspruch dagegen, dass nun der zuständige Staatsminister spricht; Herr Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft.

Frank Kupfer, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Danke schön, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns in diesem Hause bereits mehrfach mit der grünen Gentechnik und dabei auch mit dem Thema gentechnikfreie Regionen beschäftigt, zuletzt im November des vergangenen Jahres. Seither haben sich weder die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gentechnik verändert, noch gibt es neue, belastbare Erkenntnisse oder schlüssige Argumente, die die Einrichtung gentechnikfreier Zonen durch staatliche Vorschriften als notwendig erscheinen lassen.

Die Position der Staatsregierung ist daher die gleiche wie im November. Es spricht nichts – meine Damen und Herren, hören Sie genau zu! – gegen gentechnikfreie Zonen auf freiwilliger Basis. Aber die Einrichtung gentechnikfreier Zonen durch staatlichen Zwang lehnen wir ab. Auch die Bundesministerin Aigner sagt, dass es für staatlich verordnete gentechnikfreie Zonen kaum europarechtlichen Spielraum gibt.

Wir halten es weder für sinnvoll noch für zielführend, Länder, Kommunen oder Regionen über den Anbau von Pflanzen entscheiden zu lassen, deren Unbedenklichkeit zuvor in einem EU-weit harmonisierten Genehmigungsverfahren festgestellt wurde. Wir wollen weder Kleinstaaterei noch Willkür in der Landwirtschaft. Kein Landwirt darf zur Abkehr von seiner bevorzugten Bewirtschaftungsform genötigt oder sogar gezwungen werden. Die Landwirtschaft soll selbst entscheiden, was auf ihren Äckern angebaut wird, und zwar wirklich selbst.

Grüne Wahlfreiheit sieht anders aus. Sie verbietet das eine, nämlich die Gentechnik. Meine Damen und Herren, das hat nichts mit Freiheit zu tun. Das ist typisch grüne Verbotspolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In Deutschland gibt es klare Regelungen zur Koexistenz der Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik. Dabei wird der ökologische Landbau besonders berücksichtigt. Der

Mindestabstand zwischen Feldern mit Mais der Linie MON 810 und Flächen des Ökolandbaus muss doppelt so groß sein wie zu konventionell bewirtschafteten Schlägen. Mit diesen Abstandsregelungen ist es nach allen bisher vorliegenden Erfahrungen möglich, Auskreuzungen zu minimieren und den gesetzlich vorgeschriebenen Kennzeichnungsschwellenwert von 0,9 % einzuhalten. Den Beweis für Ihre Behauptung, die Regelungen würden nicht funktionieren, sind Sie bisher schuldig geblieben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Grüne Politik erschöpft sich leider im Aufstellen von Hypothesen und Schreckensszenarien.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

– Ich habe nicht „Popanz“ gesagt.

Bereits nach dem derzeitigen Recht ist es auch möglich, den Anbau von MON 810 in ökologisch sensiblen Gebieten zu untersagen, wenn dadurch Schutzziele beeinträchtigt werden könnten. Selbst dafür müssen keine gentechnikfreien Zonen eingerichtet werden.

Auch die Haftung ist klar geregelt. Ein Anbauer von MON 810 muss für etwaige wirtschaftliche Schäden des Nachbarn haften, wenn in Erzeugnissen des Nachbarn der Schwellenwert an gentechnisch veränderten Bestandteilen von 0,9 % überschritten wird.

Das gilt auch für die Imkerei. Wenn im Honig mehr als 0,9 % an MON-810-Pollen nachgewiesen werden, kann der Imker für daraus resultierenden wirtschaftlichen Schaden eine Entschädigung verlangen. Im Übrigen heißt das nicht, dass Honig durch MON-810-Pollen gesundheitsschädlich oder ungenießbar wird. Es stimmt gleich gar nicht, dass der Honig dann als Sondermüll entsorgt werden müsse, wie ich es kürzlich in der Presse gelesen habe.

Meine Damen und Herren! Sowohl die EU-Kommission als auch der EU-Umweltrat haben zu erkennen gegeben, dass derzeit keine Änderungen des europäischen Gentechnikrechtes geplant sind. Auch der heute bereits mehrfach zitierte Beschluss des EU-Umweltministerrates vom 2. März lässt nicht den Schluss zu, dass die Anbauverbote von MON 810 in Österreich und Ungarn rechtskonform wären. Damit wurde lediglich der Vorschlag der EU-Kommission abgelehnt, das nach deren Meinung unbegründete Anbauverbot aufzuheben.

Der politische Beschluss des EU-Umweltrates zieht kein Anbauverbot von MON 810 in Deutschland nach sich. Ein solches Verbot müsste von der dafür in Deutschland zuständigen Behörde, dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, erlassen werden. Dies ist bisher nicht geschehen.

(René Despag, NPD: Vielleicht wird es noch!)

Somit ist derzeit in Sachsen der Anbau von MON 810 bei Einhaltung der Regelungen der Gentechnik-Pflanzenzüchtungs-Verordnung zulässig. Das Ergebnis der von Frau Aigner angekündigten Prüfung, ob Monsanto gegen

die Auflagen des Umweltmonitorings verstoßen habe, bleibt allerdings abzuwarten.

Auch die grüne Forderung nach einer finanziellen Unterstützung von gentechnikfreien Regionen und Initiativen durch die Staatsregierung ist für mich nicht nachvollziehbar. 1,3 % der Maisanbaufläche in Sachsen wurden 2008 mit MON 810 bestellt. Bezogen auf die gesamte landwirtschaftliche Fläche Sachsens von über 914 000 Hektar sind das etwa 0,1 %. Das heißt, circa 99,9 % der Landwirtschaft Sachsens ist gentechnikfrei. Wie Sie daraus die Notwendigkeit einer finanziellen und strukturellen Unterstützung der gentechnikfreien Landwirtschaft ableiten können, bleibt ein grünes Geheimnis.

Meine Damen und Herren! Außerdem fordern Sie eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht. Wir sind uns darin einig, dass der Verbraucher so umfassend wie möglich informiert werden muss. Die Frage ist nur: Wie erreiche ich das und wo ziehe ich die Grenzen?

Die EU hat sich bei der Gentechnik Kennzeichnung dafür entschieden, diejenigen Lebens- und Futtermittel zu kennzeichnen, die aus GVO hergestellt werden oder GVO enthalten. Das ist ein vernünftiger Ansatz. Ihr Vorschlag würde diesem Ansatz zuwiderlaufen; denn Tiere, denen gentechnisch verändertes Futter verabreicht wurde, sind ja selbst nicht gentechnisch verändert. Genauso wenig betrifft das Fleisch, Eier und Milch aus diesen Tieren. Kein Verbraucher könnte mehr unterscheiden, ob ein gekennzeichnetes Erzeugnis wirklich gentechnisch verändert ist, direkt aus GVO hergestellt wurde oder lediglich irgendwann im Laufe der Herstellung mit der Gentechnik in Berührung gekommen ist. Das sind nach Schätzung des BMELV circa 60 bis 70 % der Lebensmittel.

Folglich wären nach Ihrem Antrag künftig circa zwei Drittel aller Lebensmittel zu kennzeichnen. Wahrscheinlich würde das dem Verbraucher deutlich bewusst machen, dass die Gentechnik längst Einzug in die Lebensmittelproduktion gehalten hat. Wenn ich das so betrachte, könnte Ihr Antrag sogar einen Beitrag zur Aufklärung des Verbrauchers leisten.

Meine Damen und Herren! Die EU-Regelungen wurden erst vor einem Jahr durch nationale Regelungen ergänzt. Warten wir doch erst einmal ab, inwiefern sich die derzeitigen Regelungen in der Praxis bewähren. Sollte dies nicht der Fall sein, ist die Staatsregierung durchaus offen für eine Änderung der Kennzeichnungsregelungen zur Gentechnik.

Weniger offen sind wir für polemische grüne Anträge wie diesen. Verbraucher vor – wie Sie sagen – Kontaminationen zu schützen, das heißt, nicht mit der Gentechnik in Berührung zu bringen, ist einfach nicht möglich. Selbst wenn wir auf den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen verzichten, ergeben gentechnikfreie Zonen in Sachsen kein gentechnikfreies Sachsen. Die Menschen kommen trotzdem mit der Gentechnik in Berührung, sei es über Impfstoffe gegen Kinderlähmung oder Keuchhusten, sei es über Insulin oder Waschmittelenzyme, die zu

100 % mit GVO hergestellt werden, oder über zahlreiche Lebensmittel, die mithilfe der Gentechnik erzeugt wurden. Von Back- oder Süßwaren über Müsli und Margarine bis zu Fruchtgetränken – Gentechnik ist in vielen Bereichen des Lebens längst alltäglich.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Ist es nicht!)

Sie haben mich heute zitiert, dass wir, wenn Sie gentechnikfreie Zonen haben wollen, dann bitte auch die Apotheken schließen müssten. Dazu stehe ich. Ich habe das soeben am Beispiel Insulin und Impfstoffe gesagt. Ich kann das auch weiter ausdehnen. Wenn wir gentechnikfreie Zonen hätten, dann müssten wir in der Tat die Lebensmittelregale zu 60 bis 70 % ausräumen. Wenn, dann bitte konsequent, meine Damen und Herren!

Der vorliegende Antrag dient also weder dazu, das Thema Gentechnik ohne Vorurteile zu diskutieren, noch hilft er dem Verbraucher, der Landwirtschaft oder unserer Umwelt.

(Beifall bei der CDU, der FDP
und der Staatsregierung)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke sehr. – Ich sehe keinen Widerspruch, dass wir jetzt zum Schlusswort kommen. Herr Weichert, bitte.

(Zuruf von der CDU: Jetzt mach mal etwas zügig hier! – Antje Hermenau, GRÜNE:
Ich würde ihn jetzt nicht provozieren!)

Michael Weichert, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst vielen Dank für die Debatte. Wenn ich etwas gelernt habe, dann das: Jene, die sich zwar gegen den Antrag ausgesprochen haben, haben sich aber alle ein Hintertürchen offengelassen, weil sie sich mit ihrer Position vermutlich doch nicht ganz so sicher sind.

(Angelika Pfeiffer, CDU: Na, na!)

Das freut mich, denn das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Herr Kupfer, Sie haben von Wahlfreiheit gesprochen. Ja, darum geht es. Aber die müssen wir auch ausüben können. Wenn die Staatsregierung 1,15 % mit Forschungsgeldern unterstützt, ihre Gentechnik weiterzutreiben, dann ist es genauso legitim, dass die anderen die Möglichkeit bekommen, sich zusammenzuschließen, ihre Wahlfreiheit auszunutzen und gentechnikfreie Zonen zu verkünden. Das ist selbstverständlich. Dafür steht ihnen dieselbe Unterstützung der Staatsregierung zu wie den anderen auch. Um nichts anderes geht es in diesem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

Dass ich doch ganz andere Ziele habe, ist völlig klar, aber wir sind erst einmal auf einem Schritt zu dem Ziel. Da müssten Sie eigentlich zustimmen.

Für die FDP-Fraktion – das habe ich eigentlich schon geahnt – kommt das Brot vom Bäcker und die Milch aus

dem Kühlschrank, und was im Honig ist, ist nicht so wichtig, die Hauptsache, dass das Zeug süß und klebrig ist. Tiefgang war da ja nie die große Stärke. Deshalb wundert es mich auch nicht, dass Kollege Günther seine Zeit genutzt hat, um hier für Heiterkeit zu sorgen.

Im Übrigen, weil das Beispiel von Ihnen kam, Herr Günther: Das Schlafmittel/Beruhigungsmittel Contergan war auch zugelassen und durch alle in Deutschland privilegierten Institutionen geprüft, war von Wissenschaftlern als sicher bewertet worden und doch katastrophal in der Auswirkung. Also Vorsicht!

Bei der SPD habe ich wieder einmal gemerkt, dass sich Koalitionszwang und Vernunft nicht vereinbaren lassen.

(Beifall bei der Linksfraktion und der FDP)

Bei der CDU kam mir die Frage, wie diskutiert die Christliche Union in Sachsen eigentlich die Gefährdung bzw. die Bewahrung der Schöpfung und das Eingreifen in Gottes Welt. Wie diskutieren Sie das? Ich finde, Ihre Schwestern in Bayern und Österreich sind da schon viel weiter.

Herr Heinz, der Telefonvergleich war ungefähr so, als wenn Sie mich fragten, wie spät es ist, und ich sage Ihnen, es ist kalt draußen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Außerdem haben Sie gesagt, es hat sich seit November keine Entwicklung ergeben. Ich kann Ihnen sagen, was sich seit November entwickelt hat: Im Februar sind die französischen und griechischen Gentechnikverbote von der EU nicht aufgehoben worden. Im Februar und März haben Frau Aigner und Herr Sonnleitner Zweifel an der Ungefährlichkeit der Agrogentechnik geäußert, und im März ist in Österreich und Ungarn der Gentechnikanbau auch nicht untersagt worden.

So viel zum europäischen Rahmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Nach dem Schlusswort kommen wir zur Abstimmung. Ich rufe die Drucksache 4/14829 auf. Wer stimmt dem Antrag zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei keiner Enthaltung und einer großen Anzahl an Zustimmungen ist der Antrag dennoch abgelehnt. Damit ist der Tagesordnungspunkt beendet.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 8

Sicherung des sorbischen Schulwesens

Drucksache 4/14363, Antrag der Linksfraktion, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Die einreichende Fraktion beginnt, danach die gewohnte Reihenfolge.

Heiko Kosel, Linksfraktion: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sehr wahrscheinlich, dass die jetzige Debatte zur Sicherung des sorbischen Schulwesens einigen in den Reihen der Staatsregierung und der Koalition, insbesondere wohl bei der CDU, nicht ganz willkommen ist. Darauf können und wollen wir von der Linksfraktion allerdings keine Rücksicht nehmen, denn die Entwicklung der letzten Monate hat besonders deutlich gemacht, dass für die Sicherung des sorbischen Schulwesens dringender Handlungs- und Umsteuerungsbedarf besteht.

(Beifall der Abg. Cornelia Falken, Linksfraktion)

So ist es erst zweieinhalb Wochen her, dass die UNESCO in Paris zum Internationalen Tag der Muttersprache ihren Atlas der gefährdeten Sprachen vorstellte und die sorbische Sprache dort als „gefährdet“ einstuft. In ähnlicher Weise hatte sich bereits zuvor der Europarat positioniert. Ja, selbst die Sächsische Staatsregierung hat schon in der vergangenen Legislaturperiode die Situation der sorbischen Sprache und Kultur als „unterkritisch“ bezeichnet.

Wenn aber die aktuelle Gefährdungslage des Sorbischen in der geschilderten Weise bekannt und auch anerkannt ist, dann ergibt sich für uns Linke die Frage: Hat die

Sächsische Staatsregierung bisher minderheitenpolitisch geschlafen und dauert dieser politische Dämmerzustand gar noch an? Nein, werden manche antworten, denn, wie heißt es im Sprichwort? Wer schläft, der sündigt nicht.

Die Staatsregierung hat sich aber, um die Worte eines der bedeutenden sorbischen Geistlichen aus der Region aufzugreifen, mit der Schließung sorbischer Mittelschulen am ohnehin kleinen sorbischen Schulnetz „versündigt“.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Dieser Einschätzung wird man ehrlichen Herzens kaum widersprechen können. Bereits bei einem Blick auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel wird dies deutlich. Die geschlossenen Sorbischen Mittelschulen Crostwitz und Panschwitz-Kuckau stellen für die Sorben den Verlust eines Drittels ihres Mittelschulbestandes dar. Das ist eine durchaus relevante Größe. Aus gesamtsächsischer Perspektive handelt es sich hingegen um ganze zwei Schulen.

Meine Damen und Herren von der Koalition und der Staatsregierung, Sie müssen sich da schon die seither immer wieder gestellte Frage gefallen lassen, ob es bei verfassungskonformer, minderheitenfreundlicher Rechtsauslegung nicht möglich gewesen wäre, die Zerfledderung des kleinen Netzes sorbischer Mittelschulen um den wahrlich nicht hohen Preis von zwei nicht geschlossenen Schulen zu verhindern

(Beifall bei der Linksfraktion)

– und dies insbesondere nach Einführung des § 4a in das Sächsische Schulgesetz. Wir als Linksfraktion sagen eindeutig: Ja, es wäre möglich gewesen, auf die Schließung der oben genannten sorbischen Mittelschulen zu verzichten, und mit Blick auf Artikel 6 Abs. 1 Satz 2 der Sächsischen Verfassung sogar zwingend geboten.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Die Staatsregierung meint indes, sich diese minderheitenpolitische und rechtliche Fehlentscheidung leisten zu können, und schlug seinerzeit die Warnungen über deren Folgeschäden in den Wind. Aber genau diese Folgeschäden traten ein.

So entstand in den vergangenen Jahren ein in diesem Umfang neuer Trend, dass Schüler nach dem Besuch einer sorbischen Grundschule den zweisprachig sorbisch-deutschen Bildungsgang nicht fortsetzten. In diesem Schuljahr betrifft dies nach Berechnungen auf der Grundlage von Angaben der Staatsregierung 14,7 % der Abgänger der Sorbischen Grundschule Bautzen, 15,8 % der Abgänger der Sorbischen Grundschule Radibor, 26,3 % der Abgänger der Sorbischen Grundschule Rabitz, 30 % der Abgänger der Sorbischen Grundschule Räckelwitz und sage und schreibe 42,1 % der Abgänger der Sorbischen Grundschule Panschwitz-Kuckau.

Der Solidität der Debatte willen sei gesagt, dass es im Einzelfall ganz individuelle Gründe für ein Verlassen des zweisprachigen Bildungsganges geben kann und dass es auch früher Abwanderungsphänomene gab. Aber in der jetzigen Intensität ist die Abwanderung aus dem zweisprachigen Bildungsgang insbesondere in solchen Bereichen wie Panschwitz-Kuckau klar von der Schulschließung durch die Staatsregierung verursacht und verschuldet. Diese Abwanderung in ihrer jetzigen Größenordnung widerspricht auch dem auf einem Koalitionsantrag basierenden Landtagsbeschluss vom Juli 2006, in dem es hieß, „Das Netz der sorbischen Schulen muss so strukturiert sein, dass die Pflege und Entwicklung von Kultur und Sprache gesichert werden.“ Dass es momentan mit Panschwitz-Kuckau, ausgerechnet im Wohnort des Ministerpräsidenten, die größte Abwanderung aus dem zweisprachigen Bildungsgang gibt, ist ein wahrlich schlechtes Symbol, das schnellstens zu korrigieren ist.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Die Sorben und die gesamte Öffentlichkeit in Sachsen haben ein Recht zu erfahren, ob der Freistaat in der Ära Stanislaw Tillich aus den Resten des sorbischen Schulnetzes, die die Ära Georg Milbradt hinterlassen hat, wieder etwas Neues aufbauen und somit eingetretenen Schaden beseitigen will.

Die im vorliegenden Antrag der Linksfraktion vorgeschlagenen Maßnahmen können als die ersten und dringend notwendigen Schritte hierzu gelten. Dabei dürfte, um die Abwanderung aus dem zweisprachigen Bildungsgang wirklich stoppen zu können, die Notwendigkeit des

von uns im Punkt 1 vorgeschlagenen Konzeptes hoffentlich unstrittig sein. Dem kann auch nicht die Tatsache entgegengehalten werden, dass, nachdem vor über zweieinhalb Jahren der Landtag die Vorlage eines langfristigen Konzeptes für das sorbische Schulnetz gefordert hatte, die Staatsregierung den Vertretern der Sorben nun einen ersten Entwurf zur Diskussion vorgelegt hat. Denn zum einen konnte auch die Staatsregierung auf meine entsprechende Anfrage nicht sagen, wann die Diskussion mit der sorbischen Seite abgeschlossen und das dann fertige Dokument dem Landtag zugeleitet werden kann; und zum anderen scheint sich der von der Staatsregierung vorgelegte Entwurf auf eine Analyse der bisherigen Entwicklung und des gegenwärtigen Zustandes des sorbischen Schulwesens zu fokussieren. Was wir aber hier jetzt brauchen, sind nicht primär die bisherige Entwicklung analysierende Berichte, sondern vielmehr die Gestaltung der zukunftssichernden Konzepte, so wie von uns in Punkt 1 vorgeschlagen.

Mit Blick auf die bereits geschilderten Abwanderungstendenzen aus dem zweisprachigen Bildungsgang ist für die Linksfraktion ein wirklich funktionierendes Konzept zur Sicherung des sorbischen Schulwesens nur unter ernsthafter Prüfung der Wiedereröffnung der geschlossenen Sorbischen Mittelschulen Panschwitz-Kuckau und/oder Crostwitz vorstellbar und dies daher auch in Punkt 2 des Antrages so vorgeschlagen.

Der konkrete Bedarf sollte hierbei selbstverständlich von sorbischen Vertretern artikuliert werden. Die Tatsache, dass in einer Situation, in der die betreffenden Schulschließungen zum Teil bis zu sechs Jahre zurückliegen, selbst die Staatsregierung den – Zitat – „von Teilen der Vertreter des sorbischen Volkes artikulierten Wunsch nach Wiedereröffnung dieser Mittelschulen“ immer noch wahrnimmt, zeigt deutlich, welche schmerzhaften Lücken in das sorbische Schulnetz gerissen wurden, die wegen ihrer gravierenden negativen Folgen nach Auffassung der Linksfraktion dringend wieder zu schließen sind.

Meine Damen und Herren! Auch die im Punkt 3 des Antrags geforderte Aufhebung der das sorbische Schulnetz destabilisierenden Maßnahmen beim Schülertransport ist dringend geboten.

Zunächst zur neuen Streckenführung der Schulbuslinie S 41: Selbstverständlich sollen Eltern und Schüler in der Lausitz je nach Wunsch die Option haben, sorbischsprachige Schulen oder eben auch nicht sorbischsprachige Schulen einschließlich des entsprechenden Schülertransportes zu wählen. Wenn aber in der sorbischen Kernregion erst die beiden Sorbischen Mittelschulen Crostwitz und Panschwitz-Kuckau geschlossen werden und danach eine Schulbuslinie durch diese Region geführt wird, die immerhin 21 Mittelschüler, das entspricht einer ganzen Klasse, an eine nicht sorbischsprachige Mittelschule transportiert, dann kann dies wahrlich nicht als besonders sensibel bezeichnet werden und trägt eindeutig nicht zur Sicherung des sorbischen Schulwesens bei.

Wer wie das Kultusministerium darin keine das sorbische Schulnetz destabilisierende Maßnahme erkennt, der muss schon beide Augen fest geschlossen halten. Die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden – beide übrigens mit CDU-Mandat und -Parteibuch ausgestattet – sahen dies jedenfalls anders und haben gegen die Streckenführung der Linie S 41 Einspruch eingelegt. Es wäre aus Sicht der Linksfraktion hilfreich, wenn die Vertreter der CDU in diesem Hohen Hause wenigstens in diesem Fall auf ihre Kommunalpolitiker vor Ort hörten.

Zusätzlich destabilisierend auf das sorbische Schulwesen wirken auch ablehnende Entscheidungen beim Schülertransport, wenn Kinder nach Besuch einer sorbischen Grundschule auch weiterhin eine sorbische Schule, sei es eine Mittelschule oder das Gymnasium, besuchen wollen.

Die durch die zuständigen Stellen gegebenen Begründungen, sei es hinter vorgehaltener Hand im Landrat Bautzen – Zitat – „da könnten ja auch andere kommen“, oder sei es bei Gericht schriftlich – Zitat – „Sie wohnen drei Kilometer außerhalb des sorbischen Siedlungsgebietes“, sind nach Auffassung meiner Fraktion nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der Linksfraktion und
vereinzelt bei der FDP und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht versäumen, auf die Tatsache hinzuweisen, dass die Annahme des vorliegenden Antrags meines Erachtens auch im wohlverstandenen eigenen Interesse der Staatsregierung selbst liegt.

Die geschilderte Lage ist geeignet, diejenigen Bemühungen, die die Staatsregierung durchaus im Interesse des sorbischen Schulwesens unternimmt und auf die ich, wie zum Beispiel auf die Bemühungen um das 2plus-Modell, durchaus hinweisen möchte, zu konterkarieren. Es besteht also bei Nichtannahme des Antrags der Linksfraktion die Gefahr, dass die sächsische Politik im Bereich des sorbischen Schulwesens mit der einen Hand einreißt, was sie mit der anderen Hand aufzubauen versucht. Auch dies sollten Sie bedenken.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend für Ihre Abwägungsentscheidung noch einen Hinweis. In diesem Monat wird das Gesetz über die Rechte der Sorben im Freistaat Sachsen zehn Jahre alt. Es ist eine Tatsache, dass die Mehrzahl der sorbenpolitischen Debatten der letzten Jahre, einschließlich der heutigen, nicht erforderlich gewesen wäre, wenn der Landtag vor zehn Jahren den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge der damaligen PDS-Fraktion angenommen hätte, da diese eine Bestandsgarantie für das sorbische Schulnetz beinhalteten. Das hätte den Sorben genutzt und den Freistaat wahrlich nicht in den Untergang getrieben, sondern vielmehr sein minderheitspolitisches Renommee beträchtlich erhöht. Es gilt also nun, vor zehn Jahren Versäumtes teilweise nachzuholen.

Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der Linksfraktion und der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Es folgt die CDU-Fraktion. Herr Schiemann, bitte.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg möchte ich sagen, dass jeder Schüler, der, aus welchen Gründen auch immer, aus einem sorbischen Bildungsgang abwandert, einer zu viel ist. Wir brauchen natürlich auch aufgrund der geringer gewordenen Schülerzahlen jeden Schüler, der in den Mittelschulgängen oder am Gymnasium seine Schulbildung weiterführen kann.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion)

Dennoch möchte ich zum Antrag Folgendes sagen: Die Diskussion zu den Schulstrukturen im ehemaligen Landkreis Kamenz ist natürlich auch von den entsprechenden Schulträgern geführt worden bzw. man hat sich eben nicht auf ein Schulnetz einigen können. Ich muss dazu sagen, dass das, was die PDS letztendlich in der Diskussion dazu beigetragen hat, nicht glücklich war. Das, was Herr Kosel jetzt hier beklagt hat, ist natürlich auch aus der unsicheren Diskussion entstanden, sich doch auf zwei Schulstandorte zu konzentrieren, die an der Peripherie liegen, die nämlich dann eine Abwanderung aus Panschwitz verhindert hätten.

Nach der Jahrtausendwende gab es eine Diskussion darüber, dass es zwei Schulstandorte geben sollte, die in dem Landkreis Kamenz bestehen bleiben. Dennoch möchte ich für diejenigen, die sich lokal nicht auskennen, Folgendes sagen: Natürlich haben die Abwanderungen, die es in der Grundschule Bautzen oder in Radibor gibt, wenig mit der Situation in Panschwitz-Kuckau zu tun. Das möchte ich deutlich sagen, weil die Orte räumlich weit auseinander liegen.

Dennoch, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist Schule der zweite wichtige Ort, in dem Sprache weiterentwickelt und geformt wird und in dem das Erlernen von Lesen und Schreiben stattfindet. Neben dem Elternhaus bleibt Schule der wichtigste Ort, in dem die Muttersprache eines jeden sächsischen Kindes geformt wird. Wer Deutsch als Muttersprache spricht, kann sich auf einen sehr großen Sprachraum von über 90 Millionen Menschen in Europa stützen. Die wenigsten dieser 90 Millionen werden es als notwendig ansehen, deshalb die deutsche Sprache vor Einflüssen von außen besonders zu schützen.

Bei einem kleinen Volk wie dem der Sorben sieht dies natürlich ganz anders aus. Bei 60 000 Menschen in der Ober- und Niederlausitz mit zwei eigenständigen Sprachen, malträtiert durch den Kohleabbau und mehrfachen Verlust des Siedlungsgebietes, gehört die Schule neben dem Elternhaus und den Kirchen zur wichtigsten tragenden Säule beim Erhalt, der Pflege und Weiterentwicklung der sorbischen Sprache. Ein kleines Volk muss um seiner Existenz willen mehr zum Erhalt der Sprache beitragen als jedes der großen Nachbarvölker. Die Sorben bleiben deshalb weiter auf die Unterstützung der deutschen Mehrheitsbevölkerung angewiesen.

Diese Unterstützung und der Respekt für dieses besondere Anliegen müssen stets von Neuem eingeworben werden und als Brücke zwischen Deutschen und Sorben dienen. Die Vorgaben der Sächsischen Verfassung sind hierbei ohne Wenn und Aber umzusetzen. Dennoch sehe ich die Umsetzung des Antrags der Koalitionsfraktionen von CDU und SPD auf einem vernünftigen Weg, auch wenn ich einräumen muss, dass uns die Zeit nicht davonlaufen darf.

Ich kann bestätigen, dass sich Mitarbeiter des Staatsministeriums für Kultur und die Bildungsagentur in Bautzen in intensiven Gesprächen mit dem Rat für sorbische Angelegenheiten, dem Sorbischen Schulverein, der Domowina über das Witaj-Sprachzentrum befindet. Damit wird die Umsetzung der Landtagsdrucksache 4/5514 vorbereitet. Ich glaube, es ist auch anzuerkennen, dass das ein weitaus schwierigerer Prozess ist, als sich das jemand am Anfang vorgestellt hat. Dazu haben das Staatsministerium und die Bildungsagentur auch die Schulen entsprechend einbezogen. Wichtig bleibt der Erhalt der jetzigen Grundschulen und der Mittelschulstandorte.

Dabei kann ich nicht unerwähnt lassen, dass der Landkreis Bautzen mit Unterstützung des Freistaates Sachsen das Gebäude des sorbischen Gymnasiums, der Mittelschule und der Grundschule mit enormer Anstrengung zum Schulzentrum Bautzen ausgebaut hat. Dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren, gilt mein Dank der Staatsregierung des Freistaates Sachsen und dem Schulträger, dem Landkreis Bautzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich danke aber auch dem Hohen Haus für diese notwendige Unterstützung. Jetzt müssen wir in Bautzen alles dafür tun, dass diese modernen, gut ausgebauten Räumlichkeiten von vielen Schülern genutzt werden.

Entscheidend für das Nutzen des sorbischen Unterrichts ist und bleibt – auch aufgrund der Veränderungen in der Schullandschaft – eine vernünftige, verlässliche Schülerbeförderung für jedes Kind, dem ein Schulbesuch mit Sorbisch als Unterrichtsfach zu garantieren ist. Das sind die Vorgaben der Sächsischen Verfassung, und es geht auch aus der Antwort des Staatsministers Prof. Wöller deutlich hervor; auch mehrere mündliche Anfragen, die hier im Hohen Haus gestellt wurden, sind so klar beantwortet worden: Dies ist nach der Sächsischen Verfassung zu garantieren. Sollte die Schülerbeförderung ein Hindergrund für den Besuch einer sorbischen Schule sein, dann müssen die Voraussetzungen für die Schülerbeförderung deutlich geändert bzw. auch verbessert werden, damit dies den betroffenen Kindern garantiert wird.

Ich weiß, dass es die Diskussion in einem Einzelfall gab, den wir beide kennen, Kollege Kosel, in dem es der Schulträger als angemessen angesehen hat, dass ein Kind in der 5. Klasse am Morgen etwa 5 Kilometer bis zum Schulbus zu laufen oder es anderweitig hinzubekommen hat, während alle anderen Kinder aus dem Dorf in die völlig andere Richtung mit dem Bus fahren. Deshalb sage

ich: Solch ein Einzelfall darf nicht dazu beitragen, dass Kinder am Schulunterricht mit sorbischer Sprache gehindert werden.

Wir hatten vor vielen Jahren an der Grundschule in Bautzen auch einen positiven Fall: Dort ist ein Kind aus dem ehemaligen Landkreis Löbau-Zittau von Oppach nach Bautzen in die sorbische Grundschule gegangen – das sind etwa 20 Kilometer.

(Heinz Lehmann, CDU: 15!)

– Na gut, 15, aber über die Bergkette und im Winter sehr schwierig. Aber zumindest ist das für diese Familie garantiert worden und man hat Lösungen gefunden, sodass es auch in anderen Fällen zu gewährleisten ist.

Gleichzeitig sollten Eltern gerade die großen Chancen der zweisprachigen Schulbildung nutzen; denn es sind immer auch die Entscheidungen der Eltern und es ist nicht anders, als es früher war: Wir müssen es natürlich den Eltern erleichtern, eine Entscheidung für den Sorbischunterricht zu fällen. Es muss vor Ort alles darangesetzt werden, dass sie überzeugt werden, sich für den Unterricht zu entscheiden. Aber die letzte Entscheidung kann man den Eltern nicht abnehmen; die Eltern entscheiden, wo ihre Kinder ausgebildet werden. Ich will damit nur sagen, dass ich wenige Chancen habe, irgendjemandem vorzuschreiben, in welche Schule er seine Kinder weiterführend bringt; das ist die Entscheidung der Eltern. Aber die Voraussetzungen müssen geschaffen werden.

(Zuruf der Abg. Caren Lay, Linksfraktion)

Ich verweise dabei auf die gemeinsamen Bemühungen – auch hier im Hohen Haus angesprochen, von der Staatsregierung mehrfach unterstützt – für das Witaj-Projekt in den Kindergärten. Es ist etwas Hervorragendes, dass es beim Witaj-Projekt gelungen ist, auch mithilfe der Unterstützung eines Austausches von sorbischen Lehrern mit unserer Partnerregion der Bretagne, zu erfahren, was die Bretonen gemacht haben, damit ihre uralte Sprache nicht verloren geht, sondern wieder aktiviert wird. Das haben engagierte Lehrer aus der Lausitz aus der Bretagne mitgebracht und haben hier versucht, mit dem Witaj-Konzept Kindern, deren Eltern dies wünschen, Sprache spielend zweisprachig beizubringen – ein Konzept, zu dem ich sage: So etwas hat es eben in der Zeit vor 1989 nicht gegeben, und ich bin froh, dass sich Menschen für dieses Witaj-Projekt auch in Diaspora-Regionen, in denen es überhaupt keine jungen Sorbisch sprechenden Menschen mehr gibt, engagieren, damit diese Sprache wieder belebt werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, viele Eltern bemühen sich, gemeinsam mit dem Sorbischen Schulverein Feriencamps und eine Vielzahl von Projekten zum Spracherhalt zu organisieren. Ich freue mich, dass Sie, Herr Staatsminister Prof. Wöller, bei Ihrem Besuch am 26. Februar die Schüler des sorbischen Gymnasiums ermutigt haben, sich für ein Lehrerstudium zu entscheiden; denn wir werden auch das Problem der sprachkundigen Sorbischlehrer zu lösen haben. Aber dazu muss man

auch jemanden finden, der bereit ist, das als Lehramtsstudent auf sich zu nehmen. Herzlichen Dank dafür, dass Sie, Herr Staatsminister, die jungen Leute motiviert haben, doch die Entscheidung pro Lehrer zu treffen.

Dennoch möchte ich einen Tropfen Wasser in den Wein gießen: Es bleibt ein ungelöstes, für mich sehr ärgerliches Problem, dessen Lösung ich von der Staatsregierung deutlich einfordere: Die Probleme bei der Lehrerbildung an der Universität zu Leipzig müssen endlich geklärt werden.

(Beifall der Abg.)

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE)

Es ist einfach nicht mehr hinnehmbar oder es ist nicht zu akzeptieren, dass der Personalmangel zu Schwierigkeiten bei der Lehrerbildung im Fach Sorbisch bzw. in den begleitenden Fächern führt.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion)

Das können wir uns nicht leisten. Die Universität zu Leipzig bleibt unabhängig in Forschung und Lehre; sie hat aber die Verpflichtung, die ihr übertragene Lehrerbildung zu garantieren. Das müssen wir einfordern. Ansonsten werden alle unsere Bemühungen, etwas für das sorbische Schulwesen zu tun und sich für das Witaj-Projekt zu engagieren, fehlschlagen, wenn es uns nicht gelingt, auch an der Universität Leipzig die entsprechenden personellen Entscheidungen zu treffen, damit Sorbischlehrer ausgebildet werden können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Herr Brangs, Sie sprechen für die Fraktion der SPD.

Stefan Brangs, SPD: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat greift der vorliegende Antrag ein wichtiges Thema auf, weil es um den Bestand der sorbischen Sprache und um die sorbische Kultur geht. Das ist ein zentrales Anliegen, das wiederholt auch im Sächsischen Landtag zu Recht aufgegriffen worden ist.

Hinter diesem Thema verbergen sich, wenn man es sich genau ansieht, aber Probleme, weshalb es immer wieder zu Debatten im Sächsischen Landtag kommt. Das liegt auf der einen Seite daran, dass es wirklich eine Reihe von Schwierigkeiten gibt, auf die Kollege Schiemann schon eingegangen ist; und auf der anderen Seite daran, dass gerade im Bereich der weiterführenden Schulen aus meiner Sicht nicht so viel getan worden ist.

Deshalb hat die Koalition einen Antrag gestellt, in dem die Staatsregierung ganz klar dazu aufgefordert wird – ich zitiere –, „ein langfristiges Konzept eines Schulnetzes im allgemeinbildenden Bereich zur Umsetzung der verfassungsgemäß verbrieften Rechte des sorbischen Volkes unter Einbeziehung der Vertreter des sorbischen Volkes vorzulegen.“

Dazu gab es einen auch schon ausgeführten Zwischenbericht des Kultusministeriums. Aus meiner Sicht kann dieser nicht befriedigen und auch nicht in Gänze darauf eine Antwort geben. Ein Bericht ist natürlich ein Bericht und kein Konzept; wenn aber in diesem Bericht im Wesentlichen auf die Schulnetzplanung der damaligen Landkreise Kamenz und Bautzen eingegangen wird, dann entspricht es nicht dem, was wir hier verabschiedet haben.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion)

Deshalb muss ich erneut zitieren: „Auf der Grundlage dieser Darstellung beabsichtigt die Sächsische Staatsregierung nach Vorlage der Beschlüsse aller Landkreise im sorbischen Siedlungsgebiet zur Schulnetzplanung Ende 2007/Anfang 2008 einen Bericht mit folgendem Inhalt vorzulegen:

1. Entwicklung des sorbischen Schulwesens unter Schwerpunktsetzung auf den Zeitraum von 1992 bis 2007;
2. Schulnetzplanung im sorbischen Siedlungsgebiet bis 2015 und 2020 unter detaillierter Darstellung der Standorte der sorbischen Schulen;
3. Förderung der sorbischen Sprache durch Weiterentwicklung eines Konzeptes;
4. Arbeit des Sorbischen Schulvereins als sorbischer Fachverein.“

Wenn man sich das ansieht, stellt man fest: Das Ganze ist noch kein Bericht. Warum ein solcher noch nicht vorgelegt worden ist, dazu kann sicherlich der Kultusminister nachher Näheres ausführen.

Wenn wir uns näher mit dem Thema beschäftigen wollen und wenn wir davon ausgehen, dass dieser Bericht nicht alles bringt und ein Konzept noch aussteht, dann ist es wichtig, dass wir uns nicht nur mit den Schulstandorten, sondern vor allem mit den Instrumenten beschäftigen, die zur Förderung der sorbischen Sprache und der sorbischen Kultur in den Schulen und durch die Schulen beitragen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Ansatz.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass es – im Gegensatz zu anderen europäischen Minderheiten – die Besonderheit gibt, dass ein geschlossener Siedlungsraum fehlt. Jetzt könnte man sagen, dass es – um die Einrichtung der Schulen zu realisieren – vielleicht das Beste wäre, ein voll gefördertes sorbisches Schulwesen zu initiieren. Ich glaube aber nicht, dass das überall mehrheitsfähig wäre und dass das überall die Intentionen vor Ort treffen würde.

Wir müssen davon ausgehen, dass wir zukünftig keine rein sorbischen Schulen mehr haben werden. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Also muss es doch so sein, dass die Schule mehr Aufträge, mehr Instrumente bekommt, damit in verschiedener Form dazu beigetragen werden kann, dass Sorbisch als eine Art Muttersprache in diesen Schulen gepflegt wird. Wenn wir diese Anforderungen an die Schulen stellen, müssen wir die Frage beantworten: Welches sind die Instrumente, die wir diesen

Schulen an die Hand geben können, damit das möglich gemacht wird? – Das ist in der Tat nur durch ein Konzept umzusetzen.

Ich will aus der Sicht der SPD-Fraktion mindestens vier Punkte nennen, deren Erörterung Sinn macht.

Der erste Punkt – Kollege Schiemann hat dazu bereits ausgeführt – betrifft die Frage: Wie haben sich die sorbischen Schulen entwickelt? Vor allem: Wie haben sich sorbische Schulen zu modernen Schulen entwickelt? Da gibt es ein Erfolgskonzept. Das Witaj-Projekt ist erfolgreich und sollte und muss fortgeführt werden. Von dieser Stelle aus ist sicherlich schon ausreichend gesagt worden, dass man die Arbeit, die dort stattfindet, nicht genug würdigen kann. Ich hoffe, dass auch weiterhin beachtliche Erfolge vorzuweisen sind. Das Projekt muss fortgeführt werden, damit der drohende Exodus der sorbischen Sprache als gelebte Sprache gestoppt werden kann.

Zweitens müssen wir in der Tat darüber nachdenken, sorbische Schulen möglichst wohnortnah zu organisieren. Ich will einschieben: Das ist nicht nur ein sorbisches Problem, sondern im ländlichen Raum ein generelles Problem.

(Beifall der Abg. Andrea Roth, Linksfraktion,
und Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE)

Die Besonderheit dieser Schulen gegenüber nicht-sorbischen Schulen ist natürlich, dass sie – neben ihrer Bildungsfunktion – quasi sorbische Kulturzentren sind. Mit dieser besonderen Problemlage müssen wir uns auseinandersetzen.

Drittens. Wir müssen erreichen, dass sorbische Schulen auch einen wesentlichen Beitrag zur Sozialisation leisten können. Dabei geht es um gemeinsame Erlebnisse von sorbischen Kindern und Jugendlichen an diesen Schulen, um eine sorbische Identität auszubilden. Zur Herstellung dieser Sozialisation müssen wir große Anteile sorbischer Kultur in eine moderne, dynamische Unterrichtsgestaltung einbringen. Dann müssen wir die Jugendlichen dazu befähigen, mit dieser Sozialisation und der dadurch gewonnenen Identität auf der ganzen Welt zu agieren; ihnen muss die Welt offen stehen. Das ist wichtig.

Auch der vierte Punkt ist ganz entscheidend. Wir müssen uns überlegen, in welcher Form wir die Herausbildung dieser Identität organisieren. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu beantworten, wie man es hinbekommt, dass unterschiedliche Generationen die Möglichkeit haben, die Identitätsbildung gemeinsam zu erleben und kontinuierlich, über Jahre hinweg, zu lernen.

Ich will auch an dieser Stelle Klartext reden: Einer dieser Ansätze besteht darin, entsprechende Angebote verstärkt im Rahmen der Gemeinschaftsschule im Sekundarbereich I zu unterbreiten. Ich weiß, dass es diesen Bündelungswunsch von sorbischen Initiativen vor Ort gab. Es ist aber auch gesagt worden: Wir sind kein Schulträger und können das deshalb nicht beantragen. – Findet man also eine Möglichkeit, dass ein sinnvolles Konzept zur Gemeinschaftsschule mit der von mir beschriebenen

Notwendigkeit in den sorbischen Schulen zur Umsetzung kommen kann?

Man könnte sagen: Da wir keine sorbischen Schulträger haben, ist das Problem, wenn man es ernst nimmt, nicht so einfach zu lösen. Wir können weder ein sorbisches Schulwesen installieren, noch können wir Schulen einfach nach Schulträgern beurteilen bzw. das Ganze allein der Schulnetzplanung überlassen.

Ich will kritisch anmerken: Wenn ich mir die Stellungnahme des Kultusministeriums zu dem Antrag ansehe, dann scheint mir, dass zumindest der Autor der Antwort die Besonderheit des sorbischen Schulwesens nicht ganz verstanden hat. Deshalb möchte ich die Stellungnahme zumindest in einem Punkt korrigieren: Es ist zwar richtig, dass es keines Beschlusses des Landtages bedarf, der die Staatsregierung auffordert, ein gemeinsames Konzept mit den sorbischen Interessenvertretern zu erarbeiten. Das ist aber nicht aufgrund der in der Stellungnahme dargestellten Sachverhalte richtig, sondern deshalb, weil wir bereits einen solchen Antrag beschlossen haben; in der Drucksache 4/5514 gibt es ihn längst. Insofern ist der Antrag der Koalition – mit dem versprochenen Bericht über die Schulnetzplanung der damaligen Kreise – eben nicht erfüllt. Wir haben damals nicht ohne Grund die Einbeziehung von Vertretern des sorbischen Volkes gefordert. Das meint eben nicht, dass in den Kreistagen vielleicht sorbische Mitbürgerinnen und Mitbürger vertreten sind; sondern der Wille des Landtages war es ganz klar, dass das Kultusministerium bei der Erarbeitung dieses Konzeptes auf Vertreter des sorbischen Volkes zurückgreifen soll. So sieht es der Antrag vor. Das ist, glaube ich, ein Unterschied.

Um das gesamte Thema weiterhin zu erörtern, brauchen wir den Antrag der Linksfraktion jedoch nicht.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion: Doch! Aber ja!)

– André Hahn braucht diesen Antrag natürlich; ich brauche ihn nicht.

Wir brauchen diesen Antrag nicht. Die heutige Debatte hat gezeigt, dass es unterschiedliche Ansätze, aber letztlich große Übereinstimmung in der Frage gibt, wie man das Problem angehen kann. Es geht an der einen oder anderen Stelle um das Instrument. Unterschiedliche Wege führen zum Ziel. Aber auch die antragstellende Fraktion muss doch Genugtuung darüber empfinden, in welcher Breite und fachlichen Fundiertheit wir uns zu dem Thema ausgetauscht haben. Insofern brauchen wir für die Aufforderung an das Kultusministerium keinen Antrag.

Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Die NPD-Fraktion hat keinen Redner gemeldet. – Das bleibt so. Für die FDP Frau Schütz, bitte.

Kristin Schütz, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sorbische Sprache

und Kultur sind eine Bereicherung für unseren Freistaat. Wir sollten und wir müssen Interesse daran haben, diese zu pflegen. Das gilt besonders an den sorbischen Schulen.

Herr Kosel, lassen Sie uns trotz der besonderen Dramatik an dieser Stelle nicht in Aktionismus verfallen. Diesen Eindruck könnte man gewinnen, wenn man sieht, dass Sie das Thema auf die heutige Tagesordnung des Plenums und gleichzeitig auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt haben. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Das ist Aktionismus an der falschen Stelle.

Zurück zum Antrag. Es ist beeindruckend, wie viel Arbeit die Sorben in die Pflege ihrer Kultur und ihrer Sprache stecken. Beispielhaft möchte ich nur die Übersetzung von Schulbüchern und Lernmaterial in das Sorbische nennen. Wer mit Vertretern der Sorben über die Schulbildung spricht, erfährt viel über das Engagement vor Ort. Doch es ist ernüchternd, wie den Sorben in den vergangenen Jahren durch die Schulverwaltung Steine in den Weg gelegt worden sind. Daran kann auch der etwas beschönigende Bericht der Staatsregierung über die Lage des sorbischen Volkes keinen Zweifel lassen.

Lange wurden die sorbischen Schulen nicht anders bei der Schulnetzplanung behandelt als die deutschsprachigen. Das war ja der Grund, warum die sächsische Schulschließungspolitik selbst auf europäischer Ebene ins Blickfeld geriet, weil diese Schulschließungspolitik die einzigartige Kultur der Sorben als schutzbedürftige Minderheit gefährdete.

Die Schulschließungen, die wir als FDP immer kritisiert haben, hatten für den sorbischen Raum noch schlimmere Auswirkungen als für viele andere Landstriche in Sachsen. Die Wege der Kinder, die Sorbisch lernen wollten, wurden immer länger und viele Eltern entschieden sich nicht allein auch deshalb dann für eine Schule ohne sorbisches Sprachangebot.

Natürlich ist es schwierig zu argumentieren, wenn in Zeiten radikaler Schulschließungen der sorbische Bereich herausgenommen werden sollte. Da bedarf es schlicht einer politischen Schwerpunktsetzung, die hier einfach versäumt wurde. An der Stelle rächt sich auch die fehlende Autonomie von Schulen. Sollte man nicht besser bei einem Zukunftskonzept für sorbische Schulen auch Überlegungen zur Autonomie der Schulen einbeziehen? Stichwort: Schulträgerschaft. Man sollte also einen Rahmen vorgeben, innerhalb dessen die Sorben ihre Schulen selbst ausgestalten können. Das wäre nach unserer Meinung ein innovativer Ansatz, denn mit von oben kommenden Planungen wird man so manches regionale Problem nicht lösen können und noch weniger dem Problem von Minderheiten gerecht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag ist von der Zielstellung her richtig. Er findet auch im Grundsatz unsere Unterstützung. Er ist aber so, wie er gestellt ist, viel zu pauschal, als dass wir ihn so einfach unterschreiben würden. Er wäre nach unserer Meinung sicherlich im Ausschuss besser aufgehoben. Wir werden uns daher enthalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Frau Günther-Schmidt, Sie beschließen diese Runde für die Fraktion GRÜNE.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Entwicklung des sorbischen Schulwesens beschäftigt uns bereits seit Anfang dieser Legislaturperiode. Meine Fraktion hat schon in ihrem Antrag vom Juni 2005 die Staatsregierung aufgefordert, ihre Vorstellungen von der Entwicklung der sorbischen Schullandschaft darzulegen. Bereits damals nahm die Staatsregierung zu unserem Antrag unter anderem wie folgt Stellung:

„Alle Entscheidungen das sorbische Schulwesen betreffend, werden vor dem Hintergrund der in Artikel 6 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen und § 2 und § 4a Abs. 4 Ziffer 1 Schulgesetz verbrieften Rechte des sorbischen Volkes getroffen. Die Pflege und Entwicklung angestammter Kultur, Sprache und Überlieferung kann im sorbischen Siedlungsgebiet auch mit dem Widerruf des Freistaates Sachsen an den Eingangsklassenstufen der Mittelschulen in Panschwitz-Kuckau und Radibor an den verbleibenden sorbischen Mittelschulen in zumutbarer Entfernung und in guter Qualität gesichert werden. Eine maßvolle Anpassung des Schulnetzes ist notwendig, um die vorhandenen Ressourcen bestmöglich zum Einsatz zu bringen.“

Das, meine Damen und Herren ist die Sprache der Mehrheit gegenüber der Minderheit. Wir sehen das ausdrücklich anders. Es darf niemals eine Frage des bestmöglichen Einsatzes vorhandener Ressourcen sein, wenn es um den Erhalt einer nationalen Minderheit geht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

Ich mache mir allerdings wenig Hoffnung, dass die Sächsische Staatsregierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung sich irgendwann einmal darauf besinnt, europäisches Minderheitenrecht umzusetzen. Schließlich wurden bislang alle Anträge der Opposition, die in diese Richtung zielten, abgelehnt.

Kleiner Randeinschub: Der vorliegende Antrag wurde vor zwei Jahren in fast gleicher Form gestellt.

Ich glaube, wir haben es hier mit einem Wahrnehmungsproblem zu tun. Vielleicht hängt das auch damit zusammen, mit welchen Vertretern des sorbischen Volkes sich jeweils die Staatsregierung trifft und wie resigniert die Vertreter schon sind, wenn es um das sorbische Schulwesen geht; denn Tatsache ist, dass trotz der vielen gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen der Anpassungsdruck auf das sorbische Volk steigt. Gerade im Kontext der demografischen Entwicklung sehen wir einen dringenden Handlungsbedarf für eine weitere Unterstützung der Sorben.

Die Europäische Konvention für regionale Minderheitensprachen, die von der Bundesrepublik unterzeichnet wurde, verpflichtet auch den Freistaat zum Schutz ebendieser Sprachen, von denen einige allmählich zu verschwinden drohen.

Es zeigt sich, dass die bisherigen Maßnahmen zum Schutz der sorbischen Kultur und Sprache mitnichten die angedachten Wirkungen entfalten konnten.

Die Stellungnahme der Staatsregierung zum vorliegenden Antrag ist wiederum etwas lieblos ausgefallen und wird dem Ernst der Lage nicht gerecht. Das ist doch bedauerlich, weil im Bereich der Kindertagesstätten auch mit Unterstützung der Staatsregierung mit dem Witaj-Konzept eine gute Grundlage gelegt wurde. Nun ist es leider so, dass dieses Konzept in der Schule nicht fortgesetzt werden kann, wenn das Schulnetz dafür nicht mehr vorhanden ist. Wir investieren also in die frühe Bildung und verschenken dann die guten Ergebnisse in der weiteren Entwicklung.

Meine Damen und Herren! Kultusminister Wöller lässt verkünden, der von Teilen der Vertreter des sorbischen Volkes bestehende Wunsch nach der Wiedereröffnung der Mittelschulen begründet allein kein öffentliches Bedürfnis. Dieser Satz in seiner Stellungnahme zum Antrag zeigt mir, dass Kultusminister Wöller das Prinzip des Minderheitenrechts auch nicht ansatzweise verstanden hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

Im Minderheitenrecht geht es nicht um ein allgemeines öffentliches Bedürfnis, sondern eben um den Schutz dieser Minderheit. Aus unserer Sicht ist angesichts der Bedrohung der Identität des sorbischen Volkes dringend ein Minderheitenschulgesetz notwendig. Ich verspreche an dieser Stelle, in der 5. Legislaturperiode werden wir ein solches Gesetz einbringen, und bis hierher werden wir dem Antrag der Linksfraktion zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Prof. Wöller, Sie sprechen jetzt für die Staatsregierung.

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister für Kultus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sicherung der Rechte der Sorben, insbesondere der Bewahrung und der Weiterentwicklung der sorbischen Sprache und Kultur gemäß Artikel 6 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen, kommt die Staatsregierung gewissenhaft nach. Zu diesem Zweck wurden im Rahmen der §§ 2 und 4a des Schulgesetzes bereits mehrere Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und andere rechtliche Regelungen erlassen. Verschiedene staatliche Behörden, darunter die Sächsische Bildungsagentur, hier insbesondere die Regionalstelle Bautzen, oder das Sächsische Bildungsinstitut befassen sich mit der inhaltlichen Weiterentwicklung der sorbischen Schulen. Auch die Mitarbeiter des Sächsischen Staatsministeriums

für Kultus stehen aus diesem Grunde im regelmäßigen Austausch mit Vertretern des sorbischen Volkes.

Der Erhalt und die Förderung der sorbischen Sprache und damit auch der sorbischen Kultur liegen mir persönlich am Herzen. Herr Kollege Schiemann ist schon darauf eingegangen und ich teile seine Auffassung.

Sprache ist für die kulturelle Entwicklung des sorbischen Volkes von zentraler Bedeutung. Mein letztes Gespräch mit Vertretern des sorbischen Volkes fand Ende Februar im Sorbischen Gymnasium in Bautzen statt. Dort war es mir ein wichtiges Anliegen, die Schülerinnen und Schüler bereits frühzeitig dafür zu gewinnen, sich für einen Lehrerberuf zu entscheiden, um die sorbische Sprache damit weiter in die Zukunft zu tragen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Das ist genau der Engpass, der besteht, und darauf müssen wir unser Augenmerk legen.

Wenn Sie mich zu Recht gefragt haben, was denn das sächsische Staatsministerium macht, um das in besonderer Weise zu fördern, dann kann ich Ihnen deutlich sagen – das habe ich in dem Rahmen dort noch einmal bekräftigt –: Wir geben Einstellungsgarantien. Das heißt, wir denken nicht nur darüber nach, sondern wir geben bereits jetzt jedem jungen Menschen, der diesen Lehrerberuf ergreift und die Lehrerausbildung in Angriff nehmen will, die Einstellungsgarantie. Er weiß also, dass er fest und sicher seinen Arbeitsplatz in der Tasche hat. Ich glaube doch, dass das ein besonderes Anliegen ist und eine besondere Förderung, die darin zum Ausdruck kommt.

Sicherlich ist darüber nachzudenken, wie wir das künftig noch besser tun können. Das ist ein klares Bekenntnis zur sorbischen Sprache und zur sorbischen Kultur. Deswegen geben wir das Versprechen gern.

Ein weiteres Treffen in Bautzen von Mitarbeitern meines Hauses und der Sächsischen Bildungsagentur ist für den 20. März geplant. Bei diesem Treffen kommt es darauf an, jenen Eltern und Schülern, die daran interessiert sind, den zweisprachigen sorbisch-deutschen Bildungsgang vom Kindergarten über die Grundschule bis zur Mittelschule bzw. zum Gymnasium zu ermöglichen. Den Bewohnern des sorbischen Siedlungsgebietes steht es frei, sorbischsprachige Kindergärten und Schulen zu besuchen. Es gibt viele Gründe, die den Wechsel von sorbisch-deutschen Grundschulen zu einsprachigen deutschen Mittelschulen oder Gymnasien rechtfertigen. Der im Antrag geschilderte Abwanderungstrend aus dem zweisprachigen sorbisch-deutschen Bildungsgang kann nicht mit dem Schülertransport begründet werden.

Die Sächsische Staatsregierung wird weiterhin ihre Möglichkeiten nutzen, die Schüler zur Fortsetzung ihres zweisprachigen Bildungsganges zu ermutigen. Die Evaluierung des Konzeptes 2plus wird ein Weg dahin sein. Was die Wiedereröffnung der sorbischen Mittelschulen in Panschwitz-Kuckau und Crostwitz betrifft, so besteht tatsächlich absehbar kein öffentliches Bedürfnis mehr. Die Landkreise und kreisfreien Städte stellen Schulnetz-

pläne für ihr Gebiet auf, sie verzeichnen den jährlichen Schulbedarf und die Schulstandorte. Der Schulnetzplanungsträger hat bislang kein entsprechendes öffentliches Bedürfnis für die Mittelschulen Panschwitz-Kuckau und Crostwitz angezeigt. Das sorbische Schulnetz destabilisierende Maßnahmen sind meinem Haus nicht bekannt. Auch die in der Begründung des Antrages genannte Schülerbeförderung bündelt nur bereits bestehende Angebote, die zu den Aufgaben des Landkreises gehören. Die verfassungsmäßig verankerten Rechte des sorbischen Volkes sind aufgrund der bestehenden Regelungen und Festlegungen gewahrt. Daher bitte ich den Antrag abzulehnen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf von der Linksfraktion: Schlimm!)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Schlusswort. Erhebt sich Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Herr Kosel, bitte, für die einreichende Fraktion das Schlusswort.

(Zuruf der Abg. Caren Lay, Linksfraktion)

Heiko Kosel, Linksfraktion: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bei den Diskussionsrednern der demokratischen Fraktionen, die ausschließlich – auch das ist bezeichnend – heute in der Debatte das Wort ergriffen haben, für das Bemühen um eine wirklich konstruktive Debatte bedanken. Die Debatte hat aber nicht nur gezeigt, dass es noch unterschiedliche Auffassungen zwischen den einzelnen Fraktionen gibt, sondern auch, dass es noch eine Menge Unklarheiten gibt. Deshalb ist es nötig, die minderheitenschulpolitische Debatte bezüglich des sorbischen Schulwesens in diesem Hohen Haus weiterzuführen.

Ich möchte Ihnen, Herr Kollege Schiemann, sagen, dass es mich und die anderen Kollegen der Linksfraktion aus der Lausitz irritiert und beleidigt hat, wenn Sie uns vorwerfen, wir hätten eine – wann auch immer – kontra-

produktive Haltung zum sorbischen Schulwesen eingenommen. Das ist uns zumindest bisher nicht bekannt gewesen und entspricht auch nicht den Realitäten. Wenn Sie auf Panschwitz-Kuckau anspielen, haben wir uns seinerzeit – trotz eigener Bedenken – ausdrücklich zu der Tangentenvariante des Sorbischen Schulvereins bekannt, weil es der gemeinsame sorbische Kompromissvorschlag war.

Wir stehen nach wie vor zu der Auffassung, dass eine politische Entscheidung zu treffen ist, die noch vor Beginn des neuen Schuljahres wirksam werden kann. Deshalb sind wir nicht ganz zufrieden, wenn die Debatte teilweise nach dem Motto lief: „Schön, dass wir mal darüber geredet haben!“ Es darf nicht dabei bleiben, dass wir heute nach dieser Debatte auseinandergehen und nichts passiert. Ich möchte in diesem Zusammenhang, da wir den 10. Jahrestag des aktuellen Sächsischen Sorbengesetzes begehen, ausdrücklich auf die Einbringungsrede des damals zuständigen Ministers Prof. Meyer Bezug nehmen, der gesagt hat, dass es „unsere Pflicht als Demokraten und Europäer ist, die Sorben beim Erhalt ihrer Identität nachhaltig zu unterstützen“.

Ich bitte unter anderem auch aus diesem Grund nochmals um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der Linksfraktion)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Meine Damen und Herren! Nach dem Schlusswort kommt die Abstimmung. Ich lasse abstimmen über die Drucksache 4/14363 und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Danke schön. Und die Gegenprobe! – Danke. Und die Enthaltungen? – Bei Enthaltungen und Zustimmung dennoch mit Mehrheit abgelehnt. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, es gibt jetzt mehrere sehr „traurige“ Mitteilungen.

Tagesordnungspunkt 9

Finanzierung sächsischer Straßenbauvorhaben sichern

Drucksache 4/13695, Antrag der Fraktion der NPD, mit Stellungnahme der Staatsregierung

wird abgesetzt.

Tagesordnungspunkt 10

EU-Fördergelder für Sachsen sichern – Mittelverfall verhindern

Drucksache 4/14361, Antrag der Fraktion der FDP, mit Stellungnahme der Staatsregierung

wird abgesetzt.

Tagesordnungspunkt 11**Namensgebung von Schulen****Drucksache 4/14626, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

wird abgesetzt.
Tragen Sie es bitte mit Fassung!

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 12

**16. Tätigkeitsbericht 2007/2008 des Sächsischen Landesbeauftragten für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen
Demokratischen Republik – Berichtszeitraum: 1. Juli 2007 bis 30. Juni 2008**

Drucksache 4/13446, Unterrichtung durch den Sächsischen Landesbeauftragten

**Drucksache 4/14350, Beschlussempfehlung des
Verfassungs-, Rechts- und Europaausschusses**

Es ist keine allgemeine Aussprache vorgesehen. Wünscht dennoch jemand zu sprechen? – Herr Bandmann als Berichterstatter möchte auch nicht sprechen? – Danke schön.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich rufe die Drucksache 4/14350 auf und bitte bei Zustimmung um Ihr

Handzeichen. – Und die Gegenprobe! – Und die Enthaltungen? – Ohne Gegenstimmen und bei einer Reihe von Enthaltungen ist der Drucksache mit großer Mehrheit zugestimmt und der Tagesordnungspunkt damit beendet.

Wir kommen nun zum

Tagesordnungspunkt 13

**Forstbericht der Sächsischen Staatsregierung
(Berichtszeitraum: 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2007)**

Drucksache 4/14234, Unterrichtung durch die Staatsregierung**Drucksache 4/14767, Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Landwirtschaft**

Es ist wiederum keine allgemeine Aussprache vorgesehen. Wünscht dennoch ein Abgeordneter zu sprechen? – Das kann ich nicht sehen.

Damit stelle ich die Drucksache 4/14767 jetzt zur Abstimmung. Ich bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen.

– Und die Gegenstimmen? – Und die Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen und ohne Gegenstimmen ist die Drucksache mit großer Mehrheit angenommen worden und der Tagesordnungspunkt damit beendet.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum

Tagesordnungspunkt 14

**Antrag auf Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Sächsischen
Landtags gemäß § 76 Abs. 1 GO i. V. m. der Anlage 5 zur Geschäftsordnung
(Schreiben des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz vom
22. Dezember 2008, Az. 4110E-III2-2047/07)**

**Drucksache 4/14519, Beschlussempfehlungen des Ausschusses
für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten**

Da die Beschlussempfehlungen des Ausschusses nicht einstimmig beschlossen wurden, sind Behandlung und Entscheidung der Angelegenheit im Plenum erforderlich. Wünscht ein Abgeordneter das Wort? – Das kann ich nicht sehen.

Demzufolge können wir zur Abstimmung kommen. Wer der Beschlussempfehlung des Geschäftsordnungs- und

Immunitätsausschusses zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Und die Gegenprobe! – Danke. Und die Enthaltungen? – Ohne Enthaltungen und bei einer Reihe von Gegenstimmen ist der Beschlussempfehlung mit großer Mehrheit gefolgt worden, und dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 15

Nachträgliche Genehmigungen gemäß Artikel 96 Satz 3 der Verfassung des Freistaates Sachsen zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungen

Drucksache 4/14796, Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses

Es ist keine allgemeine Aussprache vorgesehen. Möchte dennoch jemand dazu sprechen? – Das kann ich nicht erkennen.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte bei Zustimmung zur Beschlussempfehlung um Ihr Handzeichen. – Danke schön. Und die

Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Und die Enthaltungen? – Es gab Enthaltungen, aber keine Gegenstimmen. Somit wurde die Beschlussempfehlung mit großer Mehrheit beschlossen. Dieser Tagesordnungspunkt ist abgearbeitet.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 16

Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse

– Sammeldrucksache –

Drucksache 4/14868

Entsprechend § 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung liegt Ihnen diese Sammeldrucksache mit Beschlussempfehlungen und Berichten der Ausschüsse vor. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wird in irgendeiner Form Einzelabstimmung gewünscht? – Auch das ist nicht der Fall.

Demzufolge können wir jetzt die gesamte Drucksache beschließen. Bei Zustimmung bitte ich um Ihr Handzeichen. – Die Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei

Enthaltungen und Gegenstimmen ist der Beschlussempfehlung gefolgt worden und dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Meine Damen und Herren! Ich rufe gemäß § 67 Abs. 2 der Geschäftsordnung auf:

Tagesordnungspunkt 17

Beschlussempfehlungen und Berichte zu Petitionen

– Sammeldrucksache –

Drucksache 4/14869

Ich frage die Berichterstatter, ob sie mündliche Ergänzungen vortragen möchten. – Das ist nicht der Fall.

(Kerstin Lauterbach, Linksfraktion,
meldet sich zu Wort.)

Ich trage erst einmal vor, was ich zu sagen habe. Dann werden wir sehen, ob Sie das ergänzen möchten.

Es ist die Rücküberweisung einer Petition beantragt worden. Dieser Rücküberweisungsantrag liegt Ihnen in der Zusammenstellung zu Drucksache 4/14869 vor. In Übereinstimmung mit der beantragenden Linksfraktion stimmen wir über die Rücküberweisung ab.

Ich rufe die Petition Nr. 04/03959/8 auf Seite 16 auf. Wer stimmt der Rücküberweisung dieser Petition zu? – Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Bei einer Enthaltung und ohne Gegenstimmen ist der Rücküberweisung zugestimmt.

War das Ihre Intention?

Kerstin Lauterbach, Linksfraktion: Nein!

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Wir haben noch etwas. Meine Damen und Herren, zu verschiedenen Beschlussempfehlungen hat die Linksfraktion ihre abweichende Meinung bekundet. Die Zusammenstellung dieser

Beschlussempfehlungen liegt Ihnen zu der Drucksache 4/14869 schriftlich vor.

Kerstin Lauterbach, Linksfraktion: Ja, jetzt bin ich richtig. Zu dem abweichenden Stimmverhalten erkläre ich, dass wir die letzten zwei Petitionen auf der Liste des abweichenden Stimmverhaltens gern zurückziehen und uns der Beschlussempfehlung anschließen möchten.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Robert Clemen, CDU: Bravo!)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön.

Kerstin Lauterbach, Linksfraktion: Ich sage Ihnen noch die Nummern an: Es sind die Petitionen 04/04232/5 und 04/04295/2.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich bedanke mich bei Ihnen.

Meine Damen und Herren, damit sind die Bekundungen zum abweichenden Stimmverhalten mitgeteilt. Demzufolge kann ich zu den übrigen Empfehlungen des Petitionsausschusses Übereinstimmung mit dem Plenum feststellen.

Meine Damen und Herren! Es ist 19:47 Uhr und 43 Sekunden. Die 132. Sitzung ist beendet. Ich berufe die 133. Sitzung ein, allerdings erst für morgen früh, 10:00 Uhr. Bis dahin alles Gute!

(Schluss der Sitzung: 19:48 Uhr)

HERAUSGEBER:

Sächsischer Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

www.landtag.sachsen.de

HERSTELLUNG:

Sächsischer Landtag
Parlamentsdruckerei
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935269
Fax: 0351-4935481

VERTRIEB:

Sächsischer Landtag
Informationsdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935341
Fax: 0351-4935488